

Wahnsinn Immobilie

Die Deutschen haben Angst um ihr Geld. Sie ziehen es von Bankkonten ab und kaufen den Wohn in den Metropolen können sich die Makler vor Anfragen kaum retten. Es geht den meisten

VON HARALD FREYBERGER, CHRISTOPH GIESEN UND ANGILOKA SLAVIC

München/Berlin/Frankfurt – Wahnsinnig verlockend zieht es nicht aus Rollrasen, ein paar hölzerne Liegen mit weißen Stoffbezügen, ein paar akkurat gestutzte Sträucher. Spießeridylle. Aber das, was hier auf die blechernen Plakate neben einer Großbaustelle in München gepinselt ist, dieses cleane, überschaubare Wohnglück, das für einigen Menschen eine ganze Menge Geld wert ist. Willkommen in der Müllerstraße 7, willkommen auf Deutschlands selbstmarter Baustelle.

Der Kranführer lässt ein paar Stahlträger auf die Erde krachen. Es staubt.

Thomas Aigner sitzt in einer sehr schicken Villa in einer von diesen schickchen, verspielten und blitsauberen Ecken Münchens. Seine Haare hat er mit Gel zurückgekämmt, viel Gel, auf seiner Visitenkarte ist ein Foto von ihm. Aigner Immobilien steht über dem Foto. „Seit 2010 geht es so richtig ab mit dem Boom“, sagt Aigner.

Ja, seit 2010. Seit 2010 hat der Immobilienmakler Thomas Aigner die Anzahl seiner Mitarbeiter fast verdoppelt. Er hat neue Standorte eröffnet, in jeder schickchen, blitsauberen Münchner Ecke gibt es jetzt eines seiner Büros. Thomas Aigner gehört in dieser Geschichte zu denen, die auf der richtigen Seite sitzen.

Das ist eine Geschichte über Deutschland im Sommer 2012. Über einen verrückten Markt, den sich die um die Stabilität besorgte Bundesbank genau anschaut. Es ist eine Geschichte über verunsicherte Anleger, die fürchten, dass ihr Geld morgen nichts mehr wert sein könnte. Über Makler, die sich vor Anfragen kaum retten können. Und über die Frage, wer am Ende auf der falschen Seite sitzt wird.

Sie verkaufen ihre Aktien, Fonds und was sie noch so haben und zahlen die Wohnung bar

Walter Höller hat sich diese Frage auch gestellt. Höller, 54, gehört zu den bessergestellten Münchner Bürgern. Der Ingenieur verdient gut, seit 20 Jahren kann er sich die 2000 Euro Kaltmiete leisten, die seine 125-Quadratmeter-Wohnung in einem der besten Viertel kostet, im Lehel. Die Tochter ist aus dem Haus, eigentlich führt Höller mit seiner Frau ein sorgenloses Leben. Trotzdem kommen manchmal ernste Themen auf den Tisch, wenn die beiden abends bei einem Glas Wein auf ihrem Balkon im vierten Stock sitzen und die Sonne über den Dächern Münchens untergehen sehen.

„Seit vier Jahren nagt es an mir, ob ich bei unseren Finanzen alles richtig mache“, sagt Höller. Vor vier Jahren implodierte die US-Investmentbank Lehman Brothers. Die Aktienkurse brachen ein, Höller verlor viel Geld. „Ich hätte auf Aktien gesetzt, weil ich dachte, dass ich mich gut in innovativen Branchen auskenne, zum Beispiel im Umweltbereich“, sagt er. Doch wenn Banken Milliarden verrecken und die Weltwirtschaft am Abgrund steht, trifft das alle Unternehmen, auch solche, die möglicherweise eine große Zukunft vor sich haben.

Bis heute haben sich seine Aktien nicht richtig erholt, und Höller, der in Wirklichkeit anders heißt, hat daraus eine Lehre gezogen. „Ich kann darauf nicht meine Altersvorsorge aufbauen.“ Höller zog alles Geld aus Aktien ab, um nur noch zur Sicherheit zu setzen. Er legte zunächst sein ganzes Geld in langweiligen Sparprodukten an. Die Zinsen darauf sind niedrig, ein maximal zwei Prozent. Aber Höller geht es nicht mehr darum, das Kapital groß zu vermehren, er will es nur noch erhalten.

Aber bei den Höllers auf dem Balkon tauchte irgendwann die Frage auf, ob das Geld nicht trotzdem immer weniger wert wird, auch wenn man das Kapital erhält. Was ist mit den Rettungssaktionen für die Banken durch die Notenbank? Manche sagen, es sei das Gleiche wie Geld drucken. Was ist mit der Inflation, von der jetzt alle reden? Wie viel ist das Geld in zehn, 20 Jahren noch wert? „Ich habe noch keinen eigenen Bescheid“, die Frage nach einer eigenen Immobilie stellte sich da automatisch“, sagt Höller. Er fing an, sich auf dem Münchner Immobilienmarkt umzuschauen.

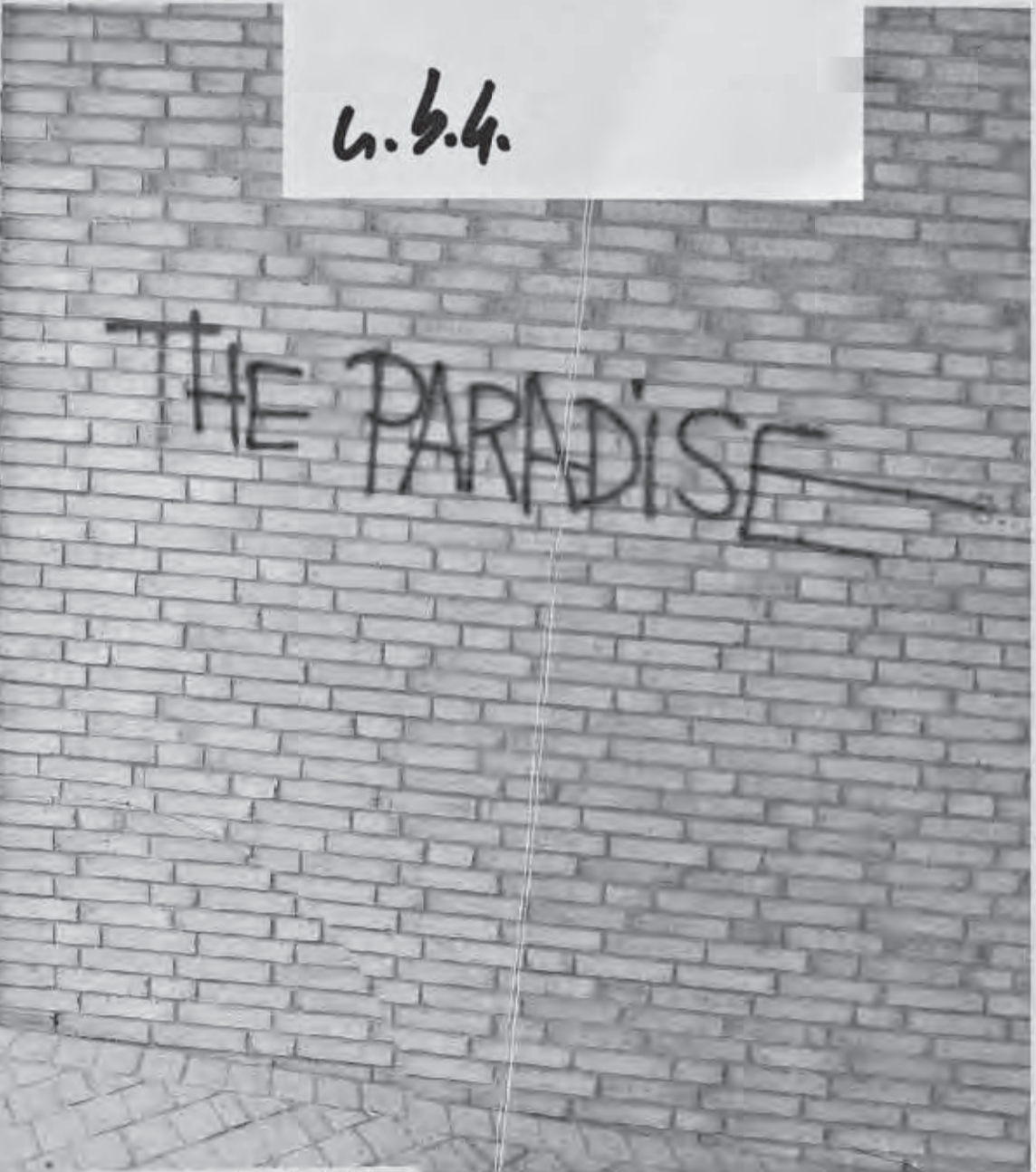
In der Müllerstraße 7 hat sich der Staub veran, der Kran macht jetzt quietschende Geräusche. Es ist viel geschrieben worden über dieses Bauprojekt, das liegt vor allem an der Wohnung in der obersten Etage, die hier gebaut wird. Diese Wohnung kostet knapp 21 000 Euro. Pro Quadratmeter. Und weil die Wohnung ziemlich viele Quadratmeter hat, 700 um genau zu sein, steht unter dem Strich ein Verkaufspreis von fast 15 Millionen Euro. In manchen Geschichten war zu lesen, hier entsteht die teuerste Wohnung Deutschlands, aber so einfach ist das nicht. Es gibt eine ganze Reihe von Projekten, die sich um diesen Titel streiten könnten. Bundesweit schießen die Luxusprojekte aus dem Boden. Kauft das irgendwer?

Doch, das kauft wer in der Müllerstraße 7 gibt es nur noch fünf freie Wohnungen. Die teuerste Wohnung Deutschlands ist nicht dabei. Irgendjemand hat diese 15 Millionen auf den Tisch gelegt.

Walter Höller war das nicht, er hat sich schließlich für ein Bauprojekt in Oberföhring im Nordosten Münchens entschieden. Ende Mai unterschrieb er den Kaufvertrag. Die Wohnung hat drei Zimmer, Süd-West-Lage, einen großen Balkon und 76 Quadratmeter. Einer davon kostet 5800 Euro, die ganze Wohnung 440 000 Euro. Das ist deutlich weniger als der Preis einer



Neubauprojekt Choriner Höhe in Berlin. In-Mitte – 128 Eigentumswohnungen für gehobene Ansprüche, wie es heißt. Ein Paradies aber ist es nicht für alle.



den,

FOTO: STEFAN BONES/VISION

Blöße in der Müllerstraße 7, aber immer noch eine ganze Stange Geld. „Das war vor allen Angeboten das Beste“, sagt Höller. Wenn die Wohnung im September 2013 fertig wird, will das Ehepaar Höller erst einmal vermieten, für 13 Euro pro Quadratmeter. Die Einnahmen von 1000 Euro helfen, den Baukredit zu tilgen. Alles sei „schöne durchfinanziert, wir müssen es uns nicht vom Mund absparen“.

So wie Walter Höller machen das jetzt viele. Sie ziehen ihr ganzes Geld aus Aktien und Sparplänen ab und stecken es in eine Immobilie. Oder zumindest wollen sie es so machen. So leicht ist das gar nicht. Immobilienmakler Thomas Aigner bläst die Backen auf. „Zwei bis drei Zimmer, innerstädtisch, gehobene Ausstattung, das ist die Nachfrage extrem“, sagt er. „Wenn es darauf gibt, das könnte ich auch 100 oder 150 Mal verkaufen. Aber ich hab die Wohnung ja trotzdem nur einmal, was soll man machen?“ Aigner steht tatsächlich ein bisschen unglücklich aus, wenn er das sagt. Maklerprobleme. Er antwortsche die Leute nicht gerne, sagt er. „Aber diese klassischen Objekte für Kapitalanleger, da gibt es kaum mehr was.“ München ist leer gekauft? „Na, irgendwas finden Sie immer“, sagt Aigner. „Aber die Frage ist zu welchem Preis.“

Zu welchem Preis. Seit Beginn der Finanzkrise sind die Quadratmeterpreise für Eigentumswohnungen in München um knapp 40 Prozent gestiegen. Im Schnitt 3692 Euro kostet ein Quadratmeter Wohneigentum in München durchschnittlich, vor fünf Jahren waren es mehr als 1000 Euro weniger.

Manche weichen deshalb aus, zum Beispiel nach Berlin.

Es ist ein Glücksspiel. Alle raten: Wo gehen die Preise als Nächstes nach oben?

Der Dauerregen hat eine Pause eingelegt. Es ist für einige Stunden angenehm warm in Berlin. Uwe Scherer, 56, hat an diesem Juliabend ein Café am Richardplatz in Neukölln als Treffpunkt vorgeschlagen. Bis vor ein paar Monaten war das Café noch nicht da. So ist das in Neukölln. Scherer sitzt an einem der runden Holztische auf dem breiten Bürgersteig. Er trägt eine weiße Leinenhose, ein weißes Hemd, Sandalen. Vor sich auf dem Tisch hat er Handy und Notizbuch abgelegt, ein Makler ist immer im Einsatz, sagt er.

Uwe Scherer ist studierter Ingenieur. Als er in den frühen 80er Jahren mit dem Studium fertig wurde, gab es eine Ingenieurschwermetalle in Deutschland, er arbeitete um und wurde Makler. Zunächst in München, seit 1991 in Berlin. Doch was seit wenigen Jahren in der Hauptstadt passiert, nennt er schlicht „Wahnsinn“. Der Berliner Immobilienmarkt zieht an, Monat für Monat steigen die Preise. Käufer von allem aus West- und Süddeutschland versuchen, ihr Geld auf dem Berliner Markt zu parken. Auch Skandinavier, Briten und Griechen kaufen sich ein. „Erst vor ein paar Wochen“, sagt Scherer, „da haben wir eine Wohnung südlich vom Schillerkiez verkauft.“ Früher, als auf dem nahe gelegenen Flughafen Tempelhof noch Maschinen landeten, war der Kiez eine verkommene Gegend. Kleine Bordelle, jede Menge Dealer an den Straßenecken. „Ab und an fiel auch mal ein Wchuss, aber seit der Flughafen dicht ist, blüht die Gegend auf.“ Die Wohnung am Rande des Schillerkiezes hatte 58 Quadratmeter, die Bausubstanz war in Ordnung, seit Jahren der gleiche, verlässliche Mieter, 45 000 Euro verlangte der Vorbesitzer. „Für die Lage eigentlich ein sehr realistischer Preis“, sagt Scherer. „Wir haben 200 Interessenten gehabt.“ Am Ende veranstaltete Scherer ein Bieterverfahren. Wer den höchsten Preis zahlte, bekommt die Wohnung. 68 000 Euro für 58 Quadratmeter.

Die Statistiker verzeichnen für Berlin seit 2007 einen Anstieg der Kaufpreise um knapp 32 Prozent.

Die Zeit, ein Schnäppchen zu machen, sei eben vorbei, sagt er. Es sei denn, man erkenne die Trends früher als andere. Vor dem Mauerfall wohnten die Studenten in Westberlin in Kreuzberg oder in Schöneberg, Neukölln, das war eine Arbeitergegend. Nach dem Mauerfall kamen Mitte, der Prenzlauer Berg und etwas später

dann der Friedrichshagen hinzu. „Seit ein paar Jahren sind wieder Kreuzberg und der Norden Neuköllns ein vogue.“ Neukölln ist eine Stadt in der Stadt. Etwa 300 000 Einwohner, nirgendwo sonst in der Republik leben mehr Menschen von Hartz IV. Wieso ist Neukölln plötzlich hip? Uwe Scherer wohnt selbst dort. „Ich mag die Gegend schon immer, es gibt viele Altbauquartiere, der Bezirk liegt verkehrsgünstig, und vor allem ist es hier lange Zeit preiswert gewesen.“ Dass es aber so schnell für Neukölln aufwärtsgegangen ist, das hat alle überrascht. „Irgendwann saßen Studenten, dann Touristen, dann immer auf der Adressenliste und haben Party gemacht. Dann gab es die ersten Cafés und Clubs, und nach ein, zwei Jahren war Neukölln plötzlich the place to be.“

Was sich Studenten mit Unterstützung der Eltern leisten können, ist für manchen Altzeitgenossen zu teuer. „Relativ oft bekomme ich Anrufe von Hartz-IV-Empfängern, die mich fragen, ob ich eine Wohnung in Neukölln habe, die das Amt noch bezahlt“, sagt Scherer. „Ich muss sie meistens enttäuschen. Neukölln ist inzwischen meist zu teuer.“

Und die Preise steigen weiter. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Karawane der Kreativen, der Studenten, der Trendsetter in einen anderen Bezirk zieht, ihn aufwertet und die Preise treibt. Nur, wo ziehen sie hin? „Wer das richtig ahnt, ist ein reicher Mann“, sagt Scherer. Der Wedding vielleicht? Tiergarten, Moabit? Es hat ein bisschen was von einem Glücksspiel. Das große Gentrifizierung-Baden. „Mein Außenseiter-Tipp ist Lichtenberg.“ Lichtenberg? Wo einst das Stasi-Hauptquartier lag, wo unzählige Plattenbauten in den trüben Berliner Himmel ragen? „Genau da“, sagt Scherer. „Dort gibt es auch noch eine Menge von sanierten Altbauquartieren und alles noch sehr preiswert. In Neukölln wird um den Platz gekämpft, ich zeige Ihnen das mal.“

Er steckt das Notizbuch und das Handy in seine Aktentasche und geht zu seinem Fahrrad. Er wirft die Tasche in den Korb auf dem Gepäckträger und schiebt los durch den Kiez.

Die Kaufpreise wachsen schneller als die Mieten. Das drückt den Ertrag. Kaum einen schreckt das.

Mieterprotest am Kottbusser Tor in Berlin: Viele können die gestiegenen Mieten nicht mehr bezahlen. „Wir sind Kotzi“ steht in Parkisch auf dem Schild. FOTO: HARALD FREYBERGER

Richardplatz, die sich mit billigem Korn und Bier aus Plastikflaschen klopsten, vorbei am Fußballfeld, in dem türkische Kinder johlen, vorbei an einem Fleischer, der in Frankreich einen Orden für seine Blutwurst bekommen hat. „In Berlin“, sagt Scherer, als er an der Ampel an der Karl-Marx-Straße wartet, könne man, ohne Ortkenntnis jede Menge Fehler machen. „Eine Wohnung im sanierten Altbau in der Torstraße direkt in Mitte kostete heute genauso viel wie in München oder Frankfurt. Eine Bleibe im Wedding, der nach der Bezirksreform ebenfalls zu Mitte gehört, sei viel preiswerter. „Man muss wissen, welche Straßenzüge gerade teuer sind.“

Die Ampel springt auf Grün, es sind nur noch wenige hundert Meter bis zum Körnerpark. Studenten haben Decken mitgebracht und sitzen im Gras. An der Rückseite des Parks liegt ein noch unbebautes Areal, eingeklemmt zwischen einem Altbau aus der Gründerzeit und einem Autohof, 600 Quadratmeter vielleicht. „Eines der letzten unbebauten Grundstücke Neuköllns, 450 000 Euro könnte das schon bringen“, sagt Scherer. Vor ein paar Tagen hat er das Grundstück einem Investor aus Italien gezeigt. Mehrere Familienväter haben sich gemeinsam mit einem Architekten den Baugrund angesehen. Das Tiefbauamt hat genehmigt, dass man hier einen Neubau mit sechs Stockwerken hochziehen darf. Macht sich neue, große Wohnungen in Berlin-Neukölln mit Blick auf den beliebten Körnerpark. „Ich ahne, dass es wieder ein Bieterverfahren geben wird“, sagt Scherer und lacht.

Manche machen diese Goldgräberstimmung nervös. Die Frankfurter Immobilienmaklerin Petra Krauß zum Beispiel. Sie ist seit 1989 im Geschäft. „aber so etwas hab ich früher nur ganz selten erlebt“, sagt sie. Dass die Leute eine Immobilie kaufen und dafür keine Finanzierung brauchen. Seit einhalb Jahren aber beobachtet sie das immer wieder, manchmal legen die Käufer

was von einem Glücksspiel. Das große Gentrifizierung-Baden. „Mein Außenseiter-Tipp ist Lichtenberg.“ Lichtenberg? Wo einst das Stasi-Hauptquartier lag, wo unzählige Plattenbauten in den trüben Berliner Himmel ragen? „Genau da“, sagt Scherer. „Dort gibt es auch noch eine Menge von sanierten Altbauquartieren und alles noch sehr preiswert. In Neukölln wird um den Platz gekämpft, ich zeige Ihnen das mal.“

Er steckt das Notizbuch und das Handy in seine Aktentasche und geht zu seinem Fahrrad. Er wirft die Tasche in den Korb auf dem Gepäckträger und schiebt los durch den Kiez.

Die Kaufpreise wachsen schneller als die Mieten. Das drückt den Ertrag. Kaum einen schreckt das.

Richardplatz, die sich mit billigem Korn und Bier aus Plastikflaschen klopsten, vorbei am Fußballfeld, in dem türkische Kinder johlen, vorbei an einem Fleischer, der in Frankreich einen Orden für seine Blutwurst bekommen hat. „In Berlin“, sagt Scherer, als er an der Ampel an der Karl-Marx-Straße wartet, könne man, ohne Ortkenntnis jede Menge Fehler machen. „Eine Wohnung im sanierten Altbau in der Torstraße direkt in Mitte kostete heute genauso viel wie in München oder Frankfurt. Eine Bleibe im Wedding, der nach der Bezirksreform ebenfalls zu Mitte gehört, sei viel preiswerter. „Man muss wissen, welche Straßenzüge gerade teuer sind.“

Die Ampel springt auf Grün, es sind nur noch wenige hundert Meter bis zum Körnerpark. Studenten haben Decken mitgebracht und sitzen im Gras. An der Rückseite des Parks liegt ein noch unbebautes Areal, eingeklemmt zwischen einem Altbau aus der Gründerzeit und einem Autohof, 600 Quadratmeter vielleicht. „Eines der letzten unbebauten Grundstücke Neuköllns, 450 000 Euro könnte das schon bringen“, sagt Scherer. Vor ein paar Tagen hat er das Grundstück einem Investor aus Italien gezeigt. Mehrere Familienväter haben sich gemeinsam mit einem Architekten den Baugrund angesehen. Das Tiefbauamt hat genehmigt, dass man hier einen Neubau mit sechs Stockwerken hochziehen darf. Macht sich neue, große Wohnungen in Berlin-Neukölln mit Blick auf den beliebten Körnerpark. „Ich ahne, dass es wieder ein Bieterverfahren geben wird“, sagt Scherer und lacht.

Manche machen diese Goldgräberstimmung nervös. Die Frankfurter Immobilienmaklerin Petra Krauß zum Beispiel. Sie ist seit 1989 im Geschäft. „aber so etwas hab ich früher nur ganz selten erlebt“, sagt sie. Dass die Leute eine Immobilie kaufen und dafür keine Finanzierung brauchen. Seit einhalb Jahren aber beobachtet sie das immer wieder, manchmal legen die Käufer

was von einem Glücksspiel. Das große Gentrifizierung-Baden. „Mein Außenseiter-Tipp ist Lichtenberg.“ Lichtenberg? Wo einst das Stasi-Hauptquartier lag, wo unzählige Plattenbauten in den trüben Berliner Himmel ragen? „Genau da“, sagt Scherer. „Dort gibt es auch noch eine Menge von sanierten Altbauquartieren und alles noch sehr preiswert. In Neukölln wird um den Platz gekämpft, ich zeige Ihnen das mal.“

Er steckt das Notizbuch und das Handy in seine Aktentasche und geht zu seinem Fahrrad. Er wirft die Tasche in den Korb auf dem Gepäckträger und schiebt los durch den Kiez.

Die Kaufpreise wachsen schneller als die Mieten. Das drückt den Ertrag. Kaum einen schreckt das.

Richardplatz, die sich mit billigem Korn und Bier aus Plastikflaschen klopsten, vorbei am Fußballfeld, in dem türkische Kinder johlen, vorbei an einem Fleischer, der in Frankreich einen Orden für seine Blutwurst bekommen hat. „In Berlin“, sagt Scherer, als er an der Ampel an der Karl-Marx-Straße wartet, könne man, ohne Ortkenntnis jede Menge Fehler machen. „Eine Wohnung im sanierten Altbau in der Torstraße direkt in Mitte kostete heute genauso viel wie in München oder Frankfurt. Eine Bleibe im Wedding, der nach der Bezirksreform ebenfalls zu Mitte gehört, sei viel preiswerter. „Man muss wissen, welche Straßenzüge gerade teuer sind.“

Die Ampel springt auf Grün, es sind nur noch wenige hundert Meter bis zum Körnerpark. Studenten haben Decken mitgebracht und sitzen im Gras. An der Rückseite des Parks liegt ein noch unbebautes Areal, eingeklemmt zwischen einem Altbau aus der Gründerzeit und einem Autohof, 600 Quadratmeter vielleicht. „Eines der letzten unbebauten Grundstücke Neuköllns, 450 000 Euro könnte das schon bringen“, sagt Scherer. Vor ein paar Tagen hat er das Grundstück einem Investor aus Italien gezeigt. Mehrere Familienväter haben sich gemeinsam mit einem Architekten den Baugrund angesehen. Das Tiefbauamt hat genehmigt, dass man hier einen Neubau mit sechs Stockwerken hochziehen darf. Macht sich neue, große Wohnungen in Berlin-Neukölln mit Blick auf den beliebten Körnerpark. „Ich ahne, dass es wieder ein Bieterverfahren geben wird“, sagt Scherer und lacht.

Manche machen diese Goldgräberstimmung nervös. Die Frankfurter Immobilienmaklerin Petra Krauß zum Beispiel. Sie ist seit 1989 im Geschäft. „aber so etwas hab ich früher nur ganz selten erlebt“, sagt sie. Dass die Leute eine Immobilie kaufen und dafür keine Finanzierung brauchen. Seit einhalb Jahren aber beobachtet sie das immer wieder, manchmal legen die Käufer

was von einem Glücksspiel. Das große Gentrifizierung-Baden. „Mein Außenseiter-Tipp ist Lichtenberg.“ Lichtenberg? Wo einst das Stasi-Hauptquartier lag, wo unzählige Plattenbauten in den trüben Berliner Himmel ragen? „Genau da“, sagt Scherer. „Dort gibt es auch noch eine Menge von sanierten Altbauquartieren und alles noch sehr preiswert. In Neukölln wird um den Platz gekämpft, ich zeige Ihnen das mal.“

was von einem Glücksspiel. Das große Gentrifizierung-Baden. „Mein Außenseiter-Tipp ist Lichtenberg.“ Lichtenberg? Wo einst das Stasi-Hauptquartier lag, wo unzählige Plattenbauten in den trüben Berliner Himmel ragen? „Genau da“, sagt Scherer. „Dort gibt es auch noch eine Menge von sanierten Altbauquartieren und alles noch sehr preiswert. In Neukölln wird um den Platz gekämpft, ich zeige Ihnen das mal.“

Er steckt das Notizbuch und das Handy in seine Aktentasche und geht zu seinem Fahrrad. Er wirft die Tasche in den Korb auf dem Gepäckträger und schiebt los durch den Kiez.

Die Kaufpreise wachsen schneller als die Mieten. Das drückt den Ertrag. Kaum einen schreckt das.

Richardplatz, die sich mit billigem Korn und Bier aus Plastikflaschen klopsten, vorbei am Fußballfeld, in dem türkische Kinder johlen, vorbei an einem Fleischer, der in Frankreich einen Orden für seine Blutwurst bekommen hat. „In Berlin“, sagt Scherer, als er an der Ampel an der Karl-Marx-Straße wartet, könne man, ohne Ortkenntnis jede Menge Fehler machen. „Eine Wohnung im sanierten Altbau in der Torstraße direkt in Mitte kostete heute genauso viel wie in München oder Frankfurt. Eine Bleibe im Wedding, der nach der Bezirksreform ebenfalls zu Mitte gehört, sei viel preiswerter. „Man muss wissen, welche Straßenzüge gerade teuer sind.“

Die Ampel springt auf Grün, es sind nur noch wenige hundert Meter bis zum Körnerpark. Studenten haben Decken mitgebracht und sitzen im Gras. An der Rückseite des Parks liegt ein noch unbebautes Areal, eingeklemmt zwischen einem Altbau aus der Gründerzeit und einem Autohof, 600 Quadratmeter vielleicht. „Eines der letzten unbebauten Grundstücke Neuköllns, 450 000 Euro könnte das schon bringen“, sagt Scherer. Vor ein paar Tagen hat er das Grundstück einem Investor aus Italien gezeigt. Mehrere Familienväter haben sich gemeinsam mit einem Architekten den Baugrund angesehen. Das Tiefbauamt hat genehmigt, dass man hier einen Neubau mit sechs Stockwerken hochziehen darf. Macht sich neue, große Wohnungen in Berlin-Neukölln mit Blick auf den beliebten Körnerpark. „Ich ahne, dass es wieder ein Bieterverfahren geben wird“, sagt Scherer und lacht.

Manche machen diese Goldgräberstimmung nervös. Die Frankfurter Immobilienmaklerin Petra Krauß zum Beispiel. Sie ist seit 1989 im Geschäft. „aber so etwas hab ich früher nur ganz selten erlebt“, sagt sie. Dass die Leute eine Immobilie kaufen und dafür keine Finanzierung brauchen. Seit einhalb Jahren aber beobachtet sie das immer wieder, manchmal legen die Käufer

was von einem Glücksspiel. Das große Gentrifizierung-Baden. „Mein Außenseiter-Tipp ist Lichtenberg.“ Lichtenberg? Wo einst das Stasi-Hauptquartier lag, wo unzählige Plattenbauten in den trüben Berliner Himmel ragen? „Genau da“, sagt Scherer. „Dort gibt es auch noch eine Menge von sanierten Altbauquartieren und alles noch sehr preiswert. In Neukölln wird um den Platz gekämpft, ich zeige Ihnen das mal.“

was von einem Glücksspiel. Das große Gentrifizierung-Baden. „Mein Außenseiter-Tipp ist Lichtenberg.“ Lichtenberg? Wo einst das Stasi-Hauptquartier lag, wo unzählige Plattenbauten in den trüben Berliner Himmel ragen? „Genau da“, sagt Scherer. „Dort gibt es auch noch eine Menge von sanierten Altbauquartieren und alles noch sehr preiswert. In Neukölln wird um den Platz gekämpft, ich zeige Ihnen das mal.“

Auf dem iPod: Die Entstehung der Kauf- und Mietpreise in Deutschland in einer interaktiven Grafik.

Seite 3



Der Architekt Arno Brandhuber will, dass Berlins Mitte ein Ort für alle Bürger bleibt. Doch erste Luxus-Projekte sind schon im Bau.

BERLIN. Die Leute stehen auf der Terrasse der Humboldt-Box und erkennen: nichts. Sie schauen hinunter auf die Baustelle und wundern sich auf Schwäbisch oder Spanisch. Eine große Sandfläche ist zu sehen, ein paar Kräne, Betonzyklinder, Zementmischer. Die Menschen auf der Humboldt-Box fotografieren, ganze Serien zum Thema Erdarbeiten dürften das Ergebnis sein. Touristen müssen dokumentieren, auch wenn der Schauwert gering ist.

Erst vom nächsten Jahr an wird in der Mitte Berlins das „Berliner Schloss – Humboldt-Forum“ in die Höhe wachsen. So heißt offiziell das umstrittene Schlossimitat, das dem Zentrum Berlins wieder eine ideale oder städtebauliche oder kulturelle Identität geben soll. Wieder einmal fiebert die Stadt einer Zukunft entgegen, die erst in Plänen und Modellen existiert. Und dieses Mal ist soviel Geschichte dabei nie zuvor. Weil auch das Umfeld des Schlosses in naher Zukunft eine Form finden muss, stellt sich die Frage: Wie viel Historie will und muss Berlin noch in Erinnerung rufen und in welcher Weise?

Der Investor macht, was er will

Das Gebiet zwischen Fernsehturm und Spreeper, unter dem die Fundamente der mittelalterlichen Stadt liegen, ist die nächste große Baustelle, auch im übertragenen Sinn. Um die heute mit Brunnen und Bäumen bestückte Asphaltfläche ist bereits Streit entbrannt. Es geht um die künftige Gestalt des Geländes, dessen kriegsbeschädigte Altstadt von der DDR abgeräumt worden war, um Platz zu machen für die zentrale Staatsachse. Bleibt es frei, wird es bebaut, und wenn ja, wie? Bürger, Planer und Politiker haben viele unvereinbare Vorstellungen und regen sich schon mal auf. Im Osten des Schlosses wartet das Problem der ehemaligen Altstadt, und im Westen gibt es den Schinkelplatz. Seine Wiederherstellung nach historischem Vorbild ist immerhin abgeschlossen. Er ist grün. Er hat eine Form, er hat ein Pflaster, es gibt Laternen und Bänke und auf den Bänken Spatzen, die nach Futter suchen. Doch welche Art der Bebauung wird auf dem kleinen freien Grünstreifen noch entstehen? Die Lage ist unübersichtlich.

In den Diskussionen um die künftige Gestalt der Stadt taucht der immer gleiche Kampfbegriff auf: Historie! Das Wort ist bis zum Bersten mit Bedeutung aufgeladen. Traditionalfisten und Anhänger des zeitgenössischen Städtebaus bringen sich gegeneinander in Stellung. Wie gehen wir mit der Geschichte um? Es scheint, dass keine andere Stadt über diese Frage so in Wallung

gerät wie Berlin. Keine andere Stadt scheint mit ihrer Geschichte derart überfordert.

Für städtebauliche Aufgaben ist als Senatsbaudirektorin die gebürtige Schweizerin Regula Lüscher zuständig. Vor fünf Jahren ist sie nach Berlin gekommen. Anders als ihr Vorgänger Hans Stimmann wirkt Regula Lüscher immer recht entspannt und ausgeglichen.

Die Grünanlagen zu Füßen des Schlosses, erzählt sie, sollen in zeitgenössischer Formensprache entstehen, wobei aber historische Spuren „interpretiert“ werden sollen. Der berühmte Neptunbrunnen von Reinhold Begas wird vorerst bleiben, wo er seit DDR-Zeiten steht, nämlich auf dem Freigelände vor dem Fernsehturm. „Der Boden vor dem Schloss müsste statisch gesichert werden, das ist teuer, und dafür ist im Moment einfach kein Geld da“, sagt die Senatsbaudirektorin. Das Areal zwischen Alexanderplatz und Spree, Regula Lüscher hat es Rathausforum getauft, sollte ihrer Meinung nach ein öffentlicher Ort für alle Bürger sein. „Dieser Ort könnte auch bebaut werden. Aber ich bin eindeutig dafür, das Gelände freizulassen und als attraktiven Raum zu entwickeln“, sagt Regula Lüscher, „auch als Reserve für spätere Zeiten, wenn die Stadt hier eine herausragende öffentliche Nutzung haben will.“

Nicht nur die Sache mit dem Neptunbrunnen bringt Lüschers Amtsvorgänger auf die Palme. „Der Brunnen gehört natürlich an seinen alten Standort auf den Schlossplatz“, sagt Hans Stimmann. Er ist Anhänger der Tradition und hat als solcher die Gestalt der neuen Friedrichstadt, des Potsdamer Platzes und des Leipziger Platzes maßgeblich mitbestimmt. Mit einer prall gefüllten Aktentasche sitzt Stimmann auf die Terrasse seines Verlegers, vor ihm liegen ein kleines Federnäppchen, Bücher und Fotos. Er braucht einen Kaffee für den Kreislauf, die Wetterlage ist drückend. Theoretisch ist der Mann im Ruhestand, tatsächlich kämpft er nur mit anderen Mitteln für sein städtebauliches Ideal der Kritischen Rekonstruktion, das sich an die europäische Stadt des 19. Jahrhunderts anlehnt. Den Neptunbrunnen könne man nicht versetzen? „Ach was, Räuber-geschichten.“

Stimmann, der sehr liebenswürdig sein kann, hat leider meistens keine Zeit für Nettigkeiten, denn immer regt ihn etwas auf. Zwischen Fernsehturm und Spree eine Freifläche? Furchtbar. Anstelle des „Kommunistenhäus“ mit den Statuen von Marx und Engels müsse hier die Altstadt wiedererstehen. „Natürlich nicht als Kopie, das habe ich nie gefordert. Hier muss der historische

Echt Berlin?

Der Baugrund für das Stadtschloss wird hergerichtet. Doch noch weiß niemand, wie die Umgebung aussehen wird. Wie viel Historie darf es hier geben? Und wie vornehm soll die Mitte werden? Dazu gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten

VON DANIELA POGADE



Stadtgrundriss aufgenommen werden, hier muss auf kleinen Parzellen nach historischem Vorbild Wohneigentum entstehen. Häuser in zeitgenössischer Architektur.“ Es sei doch ein wahnsinniger Glücksfall, sagt er, dass junge Familien heute wieder in die Stadt zurückwollten, ein Wunder geradezu. „Nun muss man Angebote machen“, ruft Stimmann. Er hat schon ein Buch zum Thema geschrieben.

Stimmann hat in kurzer Zeit mehrere Dinge angesprochen, über die man sich lange Gedanken machen kann. Zum Beispiel darüber, ob der historische Kern der Stadt ein Ort für Eigenheimbesitzer ist. Und auf welche historische Epoche sich neue Planungen eigentlich beziehen müssen. Nur auf die des Mittelalters? Sind spätere Überformungen, auch solche aus DDR-Zeit, heute nicht auch Geschichte? Muss sich Vergessen senken über alles, was die „Kommunisten“ geplant haben? Regula Lüscher sagt: „Jede Zeitschicht hat ihre Authentizität, jede hat neue Formen hervorgebracht, und auch diese müssen wir anerkennen und in neue Planungen einbeziehen.“

Fragt sich nur, wann auch einmal Entscheidungen fallen werden. Was

das Rathausforum betrifft, sieht Regula Lüscher keine Eile, wie sie sagt: „Wegen des Baus der U5 ist das Areal bis zum Jahr 2017 blockiert, da wird ohnehin nichts passieren.“ Erst einmal solle es jetzt eine möglichst lebhaft öffentliche Diskussion darüber geben, wie dieser Ort einmal aussehen könne.

Tatsächlich ist es nicht so, dass sich in Berlin niemand Gedanken zu dem Thema gemacht hätte. Auf Aufforderung der Bauverwaltung oder aus eigenem Antrieb hat immer mal wieder ein Planer einen Vorschlag zur Gestaltung des Rathausforums in die Runde geworfen. Ein Architekt hat für das Rote Rathaus einen traditionellen Vorplatz mit Kolonnaden gezeichnet. Es gab die Idee zu einer Art Berliner Central Park, es gab die Idee, auf der Fläche zwischen Funkturm und Spree ein Wasserbecken zu errichten, und auch ein archaischer Park wurde schon in Betracht gezogen. Das seien alles nur Denkanstöße, wie Regula Lüscher sagt, „da sind auch bewusst utopisch gemeinte Vorschläge dabei.“

Auf dem westlichen Rand des Schinkelplatzes ist die Stadt schon einen Schritt weiter. Ein Bebauungsplan nach historischem

Grundriss wurde geschaffen. Die Fläche ist an die Münchener MVV GmbH verkauft, ein städtebaulicher Wettbewerb ist entschieden. Die monotonen Lochfassaden der geplanten Wohn- und Bürogebäude haben nicht gerade Beifall gefunden in der Öffentlichkeit. Ende 2015 soll die Bebauung fertig sein. Ob am Ende die Entwürfe der Wettbewerbsgewinner oder ganz andere umgesetzt werden, das sei völlig offen, sagt am Telefon ein Vertreter des Käufers, der nicht namentlich genannt werden will. Das dürfte Frau Lüscher enttäuschen. Hat sie doch im Gespräch erklärt: „Ich gehe davon aus, dass die Wettbewerbsergebnisse umgesetzt werden.“

Wettbewerbe sind eine schöne Sache, über die Ergebnisse kann man streiten, am Ende aber macht ein privater Investor das, was er für richtig hält. Weil er es darf. Auch im „historischen Zentrum“. Das historische Zentrum ist so gesehen also nur Baugrund wie jeder andere auch, mit dem Unterschied, dass er unvergleichlich kostbar ist.

Umso mehr, sagt der Architekt und Stadtplaner Arno Brandhuber, müsse man dafür sorgen, dass die Mitte ein Ort für alle Bürger bleibt. In Berlin kennt man Brandhuber, weil er ein ebenso kostengünstiges wie vielbeachtetes Wohn- und Bürogebäude in der Brunnenstraße gebaut hat. Und weil er ein lautstarker Vertreter jener Fraktion ist, die eine Stadtplanung ohne permanenten Rückgriff auf die Geschichte fordert.

Arno Brandhuber, ein großer und kräftiger Franke, steht an einem Regentag vor der Humboldt-Box, wo auf der Terrasse das Gespräch mit ihm stattfinden soll. Er geht dort hinein wie ein Atheist in ein Gotteshaus, halb widerwillig, halb belustigt. Unter dem regnerischen Alu-Terrassendach der Humboldt-Box sitzend, legt er dann mit der Geduld eines Nachhilfelehrers seinen Standpunkt dar, vor sich eine Packung Zigaretten. Mit dem Schloss und dem Thema Historie verhält er sich in Brandhubers Augen so: „Diese historischen Formen, der Rückgriff auf das Alte, das bedeutet doch nur: Mit bildlichen Formen, die wir eigentlich aus dem Absolutismus kennen, wird die Aufwertung der Innenstadt zugunsten einer kleinen Gruppe von Menschen betrieben, die in der Lage ist, sich mit Eigentumsrechten zu bewaffnen.“ Das Ergebnis werde eine „goldene Mitte“ sein, eine Stadt, die im Zentrum reich ist und an den Rändern arm.

Das klingt nun sehr routiniert klassenkämpferisch und auch sehr theoretisch. Doch gleich hinter dem geplanten Häuserblock am Schinkelplatz, auf der anderen Seite der

Friedrichswerderschen Kirche, entsteht mit den sogenannten Kronprinzengärten ein Projekt, das Brandhubers These bebildert. Hier baut die Bauwert Gruppe an einem „Once-in-a-Lifetime-Angebot“, wie sie es nennt. In elf erlesenen, hell verputzten Wohnhäusern wird Eigentum für sehr Vermögende geboten. Es gibt Dachterrassen und grüne Innenhöfe, Townhouses und dreistöckige Penthousewohnungen. „Historie“ ist hier nur noch Marketinginstrument.

Mit Prinzessin

Das historische Umfeld mit dem künftigen Schloss, der Kommandantur Unter den Linden und dem Kronprinzenpalais soll die Käufer überzeugen. Zur Feier des Baubeginns kam freundlicherweise eine Prinzessin von Preußen. 15 000 Euro pro Quadratmeter kostet die teuerste Wohninheit in den Kronprinzengärten. Und wer das möchte, kann sich auf seiner Dachterrasse einen Swimmingpool installieren lassen.

„Haben Sie den Imagefilm zum Projekt im Internet gesehen?“ Brandhuber freut sich, wie sich nur ein Mensch freuen kann, dessen Thesen von der Wirklichkeit bestätigt werden. „Die tun das so, als ob Fikler im Hof auf die Bewohner warten“, sagt er. Was er noch gar nicht weiß: Die historische Falkeniergasse, die im Rahmen der Bebauung wiederhergestellt wird, wird abends zugesperrt, wie ein Sprecher der Bauwert Gruppe auf Anfrage mitteilt. Die teilweise sehr prominenten Käufer hätten ein „hohes Sicherheitsbedürfnis“.

Mit einem einzigen Hochsicherheits-Luxusprojekt ist nun die Privatisierung der Innenstadt nicht vollzogen. Aber ein Signal in Richtung Bürgerstadt sind die Kronprinzengärten sicher nicht. Vor allem illustriert das Bauvorhaben die Kapitulation der Stadt vor einem Investor, der die vielbeschworene „Historie“ nicht für Bürger zugänglich macht, sondern als Wohlfühlpaket an Meistbietende verkauft.

Die Touristen indessen, die sich um die Berliner Baupolitik nicht scheren, können noch keine Kronprinzengärten bewundern, keine Wohnhäuser am Schinkelplatz und auch keine grünen Schlossterrassen. Sie haben eben nur die Erdarbeiten als Fotomotiv. Aus Erbarmen hat man an einem Zaun neben der Humboldt-Box ein Hinweisschild installiert. Es weist zum historischen Nikolaiviertel, das zu DDR-Zeiten in Plattenbauweise wieder aufgebaut wurde. Und an dieser Stelle ist der Umgang mit Geschichte endlich einmal lässig. Auf dem Schild steht: „Nikolaiviertel in 180 Metern. Echt Berlin seit 775 Jahren.“

WOCHENENDE

Interview

Wolfram Siebeck: „Ich glaub' einfach nicht, dass die Menschen, die alle diese Kochbücher kaufen, überhaupt irgendwas vom Essen verstehen.“ *Letzte Seite*



Aber sicher!

Wohnst du noch oder residierst du schon? Wie sich in deutschen Städten immer mehr geschlossene Anstalten, pardon, „Premium-Immobilien“ breitmachen. Ein Streifzug durch die bizarre Welt der Maklersprache

VON ALEX BÜHLE

Als 1998 in Potsdam die sogenannte „Arcadia“-Anlage eröffnet wurde, gab es große Aufregung: ein schmiedeeiserner Zaun! Videokameras! Bombastische Architektur! Und dann noch uniformierte Doormen, die den Villenkomplex an der Havel rund um die Uhr bewachen. Deutschlands erste Gated Community, gebaut ausgerechnet von einem amerikanischen Architekten, jetzt geht es also auch bei uns los mit den abgeschotteten Parallelschichten und Rechenghettos.

Dann aber ließ sich der Verkauf der 43 Wohnungen äußerst schleppend an. Verschiedene Gründe wurden damals für diesen Fehlartins Feld geführt: Potsdam gelte noch nicht als seriöser Hotspot, sondern sei irgendwie immer noch Ex-DDR. Andere sagten, es liege am Überangebot an Wohnraum in Berlin oder darin, dass die einzelnen Wohnungen in den acht Stadtvillen der Anlage schlicht zu teuer seien.

Mag ja sein – aber vielleicht gibt es noch eine andere Erklärung. Vielleicht hatte das Bauunternehmen Groth und Graalfs einfach noch nicht den Bogen raus, wie man abgeschottetes Wohnen in Deutschland wirklich verkaufen muss. Die Sicherheit der Anlage wurde dermaßen penetrant betont, dass das Ganze aus der Ferne mehr nach Hochsicherheitstrakt in Johanneburg oder betreuter Einselhaft klang denn nach entspanntem Wohlstandswohnen an der Havel. Weshalb es um das Thema Gated Communities nach einigen Fachtexten, die um die Jahrtausendwende erschienen sind, wieder still wurde. Hat schließlich nicht wirklich geklappt in Potsdam, also gibt es so etwas hierzulande auch nicht.

Gab es ja auch lange nicht. Deutsche Städte waren, spätestens seit der preußische Stadtplaner James Hobrecht 1868 das Ziel vom „empfehlenswerten Durcheinanderwohnen“ aller Schichten ausgab, stets Integrationsmotoren. Natürlich gab es Schlafstädte und Arbeiterviertel, Speckgürtel, Villengegenden und Problemzonen. Dennoch ist in der Wohnungswirtschaft der Nachkriegszeit das sogenannte Durchmischungsideal zutiefst verwurzelt – und so ziemlich jeder deutsche Kommunalpolitiker hat mal den Satz gesagt vor der Stadt, die doch für alle da sein solle. Ergo kamen alle zu dem Schluss: klar, weltweit boomt nichts so wie die streng geschlossenen, homogenen Wohnsiedlungen, in Deutschlands Immobilienbranche aber waltet der Geist der Sozialdemokratie.

„Der Englische Garten ist ein angenehmer Ort. Als Vorgarten allemal“ 0 37

Wenn man nur aber die Immobilienanzeigen unserer Tage liest, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren: Da baut sich was zusammen. Zumindest im sogenannten „Premium-Segment“, wie die gehobenen Immobilien in der Bauherrensprache heißen. Nein, das bedeutet immer noch nicht, dass hierzulande allerorten Gated Communities entstehen. Aber es ist sehr interessant, was neuerdings stattdessen massiv in den Stadtraum drängt. Und es ist erst recht interessant, wie all diese Objekte beworben werden.

Nun kann man ja momentan ohnehin alles verkaufen, was aus Mauern ist und ein Dach hat. Dank der Finanzkrise herrscht in der Baubranche Goldgräberstimmung wie nie zuvor. Was heute ausgeschrieben wird, ist morgen weg. Jürgen Schorn, Geschäftsführer von Bauwerk Capital, sagte im April auf der Münchner Immobilienmesse über das Interesse an einem seiner Häuser: „Der Markt hat das Objekt mit großem Genuss aufgenommen.“ Auf besagter Messe, die in diesem Jahr einem Champagnerempfang gleich, so ausgelassen war die Stimmung, schwärmte eine Mitarbeiterin der Zeitschrift *Belletrine*, Spanien sei „ja leider überhaupt nicht mehr brauchbar, aber Deutschland – der Wahnsinn, was da abgeht!“

Allein auf Münchens Immobilienmarkt wurden 2011 fast zehn Milliarden Euro Umsatz gemacht. Die Firma Bauwerk Capital ließ verlauten: „Wir können die Nachfrage nach Top-Objekten kaum befriedigen. Zudem können wir bestätigen, dass die Käufer immer anspruchsvoller werden, und das entspricht genau unserem Immobilienangebot.“

Die Topobjekte also. Wie werden die heute beworben? Was versprechen die Vertreter solcher Immobilien ihren immer anspruchsvolleren Käufern? Und vorab: Wie hat man sich so etwas überhaupt vorzustellen? Als Lese meint man ja gern, eine Immobilie, das sei halt was zum drin Wohnen. Ein Haus. Oder eine Wohnung. Aber wer heute noch so denkt, hat schon mal gar nichts verstanden. Immobilien werden mittlerweile anscheinend in ganz anderen Sphären gebaut. Die Münchner Firma Euroboden etwa „definiert den Wert einer Immobilie weit über ihre Lage hinaus: Durch die bedachtvolle Gestaltung der vier Dimensionen Ort, Raum, Geist und Zeit entstehen einzigartige Ideale wie auch finanzielle Werte.“ Und die Autoren von „Jahn 34“ – zugegeben einem eher bechei-



„Mit einer konsequent progressiven Architektur sprechen wir als Premium-Bauträger den exklusiven Geschmack einer handverlesenen Klientel an.“
Euroboden

Gesucht: 20-Zi-Kü-Bd, mitten im Zentrum, aber bitte mit großem Garten.

FOTO: PLANETUM

denen Objekte – erklären: „Wahre Architektur beginnt dort, wo Mauern und Steine enden.“ Sind das dann Luft-Schlösser?

Okay, wie also werden Raum, Ort und der ganze vierdimensionale Zeit-Geist-Rest präsentiert, verkauft, beworben? Welche Sehnsüchte werden in diesen Texten bedient? Und welches gesellschaftliche Selbstverständnis der potenziellen Klientel spricht daraus?

Fangen wir in Berlin an. Das Ensemble der Kronprinzengärten, eine Parzelle, auf der zwölf luxuriöse Häuser entstehen, liegt zwischen Schlossplatz und Brandenburger Tor, also mitten drin in Deutschlands größter Stadt im 21. Jahrhundert. Was aber steht im Präsentationsvideo vor dem Haus, auf der menschenleeren Straße? Eine Pferdroschke. Ein Einspänner aus dem 19. Jahrhundert, mit braunem Gaul davor.

Überraschend viele Premium-Immobilien knüpfen in ihren Präsentationen an längst vergangene Zeiten an, Wilhelmismus, Weimarer Klassik, bayerische Könige. Namen wie Aurellenbögen, Lessing Drei, Barbarossapark oder Klosterärten machen gleich klar: Wir stellen unser Haus tief in die Geschichte, wenn nicht gar mitten in den Humanismus hinein. Wobei – „Haus“ heißt so was ja nie, die Objekte werden grundsätzlich als X-Palais, Y-Hof oder Z-Terrasse beworben. In München gaben die „Lenbachgärten“ diesen hochherrschaflichen Ton vor, verkaufte Frankonia

das ganze Ensemble doch seinerzeit mit dem Slogan: „Wohnen wie die Könige.“

Apropos Lenbachgärten: Auffallend viele Projektznamen spielen mit der Sehnsucht nach der Natur: Die Hamburger Sophienterrassen, der Stuttgarter Rosenpark, die Isar- und die Nikolagärten. Meist werden Ruhe und Frieden angepriesen, gerne auch in aristokratisch anmutenden Varianten wie Entschleunigung, Muße, Wohlergehen. Öffnet man die Homepage des „Marthahofs“ – der mitten im Prenzlauerberg steht – löst einem Vogelgezwitscher entgegen. Stets werden dazu Bilder von sorgfältig abgeschirmten Innenhöfen gereicht.

„Exklusiver kann man im Herzen der deutschen Hauptstadt nicht wohnen.“ Diplomatenviertel

Die Stadt ist in diesen Anzeigen immer eine Mixed Zone aus pulsierender Metropole und Vorortidyll, schließlich verdankt sich die Renaissance der Innenstädte großenteils der anspruchsvollen Generation der 40- bis 60-Jährigen aus den Suburbs, die nun beides auf einmal wollen. Doppelhausidyll und Metropolenloft. Darum muss in den Werbetexten auch alles zugleich aufregend urban und heimelig abgeschieden sein. Die Berliner Firma CarLoft beschreibt ihr Objekt in den Paul-Lincke Höfen so: „Ein weiteres Highlight sind die Etagengär-

ten. Wohnen Sie einzigartig – mitten in der Stadt, aber mit allen Vorteilen eines großzügigen Einfamilienhauses im Grünen.“ Zukunftsweisend in dieser Hinsicht ist die Firma Bauwerk Capital, bekommt sie doch die großzügigste Landbesitzergestik hin: „Der Englische Garten ist ein angenehmer Ort. Als Vorgarten allemal.“

Die städtische Umgebung wird ebenfalls stets als eine Art erweiterter Vorgarten oder Erlebnispark verkauft, die jeweiligen Viertel gleichen eher edel drapierten Markenprodukten zum Privatgebrauch als wirklichem Stadtgewimmel. Sankt Pauli? Bunt, frech, wild. Berlin Mitte? Zentrum der Macht plus Galerie-Hotspot inkl. herrlich verrückter Typen. Schwabing? Im wahren Leben ein Stadtteil, in dem etwas mehr als 100 000 Menschen leben. Laut Immobilienlyrik sind die aber allesamt Künstler, Professoren oder Bohémien, die eine Spielzeugstadt bewohnen. Überall scheinen Poeten und Maler herumzusitzen, denen alle wirtschaftlichen Zwänge fremd sind. „Jeder Straßenzug eine Welt für sich, jeder Platz ein eigenes Reich, jede Ecke ein Lieblingsplatz.“ (Schwabing Vogue) Innerhalb Schwabings werden dann noch mal eigene Kreativitäts-Hotspots entdeckt. „In München findet sich die gewachsene Mischung aus Bourgeoisie und Bohème in der Maxvorstadt.“ (Augustenhöfe)

In Wahrheit ist diese vermeintlich so homogen gewachsene Mischung natürlich

selbst Folge eines Prozesses, der in den siebziger Jahren durch die Preissteigerung begann: Gerhard Polt, der in der Annalienstraße aufgewachsen ist, hat exakt über das von den Erbauern der Augustenhöfe beworbene Viertel schon 1975 ein Hörspiel gemacht: „Als wenn man ein Dachs wär in seinem Bau“, in dem es um den harschen demografischen Umbau der Maxvorstadt geht und in dem sie alle zu Wort kommen, die Entmieteten und die feisten Neuankommlinge, die Rentner und Handwerker, die wegziehen müssen, und dieser Bauherr: „Es gibt halt Menschen, das ist meine zutiefste Überzeugung, die muss man sich leisten können, die Alten, die jetzt schauen können, wo sie bleiben, weil sie einfach nicht mehr ins Viertel passen.“

Heute wird das dann als organisch gewachsene Mischung verkauft. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Leute, die genau das Ambiente herstellen, mit dem hier geworben wird, sich das Viertel ab dem Moment nicht mehr leisten können, in dem mit ihnen geworben wird. Sie sind aber anscheinend mittlerweile auch gar nicht mehr vorgesehen in Schwabing: „Die Ludwigsvorstadt – nach Ludwig I. benannt, für Wohlhabende erdacht“, heißt es im Text zu „Lessing Drei“, einem Haus in der Münchner Lessingstraße. Ein ganzer Stadtteil, nur für Wohlhabende – in solchen Sätzen kommen dann die städtischen Unterschiede zu entsprechenden Texten der Neuzul-

ger Jahre erstmals richtig zur Geltung. Für das Arcadia-Projekt gingen Groth und Graalfs 1998 noch an den Rand von Potsdam. Heute drückt man sich nicht mehr verschämt in der Peripherie rum, sondern raumt in den Texten gleich ganze Stadtteile für die eigene Klientel frei.

Auch der eigene Wohlstand muss in den Anzeigen nicht mehr versteckt werden, man darf rüdem stolz darauf sein. Und man kann diesen Wohlstand auch als Mittel dafür einsetzen, garantiert unter sich zu bleiben. Frankonia bewarbt die „Lenbachgärten“ mit dem Satz, der Komfort sei auf einem Niveau, „dass nur wenige das Privileg haben, es zu genießen“.

Auch die Sicherheit wird in all den Anzeigen thematisiert, aber längst nicht mehr so amerikanisch plump wie in den Anfängen des abgeschirmten Wohnens. Vielmehr wird der Aspekt meist so sanft wie selbstverständlich eingebettet ins allgemeine Luxusambiente. Die Leipziger Central Park Residence verspricht: „Damit Sie sorglos in Ihren wohlverdienten Urlaub reisen können, bietet Ihnen unser Sicherheitssystem einen Rundumschutz Ihrer Residence.“

„Zwei bürgerliche Tugenden im Trend: Ruhe und Geborgenheit.“ Augustenhöfe

Sehr viel origineller verhandeln die Münchner Augustenhöfe das Thema, deuten sie doch den Begriff des Bürger radikal um: „Der Ursprung des Wortes Bürger verrät es. Im Schutz der Burg fanden die Menschen in früheren Zeiten Geborgenheit. Diesem Bedürfnis nach Sicherheit genügen die Augustenhöfe selbstverständlich. So erhalten nur gebetene Gäste Zutritt – denn sie müssen den Concierge (in großzügigen Eingang passieren.“ Im Schutz der Burg. Das evokiert finstere Mittelalter, Raubritter, rechtsfreie Räume, marodierende Banden. Die Augustenhöfe stehen in München, einer der sichersten und wohlhabendsten Städte Europas. Aber wer kann solche Sicherheit seinen Bürgern noch auf Dauer garantieren in Zeiten wie diesen? Das Kreuzberger „CarLoft“ wurde gar mit Sätzen beworben, dass man meinen könnte, das Anwesen stünde in einem Bürgerkriegsgebiet oder beherrberge ausnahmslos Personen, die unter Polizeischutz stehen: „Angst vor Übergriffen ist für Sie Vergangenheit. Gefährdete Personen kommen direkt und ohne auszuweichen sicher in Ihr Loft.“

Interessant an diesen beiden Beispielen ist ja, dass gleichzeitig auch wieder die Attraktivität des umliegenden Kiezes bezeugen wird, ganz Kreuzberg ein Lifestyle-Erlebnispark, ach und Schwabing, die schönste Outdoorapete Deutschlands. Das eigene Haus aber soll Trutzburg sein. Der Tübinger Baubürgermeister Cord Soehle brachte dieses recht einseitige Verhältnis zwischen derartigen Wohlandspartellen und den sie umgebenden Vierteln auf den Punkt: „Solche Projekte profitieren von dem sie umgebenden Kiez, aber sie geben der Stadt nichts zurück.“

Sehr viel dezenter Sicherheitssignale setzt das Münchner Areal „The Seven“. Hier ist von „geschützter, nachbarschaftlicher Gemeinschaft“ die Rede, von „sanfter Abgrenzung“ durch „wunderschöne Magnolienbäume“, und der Doorman scheint eher als zarter Seelenrührer seines Amtes zu walten: „Geborgenheit entsteht auch aus dem Wissen, nicht allein zu sein. Das Foyer des Seven ist daher mit einem Concierge besetzt, der freundlich und aufmerksam über Ihre Privatsphäre wacht.“

Diese Sprache schmeigt sich gewissermaßen an die dezente Abschirmungsarchitektur, mit der solcherlei Objekte aufwarten, all die Bäche, Hecken, Schwellen, Zäunchen, die das gesamte Anwesen effektiv abgrenzen, pardon: die es sanft und geschmeidig umspielen. Es soll ja keines sagen, wir hätten es in unseren deutschen Städten mit Gated Communities zu tun.

INHALT

- Statt der Elstern das Jesuskind**
Blasphemie allerorten: Auch Altoning ist davor nicht gefeit.
Von Hermann Unterstöger **2**
- Es ist das nackte Elend**
Transparenz ist angesagt: Aber will man alles sehen, was man sehen kann? Von Gerhard Matzig **3**
- Lesen lieber ungewöhnlich**
Die unberechenbare Ferienlektüre kommt wieder zu ihrem Recht.
Ein Atlas von SZ-Autoren **4/5**
- Die Farben der Freiheit**
Wie der 14. Juli zum Tag der Selbstvergewisserung Frankreichs wurde. Von Johannes Willms **6**

Feuilleton

Berlin entwaffnet sich

Der Architekt Arno Brandhuber über die fatale Bereitschaft der Stadt, ihre Grundstücke zu verkaufen

Balance aus Kontrolliertheit und Leidenschaft

Zum 70. Geburtstag von Harrison Ford

VON DANIEL KOTHENSCHULTE

„I was a Carpenter“, heißt ein amerikanischer Folk-Hit, wäre ich ein Zimmermann, Harrison Ford war als Zimmermann ein Star, bevor er ein Star-Schauspieler wurde. Zwar war er wegen der Schauspielerei nach Los Angeles gezogen, in Westwood allerdings, wo noch immer die meisten Häuser aus Holz gebaut sind, stand er als guter Handwerker zunächst höher im Kurs. Noch heute betreibt er seinen früheren Beruf als Hobby und ist stolz, mit Peter Weirs Filmen „Witness – der einzige Zeuge“ und „Mosquito Coast“ wenigstens zwei Filme gedreht zu haben, in dem er diese Handwerkskunst auch zeigen konnte.

Für die Rolle des Han Solo in „Krieg der Sterne“ wurde er engagiert, als er gerade dabei war, dem Büro von Steven Spielberg den letzten Schliff zu geben. Da schaute George Lucas vorbei, der sich des Nebendarstellers aus seinem Film „American Graffiti“ erinnerte. Als Harrison Ford bald darauf das Drehbuch in seinen Händen hielt, war er noch Tischler genug, seinem Autor einen handfesten Ratschlag zu geben: „So etwas kannst du tippen, George, aber man kann es nicht sprechen.“

Tatsächlich besetzte Ford schon früh in seiner Karriere ein Rollenbild, das im intellektuellen New Hollywood etwas zu kurz zu kommen drohte: Den Mann, der klug ist und nachdenklich, aber auf den ersten Blick betrachtet erst einmal handfest und robust. Das alte Hollywood war mit solchen Typen reicher gesegnet, und so füllte Harrison Ford jene Lücke, die Clark Gable oder James Stewart hinterlassen hatten.

Harrison Ford gehört bis heute zu den ganz wenigen leading men, denen man alles zutraut, was sie sich vornehmen. Und die statt langer Reden, lieber ab und zu einen bissigen One-Liner anbringen, so treffsicher wie man Zimmermannsnägel einschlägt.

Wer Harrison Ford einmal erlebt hat, kann sich davon sofort überzeugen. Mit gequältem Gesicht scheint er bei Presseterminen die Sekunden zu zählen, die ihn diese ungeliebte Seite seiner Arbeit kostet und scheint dabei gar nicht zu merken, wie prächtig er alle Anwesenden damit unterhält.

Auch in seinen Actionrollen, in der ersten „Star Wars“-Trilogie oder als „Indiana Jones“, gibt es immer diesen Moment, in denen sich Unlust in Eifer verwandelt, Skepsis in Leidenschaft. Vermutlich war es beim überlasteten Handwerker nicht anders gewesen: „Sollen wir das wirklich machen? Das geht doch gar nicht. Oder vielleicht geht es doch.“

Wie die klassischen Hollywoodstars konnte Ford mit fünfzig, ja mit sechzig die gleichen Abenteuer spielen wie mit dreißig. Heute wird er siebzig und rangiert noch immer unter den gefragtesten und best bezahlten leading men.

Fords größte Stärke ist dabei seine dramatische Zurückhaltung. „Blade Runner“ wäre mit einem anderen Schauspieler undenkbar, doch Ford hält diesen langsamen Film in einer inneren Spannung. „Vorsicht ist der beste Teil der Tapferkeit“, heißt es bei Shakespeare, dem Actionkino ist Tatkühnheit meist lieber. Doch Fords Helden bestehen ihre Aufgaben in einer Balance aus Kontrolliertheit und Leidenschaft. Dieser Einsatz aber muss sich lohnen. „Ich bin wie ein Feuerwehrmann“, bekannte Ford einmal. „Wenn ich rausgehe, will ich ein großes Feuer löschen. Kein kleines Feuerchen in einer Mülltonne.“

Berühmt ist dabei sein Einsatz als sein eigener Stuntman, auch wenn er einmal in einem Interview bescheiden abwehrte: „Ich mache keine Stunts. Ich laufe, hüpfle und falle herunter. Nach fünfundzwanzig Jahren weiß ich, wie das geht.“ Nun sind seit seinem Durchbruch mit „American Graffiti“ knapp vierzig Jahre vergangen. Und auch mit siebzig ist Harrison Ford unersetzlich.



Harrison Ford, handfest und klug

Der Berliner Architekt Arno Brandhuber ist einer der wichtigsten Kritiker der aktuellen Berliner Stadtentwicklung. Brandhuber, Jahrgang 1964, unterrichtet seit 2003 Architektur und Stadtforschung an der Nürnberger Kunstakademie, gründete 2006 nach einem Jahrzehnt kollaborativen Arbeitens in unterschiedlichen Konstellationen ein eigenes Büro in Berlin und beschäftigt sich momentan mit historischen Stadtkonzepten. Besonders interessiert ihn der Grüne Stadtarchipel, ein auf Heterogenität abzielendes Stadtmodell für Berlin von 1977. Ab September sind die Ergebnisse seiner urbanistischen Forschungen in drei Berliner Ausstellungen zu sehen: im Haus der Kulturen der Welt („Between Walls and Windows“), in einer Einzelausstellung im Neuen Berliner Kunstverein sowie in der Galerie Koch Oberhuber Wolff.

Herr Brandhuber, Sie leben in Ihrem eigenen Atelier- und Galeriegebäude in Mitte, umzingelt vom Hotel-Gewerbe. Leben sie gern dort?

Tatsächlich darf ich mich zu jenen zählen, die nicht aus Mitte vertrieben werden können. Die Hostel-Ballung am Rosenthaler Platz hier hat mit einer Sonderwirtschaftsförderung entlang der Rosenthaler und der Brunnenstraße zu tun. Beherbergungsbetriebe sind Investitionsnahe Dienstleistungen und die bekommen hier 20 oder 25 Prozent der Investitionskosten zurückstattet. Das führt eben genau zur Ansiedlung all dieser Hostels.

Eine politisch legitimierte Situation?

Genau. Berlin befindet sich in einem Umbruch von einer schrumpfenden Stadt mit niedriger bis prekärer Wirtschaftslage – vor allem auch von Selbstständigen – hin zum starken Investoren-Interesse, meist von außerhalb. In diesem Moment mangelt es an Willen auf Seiten der Politik, dort gegenzusteuern, wo die Berliner Kernbevölkerung betroffen ist.

Sind Sie als Architekt eines Galeriehauses an der Brunnenstraße nicht auch ein Gentrifizierer?

Schwierige Frage. Unser Bauwerk war, den Mietpreis niedrig halten zu können: Sind Investitionskosten rund vierzig Prozent niedriger als bei einem durchschnittlichen Gebäude, liegen auch die Mietpreise entsprechend niedriger. Tatsächlich funktioniert modellhaftes Tun auf einer ökonomischen Ebene nicht, wenn es um die Aufwertung eines viel größeren Radius geht. Da kann man mit günstigen Angeboten in einer Einzelleihe nicht allgemein gegensteuern. Und die Ökonomie der Aufmerksamkeits bedingt eben auch, dass sich das Umfeld eher aufwertet, wenn ein Gebäude wie unseres Aufmerksamkeit erregt.

Würde hässliche Architektur vor Aufwertung schützen?

Das würde mir extrem schwer fallen. Wir sollten die Städte nicht hässlicher machen als sie ohnehin sein müssen, wenn Nutzungsinteressen nicht vorrangiger werden.

Ist das Verhältnis von Investition zur Miete tatsächlich so wichtig?

Die Honorarordnung für Architekten besagt: doppelte Investitionskosten gleich doppeltes Honorar. Da ist der Anreiz relativ niedrig, günstig zu bauen. Das gleiche gilt für den Makler oder den Banker, der den Kredit zur Verfügung stellt. Verlässt sich die Stadtentwicklungspolitik eher auf das Private, dann finden sich genau die nicht wieder, die günstige Angebote suchen.

Es ist also mühsamer, günstig zu bauen?

Ja. Jede kostensparende Lösung bedeutet mehr Aufwand auf Seiten der Planer. An der unteren Standard-Grenze zu arbeiten, führt auch nicht unbedingt dazu, dass jeder zufriedener ist. Wer will schon rohe Böden statt Holzparkett? Und sollen wir tatsächlich vorschlagen, dass nur die weniger Begüterten auf Standards verzichten sollen? Man müsste eher zu einer gesamtgesellschaftlichen, kollektiv vernünftigen Übereinkunft finden, dass wir uns alle bei den Standards beschränken.

Warum ist die Debatte um die Aufwertung so wichtig?

Berlin hat Unterschiedlichkeit von sozialen, ethnischen, religiösen Milieus über viele Jahrzehnte er-



Sitz des Architekten Arno Brandhuber in der Brunnenstraße. Das Gebäude ist heute umzingelt von Hostels.

leben und erlebt. Genau diese Heterogenität gilt es, für Berlin weiterzudenken. Das heißt natürlich auch, dass jeder Einzelne die Verschwendung – also neben einem wesentlichen ärmeren oder wesentlich reicheren – neben einer muslimischen, katholischen oder atheistischen Mitbürger zu loben.

Derzeit passiert eher das Gegenteil. Berlin wächst wieder und der Homogenisierungsdruck auf die Milieus verstärkt sich.

Man kann das nicht nur in Mitte sehen: Die Preise gehen extrem nach oben, das Klientel wird immer gleicher, Hartz-IV-Haushalte fliegen raus. Daher die starken Migrationsbewegungen innerhalb der Stadt – die Schwächeren ziehen an den Rand. So verlieren wir all das, was Berlin bislang ausmacht. Niemand kommt ja hierher, weil die Stadt so schön geordnet ist.

Sie kritisieren den Liegenschaftsfonds, der die laudeseigenen Grundstücke ausnahmslos nach ökonomischen Kriterien verkauft. Was ist daran so falsch?

Ich antworte mit einem privaten Beispiel: Ein Mieter ist in Bezug auf Kündigungsschutz schlechter gestellt als ein Wohnungsbesitzer; Eigentumsrechte bewahren. Wieso entwaffnet sich die öffentliche Hand dermaßen? Wenn eine Stadt noch Gestaltungsoptionen halten will, wäre sie gut beraten, diese mit Eigentum zu sichern. Diese öffentlichen Liegenschaften müssten für das Gemeinwohl aller eingesetzt werden anstatt ihren Bestand weiter zu reduzieren. Es ist ja nicht das Eigentum eines Finanzsenators, son-

dern unser aller Eigentum, das hier in unserem Namen weggegeben wird. Aktives Wirtschaften bedeutet strategisch einzelne Immobilien und Grundstücke verkaufen, aber von dem Erlös andere zukaufen, den Gesamtfonds öffentlicher Liegenschaften halten. Erbbaurechte bestellen, sich an Genossenschaften beteiligen. Auch ein Finanzsenator sollte sich aktives und nachhaltiges Wirtschaften mit eigenen Liegenschaften zutrauen, anstatt diese Kompetenz nur der privaten Seite zuzubilligen.

Sie haben vor der Wahl die Parteien um Stellungnahmen zur Berliner Liegenschaftspolitik gebeten. Welche Antworten gab es?

Die deutlichste Antwort kam von der FDP: Öffentliches Eigentum weiter privatisieren und höchstbietend vermarkten. Aber auch von den anderen Parteien hat sich keine stark gemachte für einen anderen Umgang mit den Liegenschaften. Gerade unter dem roten Senat wurde der Liegenschaftsverkauf an die private Hand so dermaßen hochgefahren. Das hat natürlich auch mit dem Verhältnis der Bezirke zur Senatsverwaltung zu tun und der Umstellung in die Kosten-Leistungs-Rechnung.

Was heißt das?

Ein Beispiel: Ein Gebäude wird zur Zeit nicht gebraucht im Bezirk. Früher konnte dieser es zum Beispiel günstig einem kulturellen Zwischennutzer überlassen. Man war froh, wenn man die laufenden Kosten gedeckt bekam, um sich die Immobilie für eine spätere Nutzung vorzuhalten. Heute gilt die Kosten-Leistungs-

Rechnung, wie sie in der Privatwirtschaft zur Profitmaximierung üblich ist. Das Potenzial, das in einem Gebäude steckt, wird bilanziert. Daraus folgt: Wird das Potenzial nicht ausgeschöpft, wird entsprechend ein negativer Wert ermittelt. Dies führt dazu, dass die Bezirke solche Immobilien an den Liegenschaftsfonds abgeben, weil sie sich die negative Bilanzierung im Haushalt nicht mehr leisten können. Dabei geht es gar nicht um die tatsächlichen Kosten. Man geht davon aus, dass jeder Grund und Boden Gewinne erzielen muss. Geschieht das nicht, wird es negativ angerechnet. Das läuft der Grundidee zuwider, dass in einem städtischen Modell Flächen auch wirklich der Gemeinschaft zugeordnet sein müssen und nicht zum Höchstpreis kapitalisiert werden.

Welche Folgen drohen?

Ohne Gegensteuerung verwandelt sich die polyzentrische in eine zentral orientierte Stadt, die heterogene in eine Stadt homogenisiert insellagen. Die Berliner Mischung geht verloren und damit ihr ureigenstes Stadtmodell. Das „Grüne Archipel – Die Stadt in der Stadt“, so formulierten es 1977 die Architekten Ungers, Koolhaas, Kollhoff und andere für ein schrumpfendes Berlin: als Ansammlung von Inseln, die unterschiedlichen, aber jeweils homogenen Lebensstilen gerecht werden. Das löst sich gerade ein – allerdings nicht, wie damals vorgesehen, in einer vermittelnden grünen Infrastruktur mit niedrigem ökonomischen Druck, sondern vor dem aktuellen Hintergrund von Bevölkerungswachstum und Kapitalflucht in immobile Sicherheit. Heute bewegen wir uns zu einem exkludierenden Archipel, zu einer Stadt neben der Stadt der Anderen. Diese Verschiebung wird in Berlin derzeit von zahlreichen neuen Initiativen bürgerlichen Engagements thematisiert. Auch die politischen Repräsentanten wissen darum, aber sie handeln noch viel zu wenig.

Das Gespräch führte Kito Nedo

So präsent, so konzentriert, so unfransig

Patti Smith kümmerte sich um ihre Fans im Tempodrom

VON MARKUS SCHNEIDER

Patti Smith weiß, wie man Fans umgarnet. Fast auf die Minute pünktlich beginnt sie ihr Konzert am Mittwoch im Tempodrom mit zwei alten Hits und der aktuellen Single „April Fool“. Anders als so manch andere gestandene Heldin der Rockgeschichte hat sich Patti Smith noch nie geiert, den Fans auch die Lieblingsstücke aus der frühesten Vergangenheit – vom Einstiegsstapel „Dancing Barefoot“ bis zum späten „Because the Night“ – vorzuspielen. Das sollte man auch deshalb begrüßen, weil ihre Songs auf der Bühne grundsätzlich gewinnen. Bei aller rohen Energie der frühen Studioalben hört man ihre Kraft am besten auf „Teenage Perversity and Ships in the Night“, dem berühmten Bootleg eines New Yorker Auftritts von 1976.

Überraschendes gibt es daher andererseits aus dem randvoll ausverkauften Tempodrom natürlich nicht zu vermelden. Aber keiner ihrer Auftritte der letzten Jahre wirkte so präsent, so konzentriert und unfransig, ohne ausladende Schamantentänze und mit prägnant reduzierten Ansprachen. Vielleicht lag es an der leichten Erkältung, die sie – „kommt nicht auf dumme Ideen“ – mit Nasenspray bekämpfte, und die sie auch mal zur fußballerhaften Schleimleerung an den Bühnenrand trieb. In jedem Fall lief die 65-Jährige zu größer, bezaubernd charismatischer Form auf, was offenbar auch ihre Band um den lebenslangen Gitarrenbegleiter Lenny Kaye zu nichtunterfuriös lärmigen, druckvollen Garagenrock-Strecken anstachelte.

Dazu brachte sie ja ihr unspektakulär gelungenes neues Album „Banga“ mit, für das sie zum ersten Mal seit acht Jahren wieder eigene Songs geschrieben hat. Die letzte Veröffentlichung „Twelve“ – auch schon fünf Jahre her – bestand ausschließlich aus leider nicht besonders interessanten Coverversionen. Vielleicht litt das Album daran, dass man ohnehin Smith' gesamtes Schaffen als eine Art Hommage an jede Menge Wegbegleiter zwischen Paul (Symbolist) und Tom (Post-Punk) Verlaine verstehen sollte – Smith schreibt Songs als eine Art künstlerische Familienchronik.

Dabei nimmt sie sofort in die Familie auf, wen immer sie gerade interessant findet. So gibt es auf dem Album Songs für die im letzten Jahr verstorbene Bertolucci-Schauspielerin Maria Schneider und ein Stück, das sie als selbstgebasteltes Geschenk Johnny Depp zum Geburtstag schrieb. Live würdigt sie kurz hintereinander Amy Winehouse, William Burroughs und Christoph Schlingensief. Es gibt keinen Grund, die Herzlichkeit dieser Umarmungen zu bezweifeln. Ich habe sie anlässlich ihrer Filmbiografie „Dream of a Life“ vor ein paar Jahren einmal vom Bahnhof Zoo zum Hotel begleitet, und schon auf dem Bahnsteig galt ihre einzige Sorge der Frage, wann und in welchem Krankenhaus sie Schlingensief besuchen könne.

Sie kümmert sich um ihre Leute, so liebe sie auch dieses rundweg schöne Konzert überschreiben, wo sie selbst abgehengene Vorzeichennummern wie „Gloria“ mit erstaunlich frischer Lust brachte. Nur „Rock 'n' Roll Nigger“ sollte sie bei aller nahebeigen Gassenhauerwirkung vielleicht mal aus dem Programm nehmen. In der Hippieseligkeit der Siebziger mag die falsche Assoziation eine lässlich romantische Annäherung gewesen sein. Heute klingt sie doch recht grob.



Patti Smith präsentierte sich in Berlin in bezaubernder Form.

Berlin

Fischadler mit gebrochenem Unterarm

Vogel wird in Wildtierpflegestation des Nabu gesund gepflegt

VON BIRGITT EITZEL

Der Fischadler trägt einen Verband um seinen rechten Flügel. Das Tier hat einen offenen Bruch am Unterarm. Wird eine solche Wunde nicht behandelt, bedeutet das den sicheren Tod für einen Vogel. Doch der ausgewachsene Greifvogel wurde glücklicherweise Mitte Juni am Rand eines Braunkohleabbaus bei Grötsch in Brandenburg gefunden.

Wahrscheinlich ein Jagdunfall

Seit Kurzem wird das ausgewachsene Tier – geschätzt wird es auf ein Alter von über zwei Jahre – in der Wildvogelstation des Naturschutzbundes (Nabu) Berlin im Marzahner Wuhletal gesund gepflegt. Ob es ein Männchen oder ein Weibchen ist, weiß man dort allerdings nicht. „Das ist nur mit einer komplizierten Untersuchung festzustellen. Doch das ist für den Vogel schmerzhaft“, sagt Nabu-Sprecherin Anja Sorges. Es unterblieb deshalb, schließlich ist das Geschlecht des Vogels für den Heilungsprozess unerheblich. Laut Sorges gibt es die Vermutung, dass der Verletzte ein Männchen ist – denn diese kümmern sich in der Brut- und Aufzuchtssaison vorwiegend um die Jagd. Dabei ist der Adler wahrscheinlich verunglückt.

Gewöhnlich werden Adler, die in Brandenburg gefunden werden, nicht in Berlin betreut, sondern in der Station von Aquila e.V. nahe Fürstenberg/Havel. Denn dort gibt es spezielle Voliere, die ganz auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet sind. Adler, die es auf eine Flügelspannweite von mehr als zwei Meter bringen können, benötigen viel Raum.

Der Fischadler, dessen Unterarmbruch in der Kleintierklinik der Freien Universität in Düppel behandelt wurde, verweigerte dort jegliche Nahrung. Also sollte er in die Naturschutzstation von Aquila an der Wobnitz. Doch diese hatte so rasch keinen Platz. Deshalb kam er zunächst nach Marzahn – und hat dort jetzt eine Voliere für sich ganz allein. Scheinbar gefällt ihm das gut, inzwischen ist auch sein Appetit wiedergekommen: Täglich verspeist er ein Pfund Fisch, auch die Medikamente, die ihm verabreicht werden, schluckt er ordentlich. Wenn sich das Tier weiterhin so entwickelt, könne es schon Mitte des Monats in die Aquila-Station an der Wobnitz umziehen, sagt Sorges. „Dort kann es dann sein Flugtraining aufnehmen.“ In Marzahn sind die Volieren dafür etwas zu klein.

Pro Jahr versorgt die Nabu-Wildvogelstation in Marzahn, die von dem Biologen André Hallau geleitet wird, mehr als 1.500 kranke oder verletzte Tiere. Dazu kommen zwischen 2.000 und 3.000 Anrufe, bei denen Bürger um Rat fragen, weil sie Vogel bedroht sehen oder einen Tipp zur Pflege benötigen.

Dabei war die Weiterexistenz der 1998 gegründeten Station lange unsicher. Denn nachdem sich ein Sponsor im Jahre 2010 verabschiedete, der die Einrichtung jährlich mit 50.000 Euro unterstützt hatte, gelang es dem Nabu nicht, das Defizit aufzulösen. Anfang des Jahres spendete dann eine Möbelfirma 50.000 Euro, das Land Berlin gab einen Zuschuss in gleicher Höhe. Damit ist der Betrieb der Einrichtung zunächst wenigstens bis Ende 2013 gesichert.



Balkons, Gärten, Teiche – so soll einmal neuer Luxus in der historischen Mitte aussehen. 2014 sollen die Häuser stehen.

Pool auf dem Dach

Ein nobles Wohnensemble verdeckt die Sicht auf eine Kirche von Schinkel

VON UWE AUBICH

Was die Friedrichswerdersche Kirche mit ihren beiden imposanten Türmen betrachten will, muss künftig ziemlich dicht herangeht. Denn der rote, 1830 von Friedrich Schinkel errichtete Bau wird schon bald von einer Kulisse aus neuen Wohn- und Geschäftshäusern verdeckt werden. Die Bauwert Investment Group hat jetzt damit begonnen, zwischen der Kirche und der Oberwallstraße eine kleine, aber noble Wohnanlage zu errichten. Zu dem Ensemble auf der ehemals als Parkplatz genutzten Fläche gehören auch Galerien und Ateliers.

Bis 15.000 Euro pro Quadratmeter Kronprinzengärten heißt das Vorhaben der Bauwert, das die Kirche in den Schatten stellen wird. Es entsteht unmittelbar neben dem Kronprinzenpalais, das seit 1732 Wohnhaus der Regenten und auch kultureller Treffpunkt von Malern, Musikern und Schriftstellern war. Mitte des 19. Jahrhunderts kam dort Wilhelm II., der letzte deutsche Kaiser, zur Welt. Auch wegen dieses Ortes war es der teuersten Wohnanlage in Berlin.

Und zu den Luxussegmenten: So gehört es zum Konzept, dass die Eigentümer der sieben neuen 3- bis 4-Häuser sich auf Wunsch einen Pool



aufs Dach bauen lassen können. Henning Hausmann, Investmentchef bei Bauwert, nennt das „Wohnen auf höchstem Niveau“. Denn geschwommen werden kann dann in 25 Meter Höhe mit Blick über die historische Mitte. „Mit den Kronprinzengärten entsteht in diesem einmaligen Umfeld eines der edelsten Bauprojekte in Berlin“, sagt er. Solch ein Luxus hat seinen Preis: Bis zu 15.000 Euro pro Quadratmeter werden dafür verlangt. Für die Hauptstadt ist das ein Topwert, die Kronprinzengärten zählen damit zu den teuersten und nobelsten Wohnanlagen in Berlin. Der Einstiegspreis liegt immer noch bei rund 4.500 Euro je Quadratmeter. Insgesamt 40 Millionen Euro investieren die Bauwert in ihr Projekt. Auf dem Areal entstehen auch drei

Wohngebäude mit 30 Wohnungen sowie ein Galerie- und Atelierhaus. 70 Prozent der Wohnungen seien verkauft, so Hausmann. Geschäftsleute und Künstler würden sich für die Anlage interessieren, weil sie genauso exklusiv wie in Paris, London und New York wohnen wollen.

Allerdings ist das Bauvorhaben umstritten. So kritisierte der Berliner Architekten- und Ingenieurverband mehrfach den viel zu geringen Abstand zwischen der Kirche und den neuen Häusern. Er beträgt an einer Stelle lediglich fünf Meter, so dass die Chorfenster verdeckt werden. Trotz der Kritik bielten Senat und Abgeordnetenhaus an ihrer Idee fest, rings um die Friedrichswerdersche Kirche den historischen Stadtgrundriss mit kleinen Plätzen und engen Gassen wieder herzustellen. So sollen auch auf der anderen Seite der Kirche am Schinkelplatz neue Büro- und Wohnhäuser errichtet werden. Die ersten Architekturvorschläge, die der Senat im Juni präsentierte, fielen in der Öffentlichkeit glatt durch und wurden scharf kritisiert. So bemängelten etwa die Gesellschaft Historisches Berlin, die Bürgerinitiative Schöne Mitte sowie der Förderverein Bauakademie die Fassadengestaltung als „schlicht und leblos“ und bezeichneten daher die Vorschläge für die Neugestaltung der historischen Mitte als „intellektuelle Frechheit“.

POLIZEIREPORT

RENTNERPAAR TOT AUFGEFUNDEN. In einem Seniorenheim in Mariendorf haben Mitarbeiter am Dienstag ein totes Ehepaar in seinem Apartment gefunden. Offenbar haben sich der 93-jährige Mann und seine 72-jährige Ehefrau umgebracht. Die Polizei fand einen Abschiedsbrief. Eine Obduktion soll die genaue Todesursache klären. Die Mordkommission ermittelt.

MOTORRADFAHRER GESTORBEN. Ein Motorradfahrer ist am Dienstagnachmittag in Friedrichshagen tödlich verunglückt. Der 36-jährige war mit seinem Motorrad in der Pettenkofer Straße unterwegs, als ihm ein Kleinbus entgegenkam. Beide Fahrzeuge kollidierten, der Kradfahrer schleuderte gegen den Kleinbus und stürzte. Er erlitt schwere Halswirbelverletzungen und verstarb am Unfallort. Der Autofahrer erlitt einen Schock.

UNBEKANNTE TOTE: Bei der Identifizierung einer unbekannt toten Frau bittet die Polizei um Hilfe. Am 19. April wurde die Leiche im Spreekanal in der Straße Am Kupfergraben aus dem Wasser geborgen. Die Ermittlungen der Vermisstenstelle der Polizei waren bislang erfolglos. Die Frau ist 35 bis 60 Jahre alt und etwa 1,65 Meter groß. Sie hatte rotbraune, schulterlange Haare und trug eine feingliedrige, goldfarbene Kette um den Hals. An dieser befand sich ein rechteckiger, goldfarbener Anhänger mit einem kleinen Stein sowie verschnörkelten Buchstaben.



RAUBOPFER FESTGENOMMEN: Zusätzliches Pech hatte ein 39-jähriger am Dienstag, nachdem er in Neukölln Opfer eines Raubes geworden war. Zwei Unbekannte hatten ihn gegen 1.30 Uhr in der Karl-Marx-Straße geschlagen und ihm sein Handy geraubt. Bei der Überprüfung seiner Personalien stellte sich heraus, dass ihn die Staatsanwaltschaft Hamburg mit Haftbefehl sucht.

ROCKER ÜBERPRÜFT: Polizisten haben in der Nacht zum Dienstag in Moabit Angehörige verschiedener Charter der Hells Angels überprüft. Zwischen 22 und 24 Uhr kontrollierten sie vor einem Vereinsheim in der Lehrter Straße 15 Männer, eine Frau und sechs Fahrzeuge. Ein 42-jähriger wehrte sich mit Gewalt dagegen, dass Polizisten seine „Kutte“ durchsuchen wollten. Die Beamten beschlagnahmten bei einem 29-jährigen ein Messer. (kop.)



Gebrochener Flügel – der Fischadler wird nach einem Unfall in Marzahn gepflegt. Die Wildvogelstation dort versorgt im Jahr rund 1.500 kranke Tiere.

REISEMARKT

BRANDENBURG

Jagdhotel Prenden, bei Wandlitz
Schlachtabbuffet am 14.07. + 18.08.
 von 18 – 21 Uhr, 6,50 € p. P.
Wildbuffet am 28.07. + 25.08.
 von 18 – 21 Uhr, 9,90 € p. P.
 Reservierung unter: Prenzener Dorfstraße 48
 Tel.: (033396) 8783-0 · Fax: 8783-16

SONDERBEILAGE | Berlin Kompakt

Kreuzfahrten & Fährreisen

Erscheinungstag: Dienstag, den 25. September 2012
Anzeigenschluss: Dienstag, den 11. September 2012



Reisemarkt
 Telefon: 030 227-96 140 · 030 227-4334, E-Mail: reise@berliner-zeitung.de
Berliner Kurier | **Berliner Zeitung**
 BERLINS GRÖSSTE ABONNEMENT-ZEITUNG

Wellnessoase.

Berliner Zeitung
 BERLINS GRÖSSTE ABONNEMENT-ZEITUNG
 Anzeigenannahme: ☎ 030 23 27 50

Last-Minute-Sommerurlaub
 Natur aktiv an der Kyritzer Seenkette
Bei Buchung für Juli/August
10 % Rabatt
 Arrangements: Ab in den Sommer
 4 Tage, 5 Nächte, inkl. Frühstücksbüfett, Begrüßungsbrötchen,
 3x 3-Gänge-Menü + 1x Leibeskur + 1x Bootverleih
 pro Person im DZ 149,00 € + im EZ 159,00 €
Mohnding Westerhausen (Brandenburg)
 Tel. 0338 795 18 50
 www.moehnding.de
 Gute Angebote für Gruppen und Vereine

ZITTAUER GEBIRGE

Hotel BB * Juli – Sparwochen**
 DZ/HP Menü – Buffet, Bad, Wanne, WC, TV.
 Tel.: 3 UN/HP 130,- € / 5 UN/HP 199,- €
 p.P. Kinder - 30 % Erlebnisbad - 90 m Rutsche
 Hochseilgarten, Reiten, Inliner, Oldtimer
 Tagesfahrt Prag od. Bismarckhöhe 33 € p.P.
 Tel.: 03583 69800 Webcom - www.hotel-bb.de

ERZGEBIRGE

Komfortable Pension „Bergblick“
FEWO's in Panoramalage ab 42,- €/Tag
Sonderangebot Haupthaus
 Einraum-App. groß 3x, 2.000 m, Frühstück, 81,- € je Erw.
 Zweiraum-App. 3x, 2.000 m, Frühstück, 95,- € je Erw.
Eröffnungsgesamt Gästehaus/Nebenhause
 Zweiraum-App. 3x, 2.000 m, Frühstück, nur 89,- € je Erw.
 Bergmanns-Suite 3x, 2.000 m, Frühstück, nur 60,- € je Erw.
 Kinder bis 16 Jahre frei! Verlängerungsmöglichkeit
 Pizzeria im Erzgebirge · www.pension-bergblick.de · ☎ 03726-29 60 98

„Reiselust im August“
 „Erzgebirgspension-Thomas“ Seiffen/Deutschniedel
 „Schnupperstage“ 3x ÜF + HP für 99,- € p. P./DZ
 „Sommerpecial“ 5x ÜF + HP (1x Forstle) für 159,- € p. P./DZ
 „Sommerwoche“ 7x ÜF + HP (1x Forstle) für 209,- € p. P./DZ
 Kinderermäßigung! Leihfahrräder frei, ☎ 0373 62/86 83
 oder unter www.erggebirgspension-thomas.de

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Tschechien - Slowakei
 Gebirge & Seen - alle Regionen, ganzjährig!
 Hotels, Pensionen, Bauden, Ferienhäuser + Ferienwohnungen
 Über 500 Angebote preiswert! Nur direkt vom Veranstalter!
SONDERANGEBOT DER WOCHE JULI - OKTOBER 2012!
 4-8-Tage mit HP, Bowling, Lemnitzersee ab 179,- € (Kleider gratis)
 Online suchen & buchen unter www.nova-tours.de

ÖSTERREICH

***** Hotel Erika Arzl - Pitztal - Tirol**
LUST auf URLAUB!
 11.07. - 21.10.2012 - 8 Tage (7 N.) p. P. i. DZ 245,- €
 HP, Frühstücksbuffet, geführte Wanderung, Grillabend,
 Kinder bis 5 J. frei! uvm. Zi. mit Du/WC, TV, Tel., Radio,
 Saun., Balkon, Personalverh., Teilgarage frei, Park. 50qg!
Tel 0043/5412/66547 · www.PITZTAL.AT

Saiskammergut III
 1 Wo. HP 200,- ab sofort frei
 Mond-, Alt-, Wolfgangsee, eig. Hallenbad
 ☎ 0043 / 7667 / 7095

SPANIEN
MALLORCA LAST MINUTE,
 Finca-FeWo's, Familienangebote
www.siebolds.de, Tel. 04941/64639

POLEN

Urlaub an der poln. Ostsee, Insel Wolin
 DZ inkl. Frühstück, Parkplatz u. Kurtaxe
 bis 14.07. u. ab 16.08. **Festpreis 22,- € p. P.**
 ab 15.07. - 15.08. **Last Minute FP 29,- € p. P.**
 Tel.: D 05233-952700 o. Handy: 0171-8180114
www.hotel-palacyk.de PL 0048-91-3265450

! Sommer total!
an der Ostsee + am Haff
 Pension, eigener Steg + Boote
4 Tage Ü + F ab 79 € p. Pers.
 (D) 0700-28 45 27 27 www.AvillaPark.com

HERZENSWÜNSCHE

PARTNERSCHAFTEN

ER SUCHT SIE
Berlinbesucher, 53 J., NR/NT, su.
 Sie f. Freizeitgestaltung, Int. Tierpark, Sealife, u.a. geir. Kosten.
 BLZ: 10256Z PF 021285, 10124 Bln.
Park, 51, gebild., gepf., 175, sucht
 pass., schlank, Partnerin. BLZ:
 10263Z PF 021285, 10124 Bln.

TREFFS

SONSTIGES
Feminine Frau, 28 J., 01755804856

BAUEN & RENOVIEREN

Kl., freundl. Ost-Malerfachbetrieb
 Trepp., Fenst., eig. Tap./Lepp., Möbelrücken/
 Estrichp., 10% Rabatt & Seniorendiscount
 ☎ 29 94 88 88

DIENSTLEISTUNGEN

***** Kartonfritze - Umzugskartons**
 S. M. L. XL - 35/-75/105/130 € T. 351 95 60

Zapf Umzüge, 61 0 61

GESUNDHEIT IST EIN MENSCHENRECHT
 Deshalb hilft ARZTE OHNE GRENZEN in
 rund 60 Ländern Menschen in Not -
 ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion
 oder politischen Überzeugung.

HELFEN SIE MIT!
 LÄTZT DUNKELHEITEN E.V.
 Am Köpenicker Park 11093 Berlin
www.laetzt-dunkelheiten.de
 Spendenkonto: 03 97
 Bank für Sozialwirtschaft
 BLZ 370 200 00

Das BMW-Guggenheim-Lab in Berlin wurde eröffnet: Szenen aus den Terror-Zonen der totalen Gleichheit und der Ungentrifizierbarkeit

Das weiße Gefängnis

Berlin-Mitte: Wir kaufen alles. Wir bleiben unter uns

Ein paar Steine aus den letzten zwei Jahren, im immer gleichen Planquadrat, Oberstraße, Schönhauser Allee, Mauerpark, Senefelderplatz, Berlin-Mitte, Berlin-Prenzlauer Berg, Berlin-Ground Zero.

Silvester auf der Schönhauser Allee, aus der Tram steigen Paare, die Salat gemacht haben, sie tragen ihre Schüsseln zu den Abendessen, bei denen sie eingeladen sind, an der Ampel warten Jungs in Jacken, wie sie keiner der Salatmenschen je tragen würde, und bewerten sie mit Feuerwerksböllern.

Ein alter Mann auf Krücken an der Haltestelle vor der Bar „013“, der in eine Tram steigen will, zwei schöne junge Frauen drängen ihn, eine von links, die andere von rechts, kurz vor der Tür noch ab.

Irgendjemand hat auf der Kollwitzstraße den Stand abgebrochen, in den Eltern Kinderleidung und Spielzeug zum Tausch legen können.

Lidl, Schwedter Straße, eine junge Frau, die in ihr Handy redet, während sie Aufbackbrot und anderes in ihren Wägen wirft, sie telefoniert noch, als sie die Sachen auf das Band legt, als sie bezahlt, als die Kassiererin ihr das Wechselgeld gibt, als sie rausgeht.

Tag der offenen Wohnung, ein paar stehen nämlich schon leer im Haus, auf der Treppe Mütter mit Töchtern, junge Paare, Verkaufsgespräche, Russisch, könnte auch Griechisch sein, könnte auch Norwegisch sein. Die Wohnungen, Nähe Teutoburger Platz, sind innerhalb von einem Dreivierteljahr zwanzig Prozent teurer geworden.

Es staut sich vor dem Bioladen am Weinbergspark, ein Geländewagen parkt in zweiter Reihe, „der ist doch bestimmt im Bioladen einkaufen“, sagt einer in der Tram, aus dem Bioladen kommt eine Frau und steigt in den Geländewagen.

Und vor dem Spätkauf, ein paar hundert Meter vom Pfefferberg entfernt, wo seit Freitag das „Guggenheim Lab“ mit der Unterstützung von BMW erforscht, wie sich unsere Städte verändern und was man dagegen und dafür tun kann, sitzen in all den Monaten immer dieselben Männer und Frauen um einen Gartentisch, sie trinken Filterkaffee mit Dosenmilch oder Berliner Bier, sonst kauft kein Mensch hier Berliner Bier, man kauft hier Tegernseer oder Augustiner für zwei Euro die Flasche, und ich möchte gar nicht wissen, wie die Berliner Biertrinker das alles hier vor ihren Augen nerven muss, wenn ich nur daran denke, wie es nach schon nervt. Aber mich nervt auch, wie ich mich innerlich an sie heranschleide und mit ihnen solidarisiere, einer von ihnen sein will, dabei zahle ich eine Miete, die das ältere Ehepaar, das vorher in unserer Wohnung gewohnt hat, überfordert hätte.

Aus dem Inneren der Gentrifizierung gibt es keinen Blick auf gar nichts ohne Ressentiment. Geld ist nur zum Freikaufen da, um eine Welt zu schaffen, wo nur identische Menschen wohnen, so denke ich an manchen Tagen, an anderen macht es nur ratlos, dabei zuzuschauen, wie noch in die kleinste Lücke neue Bauten gepresst werden, Hochsicherheitsstrategie, denke ich an anderen Tagen, wenn der Hass zu groß wird, die Gegend verwandelt sich in einen weißen Krast, nur am U-Bahnhof Rosenthaler Platz lassen sie die anderen, die Bösen, noch rein, irgendwoher

müssen ja die Drogen kommen, die sich abends im Park und auf den Balkons in Luft auflösen.

Aus dem Inneren der Gentrifizierung gibt es auch keine neuen, raffinierten Erkenntnisse über die Gentrifizierung selbst. Geld sortiert, schafft Abstand, homogenisiert. Man langweilt sich mit seinen eigenen Gedanken, weil sie schon Jane Jacobs so ungefähr gedacht hat, als sie 1961 die Bibel des klugen Urbanismus schrieb, „Töd und Leben

großer amerikanischer Städte“, deren Botschaft man also seit fünfzig Jahren hört – kleinteilige Planung, zufällige Mischung, kurze Wege. Wahrscheinlich würden sie das beim Bezirksamt Mitte sofort unterschreiben, aber stattdessen haben sie vor kurzem unterschrieben, dass auf der Kastanienallee hundertjährige Kastanien gefällt werden dürfen, damit ein neuer Hochsicherheitsstrahl entstehen kann.

Freitagmorgens, vor dem Pfefferberg stehen Poltzen, aber keine Gegner des „Guggenheim Lab“. Die hatten es im Frühjahr geschafft, das Labor aus Kreuzberg zu verdrängen, noch bevor es dort ankam. Das Lab, ein offener Stahlbau, stand genau so in New York, bis Ende Juli ist es in Berlin und zieht dann nach Bombay, erzählt Maria Nicanor, die Kuratorin des Projekts, und sie hat deutlich keine Lust, noch mal über die Vorwürfe zu reden, die ihr aus Kreuzberg ent-

gegenkommen, der Zwangsarbeiterkonzern BMW, das Lab ein reiner Marketingtool. Das Lab gentrifiziert nicht, sagt Maria Nicanor, die Gentrifizierung ist hier in Prenzlauer Berg doch längst im Gange.

Um sie herum wird gebastelt, kann man Nähen lernen, überhaupt geht es, das sagen Maria Ni-

canor und ihre Kollegen immer wieder, um Wissensvermehrung, Sensibilisierung, „städtische Mikroanalyse“, um Öffentlichkeit. Aber man wird den Eindruck nicht los, dass sich hier sechs Wochen lang vor allem die Sensibilisierten weiter sensibilisieren werden. Und zwar in einer Öffentlichkeit, der nur sie selbst angehören. Und das

am Ground Zero der Berliner Gentrifizierung. Und vor allem ohne die Investoren, deren Grad an Sensibilisierung man ja gern mal gemessen hätte. (Schwer vorstellbar, dass BMW in diese Welt keinen Draht gehabt hätte. Direkt neben dem Lab wird der nächste Altbaublock zum Verkauf feingemacht. Was nutzt das Urban Planning in Gedanken, denkt man, wenn live ein paar Meter weiter entmietet wird? Und hält das Labor für eine touristische Kunststiftung am richtigen Ort, und den Ort selbst für das richtige Labor, das aber keine touristische Kunststiftung braucht, denn die gibt es hier schon genug.)

Was ist denn überhaupt diese Öffentlichkeitsherstellung wert? Muss man noch mehr sensibilisiert werden für Verdrängung? Oder noch mal ausprobieren, wie toll Fahrrad fahren in der Stadt ist? Ich will nach einer halben Stunde schon wieder gehen, um eine Szene reicher aus diesem Planquadrat von Berlin, schöne Menschen, die über unschöne Probleme reden, aber dann treffe ich auf Johannes Dumpe. Er hat eine der Initiativen organisiert, die aus dem Lab hinausgehen werden: „Free Space Berlin“ dokumentiert, welche Objekte auf Liegenschaftsfonds von Berlin schon verkauft hat oder verkaufen will. Ein schwieriges Thema, die Stadt rückt nur spärlich Daten raus, das würde nur stören. Dumpe

und seine Kollegen sammeln sie ein, wo sie können. Mit einem „Leerstandsmelder“ wollen sie im Netz ermitteln, wo Immobilien leer stehen. Anwohner können Hinweise geben, hier ist eine Schule verwaist, was hat die Stadt wohl vor, was wäre unsere Idee. An sechs Orten werden Dumpe und die anderen in den nächsten Wochen stehen und Daten und Ideen sammeln, als Erstes geht es zur lakrativen Immobilie Blumengroßmarkt in der Friedrichstraße. Und das Ganze hört nicht auf, wenn das „Guggenheim Lab“ weitergezogen ist.

Investoren geben sich gern i-dentem, das haben sie mit den Kreuzberger Gegnern des Guggenheim Lab gemeinsam. Die Stadt hält sich ebenfalls bedeckt, was Geschäfte mit ihrem Besitz angeht. Da könnte aus Informationen, die keiner hergeben will, tatsächlich so etwas wie eine Währung werden, die Geld wert ist. Das könnte wehrhafte Öffentlichkeit sein. Ich gehe etwas geträumt raus aus dem Lab. Und trete in den Schatten von Baugerüsten. **TOBIAS RÜTHNER**

Der echte Dreck

Wedding: Nebenan wäre das Kunst. Hier ist es Armut

Zwischen der reichen Auguststraße in Berlin-Mitte und dem Leopoldplatz im Wedding liegen 3,2 Kilometer, und wenn man dann am Leopoldplatz steht, merkt man ein anderes Leben, und vielleicht spürt man ein bisschen, dass man an Leben ist, weil das, was man da sieht so anders ist als man selbst, anders als die, vor denen man abgehauen ist.

Man steht also da und riecht und sieht. An der Bushaltestelle sitzen streng aufgereiht und stumpf geradeaus starrend fünf alte Menschen. Sie halten Einkaufswagen fest, nämlich die, die alte Menschen immer haben, wäran man sich dann wieder erinnert. Sie gucken abwechselnd auf die Uhr und sind erschöpft von dem bewältigten Einkauf, was man ebenfalls vergessen hatte, dass alte Menschen von so einem kleinen Tagesgeschäft erschöpft sind. Die Autos rasen über die angrenzende Müllerstraße, gegenüber wird Döner verkauft. Obst, Handzeug, noch mal Döner, Internet-Shops, Leo-Kofee, Kopftücher, viele Kopftücher, Männer haben schwarze Haare und zischen Frauen hinterher, die keine Kopftücher tragen, Dreck auf der Straße, Dreck in den Häusern, kein cooler Dreck, den man verkaufen könnte; nicht, richtig echter eckiger Dreck, den man ganz vergessen hatte. Frauen trinken Wein aus Tetra-Packs. Männer sitzen vor Bä-

ren da ist, riecht es nach Urin. Vor der Haustür sitzen sogenannte NDH-Kinder (Kinder nicht deutscher Herkunft). Sie sind Schüler der benachbarten Oberschule und rauchen heimlich, im Winter machen sie das im Hausflur, spucken auf den Boden, und manchmal holen sie auch die Post aus den Briefkästen. Sie reden darüber, dass Mütter „gefickt“ werden und wer ein „Opfer“ ist. Die Mädchen, so erzählte ein Nachbar, der ein Haus weiter wohnt, schmücken sich bei ihm im Hausflur, weil ihnen das aus bekannten Gründen von ihren Eltern verboten wird, und nach der Schule schmücken sie sich dort auch wieder ab.

Einmal wollte mich ein Junge nicht durchlassen, als ich mit dem Fahrrad an ihm vorbei musste. Er sagte wirklich: „Alter, Sie können mich nicht besitzigen“ – was ich ja überhaupt nicht will. Im Gegenteil, ich habe so ein schlechtes Gewissen, dass ich mich amterbrochen entschuldigen will. Lauf ich durch die Straßen, vorbei an Menschen, deren Haut völlig rot auf ihren Gesichtern liegt, denen Zähne fehlen und die zu sechs in einer Drei-Zimmer-Wohnung leben, will ich mich sofort entschuldigen; wofür, kann ich nicht genau sagen, aber ich will mich auf lächerliche Weise entschuldigen, und bei den NDH-Kindern, die hier aufwachsen und in Schulen gehen, in

das gehen? „Attraktiver Wohnraum, Imagebildung. Und diejenigen, die immer von Chancengleichheit reden, müssen auch ihren Teil dazu beitragen. Also nicht nur so lange von multikultureller Mischung schwärmen, bis ihr Kind eingeschult wird. Das ist bigott.“

Ob er sein Kind auf eine Schule im Wedding schicken würde, beantwortet er dann recht diplomatisch: Er würde sich die Schule ansehen und dann entscheiden – wobei man doch jeden verstehen kann, der genau das nicht macht. Was kann denn das arme Kind dafür? Und trotzdem hat Spallek recht: Es hat etwas Bigottes, Scheinheiliges; das ganze Große ist falsch, deswegen kann man sich da drinnen nicht richtig verhalten, um es mit der an dieser Stelle komplett richtigen Asörno-Floskel zu sagen.

Spallek erwähnt dann noch einige hochkomplexe Instrumente, die zur Durchmischung des Bezirks beitragen könnten, und dass die Müllerstraße im Jahr 2009 zum Sanierungsgebiet erklärt wurde und dafür bis 2015 eine Million Euro jährlich zur Verfügung stehen. Interessant ist, dass viele der Menschen, die hier wohnen, das gar nicht wollen, sie haben im Gegenteil Angst vor Aufwertungszeichen im Wedding, weil sie befürchten, dass dadurch die Mieten steigen.

„Die meisten 1-Euro-Läden sind schon verschwunden. Was jetzt hinzukommt, ist meist in höheren Preisklassen angesiedelt. Keine Ahnung, wer da einkaufen soll – wir sicherlich nicht mehr“, ist in einem Diskussionsbericht zum Thema Aufwertung im Wedding nachzulesen.

Ich kenne in der Müllerstraße keinen einzigen, na ja, teureren Laden, wünsche mir aber offen gestanden wenigstens einen, weswegen ich mich auch sofort entschuldige, insbesondere nach Lektüre der Ansichten des Gentrifizierungsforschers Andrej Holm: Sogenannte Parallelgesellschaften, so Holm in einem Interview, hätten eine wichtige Integrationsfunktion für Neuankommlinge. „Wir sollten im Auge behalten, dass Quartiere wie der Wedding aufgrund der Situation von noch günstigen Mieten für ökonomisch nicht so gut gestellte Menschen (...) in der Gesellschaft eine hohe Qualität haben.“ Stattdessen, sagt er, müsse man mit der entstandenen Situation umgehen, und das bedeute vor allem: Wie kann man die Leute qualifizieren? Außerdem müssten die Bewohner selbst zu Akteuren der Umgestaltung werden.

Tatsächlich gibt es zahlreiche Initiativen, so zum Beispiel den Förderverein „Brüsseler Kiez“. Die Mitglieder lieben ihre Gegend. Mit einer bewundernswerten Ausdauer räumen sie abgestellte Kältschranke von der Straße, pflegen die Grünflächen und schicken „Kiezläufer“ durch die Straßen, die sich Bürgerprobleme anhören. Das tun sie nun seit dem Jahr 2005, bislang völlig ohne NDH-Menschen. Denn die NDH-Menschen, so ein Sprecher der Initiative, lassen sich dafür nicht gewinnen.

Man kann dieses verfluchte Gentrifizierungsthema betreffend kaum etwas richtig Kluges denken, denke ich immer wieder, wenn ich durch die Straßen laufe und mich entschuldigen will. Aber trotzdem: diese 3,2 Kilometer und die Welten, die auf der jeweils anderen Seite liegen und einander ignorieren – das kann doch nicht sein.

ANTONIA BAUM



Wo die Leute mit sich selber schlafen. Hier ist Mitte.



„Sie können mich nicht besitzigen“: Hier beginnt der Wedding. Foto: Jan Garmann

ANZEIGE

Das Kursbuch voll auf Kurs!
Nr. 171: Besser optimieren
Als Buch und als eBook
www.kursbuch-online.de

canor und ihre Kollegen immer wieder, um Wissensvermehrung, Sensibilisierung, „städtische Mikroanalyse“, um Öffentlichkeit. Aber man wird den Eindruck nicht los, dass sich hier sechs Wochen lang vor allem die Sensibilisierten weiter sensibilisieren werden. Und zwar in einer Öffentlichkeit, der nur sie selbst angehören. Und das

und seine Kollegen sammeln sie ein, wo sie können. Mit einem „Leerstandsmelder“ wollen sie im Netz ermitteln, wo Immobilien leer stehen. Anwohner können Hinweise geben, hier ist eine Schule verwaist, was hat die Stadt wohl vor, was wäre unsere Idee. An sechs Orten werden Dumpe und die anderen in den nächsten Wochen stehen und Daten und Ideen sammeln, als Erstes geht es zur lakrativen Immobilie Blumengroßmarkt in der Friedrichstraße. Und das Ganze hört nicht auf, wenn das „Guggenheim Lab“ weitergezogen ist.

Investoren geben sich gern i-dentem, das haben sie mit den Kreuzberger Gegnern des Guggenheim Lab gemeinsam. Die Stadt hält sich ebenfalls bedeckt, was Geschäfte mit ihrem Besitz angeht. Da könnte aus Informationen, die keiner hergeben will, tatsächlich so etwas wie eine Währung werden, die Geld wert ist. Das könnte wehrhafte Öffentlichkeit sein. Ich gehe etwas geträumt raus aus dem Lab. Und trete in den Schatten von Baugerüsten. **TOBIAS RÜTHNER**

Investoren geben sich gern i-dentem, das haben sie mit den Kreuzberger Gegnern des Guggenheim Lab gemeinsam. Die Stadt hält sich ebenfalls bedeckt, was Geschäfte mit ihrem Besitz angeht. Da könnte aus Informationen, die keiner hergeben will, tatsächlich so etwas wie eine Währung werden, die Geld wert ist. Das könnte wehrhafte Öffentlichkeit sein. Ich gehe etwas geträumt raus aus dem Lab. Und trete in den Schatten von Baugerüsten. **TOBIAS RÜTHNER**

derksten, rühren mit Plastikabwischen in ihrem Kaffee und müssen nicht zur Arbeit, hier und da liegt mal jemand auf der Straße, das große C&A-Kaufhaus hat vor kurzem zugemacht, hier macht häufiger irgendetwas zu. So ist das, und da wohne ich seit kurzem, weil Mitte mir als ständig mit sich selbst schlafende Beklopptenanstalt unerträglich wurde, weswegen ich also in den Wedding zog.

Es gibt dort in den Seitenstraßen viele Bäume, Gaslaternen beleuchten die Nacht, am Platzensee kann man Treiboote mieten, und nicht weit entfernt liegt der schöne, stille Volkspark Rehberge. Als ich einzog, begrüßte mich eine rauchende Frau in rosa Hausschuhen, die in der Auguststraße mit Sicherheit sofort in einer Galerie ausgestellt worden wäre. Sie sagte: „Schön, dass du hier bist, endlich frischer Wind im Haus.“ Dann erzählte sie flüsternd, dass „im Ersten eine wohnt, die verdrängt immer ihren Mann“. Wenn ich morgens durch die Reste des Jugendstil-Hausflures laufe, um mein Fahrrad zu holen, und hoffe, dass es

welchen teilweise 90 bis 100 Prozent der Schüler NDH-Kinder sind, will ich mich auch entschuldigen – weil Mitte und der Wedding in einem Bezirk liegen, weil Wohlstand und Armut so nahe beieinander sind, ohne voneinander zu wissen, und besonders: weil der Wohlstand nichts vom Armut weiß.

Der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung des Bezirks Mitte, Carsten Spallek, selbst im Wedding aufgewachsen, sitzt in seinem Büro in der Müllerstraße und bestaunt „Gettoisierungs-Tendenzen“: „Es gibt Ansätze von Reichen- und Armen-Gettos. Als mir ein Junge aus dem Wedding einmal erzählte, er sei noch nie am Fernseher gewesen und wisse auch nicht, wo der steht, fand ich das schon bedenklich. Umgekehrt glauben aber auch viele Menschen, die soziale Vielfalt des Wedding gebe es nur im Fernsehen.“ Spallek wünscht sich, dass der Bezirk stärker durchmischt ist und dass die Adresse eines Kindes nicht über seine Laufbahn entscheidet. Finde ich auch, finden wahrscheinlich die meisten, wenn man sie fragt: Aber wie soll

Und hier ist nur die Mitte des Bildes. Es ist das Mauer-Mahnmal in der Bernauer Straße. Genau hier stand früher die Mauer.

NACKTE WAHRHEITEN



Freiheit

Die Salafisten sind, wie jeder Zeitungsleser und Fernsehnachrichtengucker weiß, keine besonders sympathische Un-

tergruppe der Muslime – ihr Habitus entspricht nicht unserer Schönheitsnorm; der Umstand, dass sie sich von unseren sogenannten Freunden, den Saudis, finanzieren lassen, erregt unser Misstrauen, und zwar zu Recht. Und dass sie uns Westler anscheinend verachten, ausgerechnet sie, diese verstockten Schreibhalse mit ihren hässlichen Fuselbärten: das nimmt uns auch nicht gerade ein für sie.

Die unversäuerlichen Grundrechte gelten aber nicht nur für Leute, die uns sympathisch sind, nicht nur für Menschen, deren Äußeres uns gefällt. Und erstaunderweise gelten sie sogar für jene Salafisten, welche das westliche Gesell-

schaftsmodell für korrupt und verrottet halten.

Vermutlich gab es ein paar hässliche Gründe, trotzdem eine große Razzia zu veranstalten: deutsche Richter haben sie genehmigt; und wenn Waffen oder Anschlagpläne gefunden wurden, möchte man nur sagen: Danke für die Razzia.

Wovor man aber Angst bekommen kann, ist der fast schon totale Konsens der Kommentatoren, dass eine Gesinnung, wenn sie nur feindselig sei, schon reiche als Grund für diese Razzia. Die Regierung wackelt klar, „dass sie sich nicht alles gefallen“ lasse, schreibt ein bürgerliches Blatt, und ein anderes meint, dass, wer die Menschenrechte miss-

achte und verhöhne, „weit außerhalb der Grundordnung dieses Landes“ stehe. Das ist aber genau die Größe und die Überlegenheit des Rechtsstaats: dass er auch jene schützt, die ihn verachten.

Salafisten stellen das Gottesgesetz über das Grundgesetz, heißt jetzt ein zentraler Vorwurf – worauf jeder Christ eigentlich antworten müsste: Das tue ich auch.

Es steht mir frei, die linke Wangen läuzuhalten, wo mir das BGB eine Anzeige wegen Körperverletzung nahelegt, es ist erlaubt, die Ehe als Sakrament zu betrachten, auch wenn ich das Recht habe, mich scheiden zu lassen. Nicht jede Differenz schafft sofort einen Kon-

flikt. Und wenn in der Bibel steht, dass das Weib dem Manne untertan sei, gilt natürlich die Verfassung, welche den Geschlechtern gleiche Rechte garantiert.

Die Salafisten hielten wenig von der Demokratie, ist jetzt zu hören und zu lesen – und fast jeder Bayer kennt ein paar andere Bayern, die das so ähnlich sehen; die lieber von den Wittelsbachern beherrscht werden als von der CSU, und manchmal schließen sich diese Leute sogar zu Vereinen zusammen. Von der Fürstin Gloria kann man schon auch mal hören, dass der Adel zur Führung berufen sei, und dass ihre vielen Standesgenossen, die ihr da zustimmen würden, von der Guillo-

tine verschont bleiben, das liegt eben daran, dass solche Gesinnungen erst strafbar werden, wenn sie sich in einer Tat, im Staatsstreich, manifestieren.

Dass, wer nicht an den einen, wahren Gott glaubt, in die Hölle kommt, das habe ich selbst im Religionsunterricht gelernt – und wenn mir heute, weil sein Gott angeblich nicht meiner ist, ein Salafistenführer mit diesem Ende droht, glaube ich, zum Teufel, eher nicht, dass es die Polizei ist, die ihn zur Vernunft bringen könnte.

Es geht hier nicht darum, den Salafismus zu verteidigen. Es geht darum, auf dem Unterschied zwischen Taten und Gesinnungen zu beste-

hen: Wer auf Polizisten mit einem Messer einsticht, gehört ins Gefängnis, wer seiner Frau die Freiheitsrechte verweigert, muss mit Zwangsmaßnahmen rechnen. Und wer mit Gewalt auch nur droht, weil ihm Recherchen oder Berichterstattung lästig sind: verstößt gegen unsere Gesetze und kann sich dabei auf keinen Gott berufen.

Alles andere ist alles andere, die Verachtung, der Fanatismus, das dumme Gerede: ist hässlich. Aber erlaube. Die Freiheit ist nicht immer bequem zu ertragen; dass sie eine Zügelung sein kann und eine Herausforderung: davon müsste, nur zum Beispiel, die Partei der Freiheit viel mehr sprechen. **zb**

Alles andere ist alles andere, die Verachtung, der Fanatismus, das dumme Gerede: ist hässlich. Aber erlaube. Die Freiheit ist nicht immer bequem zu ertragen; dass sie eine Zügelung sein kann und eine Herausforderung: davon müsste, nur zum Beispiel, die Partei der Freiheit viel mehr sprechen. **zb**

Alles andere ist alles andere, die Verachtung, der Fanatismus, das dumme Gerede: ist hässlich. Aber erlaube. Die Freiheit ist nicht immer bequem zu ertragen; dass sie eine Zügelung sein kann und eine Herausforderung: davon müsste, nur zum Beispiel, die Partei der Freiheit viel mehr sprechen. **zb**

KULTUR

Freibeuter, ran an die Spreeperlen!

Berlin und seine Schulden: Wie Politiker die Stadt bis zum letzten Cent ausnehmen

VON MATTHEW D. ROSE

Faule Kredite, Korruption und blinde Gier – Berlin ist seit seiner Gründung an ökonomischen Katastrophen wenig erspart geblieben. Die 52 Beiträge des von Christine Friedrich, Lavinia Meier-Ewert und Andreas Resch herausgegebenen Lesebuchs „Schulden in Berlin“, das nicht nur im Licht von David Graebers gleich auf den ganzen Kapitalismus gemünzter Studie „Schulden“ besonders unheimlich glänzt, gehen der Misswirtschaft in dieser Stadt bis in die unmittelbare Gegenwart nach. Von der Glosse bis zur Reportage sind hier viele Töne zu finden. Das im kleinen, dem Stadtmuseum angegliederten Verlag M erscheinende Buch (237 Seiten, 19,90 €) wird am Donnerstag, dem 31. Mai, um 19.30 Uhr im Innenhof des Märkischen Museums (Am Köllnischen Park 5) vorgestellt. Wir dokumentieren vorab den Beginn von Matthew D. Roses Essay „Die Schatzinsel“. Der Autor, 1954 geboren, hat bereits mehrere Bücher über Korruption in der Hauptstadt verfasst.

Knapp elf Tage lang hatte Berlin einen echten Freibeuter zum Senator. Nein, lange hat sich Michael Braun wahrhaftig nicht gehalten. Anlässlich der neuesten Auflage der Berliner großen Koalition – die letzte hatte die Stadt finanziell in den Ruin getrieben – war er zum Senator für Justiz und Verbraucherschutz ernannt worden. Zur Ausübung seines Amtes jedoch sollte der alte Freibeuter – andere würden Braun wohl eher als Piraten bezeichnen, auch wenn er Mitglied der CDU ist – nicht kommen.

Zwischen dem 16. und dem 19. Jahrhundert waren Freibeuter weit verbreitet, damals allerdings ausschließlich auf dem Meer. Was den Freibeuter vom Piraten unterschied, war der Kaperbrief, ein Dokument, das eine Regierung ausstellte, um ein Schiff als Zusatzkraft der Kriegsmarine ihrer Nation zu deklarieren – als lizenzierte Banditen zur See. Es war keine Seltenheit, dass Kapitäne und ihre Mannschaften im Lauf ihrer langen Karriere mal Freibeuter, mal Piraten waren. Die Rolle eines Schiffes bestimmte der in der Tasche des Kapitäns vorhandene oder nicht vorhandene Kaperbrief – und die Perspektive der Betroffenen. Sir Francis Drake war für die Engländer ein großer Seeheld und Freibeuter, der seiner Königin und der Nation treu diente. Für die Spanier und Portugiesen, deren Schiffe Drake kaperte, deren Schätze er plünderte und deren Landsleute er umbrachte, war er schlicht und einfach ein blutdürstiger Pirat.

Michael Braun segelt auf den Meeren des Kapitalismus mit seiner Notarurkunde in der Tasche. Aus seiner Sicht, aus der seines Berufsstands und seiner Parteigenossen ist er ein ehrenwerter Bürger, ein angesehener Politiker. Fragt man die Opfer des Immobilienbetrugs, deren Verträge Braun beglaubigte und an denen er gut verdienen, so hört man, der Mann sei eine Komplikation von Betrügnern, der sie vor anderen Kriminellen nicht schützte.

Braun ist ein typischer Vertreter von Berlins politischer Klasse. Die Bevölkerung ist ihre Beute, in der Politik wie in Privatgeschäft. Ihr Handwerk haben die Vertreter dieses Standes in einer Partei, in einem Unternehmen oder einer Kanzlei erlernt. Neu ist das nicht. Das Bürger-



Arr. Immobiliengeschäft! Charles Laughton (M.) als Captain Kidd im Piratenfilm „Unter schwarzer Flagge“ von 1945. Foto: p-adiplo

tum hat den König und die Aristokratie nicht von der Macht verdrängt, um der Gesamtbevölkerung eine bessere Welt zu ermöglichen. Sondern um sich die politische Macht zu sichern, mittels derer es sich dann bereichern konnte – auf Kosten des Volkes.

Berlins offizielle Verschuldung liegt heute bei rund 62 Milliarden Euro. Doch es gibt eine Menge Schulden, die die Politik nicht dazurechnet. Die „stille Verschuldung“, wie der gegenwärtig für die Verwaltung der Schatztruhe zuständige Maat, Ulrich Nutbaum, sie nennt. Zum Beispiel die Beamtenpensionen. Diese werden aus Steuer- und Gebühren des Landes beglichen, im Gegensatz zur Altersversorgung der beitragspflichtigen Arbeitnehmer, die aus der Rentenkasse gespeist wird.

62 Milliarden Euro Schulden? In Wahrheit sind es viel mehr!

Laut einer Studie vom Ende des Jahres 2011 muss Berlin hierfür bis zum Jahr 2050 rund 130 Milliarden Euro aufbringen. Somit steigen die Ausgaben für Beamtenpensionen von heute an um jährlich 1,5 Milliarden auf fast das Dreifache. Dafür existieren keine Rücklagen. Hinzu kommen Verbindlichkeiten in Milliardenhöhe aus Wirtschaftsbeteiligungen wie den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), den Wohnungsbau-Gesellschaften, der

Berliner Stadtreinigung oder der Krankenhaushaus-Gesellschaft Vivantes. Die hat Nutbaum so sehr verdrängt, dass sein Pressesprecher mir nicht einmal deren Gesamthöhe nennen konnte.

Außerdem gibt es noch die Bürgschaften des Landes Berlin. Die liegen bei rund 30 Milliarden Euro – auch wenn hiervon nur ein kleiner Teil tatsächlich anfällt, bedeutet das für den Haushalt dennoch eine Belastung von rund 200 Millionen Euro im Jahr. Diese jährliche Summe könnte in den nächsten Jahren, vor allem wegen der Bankgesellschaft-Bürgschaften, noch höher ausfallen.

Auf der Einkommensseite ist der stetige Abbau jener Gelder zu verzeichnen, die Berlin aufgrund des Solidarpakts vom Bund erhält. Diese reduzierten sich um rund 150 Millionen Euro jährlich. Im Vergleich zu heute bedeutet das für das Jahr 2020 etwa 1,5 Milliarden Euro weniger Einnahmen – also, acht Prozent des aktuellen Berliner Gesamtinkommens. Dieser Posten ist besonders schmerzhaft für Berlin, da das Geld zur Reduzierung des starken infrastrukturellen Nachholbedarfs im Ostteil der Stadt verwendet werden sollte. Dort kommt es allerdings nicht an. Berlin entwendet das Geld, um damit das jährliche Defizit zu begleichen.

Doch fehlt es nicht nur an vorgesehenen Investitionen. Ferner sollte man den Instandsetzungsstau, den das Land vor sich herschiebt, nicht vergessen – auch ein Defizit, selbst wenn es nicht im Landeshaushalt erfasst ist. Berlins Autofahrer können ein Lied von der erbärmli-

chen Straßenqualität in der Hauptstadt singen, und beim Betrachten vieler öffentlicher Gebäude ist an deren schlechtem Zustand die Malaise erschreckend deutlich zu erkennen.

Wo das alles hinführt, weiß niemand. Erhöht die Ausgaben beziehungsweise senkt die Einnahmen, desto mehr muss gespart oder Landeseigentum verkauft werden. Seit der Wiedervereinigung ist viel veräußert worden: die Elektrizitäts-, die Gas- und Wasserbetriebe, fast 250.000 städtische Wohnungen (beinahe die Hälfte des Bestandes), städtische Gewerbebaugesellschaften, die Landesbank und viele landeseigene Immobilien, um nur einiges zu nennen.

Wie kam es zu Berlins aussichtsloser Situation? Die Antwort ist einfach: durch die politische Klasse Berlins. Das klingt vielleicht polemisch, ist es aber bei näherem Hinsehen nicht. Verantwortlich sind natürlich, wie immer, die Achtundsechziger, die Prügelnaben der deutschen Postmoderne. Vor allem die berüchtigte „K-Gruppe“. Die hätte sich wie so viele K-Gruppen an der Freien Universität in West-Berlin formiert. Doch anders als ihre linken Namensvetter stand diese Gruppe ideologisch eher der Jungen Union und dem Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) nahe. Viele ihrer Mitglieder studierten Jura. Zwei der berüchtigtsten waren Klaus Landowsky und Eberhard Diepgen. Landowsky hatte noch einen anderen Namen für die K-Gruppe: die „Crew“, deren Kapitän er werden sollte. Ihr Freibeuter-Motto lau-

nete: „Das Leben ist so kurz, da kann man sich keine Umwege leisten.“

Es gab zwei berühmte Freibeuter-Kapitäne zu jener Zeit: „die zwei Kläuse“, der schon erwähnte Klaus Landowsky und sein SPD-Pendant Klaus Riebschläger. Ihre Karrieren nahmen einen ähnlichen Verlauf, und beide galten als Schrecken der öffentlichen Finanzen und Demokratie. Die horrenden Freibeuterzüge der beiden Kapitäne sind in den Schulden-Annalen Berlins in Stein gemeißelt.

Klaus Riebschläger, der „rote Klaus“, machte wie sein fast gleichaltriger Gegenpart in der CDU, der „schwarze Klaus“ oder „Blackbeard“ Landowsky, in den Siebzigern Karriere in Berlins Sozialem Wohnungsbauförderungsprogramm. Dieses Programm sollte ursprünglich schnellstens den im Krieg zerstörten Wohnungsbestand West-Berlins wiederherstellen. Es wurde jedoch zu einem der 63 größten finanziellen Fiaskos in der Geschichte der Bundesrepublik – eine riesige Geldumverteilungsaktion von unten nach oben.

Die Preise der Wohnungen in dem Programm, gebaut von der privaten Wirtschaft anstatt von den städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften, wurden durch fiktive Kosten in die Höhe getrieben. Die Baupreise lagen um 100 Prozent über denen in Hamburg. Die Bauunternehmer kassierten die Differenz sofort. Unter den Baurägern hieß es damals: „Wer an einem kleinen Block nicht zwei Millionen macht, hat sich wirklich doof angestellt.“ Die Investoren bekamen ihre Investition über Steuerabsetzungen zurück und damit die Wohnungen quasi umsonst. Die Kosten wurden in die Zukunft verschoben, um vom Steuerzahler beglichen zu werden. Sie waren im Landeshaushalt nicht einmal sichtbar, da darin nur die jährlichen Subventionen aufgeführt wurden. Berlin schob Schulden in zweistelliger Milliardenhöhe vor sich her. Dafür zahlte die Bürger heute noch – obwohl das Programm vor 15 Jahren beendet wurde – eine Summe von gegenwärtig rund einer halben Milliarde Euro im Jahr.

Die Bauunternehmer bekamen ihre Milliarden von zwei öffentlichen Berliner Institutionen: die Förderung von der Wohnungsbau-Kreditanstalt und die Finanzierung über die Berliner Pfandbriefbank Riebschläger war Vorstandsmitglied der einen, Landowsky der anderen. Obwohl beide Institutionen die gleiche Klientel bedienten, kam man auf die Idee, dass sie einander kontrollieren sollten. Also trat der „rote Klaus“ dem Vorstand der Pfandbriefbank bei, der „schwarze Klaus“ dem der Wohnungsbau-Kreditanstalt. Die Geldschleusen wurden geöffnet. Und alle waren zufrieden: Die Bauunternehmer wurden Millionäre; viele Anwälte und Zahnärzte bekamen massive Steuerabschreibungen und dadurch eine Immobilie umsonst; die politischen Freibeuter kassierten kräftig mit; die Gewerkschaften freuten sich über die vielen Arbeitsplätze und Berlins Bevölkerung über geringe Mieten. Wer das alles bezahlen sollte, fragten sich nur wenige.

Löw in Lwiw

Ein Kulturführer zur Fußball-EM

Der Masochismus ist in Lemberg zu Hause, darauf sollte Jogi Löw sich und seine Mannschaft einstellen. Denn Leopold Ritter von Sacher-Masoch, so etwas wie der Mannesänger des 19. Jahrhunderts, wurde dort geboren und wusste wie kein Zweiter über das triebhafte Schmerz- und Unterwerfungsverlangen der Menschen zu schreiben.

In wenigen Wochen wird die Nationalmannschaft samt ihrer leidgeprüften Bayern-Spieler im ukrainischen Lwiw ihr Quartier beziehen. Man möchte ihnen raten, den kleinen und feinen „City Cult EM 2012“-Führer (Vliegeng Verlag Berlin, 120 Seiten, 7,90 Euro), in dem sich diese wichtige Information findet, vorher genau zu studieren. Zu erfahren ist etwa auch, warum sich im Charkower Derschpröm-Gebäude, einem Musterbau des sowjetischen Konstruktivismus, während der deutschen Besatzung in den oberen Stockwerken Affen ansiedelten.

Warum verbrannte sich am 8. September 1968 der Philosoph Ryszard Sikwiec vor 100.000 entsetzten Zuschauern im Nationalstadion in Warschau, in dem die Euro 2012 eröffnet wird? Hat das historische Museum für Sexualkultur in Charkiw etwas mit dem Spruch „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ zu tun? Was hat der Klub „Schlaflos in Breslau“ zu bieten?

Auch ein Sportfan hat das Recht, als Mensch behandelt zu werden

Warum befindet sich in Poznan eine Kopie von Adolf Hitlers Reichskanzleibüro?

Alle Austragungsorte in Polen (Warschau, Posen, Breslau, Danzig) und der Ukraine (Kiew, Charkiw, Lemberg, Donezk) sind so auf eine besondere Weise zu entdecken. Neben der Beschreibung der Spielstätten finden sich in dem Buchlein wertvolle Tipps für Sehenswürdigkeiten, historische Besonderheiten, Abergewöhnliches, Nützlich- und Wissenswertes. Das Prinzip: Jeweils ein einheimischer Insider zeigt seine Stadt. Das sind junge Leute, die in der dortigen Kunst-, Kultur- und Literaturszene aktiv sind. Der Leser hat den Eindruck, von einem Bekannten eine spontane Antwort zu bekommen auf die Frage: Was muss ich gesehen haben? Aber auch: Warum brauchte es dazu eigentlich gar keine Europameisterschaft? So kommt zum Beispiel auch die polnische Schriftstellerin Sylwia Chutnik zu Wort, die sich über jeden freut, der gegen die EM protestiert. Sie hält sie schlicht für Geldverschwendung.

Klug gemacht ist der „City Cult EM“-Führer von Artur Jasinski und Olexiy Radynski übrigens auch für die Zeit nach dem Abpfiff. Mit einem Register zum Schmökern, mit Fotos zum Staunen. Auch ein Fußballfan hat schließlich das Recht, als Mensch behandelt zu werden. Als Mensch, der sich für Kunst und Geschichte, für gutes Essen und starke Musik interessiert. Dieses Buch spricht ihm das Recht zu. Ein Geheimtipp noch für Löw in Lwiw: Sollte er es mit seiner Mannschaft nicht bis ins Finale nach Kiew schaffen, kann er sich das Endspiel am dortigen „Bogen der Völkerfreundschaft“ ansehen. Dort soll es das beste Public Viewing geben. – TORBAS WIDWIEL

Helmholtz-Vorlesungen an der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Peter Strohschneider
Ludwig-Maximilians-Universität München
Irritationen. Über Selbstbezug und Fremdbezug von Wissenschaft
Donnerstag, 31. Mai 2012, 18.30 Uhr,
Unter den Linden 6, Kriehaus

NACHRICHT

Sarrazin-Buch steigt von null auf eins in die Charts ein
Thilo Sarrazins Buch „Europa braucht den Euro nicht“ ist auf Platz eins der Sachbuch-Charts eingestiegen. Vom jüngsten Werk des ehemaligen Berliner Finanzsenators wurden in der ersten Verkaufswche fast 80 Prozent mehr verkauft als vom 2010 erschienenen „Deutschland schafft sich ab“ im gleichen Zeitraum. **dapd**

Marie-Luise-Kaschnitz-Preis für Schriftsteller Thomas Lehr
Der Marie-Luise-Kaschnitz-Preis der Evangelischen Akademie Tutzing 2012 geht an den Berliner Schriftsteller Thomas Lehr. Lehr erhält den mit 7500 Euro dotierten Preis für sein Gesamtwerk. Lehr erzähle „unirreflexion, fesselnd und überraschend“ von Ereignissen der Gegenwart, so die Jury. **dapd**

Liebe kann auch Sünde sein

Der Film „Tabu – Es ist die Seele ein Fremdes auf Erden“ erzählt das Drama von Georg Trakl. Lars Eidinger spielt den Dichter

VON CHRISTIAN SCHÖDDE

Szenen einer Bilderbuchliebe: Sie treffen sich zu heimlichen Rendezvous, unternehmen Sonntagsausflüge mit dem Fahrrad, tauschen ihre Kleider, lassen sich lachend im Gewitter nassregen, abern miteinander, küssen sich. Aber keiner darf davon wissen. Denn Inzest ist ein Tabu. Heute immer noch und erst recht im Kaiserreich Österreich-Ungarn des Jahres 1909. „Glaubst du, dass es eine Sünde ist?“, fragt sie. Er entgegnet cool: „Das ist mir egal.“ Der Film „Tabu – Es ist die Seele ein Fremdes auf Erden“ ist ein Liebesdrama, das schnell in die Schlüpfriekheit einer Telenovela rutschen könnte.

Den österreichischen Dichter Georg Trakl verband eine enge Beziehung mit seiner vier Jahre jüngeren Schwester Gretel. Er ließ sie in vielen Texten als Figur auftauchen, nannte sie „meinen geliebten kleinen Dämon“ und schrieb ein Gedicht mit dem Titel „Blutschuld“, in dem er die Jungfrau Maria um Verzeihung bittet. Wofür? Für eine inzestuöse Beziehung? Die Aussagen von Zeitzeugen

widersprechen einander. Trakls Förderer Ludwig von Ficker konstatierte später, der Schriftsteller habe in der „Beziehung zum eigenen Blut“ seine „Selbstvernichtung“ gesucht, der Jugendfreund Erhard Buschbeck sprach hingegen von einer „Gedankenstunde, die niemand in die Realität herübergegriffen hat“.

Derlei Zweifel haben Drehbuchautorin Ursula Mauder und Regisseur Christoph Stark beseitigt. Sie erzählen von einer Leidenschaft, die ins Verderben führen muss. Dabei sind die Übergänge zwischen Leben und Literatur fließend. Lars Eidinger spielt Trakl als fleißig-fahriges Sinnsucher, der der Wirklichkeit – ein böses Pharmaziestudium, Konflikte mit der kaltherzigen Mutter, Depressionen – mit Alkohol, Kokain und Schreiben zu entkommen trachtet. Das ist nahe am Klischee von unverständlichen Genies, dem Eidinger entgeht, indem er Pathos durch Saloppheit ersetzt. Expressionistische O-Mensch-Verzweiflung weht durch die Verse, die immer wieder als Rezitation über die Bilder gelegt sind. Aber Eidinger spricht sie im nüch-

ternen Duktus eines Nachrichtensprechers: „Über den weißen Weiber / Sind die wilden Vögel fortgezogen / Am Abend weht von unseren Sternen ein eisiger Wind / Über unsere Gräber / Beugt sich die zerbrochene Stirne der Nacht / Unter Eichen schaukeln wir auf einem silbernen Kalm.“

Peri Baumeister, eine Kino-Entdeckung, ist Grete. Sie reist Trakl ans Salzburger nach Wien hinterher, beginnt ein Musikstudium, heiratet ihren Professor, den Rainer Bock als duldsamen Vaterersatz darstellt, und wird schwanger vom Bruder. Grete ist in dieser Liebe die treibende Kraft. Georg zögert und zaudert.



Verbotene Liebe. Ob Georg und Grete Trakl – gespielt von Lars Eidinger und Peri Baumeister – tatsächlich ein Paar waren, ist unstritten. Foto: Camille Filibertelli

Nicht mehr „zwei Halbe“ wollen die Geschwister sein, sondern „ein Ganzes“, ihr Glück finden sie nicht.

Regisseur Christoph Stark war im Jahr 2000 mit seinem Kinofilm „Julietta“ aufgefallen, der Kleists „Marquise von O.“ auf die Love Parade versetzte. Auch in „Tabu“ nimmt er sich Freiheiten beim Umgang mit einer überlieferten Geschichte und trifft trotzdem den richtigen Ton. Anfangs ist der Film selbst purer Expressionismus. Im Zickzack umkurvt die Kamera die Figuren bei einem Fest im elterlichen Salon. Später beruhigt sich das Seelendrama zum Kammerstück. Georg und Gretel taumeln dem Ende entgegen und wirken dabei sehr heutig. „Alle Straßen münden in schwarze Verwüstung“, schreibt Trakl in seinem letzten Gedicht „Grodek“. Er ist erst 27 Jahre alt, als er im November 1914 in einem Militärspital an einer Überdosis Kokain stirbt. Die Schwester erschießt sich 1917.

– Ab 31. Mai in den Berliner Kinos Capitol, Cinema Paris, Hackesche Höfe und Kulturbrauerei.

Traumversunken

Sir Richard Bishop kommt aus Phoenix und ist ein Meister der ekstatischen Folkgitare. Am Donnerstag spielte er im NK. SEITE 48

TAZPLAN & PROGRAMM

Happy End im Wedding

Im Kampf um das ehemalige Fabrikgelände von Rotaprint haben sich Les Schließer und Daniela Brähm gegen den Liegenschaftsfonds durchgesetzt. SEITE 42

Foto: Erik-Jan Ouwerkerk



Die Frage nach dem Eigentum

FREIE FLÄCHEN Mieten steigen, Clubs sterben, und im Senat tobt ein Machtkampf um die Frage, nach welchen Kriterien landeseigene Grundstücke künftig vergeben werden. Nun macht die Zivilgesellschaft Druck

VON UWE RADA

Es war eine unverblühte Kampfansage: Noch bevor es im Senat eine Einigung über den künftigen Umgang mit landeseigenen Immobilien gab, schaffte Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos, für SPD) Fakten. Zwanzig Grundstücke für Mietwohnungsbau stellt sein Liegenschaftsfonds zum Verkauf – den Zuschlag bekommt, wer am meisten bietet. „Der Liegenschaftsfonds erfüllt seinen Auftrag, Grundstücke des Landes zu verkaufen“, verteidigte Nußbaums Sprecherin die Praxis dieses „bedingungslosen Bieterverfahrens“.

Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) sieht das anders. Er pocht auf den Koalitionsvertrag mit der CDU. Darin steht: „Zur Förderung des Neubaus von Wohnungen wird der Senat auch das Instrument der kostenlosen oder ermäßigten Grundstücksvergabe nutzen.“ Nur so, meint Müller, könne das Land steigenden Mieten etwas entgegensetzen.

Wem gehört die Stadt? Diese Frage ist, obschon tausendmal gestellt, aktueller denn je. Außer den 270.000 Wohnungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften hat Berlin sein Tafelberg weitgehend verkauft. Nun geht es um die wenigen Flächen, die geblieben sind: in Tempelhof, Am Spreeufer, Am ehemaligen Blumengroßmarkt. Ginge es nach Nußbaum, würde der Ausverkauf weitergehen. Müller dagegen will 30.000 Wohnungen in Landeseigentum neu bauen. Einen Teilerfolg hat er am Donnerstag

Nußbaum abgerungen: Auf 14 Grundstücken des Liegenschaftsfonds dürfen seine Wohnungsbaugesellschaften künftig bauen und zeigen, dass sie auch billig können. Die Grundstücke gibt es umsonst, 30.000 Wohnungen auf 14 Grundstücken? Das wird nicht klappen.

In Berlin wird die Eigentumsfrage wieder gestellt – wenn auch

etwas versteckt hinter dem Wortungetüm „Liegenschaftspolitik“. Inzwischen ist der Konflikt eskaliert. Mehr als diese 14 Grundstücke will Nußbaum nicht herausrücken. Solange keine Kriterien feststehen, nach denen landeseigene Grundstücke an Wohnungsbaugesellschaften oder Kulturprojekte vergeben werden, werde die bisher praktizierte „Direktvergabe“ gestoppt, ließ der Finanzsenator wissen.

Nur: Die Kriterien muss zunächst Nußbaums Finanzverwaltung formulieren. Im Haushaltsausschuss am 25. April lag ein solcher Kriterienkatalog noch nicht vor.

„Nußbaum torpediert eine soziale Liegenschaftspolitik“, heißt es aus der SPD-Fraktion, die den Senator bereits gerügt hat.

Auf Seiten der Zivilgesellschaft mischen sich die Bürger ein. „Stadt Neudenken“ heißt eine Initiative, die für eine „konsequente Neuausrichtung der Berliner Liegenschafts- und Bodenpolitik“ streitet. Leonie Baumann, Rektorin der Kunsthochschule Weißensee und Mitbegründerin der Initiative, fordert deshalb ein Verkaufsmoratorium. „Nur durch eine gestaltende Liegenschaftspolitik, die von dem alleinigen Ziel der Privatisierung der Stadt Abstand nimmt, kann Berlin seine sozial und kulturell vielfältige Stadtstruktur erhalten.“

Als Alternative zur Privatisierung schlägt die Initiative, zu der inzwischen 500 Personen und Organisationen gehören, die Vergabe landeseigener Grundstücke in Erbpacht vor. Wie der Name sagt, würde das Land die Grundstücke nicht verkaufen, sondern nur verpachten. Eine soziale und kulturelle Nutzung, die beim Verkauf nur für zehn, oder 15 Jahre festgeschrieben werden könnte, kann in diesem Fall Gegenstand des Erbpachtvertrags sein.

Auch deshalb gibt es in der Stadtentwicklungsverwaltung viel Sympathie für dieses Modell. Dabei kann die Politik auf die Erfahrungen von Projekten der vergangenen Jahre zurückgreifen. „Uns gehört die Stadt“ ist die mit Leben gefüllte Parole all derer, die die Eigentumsfrage erfolgreich gestellt – und beantwortet haben. Diese Beispiele können Schule machen.



Die Hand der Spekulanten – Finger weg von der Stadt! Foto: Saba Laudanna

Großer Stadtratschlag

Mit ihrem Manifest „Stadt Neudenken“ haben 500 Unterzeichnerinnen und Initiativen ein Moratorium für den Verkauf von landeseigenen Grundstücken gefordert. Eine der Gründerinnen des Netzwerks ist Leonie Baumann, Rektorin der Kunsthochschule Weißensee.

Nun legt das Bündnis nach: Am Samstag findet in Kreuzberg ab 9.30 Uhr ein „großer Akteurs- und ExpertInnen-Ratschlag“ zur Liegenschaftspolitik statt. Das Motto: „Bürgerbündnis entwickelt Vorschläge für neue Liegenschaftspolitik in Berlin“ ist Programm: Wo sich die Politik unwillig oder unfähig zeigt, muss die Zivilgesellschaft Druck machen.

Der Ratschlag beginnt am Morgen mit einer Diskussion über die politischen Spielräume bei der Liegenschaftspolitik. Vorgestellt werden das Positionspapier von Stadt Neudenken und die Haltung des Stadtrats sowie der aktuelle Konflikt zwischen Stadtentwicklungsverwaltung und Finanzsenator.

Ab 10.45 Uhr stellen sich dann einzelne Projekte vor, darunter auch die vier, die in dieser Sonderausgabe der taz zur Liegenschaftspolitik unter dem Motto „Uns gehört die Stadt!“ porträtiert werden.

Nach einer Mittagspause beraten ab 14 Uhr drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Entwicklungs- und Vergabeziele“, „Vergabeverfahren und -instrumente“ sowie „Strukturprobleme der Liegenschaftspolitik“.

Der Ratschlag endet mit einer Podiumsdiskussion um 19 Uhr. Es diskutieren Daniela Brähm (ExRotaprint), Arno Brandhuber (Architekt), Jochen Esser (Grüne), Ellen Haubörfer (SPD) und Fabian Thiel (Uni Frankfurt). (wero)

Ratschlag 5. Mai, 9.30 im Forum Factory, Besselstr. 13-14, U-Bhf. Kochstr. www.stadterneudenken.net

„Da bleibt nur Abschalten“

AKTION Florian Schmidt von der Initiative Stadt Neudenken über die Kraft der Zivilgesellschaft, die Vielfalt von Sozialräumen und die Möglichkeit eines neuen Volksbegehrens zur Liegenschaftspolitik

taz: Herr Schmidt, seit fünf Jahren verspricht der Senat eine neue Liegenschaftspolitik. Warum ist bislang nichts passiert? Florian Schmidt: Die Politik sieht nicht, dass eine radikale Umstellung der Stadtentwicklungspolitik dringend nötig ist. Das System Liegenschaftsfonds kann nicht von heute auf morgen umstrukturiert werden. Und da bleibt nur Abschalten. Wir brauchen ein Moratorium für Liegenschaftsvergaben, bis der Strukturwandel da ist. Ansonsten verspielt Berlin für immer wichtige Gestaltungsspielräume.

Was kann Stadt Neudenken, was die Politik nicht kann? Wir sind unbefangene und breit vernetzt mit den Akteuren der Stadtentwicklung. Regierungen arbeiten langsam und hinter verschlossenen Türen. Oft bremsen interne Machtkämpfe Reformprozesse. Ein flexibles Netzwerk wie wir kann eine innovative Agenda aufstellen. Dabei können wir Politik sowohl beraten als auch erheblichen Zi-

vilgesellschaftlichen Druck aufbauen.

Im Senat streiten sich Finanz- und Stadtentwicklungssenator. Was macht Sie optimistisch, dass nicht weiter das höchste Gebot den Zuschlag bekommt?

Die Messe ist gelesen: Es gibt den Koalitionsvertrag zur Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik. Zwar geht uns dieser nicht weit genug, aber die Richtung stimmt. Interessanterweise nehmen wir die Äußerungen des Finanzsenators eher positiv wahr. Er hat sich gegen Klientelpolitik in Form von Direktvergaben ausgesprochen und als Erster öffentlich Erbbau statt städtebauliche Verträge gefordert.

Sie setzen auf Erbbau – warum? Mit Erbbau kann das System von Vermarktung auf gemeinwesenorientierte Regulierung umgestellt werden. Gemeinwesen bedeutet dabei sowohl höhere Einnahmen für die Kommunen durch Zinsen als auch die langfristige Sicherung von Freiräumen in der Stadt. Mit Erbbauver-

trägen können für jedes Projekt exakte Konditionen und Flexibilität bei Konkursen festgelegt werden.

Welchen Vorteil hätte der Senat?

Beim Verkauf von Grundstücken werden einmalige Erlöse erzielt. Das ist sinnvoll, wenn Grundstücke Massenware sind. Dann gibt es verschiedene Preissegmente, der Gewinn ist stattdoch und trägt dazu bei, an anderen Stellen der Politik Gestaltungsspielraum zu haben. Da es jedoch nicht mehr so viele öffentliche unbebaute Liegenschaften gibt, sollte man diese halten – erstens um langfristige Zinserlöse zu erzielen, zweitens um die Vielfalt der Sozialräume zu stärken und drittens um für innovative Projekte die Eintrittshürde niedrig zu halten.

Warum treibt die Privatisierung von Wasser die Menschen mehr um als öffentlicher Grund und Boden?

Wir erleben eigentlich das Gegenteil: Die Initiative Stadt Neudenken hat enormen Zu-

lauf, wir bekommen bundesweit Anfragen von Wissenschaft und Initiativen. Das Bodenthema hat riesiges Mobilisierungspotenzial. Mit unserem Liegenschaftsanzeiger, also einer Zeitung zur Liegenschaftspolitik, werden wir ab sofort die Öffentlichkeit informieren und die Menschen zum Mitmachen einladen.

Könnte es zur Liegenschaftspolitik auch ein Volksbegehren geben? Gerade setzt sich die Gewissheit durch: Die progressiven Kräfte in der Politik könnten die Unterstützung der Menschen gut gebrauchen. Unsere AG Volksbegehren arbeitet auf Hochtouren und prüft verschiedene Szenarien. INTERVIEW: UWE RADA

Florian Schmidt

Der 36-jährige Stadtsoziologe ist Mitbegründer der Initiative Stadt Neudenken.



F: Julie-Sophie Hünpe

ANZEIGEN

LUXEMBURG LECTURE
ELLEN MEIKSINS WOOD HISTORIKERIN, LONDON
DEMOKRATIE GEGEN KAPITALISMUS
THEORETISCHE HINTERGRÜNDE DER NEUEN KÄMPFE
VORTRAG UND DISKUSSION
Kontakt: Uta Tackenberg, Tel. 030 44310-438, tackenberg@rosalux.de
08. MAI 2012 19:00
VOLKSBUHNE BERLIN | GRÜNER SALON
ROSA-LUXEMBURG-PLATZ 10178 BERLIN

09./10./11.
+20.05.2012
Eine echte Berliner Revue
ZWEI KRAWATTEN
koka36.de
Tickets 030. 61 10 13 13
www.heimathafen-neukoelln.de

Bis das Eigentum verschwindet

EXROTAPRINT Vor fünf Jahren haben Daniela Brahm und Les Schließer den Kampf gegen den Liegenschaftsfonds gewonnen. Seitdem ist ihr Weddingener Fabrikgelände die Mutter aller Stadtprojekte

VON UWE RADA

„Wenn wir ein Kunstprojekt wären, wäre das hier eine Galerie.“ Les Schließer führt durch einen hellen Raum mit zahlreichen Oberlichtern. Wir sind aber kein Kunstprojekt – deswegen gibt es in diesen Räumen eine Schule, die sich um Schülschwänzer kümmert.

Das mit dem Kunstprojekt ExRotaprint hören: Schließer und seine Kollegin Daniela Brahm immer wieder. Offenbar gibt es da die Vorstellung, dass ein Verein, der sich in einem zähen Kampf gegen den Liegenschaftsfonds durchgesetzt hat, nur aus Künstlern bestehen kann. Dabei gilt in der Weddingener Gottschedstraße die Drittelregelung, wie Schließer es formuliert: „Ein Drittel der Mieter sind soziale Projekte, ein Drittel normale Gewerbetreibende, und nur das letzte Drittel sind Künstler und Ateliers.“

Kunst schlägt Kapital

Vor fünf Jahren gab es im Wedding ein Happy End. „Kunst schlägt Kapital“, titelte die taz, zuvor hatte der Liegenschaftsfonds klein beigegeben. Das Gelände der ehemaligen Druckerei mit der markanten Architektur der 50er Jahre wurde nicht an einen dänischen Investor verkauft, sondern an die Stiftungen Trias und Edith Maryon. Die wiederum vergaben das 36.000 Quadratmeter große Gelände in Erbpacht an den gemeinnützigen Verein ExRotaprint. „So haben wir dieses Stück Wedding dem Immobilienmarkt entzogen“, freut sich Daniela Brahm noch immer. ExRotaprint ist seitdem so etwas wie die Urmutter aller „Die Stadt gehört uns“-Projekte.

Wie geht es weiter, wenn man gewonnen hat? „Dann geht die Arbeit erst richtig los“, sagt Brahm. Nur jeder zweite Gewerberaum war 2007 vermietet, inzwischen steht nichts mehr leer. 1,8 Millionen Euro hat der ge-

meinnützige Verein, den die Künstler Schließer und Brahm zusammen mit den Architekten Benjamin Hummel und Oliver Clemens führen, seitdem in die Sanierung gesteckt. „Dennoch halten wir unser Mietniveau“, sagt Brahm. „Wir liegen zwischen drei Euro und 4,50 Euro pro Quadratmeter Nettokaltmiete.“

Wenn Brahm und Schließer über ExRotaprint reden, wimmelt es nur so von Zahlen, Bilanzen und Projektideen. Gerne würden sie auf den Brachflächen zwischen der Gottsched- und der Wiesenstraße sozialen Mietwohnungsbau realisieren. Ein Grundstück haben sie schon gekauft – vom Liegenschaftsfonds. Es war ein Ladenhüter, weil es keinen Zugang zur Straße hat. Die Projektarbeit hat aber auch ihren Preis. „Die Zeit, die

„Was die Stiftungen für uns gemacht haben, ist eigentlich der Job des Senats“

DANIELA BRAHM

wir im Atelier verbringen, ist selten geworden“, sagt Daniela Brahm und lächelt. Längst habe sie es sich abgewöhnt, Kunst und Projekt voneinander zu trennen. „Meine Kunst entsteht nun nicht mehr im Atelier – das Projekt ist die Kunst.“ Schließer ergänzt: „ExRotaprint ist eine soziale Plastik.“ Er sagt es mit der Betonung auf sozial, nicht auf Plastik.

Gegenüber der Kantine trinken die Mitarbeiter einer Schreinerei ihr Feierabendbier, einen Hof weiter hängen Jugendliche herum. Im sozialen Brennpunkt Wedding ist ExRotaprint keine Insel der Glückseligkeit, vielmehr hat es sein Gelände dem Kiez geöffnet. „Das bedeutet aber auch, dass wir, wenn es Bambule gibt, die Polizei rufen“, sagt Brahm. Ihr Kollege ergänzt: „Das ist oft die einzige Sprache, die die



„Wir wollen die Heterogenität stärken“: Les Schließer und Daniela Brahm von ExRotaprint. Foto: Erik-Jan Ouwerkerk

Jugendlichen verstehen.“ Dennoch fühlen sie sich wohl im Wedding. „Dass es hier immer mehr Kunstprojekte wie die Gerichtsstraßenhöfe gibt, macht uns Sorge“, sagt Brahm.

Es gibt sie also doch noch, die Berliner Mischung. Doch wie geht das zusammen, Künstler, Jugendliche aus dem Kiez und Gewerbetreibende? „Für die sozialen Projekte und die Gewerbetreibenden sind wir oft ganz normal der Vermieter“, sagt Daniela Brahm. „Einer Genossenschaft wären die gar nicht beigetreten.“ Les Schließer ergänzt: „Selbstverwaltung führt oft zur Homogenisierung. Wir wollen aber die Heterogenität stärken.“

Interessenten aus Europa

Das macht ExRotaprint auch für andere Projekte interessant. „Die Führungen über das Gelände werden immer mehr“, freut sich Daniela Brahm. Vor allem Architekturstudenten aus ganz Europa kommen immer wieder in den Wedding, aber auch Interessierte, die selbst ein Projekt starten wollen. Denen sagt Brahm dann: „Das, was die Stiftungen für uns gemacht haben, ist eigentlich Job des Senats.“

Der Erbpacht, glauben die Macher von ExRotaprint nach fünf Jahren, gehört die Zukunft. Les Schließer hat dazu eine griffige Parole geprägt: „Hier wird der Begriff von Eigentum so lange abstrahiert, bis er verschwindet.“

Spielplatz für Erwachsene

HOLZMARKT Der Mittdreißiger Juval Dieziger hat die Bar 25 und das Kater Holz mitgegründet. Nun will er ein Kreativdorf bauen an der Spree – offen für alle

Wenn Juval Dieziger von seiner neuen Idee spricht, dann ist da dieses Glitzern in seinen Augen. Ein Kreativdorf mit Namen Holzmarkt will er mit seinen Kumpen bauen, dort, wo bis 2010 seine Bar 25 stand. Gerade sitzt er im Restaurant des Kater Holz, dem Club am Spreeufer gegenüber, den er nach dem Aus der Bar mitbegründet hat – und kommt ins Schwärmen.

Von einem „Möglichkeitsraum“ spricht er, von nomadischen Holzhütten mit der zauberhaften Aura der Bar 25 – Hütten, die nie aufhören wurden, sich zu verändern. Der Holzmarkt soll wie ein Dorf mit Dorfplatz werden, mit Bioläden, erschwinglichen Ateliers und einer 24-Stunden-Kita. Mit Hotel, Restaurant und Wohnungen – und sogar mit einem öffentlichen Park, dem „Möhrchenpark“, in dem jeder sein Gemüse selbst anbauen kann.

Dies ist das Konzept, mit dem sich die Macher der Bar 25 und des Kater Holz dieser Tage beim Liegenschaftsfonds bewerben. Sie wollen das 12.000 Quadratmeter große Gelände kaufen, das derzeit noch der Berliner Stadtreinigung (BSR) gehört und mitten im Gebiet des Großpro-

jekts MediaSpree liegt, also nach dem Willen der Investoren mit noch mehr Bürogebäuden aus Glas und Beton bestückt werden soll. Ob Dieziger und seine Mitstreiter den Zuschlag bekommen, ist unsicher – noch gewinnt beim Liegenschaftsfonds der Höchstbietende das Verfahren. Dann allerdings muss noch die BSR dem Verkauf zustimmen, und die, so Dieziger, sei seinem Team wohlgesinnt.

300 Arbeitsplätze

Denn so vertraut, wie das Projekt klingt, ist es nicht. Das Team hat eine Genossenschaft gegründet und Unterstützer gefunden wie Michael Zehden, Investor im Hotel- und Gastrobereich. Für ihn ist der Holzmarkt ein „volkswirtschaftlich interessantes Projekt“ – immerhin würden hier 300 Arbeitsplätze geschaffen. Außerdem, so Zehden, ist der Tourismus Berlins zweitgrößter Wirtschaftsfaktor. Und was wäre attraktiver für Touristen als ein Kreativort wie der Holzmarkt?

Dieziger ist ein brummiger Mann in den Dreißigern mit viel Bart und Bodenhaftigkeit, aber auch Schalk und Begeisterungsfähigkeit. Er stammt aus dem Emmental in der Schweiz, hat

Koch gelernt, Kellner und Schauspieler – und als er Ende der Neunziger nach Berlin kam, besann er sich auf den solidesten seiner Berufe. Er kochte im Cookies, später eröffnete er in der Bar 25 sein Restaurant. „Für mich ist die Bar das Größte, was ich je gemacht habe, mit eigenen Händen und mit Freunden. Es gibt wenige Orte wie diesen auf der Welt“, sagt er. Er bezeichnet sich und die seinen als „Business-Hippies“, die mit der Bar ein Idyll geschaffen haben, einen Spielplatz für Erwachsene, wo man zusammen arbeitet und lebt, wo man aber auch Geld verdient und Angestellte hat. Für ihn ist der Holzmarkt eine Weiterentwicklung dieses Konzepts.

Und dann hält Dieziger doch noch einen Moment inne und erklärt: „Der Holzmarkt ist viel mehr als unser persönlicher Traum. Wir hoffen, dass wir mit dieser Idee dazu beitragen können, den Senat wachzurütteln.“ Dieziger spricht gern von „Einbindung“, dem Gefühl, wie ein mündiger Mensch behandelt zu werden. Es geht beim Holzmarkt auch um Beteiligung – um den Willen der Bürger, die sich gegen den Verkauf ihrer Stadt stemmen. **SUSANNE MESSMER**

DAS ABC DER LIEGENSCHAFTSPOLITIK

Landeseigene Grundstücke

Landeseigene Grundstücke befinden sich zumeist in Besitz und Verwaltung des jeweiligen Bezirks. Grundstücke, die leer stehen und für die es keine Verwendung mehr gibt, werden über den »Liegenschaftsfonds« vermarktet. Auch landeseigene Gesellschaften wie die Berliner Stadtreinigung BSR können, wie im Fall der Bar 25, Grundstückseigentümer sein. Hier hätte die Politik über die Aufsichtsräte der Gesellschaften die Möglichkeit, durch eine »neue Liegenschaftspolitik« Einfluss zu nehmen. Diejenigen Grundstücke, die noch im Gebrauch sind, verwaltet der Senat über die »BIM«. Schulen und Kitas sind in der Verwaltung der zwölf Berliner Bezirke.

BIM

Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) ist eine hundertprozentige Tochter des Landes Berlin. 2003 gegründet, verwaltet sie mit 1.500 Gebäuden sämtliche bebauten und genutzten Liegenschaften des Landes, darunter das Rote Rathaus, die Theater, aber auch die Liegenschaften der Polizei.

Liegenschaftsfonds Berlin

Seit 2001 versucht der Liegenschaftsfonds Berlin (Lifo), nicht mehr benötigte »landeseigene Grundstücke« zum höchstmöglichen Preis zu verkaufen. Von den 2,2 Milliarden Euro, die der Lifo bis Ende 2011 durch den Verkauf von fast 6.000 Grundstücken und Immobilien einnahm, gingen zwei Milliarden an den Lan-

deshaushalt. Im Augenblick hat

der Lifo 5.000 Grundstücke im Angebot. Pro Jahr werden rund 500 verkauft – ebenso viele neue kommen dazu. Das Angebot reicht von der Brache bis zu leer stehenden Schulen. Der Lifo soll das Instrument einer »neuen Liegenschaftspolitik« werden.

Neue Liegenschaftspolitik

Im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU vereinbart, »landeseigene Grundstücke« künftig nicht mehr nur nach dem »Bieterverfahren« zu vergeben. Stattdessen sollen auch soziale, kulturelle und ökologische Konzepte eine Rolle spielen. Möglich sind hier eine »Direktvergabe« oder eine Vergabe in »Erbpacht«.

Bieterverfahren

In der Regel werden die Grundstücke des »Liegenschaftsfonds« im Bieterverfahren vergeben – entscheidend sind das höchste Gebot und die Zahlungsfähigkeit des Kunden. Alle zu verkaufenden Grundstücke müssen mindestens zwei Monate über Zeitungsannoncen oder im Internet öffentlich angeboten werden. Der Preis für das Grundstück entwickelt sich durch die Nachfrage am Markt. Nutzungskonzepte spielen bei der Auswahl der Käufer keine Rolle. Sonstige Bedingungen oder Nutzungsvorgaben leiten sich nur aus öffentlich-rechtlichen Vorgaben wie etwa dem Flächennutzungsplan ab, die für alle potenziellen Erwerber gleich gelten.

taz.veranstaltung

Buchvorstellung

Das ABC der Alternativen 2.0

161 Stichworte auf jeweils zwei Seiten – von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, aufgeschrieben von mehr als 170 AutorInnen aus 14 Ländern in vier Kontinenten – das ist das neue „ABC der Alternativen 2.0“.

Die Herausgeber Ulrich Brand (Professor für Internationale Politik an der Universität Wien) und Stephan Thimmel (Rosa-Luxemburg-Stiftung) stellen zusammen mit Gerd Siebecke vom VSA Verlag und vielen AutorInnen das Buch im Gespräch mit dem Publikum vor.

Montag, 7. Mai 2012, 19 Uhr | Eintritt frei
taz Café, Rudi-Dutschke-Straße 23, Berlin-Kreuzberg

attac VSA: 40 Jahre Links

Feuilleton

Meine Fantasie ist zu allen Abenteuern fähig

Ernst Augustins Roman „Robinsons blaues Haus“

VON MATHIAS SCHNITZLER

Fantasiebegabte Menschen bewundern wir. Und sperren die Verrückten in Kliniken. Wo aber die Grenze zwischen Wahn und Einbildungskraft, zwischen emphatisch und manisch verläuft, damit beschäftigt sich von jeher auch die Literatur. Auf eine ganz besondere, abenteuerliche Weise tut dies seit fünfzig Jahren Ernst Augustin.

1927 geboren, hat Augustin als Arzt und Psychiater gearbeitet. Studiert hat er in Schwerin und Ost-Berlin, nach der Flucht aus der DDR war er in einem Krankenhaus in Afghanistan, einer Münchner Nervenklinik und als Gutachter tätig. Dem „elementaren Zeichen bei Schizophrenen“ hatte er bereits seine Promotion gewidmet. In vielen seiner Romane bewegen sich die Protagonisten an der Schwelle zwischen überhöhter Imagination und drohendem Selbstverlust.

„Meine Fantasie ist zu allem fähig“, sagt Augustin. Und wer ihn gelesen hat, weiß, dass der Autor, der in seinen Büchern die wunderbarsten Überschwänglichkeiten pflegt, in diesem Fall die Wahrheit sagt. Aber was ist das überhaupt: Wahrheit? Und was hat es mit der Wirklichkeit auf sich? Es gibt unzählige Wirklichkeiten und ebenso viele Wahrheiten.

Robinson, der Held des neuen Romans, ist ein sympathischer, nicht ganz junger Mann, der, nun ja, ein wenig sonderlich ist. Was er beruflich tut, man weiß es nicht genau, ganz legal scheinen seine Geschäfte nicht zu sein. An Geld mangelt es Robinson nicht, denn überall auf der Welt, wohin ihn seine Fluchten führen, richtet er sich häuslich ein, fluchtet?

Robinson wird das gesamte Buch hindurch verfolgt; womöglich bildet er sich dies aber nur ein. Die Männer, ein Dicker und ein Dünnler, die Robinson als Brüder Karamasow bezeichnet, kleben wie Schatten an dem Getriebenen. Zu Beginn des Romans lebt Robinson im mecklenburgischen Grevesmühlen. In einer Art Abstellkammer, auf acht Quadratmetern in einer Unterführung des Bahnhofs. Hier auf engstem und unwirtschaftlichem Raum, in absoluter Abgeschlossenheit, hat Robinson es sich behaglich gemacht.

Es sind keine „Aufzeichnungen aus dem Kellerloch“, die Ernst Augustin uns bietet, Robinson ist kein Misanthrop wie der Held aus Dostojewskis Erzählung, sondern ein moderner Picaro, der allerlei Abenteuer erlebt, Witz, Geist und Farbigkeit versprüht. Oben fahren die Züge, denn Robinson ist viel unterwegs in Deutschland und der Welt. Grevesmühlen, Minden, Kaiserslautern – die deutsche Provinz vermag der Autor so bildreich zu zeichnen wie New York, London oder Warschau. Überall, wo er hinkommt, lebt Robinson dann ein neues Leben, frönt aber weiterhin seiner Leidenschaft für Mikrounterkünfte: Besenkammern, Abstellplätze, Kerker.

Oder aber, Namen verpflichtet, er wählt eine ganze Insel für sich, in der Südsee, wohin es den deutschen Robinson auch verschlägt, lebt er auf Skull Island, der Totenkopfinself. Die letzten Freiräume in einer Welt, in der es eigentlich keine mehr gibt – auf deren Suche befindet sich Robinson. Der Tod gehört zu diesen Räumen dazu, und in den vielen Leben, die Robinson führt, ist das Jenseits eine weitere Möglichkeit der unangepassten Existenz.

„Und wenn ich jetzt auf meiner Reisstrohmatte liegend mein allerletztes Haus baue, dann weiß ich, wofür es steht. Nicht für diese ganze Entwicklung der Menschheit, Steinzeit und Ähnliches, nein, sich mit sich selbst einzurichten, dafür steht es.“ Doch Vorsicht, es gibt ja noch diesen Freitag, den Robinson im Internet kennengelernt hat. Hat er – oder sie – die Verfolger auf Robinson gehetzt? Am Ende dieses großartig versponnenen, hochpoetischen Romans steht jedenfalls: eine Auslöschung.



Ernst Augustin: Robinsons blaues Haus. Beck, München 2012. 319 S., 19,95 Euro.

Der Ausverkauf muss aufhören

Berlin, ändere endlich deine Liegenschaftspolitik! Fünf Prinzipien für ein behutsames Vergabeverfahren

VON BRITTA JÜRGENS UND MATTHEW GRIFFIN

Seit Jahren verkauft Berlin seine Liegenschaften meistbietend. Die kurzfristig erzielten Verkaufserlöse haben keinen bedeutenden Einfluss auf Berlins Schuldenberg, vernichten aber Werte, die die Gemeinschaft über Jahrhunderte aufgebaut hat. Demnächst werden die gesellschaftlichen Symbole verkauft, vier Rathäuser in bester Lage. Als Alternative zu diesem Ausverkauf schlagen wir ein behutsames Vergabeverfahren vor.

Berlins kurzfristige Gewinnmaximierung wird auf lange Sicht teuer, weil sich die gemeinschaftlichen Bedürfnisse ständig verändern. Wenn alle Liegenschaften verkauft sind, wird Berlin die fehlenden Handlungsräume teuer zurückkaufen müssen. Die Stadt sollte aus ihrer Vergangenheit lernen, und über die scheinbaren kurzfristigen Vorteile hinaus rechnen. Und sie muss so viele Bürger wie möglich direkt in die Stadtentwicklung einbeziehen.

1. **Eigentum langfristig erhalten:** Städte geben mit dem Verkauf ihres Baulands freiwillig die Kontrolle ab. Ist das Land erst einmal verkauft, ist es schwer, wenn nicht gar unmöglich, noch die Interessen der Gemeinschaft den neuen Eigentümern gegenüber durchzusetzen. Bei einem Verkauf kann die Stadt die zukünftige Nutzung des Grundstücks nur über städtebauliche Verträge steuern, deren Wirkung aber auf 15 Jahre begrenzt sind.

Wenn die Stadt bereit ist, ihre Verkaufsmethode auf Erbbaurecht umzustellen, kann sie ihre Interessen über Generationen sicherstellen. Erbbaurecht ist ein sogenanntes grundstücksgleiches Recht. Es trennt das Eigentum des Grund und Bodens von dem des Gebäudes. Statt einen einmaligen Kaufpreis zahlt der Erbbaurechtsnehmer einen jährlichen Pachtzins.

So gehört zum Beispiel Amsterdam 80 Prozent seiner Bodenfläche. Die Stadt verpachtet ihre Grundstücke auf Grundlage des Erbbaurechts an private Investoren. Dadurch kann sie den Entwicklungsprozess weiterhin steuern, weil sich in den Erbbaurechtsverträgen Nutzungs- und Bauvorgaben bis ins kleinste Detail und für die komplette Vertragsdauer festlegen lassen. Die Stadt bleibt langfristig flexibel und besser zugleich kontinuierlich ihre kommunale Kasse auf.

Anstatt ein Grundstück zu verkaufen, kann es die Stadt für die nächsten 100 Jahre an lokale Initiativen verpachten. Dieser Akt garantiert für beide Seiten langfristige Stabilität. Er entkoppelt außerdem den spekulativen von dem funktionalen Wert des Grundstücks, was wiederum die Lebenshaltungskosten stabilisiert. Bleibt die Stadt Eigentümerin eines Grundstücks, ist ihr ein dauerhaftes und regelmäßiges Einkommen sicher.

2. **Zukunftsschutz:** Bei der Gestaltung von Entwicklungsprozessen müssen Regierungen als Treuhänder für zukünftige Generationen agieren und nicht als kurzfristige Krisenmanager. Städtisches Bauland ist eine knappe und endliche Ressource und muss als solche nachhaltig behandelt werden. Die Städte haben Behörden für den Denkmalschutz, die einbezogen werden müssen; Zukunfts-schutz ist eine ebenso wichtige Komponente der Stadtentwicklung.



Hier lenkte der Senat ein: Ein gemeinnütziges Projekt erhielt das Rotaprint-Gelände – und kein Großinvestor. Dutzende Arbeitsplätze wurden gesichert.

3. **Die beste Nutzung finden:** Um die Gemeinde aktiv in allen Phasen von Entwicklungsprozessen als Teilnehmer einzubeziehen, muss ein behutsames Vergabeverfahren als gestueter Dialog mit so vielen lokalen Akteuren wie möglich stattfinden. Oft generiert die Art der Nutzung eines Grundstücks mehr Wert für die Gemeinschaft als der finanzielle Gewinn aus dem Verkauf. Gerade in schwierigen Stadtteilen können intelligente Nutzungsstrategien kostspielige soziale Probleme entschärfen. Diese Einsparungen allein übersteigen oft ein Vielfaches des möglichen Verkaufserlöses. Eine Entwicklung, die

die Gemeinde aktiv in allen Phasen von Entwicklungsprozessen als Teilnehmer einzubeziehen, muss ein behutsames Vergabeverfahren als gestueter Dialog mit so vielen lokalen Akteuren wie möglich stattfinden. Oft generiert die Art der Nutzung eines Grundstücks mehr Wert für die Gemeinschaft als der finanzielle Gewinn aus dem Verkauf. Gerade in schwierigen Stadtteilen können intelligente Nutzungsstrategien kostspielige soziale Probleme entschärfen. Diese Einsparungen allein übersteigen oft ein Vielfaches des möglichen Verkaufserlöses. Eine Entwicklung, die

Schöner leben

Wem gehört die Stadt?

Nutzungsstrategien kostspielige soziale Probleme entschärfen. Diese Einsparungen allein übersteigen oft ein Vielfaches des möglichen Verkaufserlöses. Eine Entwicklung, die

nief mit der Nachbarschaft verflochten ist, wird erfolgreicher sein als eine, die aus Top-Down-Entscheidungen hervorgegangen ist.

4. **Eintrittshürden senken:** Je weiter neue Technologien die Gesellschaft umformen, desto öfter werden Top-Down-Prozesse durch Zusammenarbeit ersetzt. Das gilt für die Stadtentwicklung genauso wie für die Software-Entwicklung. Das kollaborative Prinzip der Open-Source-Computerprogramme wird auch die Methode revolutionieren, wie wir die Stadt nutzen.

Zurzeit sind die Verkaufsprozesse auf die Bedürfnisse von großen professionellen und institutionellen Investoren zugeschnitten. Wenn diese Prozesse auch die Möglichkeiten von vielen Bürgern und kleinen Initiativen berücksichtigen, lösen sie neue Wellen urbaner Investition und Innovation aus. Das kann dazu beitragen, dass sich unsere Städte lebendiger und authentischer entwickeln. So kann man bevorzugten Bietern etwa eine Pachtoption auf zwei Jahre garantieren; das gibt einer Initiative die nötige Zeit und die Sicherheit, um die Finanzierung zu organisieren und detaillierte Planungen zu erstellen. Die Stadt kann ihrerseits die Fortschritte überprüfen.

BERLINER ZEITUNG.DE
Alle Teile unserer Serie „Schöner leben“ lesen Sie hier:
berliner-zeitung.de/genfrizierung

5. **Privatunternehmen im Zaum halten:** Die Stadt Amsterdam koppelt private Unternehmen effektiv an öffentliches Eigentum. Ihr Modell erfüllt langfristige städtische Bedürfnisse und gleichzeitig generiert es für private Unternehmen profitable Möglichkeiten. Mit der richtigen Mischung aus öffentlicher und privater Initiative, kann die Stadt Entwicklungen strukturieren und leiten, ohne dabei Risiken einzugehen.

Die aktuelle Gesetzgebung, die Berlins Liegenschaftsverkäufe regelt, muss erneuert werden. Im Schatten der Weltwirtschaftskrise, gewinnen Berlins diverse Ad-hoc-Entwicklungen, etwa durch Baugruppen, immer mehr internationale Beachtung. Jetzt ist die Zeit, diese Innovationen gemeinsam weiter zu entwickeln.

Unsere Autoren betreiben in Berlin das Architekturbüro Deadline. Am heutigen Sonntagabend präsentiert Matthew Griffin die Thesen auf dem Akteurs-tag der Initiative „Stadt Neudenken“ zur Berliner Liegenschaftspolitik. Forum Factory, Besselstraße 13-14, 5. Mai, ab 9.30 Uhr, 19 Uhr Podiumsdiskussion.

Lieder über Liebeskummer gehen immer

Konzeptkunst? Jack Whites Solo-Album „Blunderbuss“

VON MARKUS SCHNEIDER

Jack White ist ein eigenartiger Traditionalist. Auch auf seinem nominell ersten Solo-Album „Blunderbuss“ vermeidet er scheinbar alles, was den musikalischen Horizont entscheidend über das Jahr seiner Geburt 1975 erweitern könnte. Immerhin – könnte man sagen, wenn man bedenkt, dass er mit den letzten Jahr aufgelösten White Stripes im Wesentlichen den Blues der Vierzigerjahre in den Grenzen von 1969 gestaltet hatte. Um mit den Raconteurs diese Jahrzehntgrenze um ungefähr drei Jahre ins Territorium flammender Banditumerei zu erweitern.

Man muss eine wuchtig synkopierte Drumstruktur wie in „Freedom at 21“ nicht gleich als HipHop-Beat beschreiben, um sich über den Abwechslungsreichtum auf dieser Platte zu wundern – man könnte in „Blunderbuss“ auch einfach eine sehr gelungene Led Zeppelin-Hommage erkennen. Im Dokumentarfilm „It Might Get Loud“ erkannte man ja schon recht gut, dass sich White dem Sound seines Hardrock-Großvaters Jimmy Page inniger verbunden fühlt als den Überwältigungsfiguren einer, wenn man so will, Vaterfigur wie The Edge. Die „Blunderbuss“-Bandbreite zwischen stets progrock-bereiten Heavyrits und Breaks, unter-schwelliger Funkyness und rau produzierten Countryrocks beschreibt das Markenzeichen der britischen Rocklegenden nicht schlecht.

Eher strenge Männlichkeit

So könnte man vermutlich auch die eher strenge Männlichkeit der Texte verstehen. Sie drehen sich fast ausschließlich um Liebesenttäuschung, wobei die Konsequenzen dieses recht alltäglichen Umstands oft ausgewählt böse kommentiert werden. White ruff Frauen hinterher, sie hätten ihm die Fußsohlen blutig geschnitten und über Salz gehen lassen; sie könnten nicht ohne ihn sein und nähmen essentielle Teile mit, wenn sie ihn verließen.

In den Kritiken scheint man sich einig, dass White das Scheitern seiner Ehe mit Model und Musikerin Karen Elson sowie das Ende seiner künstlerischen Partnerschaft mit Meg White verarbeitete. „Blunderbuss“ füge sich so in die Reihe der Hinterherhauer-Alben wie Dylans „Blood on the Tracks“ oder Heres „My Dear“ von Marvin Gaye. Kann sein, Miragal. Es scheint jedenfalls nicht so, als wäre White seinen Männergeschichten ausgeliefert oder wüsste nicht um ihre Albernheit. Auch seine ausschließlich weiblich besetzte Band deutet nicht auf eine tiefergehende Störung des Geschlechter-Verhältnisses hin. Und dass ihm auf Albumcover und Booklet abwechselnd ein Geier und ein Pfau auf der Schulter sitzen, deutet eine humorvolle Distanz zumindest an.

Die zeigt sich auch in der Musik, die voller kleiner Täuschungen und Volten steckt. In „Sixteen Salteens“ gibt er im Falsett die Dramaqueen zu einer donnernden Gitarrenfigur. Mit Mandoline, zarter Steelgitarre und Geige wackelt er sich durch den Country der Liebesabrechnung „Love Interruption“, und das fern dylaneske Titelstück wagt seine Betrugsgeschichte im Dreivierteltakt daher. In „Weep Themselves to Sleep“ darf seine Pianistin in derart dynamisch über jedes Ziel hinaus-schießenden Klavierakkorden schwebeln, dass sie jede kitschige Siebzigerinstrumentierung übersteigen.

„Blunderbuss“ lässt sich bequem in die Sehnsucht nach der unverstellten Rhetorik von Folk-, Blues-, und Country-beeinflusster Rockmusik sortieren. White kann für sich beanspruchen, mit den White Stripes dort als Erster gewesen zu sein. Trotzdem kann man nicht sicher sein, dass er wirklich dazu gehört. Denn so perfekt er zuvor den Blues minimalisiert hat, so leidenschaftlich sammelt er nun Classic-Rock-Klischees. Möglicherweise nämlich handelt es sich bei dem Traditions-Rock'n'Roll von „Blunderbuss“ um sehr fröhliche Konzeptkunst.

Jack White: Blunderbuss (XL/Beggars/Indigo); Konzert: 26. 6., Tempodrom

KURZSTRECKE



THEATER

Paul, Paula und Heiner M. im Gorki

Im Falschen richtig leben? Oder: Den Falschen richtig lieben? Das sind doch aktuelle Fragen, auch wenn „Paul und Paula“ die Legende vom Glück ohne Ende“ in der DDR spielt. Der 1980 in Erfurt geborene Regisseur Robert Borgmann ist nun an der „Legende“ hängen geblieben, im Stasi-largon bezeichnet das Wort eine Deck- oder Verschleierte-geschichte. „Reiß ab! Reiß ab!“, ließe sich deshalb der aus Plenzdorf-Texten und eigenen Assoziationen durcheinander geschnittene Abend betiteln (im Maxim-Gorki-Theater, wieder am 8., 18. Mai, Karten unter Tel.: 20 22 11 15), denn Borgmann geht es um die Ent-Legendierung von DDR-Vergangenheit. Es wären nicht alle nett. Eigentlich keiner, außer Paula (Julischka Eichel). Da passt es, dass auch Thomas Lawinky als Paul einmal mehr die Bühne bekommt, um sich für seine Stasi-Mitarbeit unter dem Decknamen „Heiner M.“ zu entschuldigen: „Soll nicht wieder vorkommen“ (use.)



HOLZ

Wohnen in Stapelkisten

Bis ins 18. Jahrhundert bestanden unsere Städte weitgehend aus Holz. Eine Tradition, an die das Berliner Architektenteam Kaden Klingbeil anknüpft (Ausstellung im Aedes Architekturforum, Christinenstr. 18-19, bis 18. Mai, Katalog 10 Euro). Nachdem endlich die holzfeindliche Bauordnung gelockert wurde, haben sie Furore mit experimentellen Wohnhäusern gemacht, die bis zu acht Geschosse hoch sind. Der Werkstoff Holz wird hier vom Image Holzblütze gelöst, seine Fähigkeit für die Massenanarchie bewiesen. Ästhetisch allerdings sind die Arbeiten noch sehr schematisch, auf ein Markenzeichen hin ausgerichtet. Karg-kantige Formen, mal mit, mal ohne Loggia-Ausschnitt, weiß gestrichen. Der Werkstoff Holz erlaubt mehr Gestaltungsbreite, das zeigen nordische und amerikanische Hausbauer. Aber hier ist der Beginn einer schon aus ökologischen Gründen nötigen städtischen Holzrenaissance zu sehen. (mb.)



SKULPTUR

Aggressive Antiheldinnen

Skurrile Amazonen? Das ist der Serste Gedanke beim Anblick der glaciometallhaft ausgedümmten, existenzialistisch verdrehten Figuren aus Bronze und Ton, neueste Werke der Londoner Bildhauerin Rebecca Warren: 46, (bis 16. Juni in der Galerie Hertzler, Oudendamer Str. 18-20, Di-Sa 11-18 Uhr). Dunkel oder pastas bemalt, stehen sie, real und abstrakt in einem, auf ihren Sockeln, aggressiv und komisch zugleich: Antiheldinnen mit nur einer Brust, dann wieder gleich mit dreien. Deren Warzen bestehen statt des warmen weichen Nipples aus einer martialischen Schraube mit Mutter. Warren formt den Ton mit Händen, nichts wird da mechanisch geglättet, nach dem Gießen bemalt sie die Skulpturen. Mit Wucht und böshafter Anti-Erotik, was den vertrackten Körpergebilden einer Louise Bourgeois ebenbürtig ist, führt sie Verschiebungen und Vermischungen von Realitätsebenen vor. Das amüsiert – und versetzt doch Stiche. (ir)



OPERETTE

Hilfe, der Nachbar bricht durch die Wand

Raus aus der maroden Moskauer Innenstadt, rein in die neuen Faltschachteln am grünen Stadtrand: Was Chruschtschow als wohnungspolitischen Aufbruch plante, war für Schostakowitsch ein Operettenstoff. In Tschernjomuschki konnte es ganz schön sein, risse sich nicht der Funktionär durch einen Wanddurchbruch die Nachbarwohnung unter den Nagel; damit sitzt eine Familie auf der Straße. „Moskau Tschernjomuschki“ ist ein beachtliches Projekt der Jungen Staatsoper, dem einige Kürzungen gut getan hätten – oder eine klarere Inszenierung (Staatsoper im Schiller-Theater, am 5., 6., 8., 9., 11., 13. und 15. Mai). Zwischen den einsturzfahrenden Leitungsrohren der Schiller-Theater-Werkstatt bleibt der Wechsel von mal trivialen, mal surrealen Szenen vage. Das Schönste ist „Charlottengrad“. Ein Chor aus Schülern, der toll singt und spielt und die Aufführung bei jedem Auftritt enorm belebt. (pue.)

Potsdamer Platz, 1981: Gustav Hämer, damals Leiter der Altbau-IBA, bei einem ersten Rundgang auf dem Gelände Foto: Paul Glaser



Der Löwe von Kreuzberg

GEBURTSTAG Der Architekt Gustav Hämer wurde im Kreuzberg der 1970er und 80er Jahre zum Star der Stadtplanerszene. Als Direktor der Internationalen Bauausstellung IBA-Alt realisierte er das Gegenstück zur heutigen Gentrifizierung. Morgen wird er 90 Jahre alt

VON ROLF LAUTENSCHLÄGER

Auftritte liebte der Architekt und Stadtplaner Hardt-Waltherr Hämer – und nicht wenige davon sind legendär. Wie jene Nummer vom Oktober 1991: Gerade hatte Berlins Stadtentwicklungs-senator Volker Hassemer (CDU) die neuen Architekturentwürfe für den Potsdamer Platz vorgestellt und stolz von „guten Ergebnissen“ gesprochen. Da platzte Hämer lautstark dazwischen: „Gut finden Sie das! Alle anderen sehen das nicht so, wie in der Zeitung nachzulesen ist: von FAZ bis taz – Scheiß!“

Hardt-Waltherr Hämer, den alle nur „Gustav“ nennen und der am 13. April seinen 90. Geburtstag feiert, war nicht nur berühmt-berüchtigt wegen seiner gewitterartigen Auftritte. Die „Posaune aus Kreuzberg“, wie Hassemer seinen Gegenspieler bezeichnete, wurde gerade wegen seiner mutigen Direktheit zum Star der Berliner Planerszene.

„Liebling Kreuzberg“, wie Gustav Hämer in Anlehnung an die gleichnamige Fernsehserie mit ihrem volksnahen Anwalt auch einmal bezeichnet wurde, umreißt in Wirklichkeit nicht sein Image, sondern nur sein Arbeitsfeld. Was der Alexanderplatz für Franz Biberkopf war, war für Hämer das Kreuzberg SO 36 in den 1970er und 1980er Jahren: Es war sein Terrain, sein Raum, seine Kragenweite, die Karriereleiter.

Dass dieses Kreuzberg mit seinen Blocks, Wohnhäusern und Höfen, seiner Kleinteiligkeit und sozialen Mischung, den Plätzen und Parkanlagen noch steht, verdankt es Hämers „IBA-Alt“, dem Sanierungsprogramm der Internationalen Bauausstellung IBA 1984 bis 1987.

Es brauchte Hämer, um Kreuzberg vor dem Charakterverlust zu bewahren

Gustav Hämer, Direktor der IBA-Alt, „ist der Vater der behutsamen Stadterneuerung“, wie Exbausenator Peter Strieder (SPD) es einmal sagte. Hämer ist die Quelle einer mittlerweile von Berlin ausgehenden weltweit kopierten Bauerhaltungskultur. West-Berlin avancierte durch die Altbau-IBA rund um die Oranienstraße bis hinauf zum Heinrichplatz zur Welthauptstadt der Stadtsanierung.

Dabei kam Hämer als Architekt eigentlich aus der ästhetisch und ideologisch entgegengesetzten Ecke – aus der modernen funktionalen Stadtplanung. Hämer, 1922 in Hagen bei Lüneburg geboren, studierte Architektur, erst in Berlin, dann an der staatlichen Schule für Baukunst in Weimar. Noch vor seinem Diplom realisierte er sein erstes Bauwerk: die hölzerne Schiffer-

kirche in Form eines umgedrehten Schiffsrumpfes in Ahrens-
shoop (1951). Hämer arbeitete in den 1950er Jahren im Berliner Büro von Hans und Wassili Luckhardt, klaren Verfechtern des „neuen Bauens“ – wie es Walter Gropius oder Le Corbusier seit den 1920er Jahren proklamiert hatten. Hämers Projektleitung für das sachlich-hochmoderne Mannheimer Nationaltheater (1955) und sein Betongebirge für das Stadttheater Ingolstadt (1962 bis 1966) belegen, woher er kam.

Seine IBA-Geschichte begann Ende der 1960er Jahre, wurde er doch zum Professor an die Berliner Hochschule der Künste berufen und probte dort mit Studenten den Aufstand gegen die muffigen Lehrveranstaltungen. Als gleichzeitig der Senat Pläne schmiedete, Autobahnen quer durch Kreuzberg zu ziehen und Flächenabriss bis hinauf nach Wedding im Sinn hatte, löste dies bei Architekt Hämer Fragen nach Alternativen aus: Muss abgerissen werden? Welche Bedeutung hat der Bestand für die Stadt, was sagen die Bewohner? Ist es nicht eine Qualität, die bauliche und soziale Mischung zu erhalten und zu verbessern?

„Gustav Hämer war und ist als Architekt ein zutiefst politischer Mensch“, erinnert sich Jutta Kalepky, Mitarbeiterin im IBA-Team und spätere grüne Kreuzberger Bauschätzin. „Er verstand es, aktuelle gesellschaftliche Prozesse in die der Stadtent-

wicklung einzubinden. Hämer ergriff Partei für die Interessen der Bewohner, für die soziale und bauliche Substanz. Architektur war bei ihm eingebettet in Stadtplanung. Das war neu – und sehr erfolgreich“, so Kalepky.

Als Hämer 1974 in Charlottenburg 450 Wohnungen vor dem Abriss bewahrte und die Bauten als historisches Ensemble für die Stadt rettete, galt dies als Revolution in der modernen Stadtentwicklung, die schnell publik und zum Programm vieler anderer Architekten wurde.

„Hämer war auch ein begnadeter Kommunikator, der das politische Spiel mit den Institutionen beherrschte“, betont Kalepky. Will sagen: Um Kreuzberg vor dem erneuten Aufstand, dem Verfall, der sozialen Ausblutung und dem Verlust seines spezifischen Charakters zu bewahren, brauchte es dringend Hämer und sein Sanierungskonzept. Neben der IBA-Neu entschied Berlin sich 1979 für die Internationale Bauausstellung IBA-Alt und Hämer als Direktor. Dieser krepelte den Planungsprozess um, das IBA-Team befragte mehr als 14.000 Anwohner über die Rolle ihrer Altbauquartiere. Partizipation gehörte zum Bestandteil der Entscheidungsprozesse. Gleichwohl wurden bis 1987 fast 6.000 Wohnungen saniert, Höfe begrünt, Schulen in Stand gesetzt und Plätze hergerichtet. Die Mieten explodierten dennoch nicht. Die IBA-Alt war das Gegenstück

zur heutigen Gentrifizierung. „Wir haben mit den Bewohnern und nicht gegen diese gearbeitet“, fasste Hämer einmal seine Methode zusammen.

Unter der Überschrift „Behutsame Stadterneuerung“ in Kreuzberg ist Hämers Arbeit geläufig. 1983 veredelte das Berliner Abgeordnetenhaus dessen demokratisch organisierte Stadtplanung und beschloss die „12 Grundsätze der Behutsamen Stadterneuerung“, die zugleich offiziell den Abschied von der Berliner Flächen- und Kahlschlagsanierung bedeuteten.

Hämer – mal charmant, mal cholerisch, immer voller Energie und mit einer dichten Lockenmähne bekrönt – war von da ab ein Löwe unter den Planern. Er war Kult. Nach der IBA-Zeit gründete er 1986 die S.T.E.R.N. Gesell-

entwickelte er Konzepte. Er schrieb Bücher. Die Abrisse im Ostteil Berlins begleitete Hämer oft mit Spott, da merkte man, dass die Macht nicht mehr auf seiner Seite war.

Aber die Kraft: Gustav Hämer zog sich nach seiner Emeritierung vor ein paar Jahren nach Ahrenschoop an der Ostseeküste zurück. Seine Fischerkirche musste erneuert werden. Die zweite Frau wartete dort auf ihn. Zur gleichen Zeit rebellierten in Berlin ein paar Studenten gegen den geplanten Abriss des denkmalwerten Studentendorfs Schlachtensee, ein schönes, aber marodes 50er-Jahre-Ensemble nahe der FU Berlin.

„Ich weiß noch, wie Gustav Hämer zu uns kam und bei einer Veranstaltung mit der Krücke auf den Tisch donnerte und den Erhalt forderte“, erinnert sich Andreas Barz, heute Vorstandschef der Genossenschaft Studentendorf Schlachtensee. „Ohne Hämer, der bis dato noch Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates ist, wäre das Studentendorf sicher verschwunden. Er gab gewissermaßen die Initialzündung für den Erhalt und die behutsame Erneuerung der Bausubstanz.“

Mit Hämers Hilfe und Kontakten konnten die Bauten gerettet werden, seit 2003 werden sie saniert. Zu seinen Ehren wurde der zentrale Weg im Studentendorf in „Gustav-Hämer-Weg“ umgetauft. Was kommt zum 90. Geburtstag? „Congratulations, Gustav!“

„Hämer ergriff Partei für die Bewohner, für die soziale Substanz“

JUTTA KALEPKY, GRÜNE

schaft der behutsamen Stadterneuerung mbH und wurde deren Geschäftsführer, bis 1997 sein Kompagnon übernahm.

Auf Stadtföhen oder an der Akademie der Künste tritt Hämer bis nach der Jahrtausendwende weiter heftig über die Zukunft Berlins. Für das Nazi-Bad Prora und das Bauhaus in Dessau

BEWEGUNG
PLATTFORM FÜR VERÄNDERUNG

BEWEGUNG.TAZ.DE...

... heißt die Plattform für Veränderung. Hier informieren und vernetzen sich politisch und gesellschaftlich engagierte Menschen. Die Bewegungsplattform bietet Raum für alle Themen und alle Akteure, für bundesweite Kampagnen, für die Bürgerinitiative vor Ort und für neue Ideen, die Unterstützung und MitstreiterInnen suchen. Hier könnt ihr:

- Termine ankündigen
- Aktionen starten
- Initiativen vorstellen
- einen Blog betreiben
- Orte empfehlen
- euch lokal vernetzen

www.bewegung.taz.de

GSW23

Die Privatisierung der Berliner Wohnungsbaugesellschaft GSW hat langfristige Folgen, unter anderem eine politisierte Mietergemeinschaft, die sich gegen Verfall und Leerstand wehrt

Es war einer der größten Skandale des letzten Jahres. Inmitten von Berichten über die Explosion der Mieten in der Innenstadt lenkte eine Besetzung des Hauses in der Schlesischen Straße 25 die Aufmerksamkeit auf die Politik der Berliner Wohnungsbaugesellschaft GSW. Diese hatte das Haus kurz zuvor verkauft, nachdem sie es 1993 gemeinsam mit 22 weiteren Häusern in Kreuzberg geschenkt bekommen hatte. Mit ihrer Aktion protestierten die BesetzerInnen nicht nur gegen den Verkauf, sondern auch dagegen, dass die GSW das Haus komplett hatte verfallen lassen, obwohl sie sich vertraglich dazu verpflichtet hatte, das Haus innerhalb von 10 Jahren instand zu setzen.

Bei den restlichen 22 Häusern sieht es nicht anders aus. Wie Mona, eine Bewohnerin eines GSW-Hauses, berichtet, seien die meisten Häuser nicht nur verfallen, sondern würden überdies teilweise leer stehen, seien verkauft worden oder sollen luxussaniert werden. Die MieterInnen würden indes aus ihren Wohnungen gedrängt werden. Einige Hausgemeinschaften haben sich deshalb zur der Initiative „GSW23“ zusammengeschlossen, um diese Probleme gezielt anzugehen. Auch Mona macht bei GSW23 mit. „Wir sind wütend darüber, was die GSW in Kreuzberg treibt“, sagt sie.

Konkret verlangt GSW23 die Einhaltung der Vereinbarungen, die in den Verträgen vor 1993 zwischen dem Senat und der GSW festgeschrieben wurden.



23 Häuser der GSW stehen vor allem in der Kritik Foto: Stefanie Platen

Neben dem Punkt, dass die verschenkten Häuser innerhalb von zehn Jahren instand gesetzt werden sollen, stand dort ebenfalls, dass der Weiterverkauf sowie die Umwandlung der Wohnungen in Wohneigentum ohne Zustimmung des Landes untersagt ist. Mietsteigerungen dürfen lediglich bedarfsdeckend sein. Schaut man sich das Haus in der Schlesischen Straße an, kann das Fazit also nur lauten: Vertragsbruch! Kann das Land also einfach das Haus in den eigenen Bestand zurückholen? Das kann es leider nicht. Das Problem ist, dass die GSW 2004 privatisiert wurde und mit ihr die verschenkten Häuser. Im Zuge dessen wurden neue Verträge mit den neuen Eigentümern Cerberus und Goldman Sachs verfasst. Inwiefern dort die Auflagen übernommen wurden, ist, wie so oft in Berlin, geheim. Wie Mona berichtet, wisse man jedoch, dass Punkte wie

die Belegungsrechte des Bezirks für einige Wohnungen in den neuen Vertrag übernommen wurden. Das sei aus einem Schreiben der Senatsverwaltung für Finanzen hervorgegangen. Belegungswohnungen werden für sozial benachteiligte Menschen reserviert. Um weitere Punkte zu klären, müssen die Verträge offengelegt werden, fordert GSW23.

Für die Initiative ist klar, dass die Stadt schon vor dem Verkauf der GSW hätte handeln müssen, als klar war, dass die GSW sich nicht an die Vereinbarungen hielt. Auch ist die Initiative der Ansicht, dass es besser wäre, die Häuser jetzt den BewohnerInnen zu schenken, weil die sich wirklich um Instandhaltung und soziales Wohnen kümmern würden. „Die Häuser sollten denen gehören, die drin wohnen und die Verantwortung zeigen“, sagt Bewohnerin Mona.

Um ihre Forderung umzusetzen, geht GSW23 unter anderem den Weg über die politischen Institutionen. Das sei schon allein deshalb der vernünftigste Weg, weil die Verträge zwischen der GSW und dem Senat geschlossen wurden. So ist GSW23 im Gespräch mit Franz Schulz, dem Bezirksbürgermeister von Friedrichshain/Kreuzberg. Schulz schickte im Februar auf Blitten von GSW23 einen Brief an die GSW, in der er sie fragte, wo die Belegungswohnungen abgeblieben sind. Auch forderte Schulz in dem der taz vorliegenden Brief die GSW auf, sich dazu zu äußern, wie sie zu den Verpflichtungen wie dem Verzicht auf Luxussanierungen heute steht. Bisher habe die GSW nicht geantwortet, berichtet Schulz.

Neben Franz Schulz ist GSW23 im Gespräch mit den wohnungspolitischen SprecherInnen der Grünen, der SPD, der Linken und der Piraten. Diese werden die GSW-Verträge auf der Bauausschusssitzung am 18. April diskutieren, zu der auch die GSW geladen ist. „Das Interesse in der Politik an dem Thema ist groß“, resümiert die Aktivistin. Dennoch verlasse man sich nicht vollends auf die Politik.

Aus diesem Grund nutzt GSW23 auch andere Mittel und Wege der Mobilisierung. Dass die Initiative radikalere Maßnahmen befürwortet, zeigte sich an ihrer Unterstützung der Besetzung der Schlesischen Straße 25 und der Bevernstraße 2. Weiterhin beteiligte sich GSW23 an Demonstrationen wie die große



Mietenstopp-Demo im September des letzten Jahres und machte mit Hoffesten und Infoständen auf die Problematik aufmerksam. Im Mai ist ein Kiezspaziergang geplant.

Wer GSW23 unterstützen will oder sich für die Mietpolitik der Stadt Berlin interessiert, kann über den Blog der Initiative mit ihr Kontakt aufnehmen. Da nicht alle Hausgemeinschaften der 23 verschenkten Häuser aktiv sind, appelliert GSW23 an diese, sich zu organisieren. „Widerstand ist anstrengend, aber wichtig und hat Chancen“, sagt Mona.

LUKAS DUBRO

GSW23

Die Initiative von Hausgemeinschaften betreibt einen eigenen Blog, auf dem MieterInnen und Mieter der 23 Häuser, die Anfang der 1990er Jahre vom Berliner Senat an die damals noch öffentliche Wohnungsbaugesellschaft GSW verschenkt wurden, über ihre Situation informieren.

Im Netz: <http://gsw23.blogspot.eu>

Hackesche Höfe Kino, ☎ 2834603 • 16 x Venedig – Sei Venezia (OmU) 15.45; Barbara (2012) 17.45, 20.00, 22.15; • 2 Die Eiserne Lady – The Iron Lady (OmU) 15.00, 17.45; Und wenn wir alle zusammenziehen? – Et si on vivait tous ensemble? (OmU) 17.15, 19.30; • 3 Gerhard Richter Painting 15.00; King of Devil's Island – Kongen av Bastoy (OmU) 17.15, 19.45; Der Preis (2012) 22.15; • 4 Shame (2012) (OmU) 14.45, 22.30; The Best Exotic Marigold Hotel (OmU) 17.00, 19.45; • 5 The Artist (2011) 15.30, 22.15; Wer weiß, wohin? – Et maintenant, où va-t-on? (OmU) 17.45, 20.00; **International**, ☎ 24756011 International Und wenn wir alle zusammenziehen? 15.00, 19.30; Barbara (2012) 17.10; Iron Sky – Wir kommen in Frieden (OmU) 21.40; **Zeughauskino**, ☎ 20304770 Papas Kino? Die Zeit der Schulflusen 20.00;

NEUKÖLLN

Cineplex Neukölln Arcaden, ☎ 01805050644 [1-9] Das Haus der Krokodile 12.30, 14.40; Die Muppets (2011) 12.30, 30; Zorn der Titanen 12.30, 17.15, 20.00; Sams im Glück 12.30, 14.50, 17.15, 30; Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 12.30, 14.45; Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen 12.30, 15.00, 17.30, 20.00; Yoko (2012) 13.00; Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 13.15, 15.30, 17.40; Die Tribute von Panem – The Hunger Games 13.30, 16.30, 19.30; Türkisch für Anfänger 15.00, 17.30, 20.00; Titanic (1997/2012) 15.10, 19.30; Russendisko (2012) 15.15, 20.00; Feth 1453 – Die Eroberung von Konstantinopel (TurkmdU) 16.50; Die Frau in Schwarz 17.05; Preview: The Grey – Unter Wölfen 20.00; Mevsim cökecti – Blüte der Jahreszeit (TurkmdU) 20.10; Iron Sky – Wir kommen in Frieden 20.15; **Neus Off**, ☎ 62709550 The Lady: Ein geteiltes Herz 17.30, 20.15; **Passage**, ☎ 68237018 • 1 Barbara (2012) 15.40, 18.00, 20.30; Sneak Preview 23.00; • 2 Ziemlich beste Freunde 16.00, 20.45; The Artist (2011) 16.15, 18.30; • 3 Die Eiserne Lady 16.45, 19.00; Shame (2012) 21.15; • 4 Wer weiß, wohin? 19.00; Take Shelter – Ein Sturm zieht auf 21.15; **Rolberg**, ☎ 62704645 • 1 The Lady: Ein geteiltes Herz – Dans la lumière (EnglmdU) 17.00, 20.00; • 2 Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen – Mirror, Mirror (OV) 16.00, 18.20, 20.45; • 3 Melancholia (2011) (OmU) 16.15; Die Frau in Schwarz – The Woman in Black (OV) 19.00; Drive (2011) (OmU) 21.15; • 4 Die atmende Gott – Eine Reise zum Ursprung des modernen Yoga 16.00; Ruhm (2012) 18.15; Die Eiserne Lady – The Iron Lady (OmU) 20.30; • 5 Young Adult (OmU) 17.00; The Artist (2011) (EnglTextalein) 19.00; Take Shelter – Ein Sturm zieht auf (OmU) 21.15; **UCI Kinowelt Gropius Passage**, ☎ 66681234 • 1 Das Haus der Krokodile 12.05; Sams im Glück 14.30; Türkisch für Anfänger 17.15; Russendisko (2012) 19.45; • 2 Alvin und die Chipmunks 3: Chipbros 12.15, 30; Die Reise zur geheimnisvollen Insel 14.30, 30; Zorn der Titanen 17.05, 19.45; • 3 Die Tribute von Panem – The Hunger Games 14.00, 17.15; Türkisch für Anfänger 20.30; • 4 3D

Die Reise zur geheimnisvollen Insel 12.30, 30; Titanic (1997/2012) 15.30, 20.00; • 5 Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen 12.05, 14.50, 17.30, 20.15; • 6 3D Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 12.15, 14.40; Russendisko (2012) 17.05; Die Tribute von Panem – The Hunger Games 20.30;

PANKOW

Blauer Stern Pankow, ☎ 47611898 [1-2] Sams im Glück 13.45, 16.00; Das Haus der Krokodile 14.00; Russendisko (2012) 15.45, 20.30; The Best Exotic Marigold Hotel 17.45, 20.15; Barbara (2012) 18.15; **BrotfabrikKino**, ☎ 47140011 The Black Power Mixtape 1967-1975 (OmU) 19.00; Der Junge mit dem Fahrrad – Le gamin au vélo (OmU) 21.00; **Downstairs-Kino im Filmcafé**, ☎ 81019050 Goodnight Nobody (OmU) 20.30; **FT am Friedrichshain**, ☎ 42845188 • 1 Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 14.30, 16.30; Iron Sky – Wir kommen in Frieden (OmU) 18.30, 20.45; • 2 Barbara (2012) 15.40, 18.00, 20.30; • 3 Die Thomaner 14.00; The Best Exotic Marigold Hotel 17.15, 20.00; • 4 Sams im Glück 14.00, 16.15; Ziemlich beste Freunde 18.30; Take Shelter – Ein Sturm zieht auf 20.50; • 5 Preview: Knerlen traut sich 14.00, 16.00; Die Eiserne Lady – The Iron Lady (OmU) 18.00; Wer weiß, wohin? 20.15; **Kino in der Kulturbrauerei**, [1-8] Kleiner starker Panda 12.00; Funf Freunde (2011) 12.00; Lauras Stern und die Traummonster 12.00; Das Haus der Krokodile 12.10; Kuddelmuddel bei Pettersson und Findus 12.15; Hinter der Tür 12.20, 17.30; Yoko (2012) 12.45, 30; Pina (2011) 13.00; Und wenn wir alle zusammenziehen? 13.45, 16.00, 20.30; Die Tribute von Panem – The Hunger Games 13.45, 16.40, 19.40, 22.40; The Lady: Ein geteiltes Herz 14.00, 19.40; Die Eiserne Lady 14.00, 18.10; Sams im Glück 14.10, 16.20, 30; Hugo Cabret 15.00; Ziemlich beste Freunde 15.00, 20.10; Barbara (2012) 15.20, 17.50, 20.30; Titanic (1997/2012) 16.15, 20.30; The Best Exotic Marigold Hotel 16.50, 22.30; Russendisko (2012) 17.45, 20.15, 22.45; Iron Sky – Wir kommen in Frieden 18.30, 20.45, 23.00; The Artist (2011) 22.45; King of Devil's Island 22.45; Ruhm (2012) 23.00; **Krokodil**, ☎ 44049298 GlückritterInnen (OmU), m. Gast 18.30; Hinter der Tür 20.00; **Lichtblick-Kino**, ☎ 44058179 Ziemlich beste Freunde – Intouchables (OmU) 18.00; (A)kshits Vol. 7: The Best of Lakino 2011, m. Gästen 20.00; Berlin für Helden 22.00; **Toni & Tonino**, ☎ 92791200 • 1 Yoko (2012) 16.00; Russendisko (2012) 18.00, 20.00; • 2 Ruhm (2012) 16.00; Barbara (2012) 18.00, 20.00; **UCI Kinowelt Colosseum**, ☎ 44019200 • 1 3D Titanic (1997/2012) 16.00, 20.15; • 2 Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen 15.00, 17.30, 20.15, 23.00; • 3 Ziemlich beste Freunde 14.30, 17.15, 20.00; Die Tribute von Panem – The Hunger Games 22.45; • 4 Die Tribute von Panem – The Hunger Games 14.30; The Best Exotic Marigold Hotel 17.45; Die Frau in Schwarz 20.30, 23.00; • 5 Sams im Glück

NEU IM KINO

Berlin für Helden: Klaus Lemkes jüngster Low-Budget-Schlag gegen Papas subventioniertes Gaatskino

Blüte der Jahreszeit: Frauen aus der Türkei in Deutschland zwischen den beiden Kulturen

Hinter der Tür: István Szabó erzählt von zwei charismatischen Frauen im Ungarn der Sechziger, mit Helen Mirren und Martina Gedeck

Iron Sky – Wir kommen in Frieden: Angriff der Mondnazis zum Soundtrack der Band Laibach

Spieglein Spieglein – Die wirklich wahre Geschichte: Schneewittchen bekommt ein Update verpasst – mit Julia Roberts als böse Stiefmutter

The Lady – Ein geteiltes Herz: Die Geschichte der birmanischen Freiheitskämpferin Aung San Suu Kyi als Spielfilm

Titanic 3D: James Cameron bringt seinen Katastrophenerfolg erneut ins Kino, diesmal dreidimensional aufgemotzt

Und wenn wir alle zusammenziehen?: Funf Senioren entdecken die WG als Lebensform, mit Daniel Brühl als Altenpfleger

Violinissimo: Ein Film über das Fiedeln – der Internationale Joseph Joachim Violinwettbewerb in Hannover

14.30; The Lady: Ein geteiltes Herz 17.00, 20.00; Die vierte Macht 23.00; • 6 Yoko (2012) 14.30; Die Tribute von Panem – The Hunger Games 17.00, 20.30; • 7 Unser Leben 15.15; Iron Sky – Wir kommen in Frieden 17.30, 20.00, 23.00; • 8 Russendisko (2012) 15.00, 17.30, 20.15, 23.00; • 9 Türkisch für Anfänger 15.15, 17.45, 20.15, 23.00; • 10 3D: Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 15.15, 30; Zorn der Titanen 17.30, 20.15, 23.00;

REINICKENDORF

CineStar Tegel, ☎ 1 Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 11.10, 13.45; Kleiner starker Panda 11.10, 30; Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger

DON'T MOVE
Tanzstück von Modjgan Hashemian und Susanne Vincenz
8.-10. April 2012, 20 Uhr
Modjgan Hashemian stellt eine Verbindung zwischen Tänzern in Teheran und Berlin her, um zu erforschen, welches Potenzial die Körper in Bewegung so bereichernd macht.
BALLHAUS NAUNYNSTRASSE
Karten online & Tel. 754 537 25
www.ballhausnaunynstrasse.de

SPANDAU
Cineplex Spandau, ☎ 0180/5050211 [1-5] 3D Die Reise zur geheimnisvollen Insel 10.00; Sams im Glück 10.00, 12.20, 14.45, 17.35; Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 10.00, 12.00, 14.05, 16.25; Das Haus der Krokodile 10.00, 12.10; Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen 10.00, 12.30, 15.00, 17.30, 20.15; Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 11.55; Türkisch für Anfänger 15.15, 17.50, 20.25, 23.10; 3D: Titanic (1997/2012) 16.15, 19.30, 22.05, 30; Zorn der Titanen 17.20, 20.30, 23.20; Die Eiserne Lady 17.35; Ziemlich beste Freunde 19.55; Die Frau in Schwarz 20.00, 22.55; Iron Sky – Wir kommen in Frieden 20.20, 23.00;

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
Cinema am Walther-Schreiber-Platz, ☎ 8523004 Der Gott des Cemetzels 17.30; Bezaubernde Lügen 20.00; **Cosima**, ☎ 85075802 The Artist (2011) 18.00, 20.15; **Odeon**, ☎ 78704019 The Best Exotic Marigold Hotel (OmU) 17.30, 20.15;

STEGLITZ-ZEHLENDORF
Adria, ☎ 0180/5050711 The Best Exotic Marigold Hotel 14.30, 17.15, 20.00;

Bali, ☎ 8114678 Die Thomaner 18.00; Die Höhle der vergessenen Träume 20.30;

Capitol, ☎ 8216417 Barbara (2012) 19.45, 20.30; Die Eiserne Lady 16.00; Und wenn wir alle zusammenziehen? 18.15;

Cineplex Titania Palast, ☎ 0180/5050520 [1-7] Funf Freunde (2011) 10.00, 30; Die Reise zur geheimnisvollen Insel 10.00, 13.00, 15.15; Das Haus der Krokodile 10.00, 12.05, 14.20; Die Tribute von Panem – The Hunger Games 10.00, 12.10, 16.30, 19.45, 23.00; Sams im Glück 10.00, 12.15, 14.35, 16.30, 30; Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 10.00, 12.10, 14.20; Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen 10.00, 12.25, 14.55, 17.30, 20.00; Yoko (2012) 12.10; Türkisch für Anfänger 14.35, 21.10, 22.45; 3D: Titanic (1997/2012) 15.10, 19.30; Russendisko (2012) 17.05, 19.45, 22.15; Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 17.20; 3D: Zorn der Titanen 17.30, 20.00, 22.30; Die Frau in Schwarz 19.00, 22.15; Preview: The Grey – Unter Wölfen 20.00;

Thalia Movie Magic, ☎ 7743440 • 1 Sams im Glück 10.00, 14.30; Das Haus der Krokodile 10.00; Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen 10.00, 14.00, 14.00;

3D: Titanic (1997/2012) 22.00; • 3 Yoko (2012) 12.10; Türkisch für Anfänger 14.40, 17.20, 20.00, 22.30; • 4 Sams im Glück 12.30, 15.00, 17.30; Ziemlich beste Freunde 20.10; Die vierte Macht 22.45; • 5 Unser Leben 12.00; Die Tribute von Panem – The Hunger Games 14.00, 30; Zorn der Titanen 17.00, 30; Titanic (1997/2012) 19.20; • 6 Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen 12.20, 15.00, 17.40, 20.20, 23.00; • 7 Die Tribute von Panem – The Hunger Games 13.30, 16.40, 19.50; Die Frau in Schwarz 23.00; • 8 Das Haus der Krokodile 13.00, 15.20, 17.30; • 9 Russendisko (2012) 12.00, 20.30, 22.50; • 9 Russendisko (2012) 12.00, 14.30, 17.00, 19.40, 22.20;

Kino Sprehöfe, ☎ 5389590 • 1 3D: Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 10.15, 12.15, 14.15, 16.15; Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen 10.30, 12.45, 15.00, 17.30, 20.00; Yoko (2012) 10.45, 13.00, 15.10; Das Haus der Krokodile 11.15; Sams im Glück 11.30, 13.30, 15.45, 30; Die Reise zur geheimnisvollen Insel 13.15, 30; Titanic (1997/2012) 15.30, 19.30; Die Tribute von Panem – The Hunger Games 17.15, 20.15; Türkisch für Anfänger 18.00; Russendisko (2012) 18.15, 20.30; Die Frau in Schwarz 20.30;

Union Filmtheater, ☎ 65019141 Kinderwagenkino: Hugo Cabret 10.30; Funf Freunde (2011) 13.30; Die Eiserne Lady 15.30; Glück (2012) 18.00; Dame, König, As, Spion 20.00;

POTS DAM

Filmmuseum, ☎ 0331/2718112 Yoko (2012) 10.00, 16.00; Eine dunkle Begierde 18.00; Buchpräsentation; anschl. Film: Geschlossene Gesellschaft (1978), m. Gesp. u. Gästen 20.00; **Thalia Potsdam**, ☎ 0331/7437020 • 1 Kneppern 14.30; Take Shelter – Ein Sturm zieht auf 14.30; Die Thomaner 14.45; Kleiner starker Panda 14.45; Ziemlich beste Freunde 15.30; Die Muppets (2011) 16.30; Und wenn wir alle zusammenziehen? 17.00, 19.00, 21.15; Violinissimo 17.00; Barbara (2012) 18.45, 21.00; The Best Exotic Marigold Hotel 18.45; Wer weiß, wohin? 18.45; The Music Never Stopped 21.00; King of Devil's Island 21.15;

UCI Kinowelt Potsdam Center, ☎ 0331/2337233 • 1 3D: Die Piraten: Ein Haufen merkwürdiger Typen 12.00, 14.15; Sams im Glück 12.00, 14.30; Dargestellte Käfer (2011) 12.00; Kleiner starker Panda 12.00; Unser Leben 12.00; Spieglein, Spieglein: Die wirklich wahre Geschichte von Schneewittchen 12.00, 14.30, 17.30, 20.15; Die Tribute von Panem – The Hunger Games 14.00, 16.45, 20.15, 22.45; Türkisch für Anfänger 14.15, 17.00, 20.00; Das Haus der Krokodile 14.15, 30; Die Reise zur geheimnisvollen Insel 14.30, 30; Titanic (1997/2012) 15.30, 20.00; Die Frau in Schwarz 17.00, 23.00; Russendisko (2012) 17.00, 20.00, 23.00; 3D: Zorn der Titanen 17.15, 20.15, 23.00; Iron Sky – Wir kommen in Frieden 17.15, 20.00, 23.00; Ziemlich beste Freunde 20.00; 3D: John Carter – Zwischen zwei Welten 23.00; Alle Augen ohne Gewahr und ohne Anspruch auf Vollständigkeit

BERLINRADAR
WIRTSCHAFTSBEREICH

TEMPELHOF-SCHÖNERBERG

Dilara ist Patenkind des Bundespräsidenten



Patenschaft Angelika Schöttler mit Dilara im Arm neben Familie Kaatz

SCHÖNERBERG – Fünf Monate alt ist Dilara Shamun Surz, und sie ist das siebte Kind in der Familie Kaatz aus Mariendorf. Kinderreiche Familien sind selten gewor-

den in Deutschland, darum wird Dilara eine besondere Ehre zuteil. Bundespräsident Joachim Gauck übernimmt auf Wunsch der Eltern die Ehrenpatenschaft für das Mädchen. Am Montag übergab Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) die Urkunde und das Geschenk des Patenkittels – einen Scheck in Höhe von 500 Euro. Die Eltern, fünf der sechs Söhne und Dilara waren dazu ins Rathaus Schöneberg am John-F.-Kennedy-Platz gekommen. Sie sei beeindruckt vom starken Zusammenhalt der Familie, sagte Bürgermeisterin Schöttler. Die älteren Geschwister kümmern sich aufmerksam und liebevoll um die jüngeren. Der älteste Sohn ist 22 Jahre alt, der jüngste wurde 2010 geboren. **sa**

LICHTENBERG

Steinadler-Voliere im Tierpark wird erweitert

FRIEDRICHSFELDE – Im Tierpark Friedrichsfelde soll in diesem Jahr die Voliere für Steinadler am Eingang Bärenschaufer Fenster umgebaut werden. Die Fördergemeinschaft der Berliner Hauptstadttiere hat dafür eine Spendenaktion ins Leben gerufen. 110.000 Euro werden benötigt. Die Voliere war als eine der ersten Anlagen für Vögel nach der Gründung des Tierparks im Jahr 1955 entstanden. Vereinsvorsitzender Thomas Ziolkowski sagt: „Sie entspricht nicht mehr den Bedürfnissen einer modernen Tierhaltung und soll deutlich erweitert werden.“ Beim Umbau werde auch der Eingangsbereich aufgewertet. Die Spendenhotline lautet: 09001-000576. **rg**

NEUKÖLLN

Erste Brunnen im Bezirk sprudeln zu Ostern

NEUKÖLLN – Die Brunnenanlage an der Schierker Straße im Körnigpark Neukölln wird am heutigen Donnerstag von Baustadtrat Thomas Blessing (SPD) in Betrieb genommen. Um 13 Uhr heißt es „Wasser marsch!“. Zu Ostern werden im Bezirk noch drei weitere Brunnen wieder sprudeln. Es sind die Anlage vor dem Rathaus Neukölln, der Märchenbrunnen im Vonder-Schulenburg-Park und der Brunnen am Schloss Britz. **rg**

FRIEDRICHSCHAIN-KREUZBERG

Fördermittel für Projekte im Wrangelkiez

KREUZBERG – Nachbarschaftsprojekte im Wrangelkiez können in diesem Jahr mit bis zu 1000 Euro gefördert werden. Insgesamt stehen 10.000 Euro zur Verfügung. Nächster Abgabetermin für Anträge ist der 10. April. Die Unterlagen können beim Quartiermanagement, Schlesische Straße 12, eingereicht werden. Eine Jury entscheidet. Info unter ☎ 895 157 21. **sa**

PANKOW

Weniger Beschäftigte und mehr Langzeiterkrankte im Amt

PANKOW – Die Zahl der Langzeiterkrankten im Jugendamt ist in den vergangenen Jahren gestiegen. 2011 waren 139 Mitarbeiter mehr als sechs Wochen im Jahr krank. 2010 waren es 121 Beschäftigte, 2009 nur 89. Die Zahl der Mitarbeiter im Jugendamt ist dagegen gesunken. 2009 hatte das Amt 405 Stellen, 2010 und 2011 nur jeweils 379. 2012 werden es noch 375 sein. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter der Behörde lag 2011 bei 48,9 Jahren. Um trotz des Krankenstandes und der geringeren Mitarbeiterzahl alle Aufgaben zu bewältigen, setzt das Amt Honorarkräfte ein. 2011 gab die Behörde dafür etwa 164.500 Euro aus, 2012 werden es etwa 184.000 Euro sein. **sa**

MITTE

Ballsport-Projekt nur für Mädchen und junge Frauen

MITTE – Besonders für Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund ist es oft schwierig, Sport zu treiben. Deshalb hat das Quartiermanagement Brunnenviertel-Ackerstraße das Projekt „Mädchen am Ball“ ins Leben gerufen. Auftaktveranstaltung ist am 20. April in der Heinrich-Seidel-Grundschule an der Ramlerstraße. Dort können Mädchen Ballsportarten, wie Fußball und Basketball, ausprobieren. **ka**

CHARLOTTENBURG-WILMERSDOBF

Sprechstunde mit dem Bürgermeister

CHARLOTTENBURG – Bezirksbürgermeister Reinhold Naumann (SPD) lädt Dienstag, 17. April, von 16 bis 17.30 Uhr zur Bürgersprechstunde ins Rathaus, Otto-Suhr-Allee. Anmeldung: ☎ 90 29 12 300.

➤ Wenn Sie Interessantes aus Ihrem Bezirk zu berichten haben, bitte eine E-Mail an: bezirke@morgenpost.de



Objekt der Begierde Auf dem Areal will die Interessengemeinschaft auch einen Aussichtsturm bauen

Der Kater Holzig macht sich breit

Club plant Erlebnisdorf auf dem Grundstück an der Holzmarktstraße

VON BRIGITTE SCHMIEEMANN

Der Kampf um ein der letzten Spreer-Bächen hat begonnen. Seit Mittwoch können sich potenzielle Interessenten für das Grundstück an der Holzmarktstraße 19-30 bewerben. Die Berliner Stadtreinigung (BSR) hat den Liegenschaftsfonds Berlin für dem Bieterverfahren für das 18.600 Quadratmeter große Grundstück an der Michaelbrücke in Friedrichshain beauftragt. Gleichzeitig ist das „KaterHolzig-Team“ mit seinem Konzept an die Öffentlichkeit gegangen. Der Club aus der Michaelbrücke 22 möchte an der Spree zwischen S-Bahn und dem Grundstück der Berliner Wasserbetriebe ein Kultur-, Wohn- und Gewerbedorf bauen.

„Neben zahlreichen kleinteiligen Dorfeinheiten für Kreative, Kleingewerbetreibende und Stipendiaten soll auch ein öffentlicher Park, ein Restaurant, ein Club und ein Hotel entstehen“, sagt Sprecher Simon Wölfr. Dabei werde es sich bei der Investition um kein lukratives Projekt handeln. Es sei für Leute gedacht, die sich kulturell-sozial engagieren wollen. Zur Diskussion stellen die alternativen Spreer-Entwickler ihre Idee, die Parzelle zu einer grünen, pulsierenden, städtischen Erholungszone machen zu wollen. Statt der zulässigen 44.000 Quadratmeter Geschossfläche würde die Interessengemeinschaft nur ein Drittel der möglichen Fläche bauen. Das Nachbargrundstück westlich des Bahnviadukts möchten sie nach eigener Auskunft mit einem Wohnhaus bebauen. Dazu seien sie, so der Sprecher der Interessengemeinschaft, auf der Suche nach einem Partner. Für ihr geplantes Hotel an der östlichen Grundstückseite gebe es bereits einen Partner. Seit einem Jahr arbeitet die Gruppe, die aus zwölf Mitstreitern besteht, schon an den Plänen. Da der Vertrag für den KaterHolzig an der Michaelbrücke nur noch bis März 2013 läuft, soll auch er an der Holzmarktstraße eine neue Heimat finden. „Mit kommerziellen Investoren können wir nicht mithalten“, weiß Simon Wölfr. Er und seine Gruppe hoffen deshalb auf eine politische Entscheidung.

Auflagen für Investoren

Mediaspree Bauwörterbuch-Spreer-ufer in Friedrichshain-Kreuzberg durchläuft ein langwieriges Genehmigungsverfahren. Das Bezirksamt und der Ausschuss für Stadtentwicklung lassen sich von den Investoren die Pläne vorstellen und messen sie auch an den Forderungen des architektonischen Ausschusses „Spreerufer für alle“ vom Sommer 2008. Grenzübige sollen im Umfeld der Spree keine Hochhäuser mehr entstehen. Gebäude sollen höchstens 22 Meter hoch sein. Ein 30 Meter breiter Streifen an der Spree muss unbebaut bleiben, damit ein Uferweg angelegt werden kann. Der Ausschuss legte auch fest, dass keine willkürliche Aufbrücke über die Spree gebaut wird. **sa**

Verkaufswert wird ermittelt

Pfanz Schulz (Grüne), der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, unterstützt die alternativen Pläne. „Ich finde, dass es sich um ein spannendes Nutzung- und Baukonzept für den Ort handelt.“ Die BSR wisse, dass das Bezirksamt deutlich weniger Geschossfläche an dieser Stelle möchte, als es der Bebauungsplan erlaubt. „Außerdem wollen wir dort kein 70 Meter hohes Hochhaus. Aber wir wollen einen hohen Anteil von bezahlbaren Wohnungen“, so Schulz weiter. Die BSR habe gesagt, dass sie das Grundstück nicht für jede beliebige Nutzung verkaufen werde, sondern auf eine gute Stadtentwicklung achten werde. Schulz hätte es am besten gefunden, wenn das Grundstück mit einem Festpreis verkauft wird und die Käufer sich im Wettbewerb um das beste Konzept messen müssten.

Der Liegenschaftsfonds allerdings will das Areal an denjenigen verkaufen, der das höchste Gebot abgibt. Das Bieterverfahren laufe ohne Bedingungen, einen Verkaufswert gibt es nach Auskunft von Liegenschaftsfonds-Sprecherin Irina Dähne noch nicht. Das Bieterverfahren dient gleichzeitig als Marktprobe, um den aktuellen Verkehrspreis zu bewerten. „Die Lage und die Möglichkeit der Bebauung werden bei der Bewertung eine wesentliche Rolle spielen“, sagt Irina Dähne. Die Bieterfrist läuft bis zum 31. Mai. Die Sanitätsfinanzverwaltung, die für Grundstücksgeschäfte zuständig ist, wolle sich zum Thema deshalb noch nicht äußern.

Kleinkind aus der Müllwohnung eines Taschendiebs gerettet

Die Polizei hat durch einen Zufall ein elf Monate altes Kind aus einer verfallenen Wohnung an der Rostocker Straße in Mosbit gerettet. Ein Zivilfahnder hatte am Dienstag einen 33-Jährigen Taschendieb bei seiner Tat beobachtet, verfolgt und festgenommen. Bei einer Durchsichtung seiner Wohnung fanden Polizisten das Kind. Die Wohnung war vollkommen verdreckt, in den Räumen lebten Kakerlaken. Das Kleinkind wurde dem Notdienst des Jugendamtes übergeben und bleibt vorläufig in dessen Obhut. Gegen die Erziehungsberechtigten wird nun wegen der Verletzung der Erziehungs- und Fürsorgepflicht ermittelt.

Ein Zivilfahnder war am Dienstagvormittag in Lankwitz auf den Taschendieb aufmerksam geworden und nahm in fest. Der Rumäne hatte in einem Supermarkt an der Kaiser-Wilhelm-Straße die Geldbörse einer 76-jährigen aus der Handtasche entwendet, die an einem Einkaufswagen gehangen hatte. Bei der Festnahme schlug der Mann mit den Armen um sich und verletzte den Beamten an der Hand. Das Diebstahl wurde in der Jackeninnentasche des 33-jährigen entdeckt. Bei der Durchsichtung der Wohnung des Tatverdächtigen fanden die Beamten zudem 122 Mobiltelefone, fünf Digitalkameras sowie große Mengen von Computerteilen. Vier der Handys waren in der Fahndung und konnten unmittelbar Raub- und Diebstahlstaten zugeordnet werden. Dem 33-jährigen wurden derzeit 18 Diebstahle und drei EC-Kartenbetrugsfälle vorgeworfen, bei denen er versucht hat, mit gestohlenen Bankkarten Geld abzurufen. **pol**

Neue Kredite: Traditionshaus Leiser vorerst gerettet

Die 400 Arbeitsplätze der Schuhkette Leiser sind vorerst gesichert. Das insolvente Unternehmen hat sich nach Angaben des Managements mit den Lieferanten und Banken auf einen Kreditrahmen geeinigt, der das Fortbestehen des Traditionshauses vorerst sichert. Die Bahner Gruppe, zu der Leiser gehört, befindet sich in einem sogenannten Planverfahren. Dadurch erhält das Unternehmen die Möglichkeit, die Sanierung in Eigenregie voranzutreiben. Damit ist die Zukunft für das 120-jährige Berliner Unternehmen allerdings noch nicht endgültig gewährleistet. Bislang sind nur wenige Planverfahren positiv verlaufen. Leiser-Geschäftsführer Steffen Liebig zeigte sich am Mittwoch jedoch zuversichtlich. „Wir haben bereits für einen siebenstelligen Betrag neue Ware bestellt“, sagte Liebig.

In Berlin und Potsdam unterhält die Bahner Gruppe 21 Leiser-Läden und elf Schuhhof-Geschäfte. Das Planverfahren ist Teil einer neuen Insolvenzregelung in Deutschland. Das „Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen“, kurz ESUG genannt, hatte der Bundestag Ende Oktober 2011 beschlossen. Es soll zu einer neuen Sanierungskultur in Deutschland führen. Es handelt sich bei dem Planverfahren um ein selbst geleitetes Insolvenzverfahren, bei dem die eingesetzten Sachwalter eher beaufsichtigende Funktionen und Aufgaben haben, anstatt wie bislang die Unternehmensleitung zu übernehmen. **ker**

BERLINER LIFESTYLE

MODE | MÖBEL | BEAUTY | SPORT

NEUERÖFFNUNG AM 4.4.2012 IM BOULEVARD BERLIN
baci SACI LIMERIE
100% ANZUG

ANN LISSON WE ARE FASHION
SUMMER COLLECTION
Pareo 99,-
Bluse 89,-
Gürtel 49,-
Tasche 99,-
Hose 99,-
Ballerinaz 99,-
Königs-Str. 7 10119 Berlin
Tel./Fax 030/8252479
www.annlisson.de
Mo-Fr 10:00-18:30
Sa 11:00-15:00

Der Urlaub beginnt bei viabella
Südküste Bikini
Tänzerin
Stadtmode
109,95 €
viabella
Zährtenstraße 12 · Ecke Gutzwillerstraße · 10717 Berlin
09 Gutzwillerstraße · 111 Köpenick/Tempelhof · Tel. 249 · viabella-dresses.com
Tel. 030-8631130 · Mo - Fr 10 - 19 Uhr · Sa 10 - 16 Uhr

ENGLISCH WOHNEN
Stilmöbel Frankfurt seit 1950
Kauf-Druckerei St. 42
15170 Friedrichshagen Berlin
Tel. 030/49916147
Mo-Fr 10-18 Uhr
Sa 10-16 Uhr
www.english-shop.de
michael@english-shop.de

Berliner Zeitung Berlin



STADTBILD

Wider den Fraktionszwang

IAN THOMSEN
lobt den demokratischen Coup
der etwas anderen Parlamentarier.

Das ist ein veritabler Coup, der den Piraten da gelungen ist. Bereits in der allerersten Plenarsitzung dieser Wahlperiode im Herbst hatten die parlamentarischen Neulinge die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses kritisiert – also die Regeln, die sich das Parlament selbst gibt. Die Geschäftsordnung verletzte in der Verfassung garantierte Rechte der (einzelnen) Abgeordneten zugunsten der Rechte von Fraktionen. Als Reaktion auf diesen eher ungestümen Einstieg gab es damals allenfalls freundliches Interesse bei den etablierten Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Linken.

Aber jetzt wird es ernst. Die Piraten, deren wichtigste Ziele Transparenz und Teilhabe sind, werden vom renommierten Berliner Staatsrechtler Christian Pestalozza, ehemals Freie Universität Berlin, voll und ganz unterstützt. Es sei mit der Verfassung von Berlin nicht zu vereinen und nicht einmal begründbar, bestätigt Pestalozza, dass in Berlin einzelne (also etwa fraktionslose) Abgeordnete bisher nicht das Recht hätten, eigene Gesetzesanträge oder aufwendige Anfragen an den Senat zu stellen. Das Abgeordnetenhaus werde dadurch keinesfalls arbeitsfähig.

Piraterie könnte dieser Coup kaum sein. Die Initiative kommt ja von einer Fraktion, die eine der ungeschriebenen und ebenfalls tendenziell verfassungswidrigen Parlamentsprinzipien ignoriert: den Fraktionszwang – der Meinungsverschiedenheiten zugunsten des Erscheinungsbildes und der Schlagkräftigkeit einer Fraktion glatt bügelt. Sogenannte Abweichler, anderswo geschmäht, sind bei den Piraten normal. Widersprüche sind erlaubt. Genau deswegen wurden und werden die Piraten so oft gewählt. Die Linksfraktion schloss sich noch am Mittwoch der Initiative an. Seite 16

Gekentert im Müggelsee

Dramatische Rettungsaktion

Bei einer dramatischen Rettungsaktion auf dem Müggelsee hat die Feuerwehr am Mittwochabend sechs Menschen gerettet. Gegen 17.50 Uhr war bei starkem Wind und hohem Wellengang bei Müggelhort ein Segelboot mit drei Personen gekentert.

Als drei Männer der Freiwilligen Feuerwehr Friedrichshagen den Seglern in einem Rettungsboot zu Hilfe kamen, kenterte wegen der hohen Wellen auch das aus Aluminium bestehende Rettungsboot. Zwischenzeitlich ging auch noch der Kontakt zu den Gekenterten verloren, die bis dahin per Handy mit der Feuerwehr in Verbindung gestanden hatten.

Die Feuerwehr forderte Taucher und vorsorglich einen Notarzt an, darunter auch den Rettungshubschrauber Christoph 31. Alarmiert wurde auch der Hubschrauber der Polizei, um die Boote zu orten. Weil er jedoch wegen eines technischen Defekts am Boden bleiben musste, übernahm die Ortnung der gekenterten Boote der Rettungshubschrauber. Nach Angaben des Lagedienstes der Feuerwehr wurde der Notarzt schließlich doch nicht gebraucht. Die Gekenterten wurden mit Unterkühlungen durch Rettungswagen ins Krankenhaus Köpenick eingeliefert. (kop.)

Rechnungshof gegen Billig-Land

Präsidentin moniert Pläne der Koalition

VON ULRICH PAUL
UND THOMAS ROGALLA

Das Vorhaben der Regierungskoalition, landeseigene Grundstücke verbilligt für den Wohnungsneubau abzugeben, stößt beim Landesrechnungshof auf Ablehnung. SPD und CDU wollen mit Rabatten auf Grundstücke den Wohnungsneubau ankurbeln und so günstigere Mietpreise ermöglichen. Berlin habe aber rund 63 Milliarden Euro Schulden und müsse sich an die Schuldenbremse im Grundgesetz halten, erklärte die Präsidentin des Rechnungshofs, Marion Claßen-Beblo, auf Anfrage der Berliner Zeitung. „Vor diesem Hintergrund ist eine Abgabe unter Wert und damit ein Verzicht auf mögliche Einnahmen – auch unter Berücksichtigung der politischen Zielsetzung, preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen – grundsätzlich problematisch,“ teilte sie mit.

Indirekt unterstützt die Rechnungshofpräsidentin damit Finanzsenator Ulrich Nußbaumbach (parteilos), der sich in der vergangenen Woche kritisch über das Verfahren bei der Abgabe verbilligter Grundstücke geäußert und damit für Missfallen außer Koalitionsfraktionen vor den SPD und CDU sowie bei Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) gesorgt hatte. Die Vergabe von preisgünstigen Grundstücken an Bauträge eines der wenigen direkt wirkenden Steuerungsinstrumente über die das Land Berlin in der Mieten- und Stadtentwicklungspolitik verfügt.

Der landeseigene Liegenschaftsfonds besitzt nach eigenen Angaben zirka 250 Grundstücke, auf dem mehrgeschossigen Mietshäuser errichtet werden können. 50 Grundstücke, auf denen Platz für 1.875 Wohnungen ist, könnte er noch in diesem Jahr zu vergünstigten Preisen anbieten. Bauflächen für etwa 1.200 weitere Wohnungen sollen im nächsten Jahr offeriert werden.

Transparenz gefordert

In ihrer Stellungnahme betont Rechnungshofpräsidentin Claßen-Beblo zwar, dass es letztlich allein Sache des Parlaments sei, über die Abgabe verbilligter Grundstücke zu entscheiden. Allerdings macht sie unter Verweis auf die Landeshaushaltsordnung deutlich, welche Erwartungen sie an solche verbilligten Grundstücksvergaben hat. Erstens könne es sich dabei nur um Ausnahmen handeln. Und zweitens seien „nachvollziehbare Kriterien für die Vergabe beziehungsweise Veräußerung von Grundstücken unter Wert und für mögliche Nutzungsbindungen (...) geboten“.

Das dürfte Wasser auf die Mühlen des Finanzsenators sein, der sich nicht grundsätzlich gegen die Pläne der Koalition in dieser Frage sperrt, aber sehr deutlich auf einem transparenten

ten, nachvollziehbaren Verfahren besteht. Schließlich gehe es bei Grundstücken um Eigentum des Steuerzahlers, und das verschuldete Berlin habe nichts zu verschenken. Grundstücke seien „wie Bargeld“, hatte Nußbaum ausgeführt.

Fördertopf vorgeschlagen

Nußbaum, der im Senat für Grundstücksgeschäfte verantwortlich ist, hat sichtlich wenig Neigung, mit seiner Unterschrift Verantwortung für Rabattgeschäfte zu übernehmen, deren Voraussetzungen und Kriterien

nicht transparent und überprüfbar sind. Er schlug deshalb vor, bei den Senatsressorts, die verbilligte Grundstücke für Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung oder Kulturförderung abgeben wollen, jeweils einen Grundstücksfördertopf einzurichten. Daraus sollen die Preisnachlässe nach zuvor festgelegten, transparenten Kriterien finanziert werden. Zu den Kriterien gehört die Antwort auf die Frage, welchen Gegenwert das

Land Berlin sich von den Grundstücksgeschäften erhofft. Das Geld für den Förderfonds soll nicht aus dem normalen Haushalt der Verwaltungen kommen, sondern ihnen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Nußbaum hatte zudem angefragt, die Baugelände nicht zu verkaufen, weil nach 15 Jahren die Nutzungsbindung erlischt. Die Flächen sollten lieber in Erbpacht vergeben werden. Das wird vom Rechnungshof im Prinzip unterstützt. Eine Bestellung von Erbbaurechten habe den Vorteil, dass das Land Berlin Eigentümer der entsprechenden Liegenschaft bleibt, daraus Einnahmen erzielt werden können und langfristige Nutzungsbindungen vertraglich vereinbart werden können. Die zum Beispiel im Bereich des Wohnungsbaus wichtig sind, so die Rechnungshofpräsidentin. Es bestehe allerdings das Risiko, dass im Falle einer Insolvenz für die restliche Laufzeit die Zahlung der Erbbauszinsen ausfallen könnte und eine Aufhebung des Erbbaurechts wegen der oftmals hohen Grundschulden auf diesem Erbbaurecht nicht wirtschaftlich ist. Bei einer Insolvenz müsste das Land Berlin die Häuser dann bis zu einer Veräußerung gegebenenfalls mit hohem Aufwand selbst verwalten.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sieht durch die Äußerungen der Rechnungshofpräsidentin die Pläne für den Wohnungsbau nicht gefährdet. Rechtfähige Fragen würden selbstverständlich ernst genommen, erklärte Behördensprecherin Daniela Augenstein. „Klar ist aber auch: Politik wird im Senat und im Parlament gemacht.“ Ziel sei es, „durch ein Bündel von Maßnahmen Mietpreiserhöhungen zu dämpfen und für die Berliner günstigen Wohnraum anzubieten“. Dazu gehöre auch eine neu orientierte Liegenschaftspolitik.

„Eine Abgabe von Grundstücken unter Wert und damit ein Verzicht auf mögliche Einnahmen ist grundsätzlich problematisch.“

Marion Claßen-Beblo, Rechnungshofpräsidentin

Aufgeblüht



Etwas fürs Auge: Die „Gärten der Welt“ in Marzahn feiern ihren 25. Geburtstag. Die Jubiläumssaison steht unter dem Motto „Hingehen und Staunen“. Den Auftakt bildet das Kirschblütenfest am 15. April. Seite 22

www.kaisers.de Druckformat: 100 x 140 mm

KAISER'S

Gültig bis 31.03.2012 bei FWL 2012 B-29/11

Tafeltrauben hell, kernlos
aus Chile, Sorte: Sugaone, Kl. I, 1 kg
AKTION 2.49
1 kg € 3,00

Frischer Schweinegulasch oder Rollbraten
aus der Schulter, je 1 kg
AKTION 3.99

Frische neuseeländische Lammkeule
mit kleinem Röhrenknochen, 100 g
AKTION 1.11
1 kg € 22,67

Paprika rot
aus Spanien, Kl. II, 2-3 Stück, 500-g-Packung
AKTION 1.99
1 kg € 3,00

Hackepeter oder Gehacktes vom Schwein, je 100 g
AKTION 0.29

Lactosefrei, glutenfrei, aus reiner Fleischmahlung
Delikates Schinkenspeck
zart und mild, 100 g
AKTION 0.99
In Bedienung

Mon Chéri
315-g-Packung
20% BILLIGER
AKTION 3.99
1 kg € 22,67

Baileys Irish Cream Liqueur
17% Vol., 0,7-l-Flasche
23% BILLIGER
AKTION 9.99
1 l € 24,27

Averna Amaro Siciliano
29% Vol., 0,7-l-Flasche
25% BILLIGER
AKTION 8.99
1 l € 32,84

Berliner Pilsner
20 x 0,5-l-MW-Kasten
13% BILLIGER
AKTION 9.99
1 l € 3,00
2 kg Pack € 3,30

Rotkäppchen Sekt
verschiedene Sorten, je 0,75-l-Flasche
30% BILLIGER
AKTION 2.79
1 l € 3,22

Kaisers Tengelmann GmbH, Wissollstraße 5 - 63, 45478 Mülheim an der Ruhr

Im Schnitt ein Euro je Quadratmeter

SPD und CDU haben sich zum Ziel gesetzt, dass in dieser Legislaturperiode 30.000 neue Wohnungen in Berlin errichtet werden, um den angespannten Markt zu entlasten. Um die hohen Mieten in den Neubauten zu verringern, will der Senat landeseigene Grundstücke verbilligt abgeben.

Die Konditionen für die Vergabe landeseigener Grundstücke stehen noch nicht fest. Laut Experten schlägt sich der Grundstückspreis bei einem Neubau im Schnitt mit einem Euro je Quadratmeter auf die Miete nieder. Würde Bauland verschenkt, reduziert sich die Miete somit also nur um einen Euro.

Der Rechnungshof prüft die Haushalts- und Vermögensrechnungen des Landes Berlin sowie dessen Haushalts- und Wirtschaftsführung. Dazu gehören auch Grundstücksgeschäfte. Er kann Parlament und Verwaltung auf Grund seiner Erfahrungen beraten, um Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Platz da

Er habe den Konflikt kommen sehen, sagt Franz Schulz, Bürgermeister von Kreuzberg. Weil in Berlin die Brache mehr ist als bloß leerer Raum. Sie ist ein Ort persönlicher Freiheit. Vielleicht erklärt das, warum das Guggenheim Lab unerwünscht ist



Viele Ideen, nichts Konkretes. Das Gelände zwischen Schlesischer Straße und Spree, auf dem das Guggenheim-Labor stehen sollte. In Jedermannsland. Foto: Kai-Uwe Hehrich

VON THOMAS LOY UND WERNER VAN BEERLE

In New York hat es eine Lücke gefüllt. In der Houston Street, Lower East Side, wurde das BMW Guggenheim Lab in einem schmalen Nischen zwischen zwei Häusern errichtet. Bagger führen hin und her, und schon war es fertig. Ein grauer Karton, Leichtbauweise, entworfen von einem Architektenpaar aus Tokio. Die Gegenwehr bestand darin, dass sich im Vorfeld ein Lokaljournalist über die phrasensatte „Think-Tank-Sprache“ des Labors lustig machte. Es gab dann zwischen August und Oktober 2011 rund 100 Veranstaltungen in dem Lab-Kasten und seit der wieder weg ist, wird überlegt, was nun in die Lücke hinein soll. Eine Grünfläche oder vielleicht ein Katzenspielfeld.

Der Kasten ist per Frachtschiff über den Atlantischen Ozean nach Berlin gekommen. Und jetzt hier: tierische Aufregung. Worum geht es noch mal?

BMW, der Sponsor, hat emotional vermintes Gelände betreten am Spreeufer in Kreuzberg. Dort ist nichts vergessen, nicht die Zwangsarbeiter im Krieg, nicht die Rolle der Eigentümer-Familie Quandt im Nationalsozialismus. Dass BMW mithilfe der Guggenheim-Stiftung, die weltweit einen exzellenten Ruf genießt, Imagepflege betreiben möchte, halten Kreuzberger Aktivisten für verwerflich. Außerdem treibe das BMW Guggenheim Lab die Mieten weiter hoch. Das Lab darf nicht nach Berlin kommen, haben die Gegner beschlossen. Dabei lautet der Lab-Arbeitsstiel „Confronting comfort“: Man sucht die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem westlichen Lebensstil, mit Ressourcenverbrauch, Bequemlichkeit und Luxus. Da muss die Kreuzberger Szene etwas falsch verstanden haben. Oder nur radikal anders?

Niemand möchte da jetzt noch etwas sagen. Nachrichtensperre. Zu heikel, wenn ein Wort zu viel oder gar ein falsches fallen würde. So halten sie es bei der Guggenheim Foundation. Aus New York kommt immer nachmittags eine Mail: „We cannot comment further.“ Kein weiterer Kommentar.

Was das Lab ist und zu welchem Zweck es nach Berlin kommt, wissen die wenigsten, aber darum dreht sich die Debatte gar nicht. „Das hätte auch jemanden anders als das Lab treffen können“, sagt eine Bewohnerin aus dem Wrangelkiez. „Es war wie der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.“ Einige Initiativen im Kiez hätten sich zunächst für das Lab interessiert, seien aber umgeschwenkt, als sich der Verdacht aufdrängte, dass es gar nicht um die Probleme vor Ort geht, um Verdrängung und steigende Mieten. „Wir fühlen uns verachtet. Hier wissen viele nicht, wie sie ihre Miete im nächsten Monat zahlen können.“ Als die Lab-Initiatoren erklärten, einen anderen Standort suchen zu wollen, seien die Leute im Kiez „völlig baff“ gewesen. Zwei große Player wie Guggenheim und BMW geben sich geschlagen. Wer wagt es jetzt noch, nach Kreuzberg zu kommen?

Franz Schulz, der grüne Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, hat den Streit um das Lab kommen sehen, wie er sagt: „Natürlich war die Konfliktlandschaft bekannt.“ Die Gegner des Vorhabens auf der großen Brache mit Südblick hätten sich bei Diskussionen zur Zukunft des Wrangelkiezes bereits deutlich zu Wort gemeldet. Schulz erinnert mit schrägem Lächeln an seinen Ruf als Bürgermeister der Runden Tische. Als solcher hat er jedenfalls mitbekommen, wie aus der Idee des Labs ein Konflikt erst um den Standort, dann um das ganze Projekt geworden ist. Da ist Schulz klar geworden: Wenn das Lab ein Erfolg werden soll, müssten dessen Kritiker sich „ganz authentisch“ einbringen können.

Die Organisatoren des Lab seien dazu anfangs auch bereit gewesen, sagt Schulz. „Große Offenheit“ habe er bei ihnen festgestellt und gedacht:

Eine Generation, die Verdrängung erlebt und sich wehrt

„Das ist auf einem guten Weg.“ Dann aber, bei einem weiteren Diskussionsabend im Wrangelkiez, hätten einige Gegner des BMW-Guggenheim-Projekts die BMW-Firmengeschichte und den Umgang von BMW mit Zwangsarbeitern thematisiert. Damit sei klar gewesen, so Schulz, dass es im Streit um das Lab nicht mehr nur um die Frage „Wie leben wir in einer Stadt?“ gehen würde.

Ein anderer Aspekt der Lab-Kritik speist sich vor allem aus der Furcht vor Mieterhöhung und Gentrifizierung. Dass es in Kreuzberg einen Prozess der urbanen Veredelung gebe, bestreitet Schulz gar nicht. Das sei sogar statistisch nachweisbar, und zwar seit dem Ende der 90er Jahre. Zuerst seien einkommensstärkere und gebildete Leute in Gegenden wie dem Chamissoplatz zugezogen, dann im Graefekiez. Im Wrangelkiez laufe indes kein klassischer Gentrifizierungsprozess, sagt Schulz. Dort seien viele Türken weggezogen, doch zeige die Statistik, dass die neuen Mieter vom Einkommen her gerade den Kreuzberger Durchschnitt erreichten. Es seien Studenten und Auszubildende. Viele von ihnen könnten die hohen neuen Mieten wohl nur mithilfe ihrer Eltern bezahlen, oder sie wohnen in Wohngemeinschaften. Aus der zentralen Innenstadtlage wollen sie nicht vertrieben werden.

Schulz beschreibt die jungen Leute im Kiez als eine Generation, die „heftige Verdrängungsprozesse“ bemerkt – und dagegenhält. Indem sie „dem System etwas abtrotzt“. Der Umgang mit dem öffentlichen Raum, die ungenehmigte Techno-Party in einem Park und der Austausch über soziale Netzwerke – das verbinde große Gruppen, die auf diese Weise eine eigene politische Ausdrucksform entwickelt haben. Auch die Brache an der Schlesischen Straße ist ein öffentlicher Raum. Fremde Regeln gelten hier nicht. „Man nutzt ihn einfach und hat das Gefühl dabei, persönliche Freiheit zu gewinnen“, sagt Schulz.

Der Bürgermeister beschreibt damit etwas vom Kreuzberger Lebensgefühl. Den Zugang zum Gelände an der Schlesischen Ecke Cuvrystraße findet man leicht durch eine Lücke im Bauzaun. Das fußballfeldgroße Grundstück ist zwar von einem zwei Meter hohen Zaun umstellt, doch offenbar meint es der Besitzer nicht ernst mit der Absperrung. Was irgendwann Bauland werden soll, liegt einfach da als Wiese, als Grube, in die ein Sofa gestürzt ist. Wer hier am Spreeufer sitzen will, kann das ungehindert tun. Ein nicht mehr ganz junger Mountainbike-Fahrer verschafft auf der Brache, guckt über die Spree und stellt fest, es gebe in Kreuzberg nicht mehr viele Möglichkeiten, direkt ins Wasser zu gelangen.

Der Blick ist tatsächlich ziemlich einzigartig, während die Beine über dem Wasser baumeln und die Spree mal wieder nicht genau weiß, in welche Richtung

sie fließen soll. Gegenüber weisen die Universal-Zentrale und das N-how-Hotel in die Zukunft. Ein Frauenpaar sitzt an der Wasserkante und plaudert, die eine hält eine Flasche Clubmate, die andere trinkt Weizenbier. Von denen, die hier Pause machen, bedauert keiner, dass mit dem Lab nun nicht werden soll, was werden sollte.

Bürgermeister Schulz hält die Lab-Gegner ohnehin nicht für „Chaoten“. Wie gewaltbereit sie seien, kann man schwer sagen“, sagt Schulz in Erinnerung an seine Diskussionen: „Mit kamen die ziemlich normal vor.“ Schulz glaubt aber nicht, dass das Kreuzberger Klima Leute abschreckt, die etwas investieren wollen. Es gebe „sehr rege Investorensuche“, sagt der Bürgermeister. Das Gelände am Osthafen zum Beispiel sei „fast ausverkauft“. Dass ein Investor etwa aus Sorge um die Sicherheit seiner Mitarbeiter

nicht nach Kreuzberg gehe, dafür kenne er „kein einziges Beispiel“, sagt Schulz.

Den Ärger um ein McDonald's-Restaurant oder um das Carliot-Wohnhaus in der Reichenberger Straße erklärt Schulz anders: Das seien „Symbole des Kapitalismus“. Daher auch der Streit um die Mercedes-Investition am Spreeufer. „Der Mercedes-Stern über Kreuzberg“, sagt Schulz und muss selber grinsen bei dieser Vorstellung. Aber dass die Lab-Organisatoren nun nach Prenzlauer Berg ausweichen wollten, findet Schulz auch nicht richtig. Ihm gehe es darum, „für die Freiheit der freien Rede“ zu streiten. Und niemand, auch keine Initiative, dürfe Vorschriften über die Redefreiheit machen.

Am gestrigen Mittwoch tagte zum Thema der Innenausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus. Sondersitzung! Kurt Wansner, Kreuzberger CDU-Antipode aller linken Aktivisten, möchte eine Resolu-

tion erwirken des Inhalts, dass das Lab in Kreuzberg bleiben soll. Von „Tragödie“ spricht er. Nicht weniger sei es, wenn das Lab woandershin ziehe. Er denkt dabei an seinen eigenen jahrelangen Kampf für die „schweigende“ bürgerliche Mehrheit im Bezirk, der wieder einen Dämpfer verpasst bekomme. Wansner zitiert den Brief eines Loftbewohners, dem die Fensterscheibe zum Kinderzimmer eingeworfen wurde. Das Lab könne ein Signal an diese Bewohner sein, dass sie nicht aus Kreuzberg wegziehen müssten.

Beauftragt haben das Sondertreffen allerdings die Piraten. Sie wollen herausfinden, warum sich die Lab-Organisatoren zurückgezogen haben. Vielleicht wegen der „kulturellen Unterschiede“, marraucht Pirat Christopher Lauer. Vielleicht wurden New Yorker unter „Sachbeschädigung“ keine berittypischen Farbbeutelwürfe vermuten, sondern „brennende Tanklaster“. Die amtierende Polizeipräsidentin Margarete Koppers kann ihn beruhigen. Die Amerikaner seien bei den Beratungen über die Sicherheitslage gar nicht dabei gewesen. Nur BMW und die Veranstalter vor Ort hätten mit der Polizei gesprochen und erfahren, dass mit Besetzungen des Geländes und mit Beschädigungen auf der Baustelle zu rechnen sei.

Aber BMW will es auch nicht gewesen sein. Thomas Girst von der BMW-Kulturabteilung sagt, „wir haben nicht mitentschieden, den Standort Kreuzberg aufzugeben, aber die Entscheidung unterstützt“. Daraufhin sagt Margarete Koppers, die Polizei habe „zu keinem Zeitpunkt empfohlen“, das Lab besser nicht nach Berlin zu holen. Da ist die Verwirrung komplett.

Also doch nur ein Streit um den Standort? Richtige Idee, aber nicht bei uns? Das bestätigt David Kaufmann, der Sprecher des Anti-Lab-Bündnisses in Kreuzberg, indirekt. Das Lab könne am Pfefferberg wahrscheinlich „ungestört“ arbeiten als in Kreuzberg, wo die „Mediaspree“-Debatte um die Ufergrundstücke immer noch akut ist, sagte er. Für das betroffene Grundstück an der Spree wünschen sich die Anwohner einen „Nachbarschaftsgarten“. Ganz wie in New York.

„Berliner Frauen lieben ihre Polster.“

Désirée Nick, Schauspielerin und Autorin

NUR NOCH BIS 31.03.2012!

ECHTE 15%*
auf fast alles.

0%**
FINANZIERUNG
Laufzeit bis zu 36 Monate

Möbel Hübner Einrichtungshaus GmbH
Guthrieplatz 41, Nähe Potsdamer Platz | 10785 Berlin
Öffnungszeiten: Mo - Fr 10-19 Uhr | Sa 10-18 Uhr
Tel. 030/254 05-0 | www.moebel-huebner.de

Möbel Hübner
Ich soll Sie schön grüßen.

Feuilleton



Schau mir in die Augen, Investor!

Foto: Andreas Pott

Wenn noch mal jemand Gentry sagt

Wenn es losgeht, das Wort, klingt es noch ganz elegant und englisch, wenn es losgeht, klingt es, als könnte noch so etwas wie „Gentleman“ daraus werden. Aber was dann folgt, ist ein Haufen langgezogener hihs, drei Silben sollter Ekel und Verachtung. Und am Ende scheppert, wie eine Tür, die ins Schloss fällt, das deutsche Bürokrattensuffix „-ung“.

Das Schlimme an dem Wort ist, dass es offenbar keine Alternative dazu gibt. Das Schlimme ist, dass das für die Sache ebenfalls gilt.

Gemessen daran, dass es so ein Ärgernis ist, fällt das Wort in letzter Zeit aber ziemlich häufig. „Tchias, BMW-Gentrifizierungs-Lab“ steht am Dienstag auf der Website Kreuzberger Gentrifizierungskritiker. Nur zum Beispiel.

Baubrache an der Spree abstellen wollen. Es sollte über die Zukunft der Stadt geredet werden. Das hat es in New York gegeben, das sollte es später in Asien geben, das wird es in Kreuzberg nun nicht geben. Warum wollen eigentlich alle immer dahin, wo es „spannend“ ist, wenn das doch nur heißt, dass es eben Spannungen gibt? Kreuzberger Gentrifizierungsgegner wollen keine Medienbauten an der Spree und haben den Guggenheim-Leuten ausreichend Angst gemacht. Jetzt freuen sie sich. Aber worüber? Dass die Brüche demnächst dann eben mit Eigentumswohnungen bebaut wird, ohne dass vorher dort noch mal breit über das G-Wort debattiert werden kann?

Wenn noch mal einer mit dieser Gentrif- anfängt, sollte man ihm den Schein vom Latte macchiato pusten, bevor er mit der -ifizierung fertig ist. Denn im Kern geht es ums Kaffeetrinken. Der Grad der Gentrifizierung bemisst sich an der Qualität der Bohnen und der Schaumigkeit der Milch. Jedes Mal wenn da, wo Filterkaffee war, die Schaummaschinen tauchen, ist der Mietspiegel gestiegen. Latte macchiato (in den Kreuzbergen von Hamburg auch: Galia) ist das Feindgetränk der Gentrifizierungsgegner. Aber Filterkaffeetrinken ist unter diesen Umständen irgendwann wie Mittelalterrestaurants besuchen. Die Moderne kriegt man nicht in die Tube zurück.

Am Donnerstagabend macht die Sonne in den Straßen von Kreuzberg allerdings, dass die Gläser mit dem Latte macchiato im Gegenlicht aussehen wie frisch gegebene Biere. Alle sitzen draußen, denn der Maßstab urbaner Lebensqualität ist die Möglichkeit des gemeinsamen Draußensitzens. Man könnte es an einem solchen Tag nicht mal einem Millionär verdenken, wenn er auch hier sitzen wollte. Und wer weiß schon, wie viele hier bereits sitzen, mit Kapuzenpullis als Kreuzberger verkleidet.

Ausgerechnet BMW soll der Motor der Gentrifizierung sein? Wer auch nur einmal in Kreuzberg war, wird wissen: Viel eher ist es der Motor der von den Gentrifizierungskritikern als potentielle Gentrifizierungsopfer unter Milieuschutz Gestellten. Generell kann man sich in Kreuzberg eigentlich nicht willkomm-

Guggenheim lässt sich aus Kreuzberg vergraulen, die BMWs cruisen weiter: Aus Angst vor Aufwertung und Vertreibung wird der Ton in den Städten rauher. Jagdszenen aus Berlin. Denn anderswo ist es jetzt schon zu teuer

mener fühlen als in einem BMW, hier stößt man bei wesentlichen Teilen der Bevölkerung auf einen Respekt und eine Sachkenntnis, die proportional zur Größe von Hubraum und Felgen noch wachsen. Probleme hatte mal ein Kollege, der im SL vorfuhr. „Nimm die Schlüssel weg, sonst pinkel ich dir rein“, hieß es da. Aber einen BMW kann man offen stehen lassen. Es ist die sozial durchlässigere Marke. BMW-Fahrer werden markensoziologisch gern als „Social Overtaker“ eingetütet. Dazu gehören in Kreuzberg aber nicht nur Migranten, die was wollen vom Leben, dazu zählt auch Ute, die ihr dunkelblaues Dreier-Cabrio vor einer Bar mit dem Namen „Molotow Cocktail“-parkt. Ute: In Kreuzberg geboren, aufgewachsen und mit Nachdruck zu Hause, unter dem Künstlernamen „Tutu“ Malerei im Stil von Keith Haring, das soll ich in der Zeitung erwähnen, was, bis ist hiermit geschehen, sie will „reich und berühmt werden“. „Tutu“ sagt auch: Mist, dass die Mieten steigen. Mist, das mit der Verdrängung. Mist, dass die Großen die Kleinen fressen. „Zum Beispiel der ‚Hasar‘.“ Starbucks wäre gentrifizierungstheoretisch praktischer. Es ist aber „Hasar“. Dass das nun ausgerechnet ein türkisches Lokal sein muss, das sich hier einen Laden nach dem anderen einverleibt, bringt das ganze schöne Narrativ ins Rumpeln.



Latte macchiato heißt nicht ohne Grund mit Nachnamen „To go“



Die Brüche, auf der das BMW-Guggenheim-Lab stehen sollte

Mit dem Kampf um die Stadt haben Linke und Linksrätkale endlich wieder ein Thema, das wirklich auf den Leuten drückt. Die Mieten sind tatsächlich im Schnitt um zwanzig Prozent gestiegen zuletzt. Die Tricks, mit denen Häuser entmietet werden, um sie rentabler zu machen, werden tatsächlich angewandt. Selbst für mittlere Einkommen wird es schwer, sich in den zentralen Lagen mit den Altbauten, den kurzen Wegen und den Straßencafés zu halten. Wo heute eigentlich Krankenschwestern wohnen oder Polizisten, fragt schon lieber keiner mehr. Wenn dann lustige Leitartikel mit der Behauptung, „Veränderung“ sei doch das Wesen der Stadt und die Leidenschaft der Linken, sogar noch begeisterte Zustimmung zur eigenen Abschiebung einfordern. Dann wird eine gewisse Empörung nachvollziehbar. Dann taucht tatsächlich Friedrich Engels am Horizont

wieder auf und die These, dass die „Wohnungsfrage“ der Schlüssel zur sozialen Revolte ist...

Aber kann sich Gentrifizierungskritik noch als links und emanzipatorisch betrachten, wenn sie sich zwangsläufig auch gegen wirtschaftlich ambitionierte Türken richten muss? Muss sich Gentrifizierungskritik nicht per Definition gegen Migranten richten? Oder schlicht: gegen die anderen?

Die Verdrängung von deutschen Ureinwohnern lässt sich nur Not immer als Akt des Antifaschismus rechtfertigen. Mit jeder altheutischen Eckkneipe verschwindet ein Stammtisch mit seinem Parolen. Aber was ist mit Claude, dem elfenhaften Sänger aus Kanada, den wir in dieser Zeitung vor einiger Zeit vorgestellt hatten? Der wird in den Graefekiez an der Grenze zu Neukölln erst zurückziehen, wenn die Gentrifizierung da wesentlich weiter ist, den haben homophobe arabische Jugendgangs erst einmal mit Eisenstangen von dort wieder vertrieben. Ist das dann die Art von „Milieuschutz“, die aus taktischen Gründen selbst den Stammpfennig konserviert, wenn der die Wohnlage abwertet und die Mieten unten hält? Und lebte es sich in der Neuköllner Westerstraße wirklich besser, als die noch für die hohe Wahrscheinlichkeit von Überfällen berüchtigt war statt wie heute für krakeelende Spanier?

Touristenfeindlichkeit ist die Ausländerfeindlichkeit der gebildeten Stände, ausgerechnet die Spanier trifft die Abteufung derer, die ein paar Jahre vorher nach Berlin gezogen sind, angeblich um sich heftigsten. Und das nachdem sich jahrzehntelang Hekatomben von deutschen Erasmusstudenten bis zum Morgengrauen durch die Alstadtgassen von Barcelona und Madrid gefeiert haben. Tatsächlich befinden sich dank EU, kultureller Öffnung und Easy Jet zurzeit so viele Spanier auf deutschem Boden wie seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr. Etliche davon sehen auch noch genauso aus. Eine Marketerlerin in zerrissenem Linnen steht am Freitagmorgen für dem Kunsthaus Tacheles, wo seit zwanzig Jahren Hausbesitzer Souvenirs für Berlin-Touristen basteln, und ruft: „¿Quieres comida?“ Und ein bärtiger Landsknecht lässt aus

dem Fenster ein Seil zum Hochhollen herunter.

Man kann die Spanier verstehen: Berlin ist ihnen nicht nur ein Ibiza, eine Partyinsel und ein Hippieparadies, es ist auch ein Abenteuerplatz. Am Abend zuvor hatte der Eigner der Kunststätte einen privaten Sicherheitsdienst alle aus dem Haus tragen lassen, die keinen Mietvertrag haben. Jetzt stehen sich da an der Tür dicke Männer mit sehr wenig Haaren und dünne Männer mit sehr verfilzten Haaren gegenüber und verstehen sich nicht, denn die Securityleute berlinern, die Demonstranten sprechen Spanisch, und der Vereinsvorstand vom Tacheles klingt wie ein Karl Moik der Alternativkultur: Wer ein Tacheles habe, österreichert er, der bräuche kein BMW. Guggenheim-Lab, um über die Zukunft der Stadt „nachzudenken“.

In gewisser Weise stimmt das so gar.

Die einzige Relevanz, die das Kunsthaus Tacheles heute noch hat, besteht darin, Bauprojekte zu blockieren, für deren Nichtzustandekommen man dankbar sein darf. Aus Kreuzberger Sicht setzt auch das, was an der Spree bisher so hingehängt wurde, die radikalen Kritiker jeder kommerzieller Sprechbauung zumindest ästhetisch ins Recht. Ihre Argumente mögen politisch fragwürdig sein, utilitaristisch betrachtet haben sie etwas für sich: Die Bockigkeit hält immerhin Räume frei, sicher nicht für immer, aber vielleicht bis etwas Besseres denkbar ist als der deprimierende Krempel, der da bisher abgeleitet wurde, sei es das ein Gewerbegebiet irgendwo hinter Marzahn (die das dort im Übrigen auch nicht verdient hätten).

Das wird die Sache hinter dem G-Wort nicht aufhalten. Immobilienhändler können einem immerhin sagen, wann sie angefangen hat mit der Fußball-WM 2006. Seitdem stürzt sich Kapital aus dem Ausland auf den deutschen Wohnungsmarkt. Seitdem wird in Berlin fast jede Wohnung, die frei wird, zur Ferienwohnung gemacht. Seitdem ist die deutsche Hauptstadt dem Ziel, ein bisschen mehr wie London, Rom, Paris oder New York zu werden, wieder ein klitzekleines Stück nähergekommen. Und das wollen doch immer alle.

PETER RICHTER

Heilige Helikopter

Der Papst im Anflug auf León in Mexiko

Seit den frühen Morgenstunden herrscht Ausnahmezustand in León. Tausende Jugendliche sammeln sich am Straßenrand, Militärhubschrauber kreuzen am wolkenfreien Himmel über der Sierra Madre, Papstgespäche aus jeder Spielunke, Papstgerummel von jeder Parkbank, sogar in den düstersten, verlassensten Ecken der Stadt: Papst, Papa, Papst, Papst im Radio, Papst in den Zeitungen, Papst in den Mündern der Schulputzer und Apotheker. Ganz León trägt Weiß und Gold heute, die Flagge des Vatikans, jeder noch so abgelegene Winkel schmückt sich mit den Insignien, es scheint wirklich so: Die vergessene, sogar vom Narco-Krieg übersehene Stadt León, das einstige Zentrum des Schuh- und Lederhandels – heute ist sie der Mittelpunkt der Welt.

León, Hochland, ein verschlafenes, vergessenes Städtchen in der Sierra Madre, wo die Alten noch mit Sombrero im Schatten hocken und die Mädchen in knallbunten chinesischer Couture an ihren Kunstnägel knabbern und ihre iPhones besprechen. Aber etwas stört die Ruhe, langsam lautet das an: Da steht ein Mann mit Mikrofon auf dem Stadtplatz, da kehrt ein ganzes Heer von Straßenkehrern um den verlorenen Garten im Zentrum. Aus jedem Geschäft, im Radio, von jeder Haltestelle hallt es dir entgegen: Der Papst kommt.

León, die übersehene Großstadt in der Sierra. Aber dort, in der Ruhe der Provinz, hört man auch die Gegenstimmen, selten zwar, aber wenn, dann laut, unüberhörbar: „So viel Aufhebens wegen einer Person“, „Ich würd' ihm zwar die Hand geben, aber sie nicht küssen“, und dann, an einem Taxistand: „Sollen sie ihm doch eine Granate raufwerfen!“

Das Zentrum von León ist allerdings fest in den Händen der Papst-Fans. Seit den frühen Morgenstunden stehen die Jungs und Mädchen der Kirchenjugend am Rand des Boulevards López Mateos, weißes T-Shirt, weißes Cap, und begründen jedes Auto mit Pfifen und Jubel. Die Autos grüßen zurück, es ist ein permanenter Autokorso an der Einfallstraße nach León. Frauen lehnen sich aus den Dachluken, alle Glocken läuten zugleich, Fahnen werden geschwenkt, es scheint in all der Euphorie, als hätte der Vatikan die Weltmeisterschaft gewonnen, dann wieder führt es sich an wie bei einem Erdbeben, dann als hätte Usama bin Ladin gerade mit den Besten zusammen den Weltfrieden ausgerufen. Militärhubschrauber kreisen über dem Zentrum. Aber man sieht noch nichts, es scheint so absurd, eine Euphorie, so ganz und gar nicht aus dieser Welt...

Dann kommt das Flugzeug runter, die 77 des Papstes. Er ist es, da erkenne ich sich, aus allen Ecken erklingen jetzt die Sprechchöre, aus den Seitenstraßen ein nicht endender Zuström von Menschen. Dann kommt ein Plakat: „Keine weltliche Regierung...“, lese ich gerade noch, und dann werden sie zu Boden gerungen, der Einbeizer springt auf die Straße: „Benedicto - Mexico liebt dich!“, schreien alle auf die leere Straße. Mir vergeht es. Na, ist das schön, denk' ich mir auf einmal, wie ihr da alle mitsingt, so viel Einheitsgefühl! Ich gehöre da wohl nicht dazu.

Dann fliegen noch mehr Helikopter über diese unschuldige Stadt, dann kommt ein Korso, und in Sekundenschnelle rast er vorüber und hinweg und hat von alledem sicher nichts mitbekommen. Vielleicht habe ich mir diesen Bruch auch nur eingebildet, vielleicht war alles so, wie es hätte sein sollen. Die Menschen von León waren heute glücklich. Es war ihr großer Tag. Und da sollen die Welt und ihre Politik nicht stören. Amen

GIRL
Was taugt denn nun das neue Album von Madonna?, Seite 30

GONE
Französische Zustände – eine Nation nach den Attentaten von Toulouse, Seite 27

GOLD
Eine Wiener Ausstellung zeigt massenhaft Kunstwerke aus Edelmetall, Seite 29

Premieren	24
M. Reich-Ramcki	26
Nachts Währheiten	29
Pro & Contra	30
Pernschon	32

Berlin

NACHRICHTEN

50-Jähriger in S-Bahn mit dem Messer angegriffen

Erneut ist es im öffentlichen Nahverkehr zu einem gewalttätigen Angriff gekommen. Ein 50-Jähriger aus Kaulsdorf wurde am späten Donnerstagabend während der Fahrt zwischen den S-Bahnhöfen Nöldnerplatz und Lichtenberg von einem Unbekannten ins Gesicht geschlagen und mit einem Messer in den linken Arm gestochen, teilte die Bundespolizei am Freitag mit. Anschließend trat der Angreifer dem auf dem Boden liegenden Mann mehrfach gegen den Kopf und flüchtete in Begleitung einer Frau. Zuvor hatte das Opfer versucht, einen Streit zwischen dem Tatverdächtigen und anderen Reisenden zu schlichten. Augenzeugen beschrieben den Täter als Ende 20 und 1,90 Meter groß, mit einem braunen Zopf. Er habe eine braune Lederjacke mit Kapuze getragen. (dpa)

Vorstand der Kassenärzte klagt gegen Senat

Die Kassenärztliche Vereinigung will gerichtlich gegen einen Bescheid der Senatsgesundheitsverwaltung vorgehen, in dem der dreiköpfige Vorstand der KV aufgefordert wird, Übergangsgelder von 549 000 Euro zu erstatten. Nach Auffassung der Verwaltung war die Auszahlung unzulässig, da sie an die Voraussetzung geknüpft war, dass der Vorstand aus dem Amt scheidet und wieder vollberuflich in der Praxis arbeitet. Dagegen beruft sich die KV auf ein Gutachten, demzufolge keine Rechtsverstöße vorliegen. Gleichwohl werde weiterhin nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht. hieB es. (tt.)

Motorboot brannte: Ehepaar schwer verletzt

Nur noch ein verkohltes Gerippe blieb von dem Motorboot, das am Freitag auf der Havel im Norden Berlins plötzlich in Brand geriet, und bei dem es zu einer Explosion kam (Bild unten). Das Ehepaar, das sich bei dem Unglück an Bord befand, erlitt schwere Verbrennungen und eine Rauchgasvergiftung. Für den 73 Jahre alten Bootbesitzer und seine 68-jährige Frau soll aber keine Lebensgefahr bestehen, teilte die Polizei mit. Das Feuer war gegen 13 Uhr ausgebrochen. Nach ersten Ermittlungen erfasste es auch einige Gasflaschen. Das Ehepaar konnte sich auf die Autofähre retten, die zwischen Tegelort und Konradshöhe verkehrt. (pn/dpa)



So wie in New York 2011 sollte das BMW Guggenheim Lab auch in Berlin in einer Freiluftkonstruktion zu Diskussionen über die Stadtentwicklung einladen.

„Es gibt viele Gründe für den Protest“

Der Soziologe Andrej Holm über das Aufbegehren in Kreuzberg und die Absage des BMW Guggenheim Labs

Die Diskussion um die Absage des BMW Guggenheim Labs in Kreuzberg geht weiter. Der Stadtsoziologe Andrej Holm von der Humboldt-Universität kritisiert, die Organisatoren der temporären Forschungshalle hätten sich nicht genügend mit den lokalen Voraussetzungen auseinandergesetzt.

Herr Holm, die Kreuzberger Szene freut sich darüber, das geplante Guggenheim-Lab am Spreewerfer verhindert zu haben, das für ein paar Wochen als Diskussionsforum über die Zukunft der Stadt dienen sollte. Können Sie die Freude verstehen?

Was man verstehen kann, ist, dass sich die verschiedenen Gruppen, die gegen das Lab protestiert haben, über ihren Erfolg freuen. Das ist ja in sozialen Bewegungen eher ein seltener Zustand, dass man gegen etwas protestiert und Erfolg hat.

Die Kreuzberger Initiativen haben kritisiert, dass das Guggenheim-Lab ein Beitrag zur Aufwertung des Stadtteils ist. Meinen Sie, dass das Lab zur Verdrängung alteingesessener Anwohner beitragen würde?

Nicht in der unmittelbaren Folge. In komplexen Stadtentwicklungsprozessen kann man sowieso nicht sagen, welchen Effekt ein konkretes Ereignis hat. Worauf die Kritiker des Labs hingewiesen haben, ist, dass das Kulturereignis, das Spektakel, natürlich zu einer erhöhten Auf-

Opposition will Henkel befragen

Die Absage des Guggenheim-Projekts soll auch das Abgeordnetenhaus beschäftigen. Grüne, Linke und Piraten haben für kommenden Mittwoch eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt. Sie möchten, dass Innensenator Frank Henkel (CDU) und Polizeipräsidentin Margarete Koppers ein paar Fragen beantworten.

Pirat Christopher Lauer sagte: „Wir wollen wissen, zu welcher Gefahreneinschätzung die Polizei genau gekommen ist.“ Guggenheim hatte seine Entscheidung mit der Sicherheitsanalyse der Polizei begründet. Diese hatte vor Sachbeschädigungen gewarnt und Guggenheim einen nachträglichen Wechselschutz empfohlen.

Der Senat bemüht sich, einen neuen Standort für das mobile Gebäude zu finden, in dem etwa zwei Monate lang Veranstaltungen stattfinden sollen wie Diskussionen über das Thema Stadtentwicklung. Aus den Bezirken seien Alternativangebote eingegangen, hatte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit am Donnerstag gesagt.

merksamkeit und zu einem positiven Image des Kreuzberger Stadtteils beigetragen hätte. Solche Prozesse haben in den vergangenen Jahren auch zu einer immobilienwirtschaftlichen Attraktivitätssteigerung beigetragen. Ich habe die Initiativen gegen das Lab so interpretiert, dass sie diesen Mechanismus durchbrechen wollten.

Aber eigentlich sollte doch nur diskutiert werden – über Fragen wie Verdrängung, Aufwertung, Gentrifizierung, also über Fragen, die im Interesse der Initiativen sein müssten?

Es kommt wahrscheinlich immer auf das Forum an, in dem das geplant ist. In der Vorbereitungsveranstaltung zum Lab sind die Positionen hart aufeinander getroffen – und da ist schnell deutlich geworden, dass die Kreuzberger Initiativen sagen, sie brauchen kein Lab aus New York, um über Gentrifizierung und Verdrängung zu diskutieren, weil das Diskussionen sind, die

sowieso die ganze Zeit stattfinden. Da ist eine vielleicht wohlmeinende Initiative von außen gekommen, die sich offenbar nicht genügend mit den lokalen Voraussetzungen beschäftigt hat.

Ist das nicht ein erschreckender Akt der Intoleranz, wenn man die Diskussion verhindert, nur weil sie von jemandem geführt werden soll, der von außen kommt?

Ich bin mir nicht ganz sicher, wer, wie, was verhindert hat. Es soll Aufrufe gegeben haben, in denen es hieß, das Lab soll verhindert werden. Aber es deutet auch einiges darauf hin, dass die Absage eine Überreaktion der Veranstalter war.

Lässt sich denn die Aufwertung in Kreuzberg mit Protesten verhindern?

Wir erleben in Kreuzberg den Versuch, sich mächtigen Trends entgegenzustellen. Das Ende ist offen. Es wird davon abhängen, ob es den Initiativen und Stadtteilgruppen ge-

lingt, breitere gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden. Es ist aber durchaus denkbar, dass wir nochmal einen stadtpolitischen Trendwechsel bekommen und tatsächlich Gesetze und Verordnungen erlassen werden, die die Mieter unter stärkeren Schutz stellen.

Was ist in Kreuzberg anders als in anderen Stadtteilen Berlins? Warum ist der Protest dort besonders groß?

Aus zwei Gründen. Erstens war es in den 90er-Jahren für Haushalte mit niedrigem Einkommen immer möglich, bei den Sanierungen in Prenzlauer Berg und Friedrichshain einfach ein Viertel weiterzuziehen, wenn die Mieten gestiegen sind. Diese Möglichkeiten haben wir im Moment in den Innenstadtbereichen nicht mehr. Wer jetzt aus Kreuzberg auszieht, muss überlegen, wo er außerhalb der Innenstadt wohnen will. Die zweite Besonderheit ist, dass wir in Kreuzberg seit den 1980er-Jahren ein starkes Protestmilieu haben.

Gibt es Gründe für den Protest?

Die Kreuzberger haben viele Gründe. Sie haben die höchsten Mietanstiege bei den Neuvermietungen, gleichzeitig ist Kreuzberg noch immer einer der ärmsten Stadtteile Berlins.

Sollte das Lab an einem anderen Ort in Berlin errichtet werden?

In Berlin gibt es einen dringenden Bedarf, um über bessere Lösungen für die Stadtentwicklung zu diskutieren. Die Frage ist, wie man so eine Diskussion mit lokalen Akteuren führen kann. Das Gespräch führte Ulrich Paul.



Andrej Holm, Soziologe an der HU

SERVICE

VERKEHR

S-Bahn: S 41, S 42, S 45, S 46, S 8, S 9: Bis 26. März, 1.30 Uhr: S 41 fährt nicht Treptower Park – Neukölln; S 42 fährt nicht Neukölln – Treptower Park; S 45 fährt verlängert Flughafen Schönefeld – Südkreuz; S 46 zusätzliche Züge im Nachtverkehr; Grünau – Neukölln; S 8 fährt nicht Schöne-weide – Greifswalder Str.; S 9 fährt nicht Flughafen Schönefeld – Pankow.

Regionalkverkehr: RE 1, RE 7, RB 21: Bis 6. Dezember 2012 jeweils ganztägig Streckensper- rung Berlin-Wannsee – Berlin-Charlottenburg.

RE 1: Bis 26. März, 4 Uhr: Zugausfall zwischen Berlin-Charlottenburg und Erkner; Ersatz durch S-Bahnen und Busse.
RE 2: Bis 26. März, 4 Uhr: Zugausfall zwischen Berlin-Ostbahnhof und Berlin-Lichtenberg.

Tram M5 und 18: Aufgrund von Bauarbeiten der BVG ist die Linie 18 zwischen Landsberger Allee/Blumberger Damm und Allee der Kosmonauten/Rhinstraße unterbrochen. Ersatzverkehr mit Bussen zwischen Jan-Petersen-Straße und Allee der Kosmonauten/Rhinstraße bzw. Weiterfahrt bis S+U Lichtenberg mit Tram 37.
Die Linie M5 wird zwischen Allee der Kosmonauten/Rhinstraße und Bürgerpark Marzahn über Rhinstraße und Landsberger Allee umgeleitet. Zwischen Allee der Kosmonauten/Rhinstraße und Freizeitforum Marzahn Ersatzverkehr mit Bussen (bis voraussichtlich 14.05.2012).

Straßen: Invalidenstraße/Chausseest. (Mitte): ab 20 Uhr wird die Chausseestrasse gesperrt. In Fahrtrichtung Torstraße und der Verkehr über die Habersaatstraße und Invalidenstraße geführt. In Richtung Nordbahnhof über die Zinowitzer Straße. Ein Abbiegen von der Torstraße und Hannoverische Straße in die Chausseestrasse ist nicht möglich. Familie M6 ist unterbrochen (bis 26.03.2012 ca. 5 Uhr).
Landsberger Allee (Marzahn) an der Kreuzung Allee der Kosmonauten/Rajou-Wallenberg-Straße Glasbauarbeiten, geänderte Verkehrsführung mit Fahrstreifenverschiebung. Das Linksabbiegen von der Allee der Kosmonauten in die Landsberger Allee ist nicht möglich (bis voraussichtlich 20.04.2012).

Aktuelle Stauwarnungen im Internet: www.vnz-info.de

KENO-ZAHLEN

2, 5, 10, 12, 20, 21, 22, 23, 28, 30, 34, 35, 36, 47, 49, 50, 60, 64, 67, 68

plus 5-Gewinnzahl: 81 89 6

Alle Angaben ohne Gewähr!

NOTRUF

- Polizei: 110
- Feuerwehr: 112
- einheitliche Behördennummer: 115
- Bürgertelefon der Polizei: 46 64 46 64
- Kassenärztl. Bereitschaftsdienst: 31 00 31
- Zahnärztl. Notdienst: 89 00 43 33
- Tierärztl. Notdienst: 83 22 90 60 und 83 22 90 58
- Difftnotruf: 192 40
- Apothekennotdienst: 0800-002 28 33
- Telefon-Auskunft: 118 33
- Telefonseelsorge: 0800-111 01 11 und 0800-111 02 22 (kirchlich)
- Kindernotdienst: 61 00 61
- Jugendnotdienst: 61 00 62
- Berliner Krisendienst: 390 63 10 (20, 30 bis 90)
- Krisen- und Beratungszentrum für vergewaltigte Frauen: 216 88 88
- Opfer-Hilfe: 395 28 67
- Aids-Hilfe: 194 11
- Schwulen-Hilfe: 194 46
- Drogennotruf: 192 37
- Anonyme Alkoholiker: 192 95
- Schuldnerberatung: 0160-575 02 50
- Bahnauskunft: 0800-157 090 (kostenlos)
- Straßenbeleuchtung: 0800-110 25 10 (kostenlos)
- Vattenfall-Notruf: 0180-211 25 25
- Gasag-Notruf: 78 72 72
- Wasserbetriebe-Notruf: 0800-292 75 87

WIR GRATULIEREN

Am 24. März wird in Lichtenberg, Gerhard Rasehorn 85 Jahre alt und am 25. März werden in Hohenschönhausen Rosa Friebe 89 Jahre und Lieselott Ogrissek 87 Jahre alt. Diese Angaben beruhen auf Informationen von Bezirksämtern bzw. Seniorenheimen.

LESERREISEN

Information und Buchung

030-23 27 66 33

www.berliner-zeitung.de/leserreisen

Rosentage in Baden bei Wien

07.06. – 10.06.2012
21.06. – 24.06.2012

€ 349,-
p. P. im Doppelzimmer

- IM PREIS ENTHALTENE LEISTUNGEN:
- Flug mit Air Berlin ab/bis Berlin nach Wien
 - Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
 - Stadtundfahrt Wien
 - 3 ÜF im 4-Sterne-Hotel Herzoghof
 - 1x Rosen-Cocktail
 - 1x Rundgang durch das Rosarium
 - 1x Glas Sekt im Grand Casino Baden
 - 1x Wienerwald-Wanderung
 - 1x Eintritt im Thernalschwembad oder
 - 1x Eintritt im Badener Strandbad
 - 1x Abschiedsgeschenk zum Thema Rosen

ZUSÄTZLICHE KOSTEN p. P.:

- EZ-Zuschlag: € 60,-



4-tägige Flugreise in die Biedermeierstadt im Wienerwald

Genießen Sie die Gastfreundschaft der Kurstadt Baden bei Wien und lassen Sie sich von den festlichen Aktivitäten der Badener Rosentage verzaubern! Sie fliegen nach Wien und unternehmen eine Stadtrundfahrt. In Baden werden Sie mit einem Roschcocktail im Hotel Herzoghof empfangen. Das Hotel liegt gegenüber des Kurparks und des Grand Casinos und ist berühmt für seinen einzigartigen Jugendstil-Frühstücksraum. Am nächsten Tag werden Sie durch das Badener Rosarium, dem größten Rosengarten Österreichs, geführt. Im Anschluss können Sie sich in der Badener Therme oder im Strandbad erholen. Am 3. Tag gibt es die Möglichkeit, wandern im Wienerwald zu erkunden. Rückflug nach Berlin am Nachmittag des 4. Tages. Der Duft der Badener Rosen wird Sie nach Berlin begleiten!



Reise-Nr. 6220

Information und Buchung: Telefonisch unter (030) 23 27 66 33 oder im Kundencenter der Berliner Zeitung am Alexanderplatz, Karl-Liebknecht-Straße 29 oder unter www.berliner-zeitung.de/leserreisen
Reisevermittler: Berliner Zeitung; Reiseveranstalter (i.S.d. Gesetzes): Mondial Reisen GmbH & Co. KG Wien

Berliner Zeitung
BERLINS GRÖSSTE ABONNEMENT-ZEITUNG

Berlin

Das Ende einer Vorzeigesiedlung

Zur Internationalen Bauausstellung 1987 wurden Wohnungen für junge Familien in der Innenstadt gebaut. Jetzt werden sie abgerissen

VON ANDREA BEYERLEIN

Bei Gisela Ackermann auf dem Sofa stellt sich das klassische Reihenhausesgefühl ein. Mit 30 Quadratmetern ist der helle Wohnbereich großzügig geschnitten. Durch die Fensterfront blickt man auf die noch einmal so große Terrasse, auf der Topfpflanzen auf den Frühling warten. Eingang und Küche sind etwas enger. Über die offene, schmale Treppe geht es ins Obergeschoss. Zwei kleine Kinderzimmer, Schlafzimmer, Bad. Aber es ist kein Haus. Es ist eine Wohnung in der dritten und vierten Etage, in der die Ackermanns seit 28 Jahren leben. Mitten in der City-West am Lützowplatz – für gut 800 Euro warm. Noch. Die zur Internationalen Bauausstellung 1984 im sozialen Wohnungsbau entstandene, eigenwillige Siedlung für einst 250 Menschen soll abgerissen werden. Auf dem bis 2001 landeseigenen Grundstück soll ein Hotel- und Gewerkekomplex entstehen.

„Das war die Idee: Innerstädtisch Reihenhäuser stapeln“, sagt Gisela Ackermann. Mit Mann und zwei kleinen Kindern gehörte sie damals zu den ersten Mietern in dem neuen Quartier zwischen Wichmann-

straße und Lützowufer. Jetzt gehört sie zu den vier letzten.

Der damals CDU-geführte Senat verfolgte für die IBA das Ziel, das West-Berliner Zentrum wieder als Wohnstandort zurück zu gewinnen, vor allem für junge Familien. Schwerpunkt war die später bundesweit als beispielhaft gefeierte, sogenannte behutsame Stadterneuerung: der Erhalt der Altbau-Quartiere etwa in Kreuzberg unter Einbeziehung der angestammten Mieter.

Aber es gab auch IBA-Neubauprojekte, etwa in der südlichen Friedrichstadt oder im Tiergartenviertel. Dazu gehörte die Anlage am Lützowplatz, mit 84 bezahlbaren Maisonette-Wohnungen, alle mit großzügiger Terrasse, einer Raumhöhe von teils drei Metern und Blick in den grünen Innenhof mit Spielplatz. Entworfen hatte sie der renommierte, 2007 verstorbene Architekt Oswald Mathias Ungers.

Verändert hat sich seit den 80er-Jahren am Lützowplatz vor allem die Nachbarschaft. Gegenüber steht jetzt der Glaspalast der Beratungsgesellschaft KPMG, gleich nebenan die vor zwölf Jahren bezogene futuristische Parteilzentrale der CDU. Etwa in dieser Zeit, 1998, ersteigerte



Gisela Ackermann wäre gern in ihrer Wohnung mit Terrasse geblieben.

die Dibag Industriebau GmbH des Münchner Immobilienunternehmens Alfons Doblinger nach der Insolvenz des Vorbesitzers die Ungers-Bauten. Im Mai 2001 kaufte Doblinger vom Land das zunächst nur per Erbbaurecht überlassene Grundstück. Der Preis für die gut 7 000 Quadratmeter in Berlins neuer politischer Mitte soll bei zwölf Millionen Euro gelegen haben. Schon zwei Monate vor dem Grundstückskauf hatte die Dibag den ersten Abrissantrag für die IBA-Bauten gestellt, be-

gründet mit dem desolaten baulichen Zustand der Wohnanlage.

„Ich zeige meine Wohnung gerne“, sagt Gisela Ackermann. „Vom ersten Tag an. Bis heute.“ Zur IBA seien manchmal Studentengruppen durch die Räume spaziert. Sogar aus Japan. Die heute 57-jährige ist vom Fach, hat Bauzeichnerin gelernt, später Architektur studiert und als Bauleiterin gearbeitet. Auch wenn die auffällige Giebelfassade hin zum stark befahrenen Lützowplatz nicht jedermanns Sache sei,

rühmt Gisela Ackermann die hohe Wohnqualität der Ungers-Bauten. Und den in zehn Jahren Abwehrkampf gegen den Abriss gewachsenen Zusammenhalt unter den ehemaligen Nachbarn. Und die Lage.

Sie ist abends gerne in der Stadt unterwegs, geht oft ins Theater. Ihr Mann arbeitet als EDV-Spezialist. Finanziell hat das Paar keine Sorgen. „Aber hier in der Gegend zahlt du selbst für unmögliche Wohnungen inzwischen 1 700 Euro. Das können wir nicht.“ Die Ackermanns ziehen im Mai nach Tegel.

35 000 Euro für den Auszug

Seit weit über zehn Jahren ist der Wohnkomplex nicht mehr in stand gehalten worden. Trotzdem hat sich ein harter Kern der Mieter immer gegen den Auszug gewehrt. Als die Dibag 2006 die ersten Kündigungen verschickte, waren nur noch knapp die Hälfte der Wohnungen vermietet. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Rechtslage für Immobilienbesitzer erheblich verbessert. Mit der von der rot-roten Koalition 2005 verabschiedeten neuen Berliner Bauordnung muss der Abriss auch von Wohngebäuden nicht mehr genehmigt werden. Es reicht aus, die

Absicht den Behörden einen Monat zuvor mitzuteilen. 2008 wurden die ersten, nicht mehr bewohnten Teile des Ungers-Komplexes am Lützowufer und im Innenhof abgerissen.

Der Rechtsstreit um die Kündigungen ging noch einige Jahre weiter. Alfons Doblinger argumentierte stets, dass ihn der Erhalt der herunter gekommenen Siedlung an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung seines Besitzes hindere. In einer der zu seinen Ungunsten ausgegangenen Amtsgerichtsentscheidungen hieß es dazu noch: „Wer eine Bauruine erwirbt, erlangt dadurch nicht zusätzliche Kündigungsbefugnisse.“ Auch vor dem Landgericht waren die Kündigungen zunächst nicht durchsetzbar. Doch in einem Berufungsverfahren wendete sich im November das Blatt. Als das Gericht signalisierte, dass es den Kündigungsklagen stattgeben würde, ließen sich die verbliebenen Mieter auf Vergleiche ein – immerhin 35 000 Euro pro Partei. Nach ihrem Auszug im Mai werden die IBA-Bauten wohl bald abgerissen. Alfons Doblinger will ein Hotel mit 112 Betten bauen, eine Tiefgarage, drei Geschäfts- und fünf Wohnhäuser. In bester Lage.

VERANSTALTUNGEN

KONZERT-DIREKTION HANS ADLER

Mi. 7. März
Philharmonie
20 Uhr
ANNE-SOPHIE MUTTER
Lambert Orkis
Mozart - Schubert - Lutoslawski - Saint-Saëns

Mi. 12. März
KMS / Philh.
20 Uhr
ALINA IBRAGIMOVA Violine
NILS MÖNKEMEYER Viola
MARIE-ELISABETH HECKER Geige
FRANCESCO PIEMONTESE Klavier

KARTEN 030 826 47 27 Mo-Sa: 9-20 Uhr und So: 14-20 Uhr
www.musikadler.de karten@musikadler.de

15. April 2012 BERLIN • ICC

Sissi
Liebe, Macht & Leidenschaft

WK Preisen 01 805 370 007 • www.sissi-musical.com
0180 5 123 456 • 01 805 370 007 • 01 805 370 007

SELAH SUE
Do. 15.03. 20.00 Postbahnhof

CHARLIE WINSTON
Mi. 14.03. 20.00 Postbahnhof

PATRICK WATSON
Fr. 20.03. 21.00 Heilig-Kreuz-Kirche

GUS GUS
Do. 21.06. 21.00 Bergheim

NEW ORDER
Do. 21.06. 20.00 Tempodrom

PEARL JAM
Do. 04.07. 20.00 O2 World

Infos unter www.msd-agentur.com

Die Wühlmause
Berliner Kabarett-Theater

Nur am 3. März - 20.00 Uhr
NESSI TAUSENSCHÖN
„Die wunderbare Welt der Amme...“

Am Sonntag - 16.30 Uhr
MARTIN BUCHHOLZ
„Hier stehe ich, ich kann auch anders!“

PRINZ präsentiert: 5. März - 20.00 Uhr
7 AUF EINEN STREICH
Die Kabarett-Mix-Show, moderiert von Robert Lutz Gelesbach - Zu Gast: FUEH, Michael Sem, Simon & Jan, This Man, Thomas Litznerle und Schwester Cordula

TICKET-HOTLINE (030) 312 70 41

4. März, 15.30 Uhr
Konzerthaus am Gendarmenmarkt
Tschechische Kammerphilharmonie Prag - Das große FRÜHLINGSKONZERT DER KLASSIK
Strauß-Ballett-Prag - Dirigent: Petr Chromczák
Werke von Vivaldi, Rossini, Puccini, Grieg, Verdi, Dvorak u.a.

Karten Kasse Konzerthaus

24. März, 20 Uhr
Konzerthaus am Gendarmenmarkt
Tschechische Symphoniker Prag - Prager Opernchor
Opern-Gala: **DIE SCHÖNSTEN OPERNCHÖRE**
Dirigent: Petr Chromczák - Die schönsten Chöre, Duette und Arien aus Nabucco, La Traviata, Rigoletto, Carmen, Rusalka, Il Trovatore, Die verkaufte Braut, Die Zauberflöte u.v.a.

25. März, 15.30 Uhr
Konzerthaus am Gendarmenmarkt
The fantastic Top-Big-Band-Show
THE STORY OF JAZZ - from Ragtime to Swing
Andrej Hermlin and his SWING DANCE ORCHESTRA
Musikalische Zeitreise von der Jahrhundertwende bis 1945

25. März, 20 Uhr
Konzerthaus am Gendarmenmarkt
FRÉDÉRIC CHOPIN-GALA
Der russische Meisterpianist **Vladimir Mogilevsky**

30. März, 20 Uhr
Philharmonie (Herbert-von-Karajan-Str. 1)
TSCHECHISCHE SYMPHONIKER PRAG
Slawische Romantik
Dirigent: Petr Chromczák
Dvorák: Symphonie Nr. 9 „Aus der neuen Welt“
Smetana: „Die Moldau“, Tschaikowsky: „Romeo & Julia“ (Ouverture)

4. April, 20 Uhr
Philharmonie (Herbert-von-Karajan-Str. 1)
The fantastic Top-Big-Band-Show
CARNEGIE HALL MEMORIES
Benny Goodmans legendäres Carnegie Hall-Konzert von 1938
Andrej Hermlin and his SWING DANCE ORCHESTRA
feat. Dan Levinson (cl), New York - Roland Neffe (vibr) - Bettina Lebeau (voc)

Karten: bei allen Vorverkaufsstellen und bei dem Berliner Theaterclub e.V., Hardenbergstr. 6 (am Ernst-Reuter-Platz)
Mo.-Fr. von 9-16 Uhr • www.berliner-theaterclub.de

LOREENA MCKENNITT
A MIDSUMMER NIGHT'S TOUR
17.07.2012 Zitadelle Spandau 19.30 Uhr

TONY BENNETT
In Concert
01.08.2012 Admiralspalast 20.00 Uhr

KAY CHANCE PIAF
13.11.2012 Admiralspalast 20.00 Uhr

STEVE MILLER BAND
EUROPEAN TOUR 2012
31.10.2012 Tempodrom 20.00 Uhr
KOMPLETT BESTUHLT!
Karte: 030 25 12 34 56

RAP
23.05.2012 Columbiahalle 20.00 Uhr

ALANIS MORISSETTE
10.07.2012 Zitadelle Spandau 20.00 Uhr

Celtic Woman
11.05.2012 O2 World 20.00 Uhr

LAS VEGAS IN BERLIN
15. Stars
TICKETS: 6831 6831
MI - SA 20.30, SO 17.00 UHR
ESTREL FESTIVAL CENTER BERLIN
STARS-IN-CONCERT DE

Shirley Bassey
17.03.12 Astra 20.00 Uhr

KIM WILDE LIVE
15.03.2012 Columbiahalle 20.00 Uhr

LOVE 2
24.03.2012 Postbahnhof 20.00 Uhr

JAMES TAYLOR
27.04.2012 Tempodrom 20.00 Uhr

Westendpaar
23.09.12 O2 World 20.00 Uhr

MICHAEL JACKSON IMMORTAL
19.-20.12.12 BERLIN O2 WORLD

HELENE FISCHER
16. & 17.10.12 O2 World

ROLAND KAISER LIVE
05.05.12 O2 World

ROGER CICERO & BIG BAND
21.03.12 O2 World 20.00 Uhr

ANDRE RIEU
02.02.12 O2 World 19.30 Uhr

ROLAND KAISER LIVE
05.05.12 O2 World

ROLAND KAISER LIVE
05.05.12 O2 World

RETTUNG NAHT
01.05.2012 Tempodrom 20.00 Uhr

HELGE
15.03.2012 bis 08.04.2012 Admiralspalast

ANDRE RIEU
02.02.2012 O2 World 19.30 Uhr

31.08.2012 BERLIN IFA
IFA-SOMMERCARTEN

Spenden Sie für die Arbeit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste!

VERMISCHTES
Gastfreundliche Familien händeringend gesucht
Für russische Schüler, 15/16 Jahre, zwecks Schulbesuches vom 15.04. - 16.06.2012
Dr. Peter Coebel - 030 791 66 32
www.gastschueler-in-deutschland.de
Ihr Beitrag zur Westorientierung

BAUEN & RENOVIEREN
Holztreppe ab 1.077,- € Kiefer
Buche, Eiche, 0048 691 71 22 51

FAMILIENANZEIGEN
Patrice
Denke oft an Dich, Jörg (Lüneburg), 0175 3510668

Liebe Abonnenten,
Ihre Informationen.
Ob Sie in Urlaub fahren, umziehen oder eine andere Frage haben - rund um Ihr Abonnement berät Sie die Berliner Zeitung gerne. Rufen Sie uns einfach an unter Telefon 23 27 77.

SO LIEST BERLIN **Berliner Zeitung**

Auf diese Zahlen können Sie bauen

ANALYSEN Regelmäßig erscheinen neue Studien über den Berliner Wohnungsmarkt. Die wenigsten sind neutral gehalten. Welche Untersuchungen nützen Investoren – und welche den Mietern? Ein Überblick von JULIANE SCHUMACHER und MORITZ WICHMANN

DER MIETSPIEGEL DES SENATS

Wann: Der Mietspiegel Berlin wird seit 1987 alle zwei Jahre erstellt, zuletzt erschien er 2011. Zu einem Stichtag (2011: 1. September) werden die gezahlten Mieten erfasst.

Was: Die Daten beruhen zuletzt auf 9.300 Datensätzen von Mietern und Vermietern. Erhoben werden neben der gezahlten Kaltmiete die Art des Gebäudes, der Zustand, die Größe und Ausstattung der Wohnung sowie die Qualität der Lage. Der Mietspiegel soll die „ortsübliche Vergleichsmiete“ wiedergeben.

Wie: Bis 1992 wurde im Mietspiegel der Median der erhobenen Daten angegeben, das heißt bei 100 Werten der 50. Wert. Die Vermieter forderten die Umstellung auf das arithmetische Mittel, da dieses Erhöhungen stärker abbildet und so weitere Erhöhung ermöglicht. Seit 1994 wird ein Mittelwert aus Median und arithmetischem Mittel verwendet.

Wer: Verantwortlich für die Erstellung des Mietspiegels ist die Senatsverwaltung für Stadtent-

wicklung. Sie erstellt ihn zusammen mit Mieter- und Eigentümerverbänden sowie verschiedenen Sachverständigen. Die Datenerhebung und -auswertung führt das private Hamburger Immobilieninstitut F+B Forschung und Beratung durch, das Studien für Banken, Immobilienunternehmen und öffentliche Verwaltung erstellt.

Warum: Mietspiegel wurden in den 1970er Jahren eingeführt, sie sollten einen Mittelweg zwischen der bis in die 60er Jahre in Westdeutschland üblichen Mietpreisbindung (in Berlin galt sie bis 1988) und einem unregulierten Wohnungsmarkt weisen. Kritiker bemängeln, der Mietspiegel feuere Mieterhöhungen eher an, statt sie zu bremsen, denn er gibt den Rahmen für „erlaubte“ Erhöhungen vor, die die Vermieter häufig nach Erscheinen des Mietspiegels auch durchführen. So erhalten sie den Kreislauf aus Mieterhöhungen, Normalisierung derselben und weiteren Erhöhungen.

DER WOHNUNGSMARKTREPORT DER GSW

Wann: Seit 1997 gibt die inzwischen private Immobiliengesellschaft GSW jedes Frühjahr einen Wohnungsmarktreport heraus. Enthalten ist auch der Wohnkostenatlas mit detaillierter räumlicher Darstellung.

Was: Die GSW wertet alle verfügbaren Angebote für Neuvermietungen aus: 107.000 waren es im Jahr 2011, 136.000 im Jahr zuvor. Bestehende Mietverträge gehen nicht in die Berechnung ein. Erfasst werden Mieten sowie Daten zu Investment und Eigentumswohnungen.

Wie: Bei den Daten handelt es sich um die Mediane, sprich Mittelwerte der erhobenen Daten: bei 100 Werten ist es der 50. Wert. **Wer:** Die GSW wurde 1924 gegründet, sie war bis 2004 eine städtische Wohnungsbaugesellschaft. Dann verkaufte der Senat sie für 405 Millionen Euro an ein Konsortium der privaten Finanzinvestoren Goldman Sachs und Cerberus – was eine deutschlandweite Debatte über das Investment internationaler „Heu-

schrecken“ in Deutschland auslöste. Die GSW besitzt 53.000 Wohneinheiten. Darüber hinaus verwaltet eine Tochtergesellschaft mehr als 17.000 Wohnungen für Dritte. Da sie auch mit Immobilien handelt, umfassen die Analysen der GSW zudem den Immobilienverkauf. An der Ausarbeitung sind private Beratungsfirmen beteiligt, der Bericht 2012 ist zusammen mit CBRE erstellt, einem der weltweit größten Immobiliendienstleister mit Sitz in Los Angeles.

Warum: Als Teil eines großen privaten Immobilienunternehmens hat die GSW Interesse an zuverlässigen Daten über den Immobilienmarkt. Zum anderen versucht sie seit dem Verkauf, ihr Image aufzupolieren – auch der Wohnungsmarktreport für die Allgemeinheit gehört dazu. Damit liefert sie aber auch eine Begründung für eigene Mieterhöhungen: Die Ergebnisse ihrer Studie liegen, da sie nur Angebotsmieten umfassen, weit über dem Mietspiegel.



Quelle: GSW WohnmarktReport 2012 / CBRE
 taz.Grafik: Infotext/Ü. Döres

Wenn der Druck steigt: Beispiel Neukölln

■ Diese Grafik verdeutlicht am Beispiel Neuköllns, wie der Wohnungsmarkt in zentrumsnahen Stadtteilen heißläuft. Indikator ist die vom Wohnmarktbericht der GSW ermittelte Wohnkostenquote. Im Prinzip stellt sie dar, welchen Anteil des Haushaltseinkommens die Warmmiete auffrisst. Hoch ist die Wohnkostenquote für Mieter, die wenig verdienen oder deren Wohnung besonders teuer ist. Oder beides.

■ Für diese Darstellung wurde jedoch nicht die tatsächlich entrichtete Miete zugrunde gelegt, sondern die Angebotsmiete – also der Mietpreis von Wohnungen, die aktuell zur Vermietung angeboten werden.

■ Die Quote zeigt also, wie teuer den durchschnittlichen Mieter ein Umzug im eigenen Kiez zu stehen käme. Ein Bewohner des populären Kreuzköllner Maybachufer sind sie allerdings schon reichlich selten. ■ Eine Darstellung von Friedrichshain-Kreuzberg wäre grafisch übrigens wenig abwechslungsreich gewesen: Bis auf das Quartier nördlich des U-Bahnhofs Prinzenstraße hätte man den gesamten Bezirk dunkelrot abbilden müssen. (clp)

die Bezieher kleiner Einkommen. In Quartieren wie den Straßen rund ums Kreuzköllner Maybachufer sind sie allerdings schon reichlich selten.

■ Eine Darstellung von Friedrichshain-Kreuzberg wäre grafisch übrigens wenig abwechslungsreich gewesen: Bis auf das Quartier nördlich des U-Bahnhofs Prinzenstraße hätte man den gesamten Bezirk dunkelrot abbilden müssen. (clp)



Ausdruck des Protests gegen steigende Mieten: Rollkoffer sind im Schillerkiez unerwünscht. Foto: Stefan Boness/Ipom

DAS RESIDENTIAL CITY PROFILE VON JONES LANG LASALLE

Wann: Seit 2008 erstellt Jones Lang LaSalle (JLL) für die acht größten deutschen Städte das Residential City Profile. Der halbjährliche Bericht erscheint jeweils Ende Februar und Ende September.

Was: Der Bericht umfasst das Bevölkerungswachstum, die Entwicklung des Wohnungsbestandes, der Angebotsmieten, der Angebotsmieten in Neubauten, der Preise von Eigentumswohnungen und das Verhalten von Investoren auf dem Immobilienmarkt in Berlin. Für die Analyse der Preisentwicklung im zweiten Halbjahr 2011 wurden 67.200 Angebote für Mietwohnungen und 33.800 Kaufangebote für Eigentumswohnungen aus den Zahlen der IDN Immodatenbank GmbH ausgewertet. Bei den Immobilientransaktionen erfasst JLL die großen, öffentlich bekannten Transaktionen.

Wie: In den Daten werden das arithmetische Mittel und der

Median angegeben. Zusätzlich wird bei Mieten und Kaufpreisen auch die „Spanne“ der Angebote, also die höchsten und niedrigsten 10 Prozent und die höchsten und niedrigsten 25 Prozent der Angebote, angegeben. Bei den Mieten und den Kaufpreisen für Eigentumswohnungen wird auch nach Baujahr differenziert.

Wer: Jones Lang LaSalle ist ein Finanz-, Dienstleistungs- und Beratungsunternehmen im Immobilienbereich. JLL ist auf dem Gebiet Property and Corporate Facility Management Services mit 167 Millionen verwalteten Quadratmetern Wohn- und Bürofläche weltweit führend. Das Unternehmen will JLL seinen Kunden erwirtschaftete im Jahr 2011 einen Umsatz von 3,6 Milliarden Euro.

Warum: Als Consultingunternehmen will JLL seinen Kunden – großen institutionellen Anlegern und Investoren – eine Hilfe bei der Investmententscheidung geben.

DER MARKTMONITOR DES BBU

Wann: Der Marktmonitor des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) erscheint seit 1999 im November.

Was: Der Bericht analysiert die Entwicklung der Einkommen und anderer sozioökonomischer Faktoren, die Investitionen in den Immobilienbestand, die Preisentwicklung bei Wohnungsvorkäufen sowie die Entwicklung der Bestands- und Neuvertragsmieten. Für den Marktmonitor 2011 wurden Daten von 600.000 bestehenden Mietverträgen und neuen Mietvertragsabschlüssen für die 667.000 Wohnungen der Mitglieder ausgewertet.

Wie: Seit drei Jahren gibt der Marktmonitor das arithmetische Mittel an.

Wer: Der BBU ist der größte wohnungswirtschaftliche Verband

der Hauptstadtregion. Er wurde 1897 als gemeinnütziger Wohnungsverband gegründet. Lange Zeit dominierten im BBU die öffentlichen Wohnungsbauunternehmen. Heute vereint der Verband unter seinem Dach zu je einem Drittel landeseigene, genossenschaftliche und private Wohnungsunternehmen.

Warum: Der BBU vertritt die Interessen der Wohnungsunternehmen gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik. Aufgrund der großen Datenbasis und der Berücksichtigung von Bestandsmieten sind die ermittelten Werte niedriger als in anderen Berichten. Dennoch gab es Kritik an der Interpretation etwa vom Mieterverein, da der BBU sich weigerte, von Verdrängung zu reden, und stattdessen von „Suchbewegungen“ sprach.

DER MARKTBERICHT DER INVESTITIONSBANK BERLIN (IBB)

Wann: Der Bericht erscheint seit 2006 immer im Frühjahr.

Was: Der Bericht enthält neben der Schilderung der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in der Stadt eine detaillierte Beschreibung der Wohnungsnachfrage und des Angebots. Dazu gibt es Profile für die Bezirke und ein Schwerpunktthema. Für die Auswertung der Angebotsmieten wurden von Anfang 2010 bis zum dritten Quartal 2011 insgesamt 199.258 Mietangebote aus der Datenbank der IDN Immodaten GmbH ausgewertet.

Wie: Der Bericht verwendet bei der Darstellung der Angebotsmieten den Median. Die Angebotsmieten sind nicht statistisch bereinigt. Bei der Darstellung der Haus- und Wohnungspreise sind die Werte nach dem hedoni-

schen System statistisch bereinigt, das heißt, es werden Schwankungen in Qualität und Lage berücksichtigt.

Wer: Die Investitionsbank Berlin in Zusammenarbeit mit dem privaten Forschungsinstitut Empirica. Ziel der IBB sind die Förderung der Wirtschaft sowie die Finanzierung von Wohnungsbau. Die IBB wurde 2004 als Förderinstitut von der Berliner Landesbank abgespalten. Empirica ist ein unabhängiges wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Beratungsunternehmen.

Warum: Die IBB vergibt Kredite an Immobilieninvestoren. Deswegen hat die Bank Interesse an verlässlichen Zahlen über den Wohnungsmarkt, die zeigen, dass Neubau nötig ist. Außerdem fördert sie die energetische Sanierung.

ANZEIGE



Ausschreibung 2012 des Bündnisses der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit.

Zum 19. Mal verleiht das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit das „Band für Mut und Verständigung“ an Menschen aus Berlin und Brandenburg, die durch ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor rassistischen Gewalttaten beschützt oder durch ihre engagierte Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben. Vorschläge können bis spätestens 1. März 2012 an Buendnis@Berlin-Brandenburg.DGB.de geschickt werden. Weitere Informationen finden Sie unter: www.respekt.dgb.de



Oscars: Ein französischer Film triumphiert – Seiten 23 und 28

OSCAR/CHRIS WHEELER

Nebenwirkung: Paracetamol kann die Leber schädigen – Seite 3

BMX-Radsport: Lizenz zum Überschlag – Serie Seite 16

APRIL/MIKHAIL DUBIEL



Berliner Zeitung

Dienstag, 28. Februar 2012 Nr. 50 HA - 68. Jahrgang

www.berliner-zeitung.de

0,90 € Berlin/Brandenburg - 1,00 € Auswärts/D

SONG CONTEST

Pop-Kobold für Baku

VON FRANK NÖRDHAUSEN

Wer ist Can Bonomo? Das fragte nicht nur die Zeitung Zaman, das fragten sich sehr viele Türken, als der Sänger zum Vertreter des Landes beim Eurovision Song Contest nominiert wurde. Das war im Januar – und da war der 24-Jährige selbst für viele Musikinteressierte noch ein unbeschriebenes Blatt.

„Was wird er vortragen?“, war die nächste Frage. Vor wenigen Tagen hat Bonomo nun „Love me back“, sein Lied für Baku, live im Studio des Staatssenders TRT präsentiert.

Ein orientalischer Rock-Song. Beim Auftritt gab es wieder viele Fragen. Die heikelste aber stellte die Moderatorin dem Sänger nicht – die nach seiner Religion. Denn Can Bonomo ist Jude und seine Nominierung für den Gesangswettbewerb im Mai in Aserbaidschan hatte bei türkischen Ultrakonservativen heftige Diskussionen ausgelöst.



Can Bonomo singt für die Türkei in Aserbaidschan

Ein Jude als Vertreter eines überwiegend muslimischen Landes? Eine islamistische Zeitung heizte die Debatte noch an: Ist der überhaupt ein richtiger Türke?

Die Antwort gab Bonomo in einer Talkshow. Musik kenne keine Religion oder Rasse. „Ich bin Türke und werde in Baku die Türkei vertreten. Das Judentum ist eine Religion und meine Privatsache. Wir leben seit 540 Jahren hier.“ Im Internet bekam er dafür viel Applaus, und auch die meisten Zeitungskommentatoren freuten sich über die Entscheidung für den türkisch-jüdischen Musiker – damit zeige die Türkei ihr multikulturelles Gesicht.

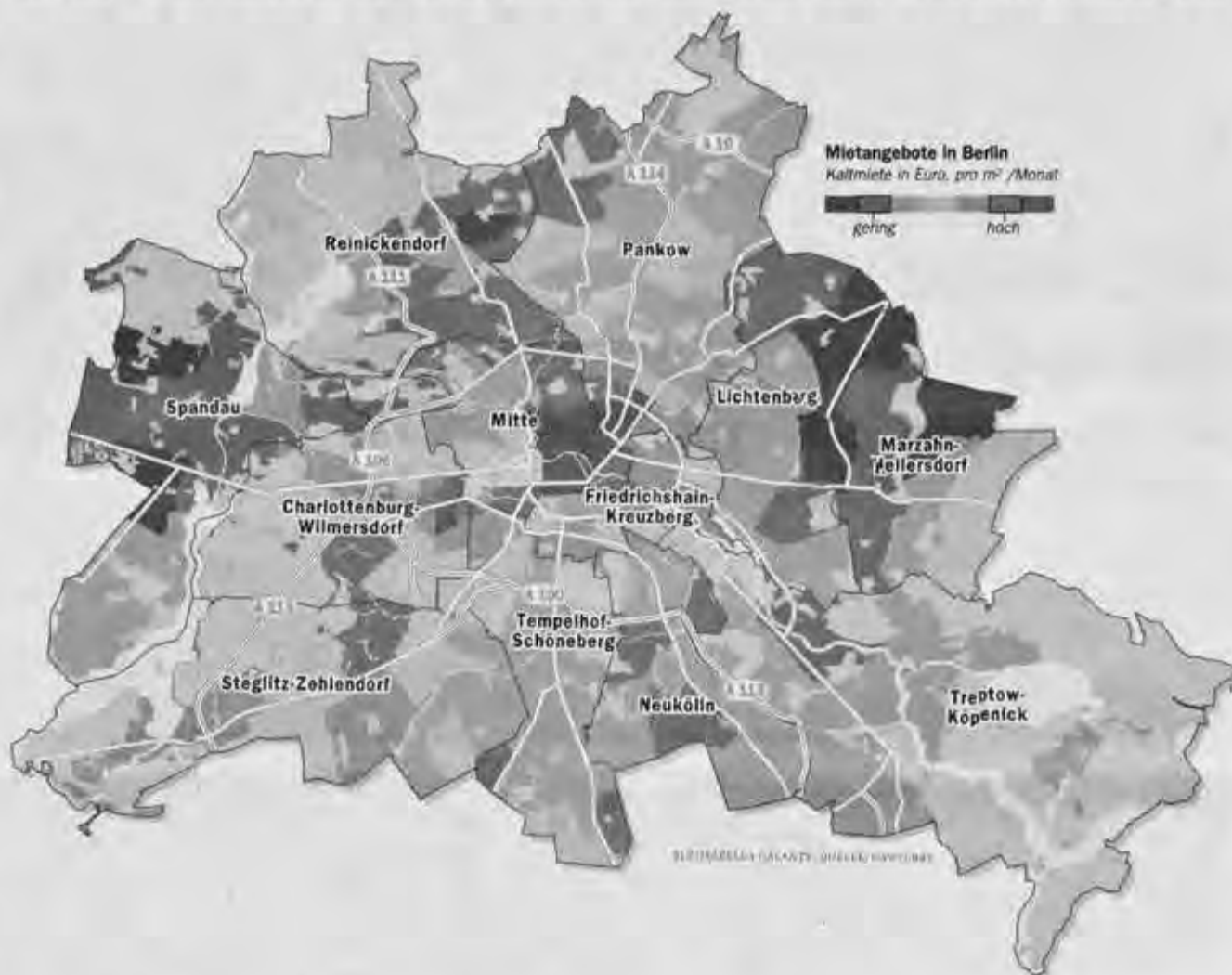
Das Land nutzt den Eurovision Song Contest seit einigen Jahren zur Selbstdarstellung – mit oft hochklassigen Popkünstlern. Das zahlte sich aus, als Sertab Erener 2003 in Riga mit „Everyway that I can“ den ersten Platz belegte. Umso länger waren die Gesichter, als diesmal der zwar sympathische, aber fast namenlose Bonomo gekürt wurde. Er stammt aus dem westtürkischen Izmir und ist Nachkomme sephardischer Juden, die im 15. Jahrhundert vor der Inquisition aus Spanien flohen. Bonomo studiert in Istanbul Radio und Fernsehen, singt nebenbei und spielt in TV-Serien. Den Stil seines ersten Albums „Mezup“ (Hingerissen) von 2010 nennt er selbst „Istanbul Music“ – ein Mix aus Elementen der türkischen Volksmusik mit Rock und Pop.

Fröhlich und ein bisschen verrückt – so wirkte Bonomo bei seinem TV-Auftritt. Mit schwarzer Kappe und einem sackähnlichen Mantel sah er nicht nur aus wie ein Kobold, er hampelte und hüpfte auch so herum. Sein Baku-Song webt in die poppige Grundstruktur musikalische Motive vom Balkan und aus der Türkei. „Für uns war es sehr wichtig, eine starke türkische Note im Song zu haben“, sagte er dazu. Allerdings ist der Text englisch, und daran scheiden sich nun erneut die Geister – manche vertragen wohl nicht, dass der jüdische Türke auch noch ausländisch singt.

Er selbst will zu dem Thema nichts mehr sagen und versprach, für Baku noch richtig tanzen zu lernen. „Das wird hart, aber ich bin bereit“, sagte Can Bonomo – und ermete im Studio lautes Lachen.

Mieter müssen immer mehr zahlen

Preise für freie Wohnungen in Berlin ziehen stark an / Geteilte Stadt: Hohe Kosten vor allem in der City – Unterkünfte in Außenbezirken wie Marzahn-Hellersdorf meist noch erschwinglich



VON UERICH PAUL

Wer in Berlin eine Wohnung sucht, soll dafür immer mehr bezahlen. Während freie Wohnungen in der Hauptstadt im Jahr 2010 noch zu einer Kaltmiete von durchschnittlich 6,11 Euro je Quadratmeter angeboten wurden, forderten die Vermieter im vergangenen Jahr bereits 6,59 Euro je Quadratmeter – eine Steigerung um 7,8 Prozent.

Das geht aus dem am Montag verbreiteten Wohnmarktreport und Wohnkostenatlas der Wohnungsbaugesellschaft GSW und des Immobilienunternehmens CB Richard Ellis hervor. Für die Studie wurden 107.564 Mietangebote aus dem vergangenen Jahr ausgewertet. Ergebnis: Die Neuvermietungspreise zogen im vergangenen Jahr noch stärker an als im Jahr 2010. Da hatten sich die Mietangebote gegenüber dem Vorjahr bereits um 4,5 Prozent erhöht.

Die Mieten stiegen im vergangenen Jahr zwar in der ganzen Stadt, aber nicht in allen Preisklassen in gleichem Maße. Besonders stark verteuerten sich mit plus 9,9 Prozent die hochwertigen Wohnungen auf 12,04 Euro Kaltmiete. Am wenigsten betroffen von den Preisanstiegen waren die bislang schon günstigen Wohnungen. Sie verteuerten sich um 4,6 Prozent auf 4,50 Euro je Quadratmeter. Dies dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass in preiswerten Wohnungen oftmals Hartz-IV-Bezieher leben. Die Wohnkosten, die das Land Berlin für diese Menschen übernimmt, wurden in den vergangenen Jahren nicht angehoben. Der Spielraum für Mieterhöhungen ist deswegen begrenzt.

Preiswerte Wohnungsangebote gibt es vor allem in Außenbezirken wie Marzahn-Hellersdorf und Spandau, in denen es

Zwölf Euro Kaltmiete in Mitte

Die höchsten Durchschnittsmieten (in Euro pro Quadratmeter pro Monat)			
10117	Mitte	Ufer den Linden	12,00
10119	Mitte	Rosenthaler Platz	11,04
10178	Mitte	Hackescher Markt	11,00
10435	Pankow	Kollwitzplatz	10,27
10115	Mitte	Chausseestraße	10,15

Die niedrigsten Durchschnittsmieten			
12627	Marzahn-Hellersdorf	Hellersdorf Nord	4,48
12687	Marzahn-Hellersdorf	Mehrower Allee	4,50
13593	Spandau	Heierstr./Wilhelmstr.	4,55
12619	Marzahn-Hellersdorf	Kaulsdorf Nord	4,59
13589	Spandau	Falkenhagener Feld	4,76

Die höchste Mietsteigerung (in Prozent)			
10367	Lichtenberg	Stadtpark	+32,9
10999	Friedrichshain-Kreuzberg	Görntzer Park	+27,8
10785	Mitte	Potsdamer Platz	+24,7
10997	Friedrichshain-Kreuzberg	Wranglestraße	+21,1
10825	Tempelhof-Schöneberg	Rathaus Schöneberg	+20,3

Der höchste Mietpreisrückgang (in Prozent)			
12621	Marzahn-Hellersdorf	Kaulsdorf	-3,0
14089	Spandau	Gatow/Kladow	-2,4
13465	Reinickendorf	Frohnau	-2,3
12526	Treptow-Köpenick	Bohnsdorf	-0,9
12057	Neukölln	Sonnenallee Süd	-0,6

eine große Zahl von Wohnungen in Großsiedlungen gibt. In Marzahn-Hellersdorf legten die Angebotsmieten im vergangenen Jahr um 2,1 Prozent zu, in Treptow-Köpenick um 4,7 Prozent und in Spandau um 4,9 Prozent. Richtig teuer wurde es in der Innenstadt: In den Bezirken Mitte (plus 13,1 Prozent), Friedrichshain-Kreuzberg (plus 11,1 Prozent) und Tempelhof-Schöneberg (plus 10,1 Prozent) verteuerten sich die Mieten mit zweistelligen Zuwachsraten am stärksten.

Michael Schlatterer, Teamleiter von CB Richard Ellis, führt den Preisauftrieb unter anderem auf die stärkere Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt zurück. Der Zunahme der Bevölkerung stehe keine entsprechende

Ausdehnung des Wohnungsangebots gegenüber. Hinzu komme, dass Mietwohnungen dem Markt verloren gehen, weil sie als Ferienwohnungen, für andere gewerbliche Zwecke oder als Zweitwohnungen auswärts genutzt werden. Noch gebe es zwar Leerstandsreserven in Berlin, doch befinden sich diese laut Schlatterer zum Großteil in Stadtrandlagen, vor allem in Marzahn-Hellersdorf und Spandau. Je zentraler ein Bezirk liegt, desto stärker zogen die Angebotsmieten an. Je stärker ein Bezirk an der Peripherie der Stadt liegt, desto schwächer war der Anstieg.

Die durchschnittliche Wohnkostenquote eines Haushalts lag laut dem GSW-Wohnkostenatlas im Jahr 2011 bei 24,2 Prozent.

Das ist der Anteil der Haushaltskaufkraft, den die Mieter für die Warmmiete aufbringen müssen. Gegenüber dem Jahr 2009 (25,4 Prozent) ist die Wohnkostenbelastung leicht zurückgegangen. Im Vergleich zum Jahr 2010 (24,4 Prozent) ist sie nahezu gleich geblieben.

Der Berliner Mieterverein (BMV) beurteilt die Entwicklung kritisch. „Der Wohnungsmarkt bleibt angespannt“, sagte BMV-Geschäftsführer Reiner Wild. „Wir benötigen dringend eine Beschränkung der Miethöhen bei Wiedervermietung auf maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete“, forderte Wild. Zurzeit dürfen die Vermieter beim Abschluss eines neuen Mietvertrags die Miete vereinbaren, die sie auf dem Markt erzielen können. Sie sind nicht an den Mietspiegel gebunden, der Auskunft über die ortsübliche Vergleichsmiete gibt. „Wir verlangen vom Berliner Senat einen eigenen Gesetzesvorschlag zur Mietrechtsreform, der die Wiedervermietungsbeschränkung beinhaltet“, erklärte Wild.

Außerdem müsse das Wohnungsangebot in Berlin vergrößert werden – durch den Wohnungsneubau und die Aktivierung von leerstehenden Wohnungen. Von den vom Senat erhofften 6.000 neuen Wohnungen pro Jahr sollten mindestens 2.000 für Haushalte mit einem Wohnberechtigungsschein beziehbar sein, schlägt Wild vor.

Die Preise für Eigentumswohnungen sind 2011 ebenfalls stärker gestiegen als im Vorjahr, im Schnitt um 8,3 Prozent auf 1.883 Euro pro Quadratmeter. Im Jahr 2010 hatten sie sich bereits um 7,9 Prozent erhöht. Die Käufer von Eigentumswohnungen bevorzugen ebenfalls Wohnungen in der City. **Kommentar Seite 4, Berlin Seite 15**

Kanzlerin verfehlt ihre Mehrheit

Merkels schwerste Niederlage bei Griechenland-Fotum

VON MARKUS SIEVERS

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat im Bundestag bei der Abstimmung über die nächste Griechenland-Hilfe die Kanzlermehrheit verfehlt. Das ist ihr noch nie passiert. Für sie ist dies das bisher deutlichste Warnzeichen, dass der Rückhalt zumindest für ihre Euro-Politik schwindet. Für das Paket mit einem Volumen von 130 Milliarden Euro stimmte am Montag zwar eine Mehrheit von 304 Abgeordneten der Koalition, die damit eine eigenständige Mehrheit unter den 591 abgegebenen Stimmen erreichte. Aber die symbolisch wichtige Kanzlermehrheit von 311 Stimmen brachte Schwarz-Gelb nicht zustande. Da SPD und Grüne die Hälfte mitgetragen haben, stimmten am Ende insgesamt 496 Abgeordnete für die Griechenlandhilfe.

Die Kanzlermehrheit wird bei der Wahl des Kanzlers benötigt, nicht aber zur Annahme einfacher Gesetze. Für die umstrittene Erweiterung des Euro-Rettungsfonds EFSF im September hatte Merkel noch die Kanzlermehrheit erreicht.

In der Debatte hatte sie zuvor eindringlich um Unterstützung geworben. Sie sei überzeugt, dass es im deutschen Interesse liege, ein Auseinanderbrechen der Währungsunion zu verhindern, sagte die Kanzlerin. Dennoch schlossen sich mehr Unions- und FDP-Abgeordnete be-



Die Kanzlerin bei der namentlichen Abstimmung im Bundestag

kannten Kritikern wie Wolfgang Bosbach (CDU), Peter Gauweiler (CSU) oder Frank Schäffler (FDP) an.

Ungemach droht Merkel durch die Forderung der Euro-Partner und des Internationalen Währungsfonds, den künftigen Euro-Rettungsfonds ESM aufzustocken. Dies lehnt Merkel, derzeit ab. Sie bot an, die deutschen Bareinzahlungen in den ESM vorzuziehen. Doch während im Inland die Gefolgschaft schwindet, wächst im Ausland der Druck, mehr Geld für die Euro-Rettung bereitzustellen.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Thomas Oppermann, sagte, Merkel sei gescheitert, da sie in einer zentralen Abstimmung keine Kanzlermehrheit mehr habe. „Das ist der Beginn der Kanzlerdämmerung.“ Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin sprach von einer „schweren Niederlage“ für Merkel. **Tagethema Seite 2, Kommentar Seite 4**

WETTER

Aus dem Mittelmeerraum kommt milde Frühlingsluft, aber auch Regen.



BERLIN: Der Himmel ist trübe und wolkenverhangen. Örtlich Sprühregen. 7 bis 9, nachts 5 bis 7 Grad. **Seite 8**

Aus- & Weiterbildung	Beilage
Verkehr, Notrufe, Lotto-Quoten, Keno	16
Leserbriefe	19
Bästel, Sudoku	22, 27
Kleinanzeigen	22

Berliner Verlag GmbH, 10171 Berlin
Redaktion: (030) 2327-9, Fax: -5430, SMS: 0160-97209297; leserbrieft@berliner-zeitung.de
Leser-Service: (030) 2327-77, Fax: -76, www.berliner-zeitung.de/leserservice; Anzeigen: (030) 2327-50, Fax: -6697; anzeigen@berliner-zeitung.de

Postvertriebsstück 46517 / Entgelt bezahlt



Berlin streitet mit Bund um Schlosskosten

Steuerzwist droht Baubeginn zu gefährden

Kurz vor Beginn der vorbereitenden Arbeiten für den Bau des Schlosses in Mitte hält ein Grundstücksstreit zwischen Bund und Land das Großprojekt auf. Berlin hat bis heute nicht den 16.000 Quadratmeter großen landeseigenen Teil des Baugrundstückes an die bundeseigene Stiftung Berliner Schloss Humboldt-Forum übertragen. Dies wäre aber zur Errichtung des Kulturbaus erforderlich. Die Stiftung wiederum kann deshalb nicht mit den Arbeiten beginnen, weil es dem Bund gesetzlich untersagt ist, Flächen zu bebauen, die nicht republikanisch sind.

Die kostenlose Übertragung des Baugrunds durch das Land ist seit langem vereinbart. Worum es in dem Streit geht? Um Geld, genauer gesagt um die Grunderwerbsteuer. Diese beträgt ab 1. April 4,5 Prozent des Grundstückswertes. Die Steuer wird der Bund bezahlen, weil er das Grundstück bekommt. Und die Grunderwerbsteuer wird auch in Fällen wie diesem erhoben, also im Falle von Schenkungen. So weit herrscht Einigkeit – über den Wert des Grundstückes dagegen streiten die Vertragspartner dem Vernehmen nach.

Dem Wert des Grundstückes hängt davon ab, wie es genutzt werden kann. Und da will sich das Land Berlin gut informieren. Kreis nach Kreis durch eine Eintragung ins Grundbuch zusichern lassen, dass Humboldt-Universität sowie Zentral- und Landesbibliothek ein Nutzungsrecht erhalten. Dass die beiden kulturellen Einrichtungen ins Schloss einziehen, ist fest vereinbart. Durch die Eintragung ins Grundbuch wird diese Vereinbarung aber auf alle Zeiten in Stein gemeißelt. Die Rückseite der Medaille: Das erhöht den Wert des Grundstückes – und der Berliner Fiskus kann einen höheren Steuerbescheid versenden als etwa bei der Schenkung von Straßeland.

„Aus unserer Sicht sind die Verträge unterschriftsreif“, sagt eine Sprecherin von Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos). Zum „Sonderwunsch“ des Landes, der grundsätzliche Sicherung seiner Nutzungsrechte, äußert sie sich nicht. Stützungssprecher Bernhard Wolter sagt, die Grundstückübertragung könne erfolgen, falls Bund und Land „zu den Einzelheiten der Übertragung Einvernehmen erzielen“.

RALF SCHÖNBALL

NACHRICHTEN

Migrationsrat will mehr Mitsprache beim Integrationsbeauftragten

Berlins Migrantinnenverbände fordern mehr Mitsprache in der Integrationspolitik des rot-schwarzen Senats. Nach Aufhebung des Migrationsrates Berlin-Brandenburgs sollte der Nachfolger des zur Jahresmitte scheidenden Integrationsbeauftragten Günter Piening eine „eigene Migrationsgeschichte“ haben, sagte die Geschäftsführerin des Dachverbandes von 75 Migrantinnenorganisationen, Angelina Weinbender. Zugleich sprach sie sich für eine Umbenennung des Amtes vom Integrations- hin zum Migrations- und Partizipationsbeauftragten aus. Weinbender forderte Integrationsministerin Dilek Kolat (SPD) auf, sich mit dem Migrationsrat zusammenzusetzen, um über die künftigen Aufgaben des neuen Beauftragten zu sprechen. Piening hatte am Freitag bekannt gegeben, nach neun Jahren aus dem Amt ausscheiden zu wollen. Kolat hatte am Wochenende angekündigt, das Amt auf jeden Fall neu zu besetzen. **epd**

WOHNEN IN DER STADT Die Mieten steigen – auch auf Kosten der sozialen Mischung



Begehrte Lagen. Friedrichshain-Kreuzberg gehört zu den stark nachgefragten Wohngebieten. Viele Häuser, wie hier im Bergmannkiez, werden saniert und zu Eigentumswohnungen umgewandelt. Das verknüpft die zur Verfügung stehenden Mietimmobilien - und verteuert das verbleibende Angebot.

Foto: Kai-Uwe Henrich

Kreuzberg teurer als die City-West

Mieten im Szenekiez sind höher als in bürgerlichen Quartieren. Nur Preise am Stadtrand bleiben stabil

VON RALF SCHÖNBALL

Um mehr als 13 Prozent stiegen die Mieten für frei stehende Wohnungen im vergangenen Jahr im Bezirk Mitte. Ein zweistelliges Plus verzeichneten auch die Mieten in Friedrichshain-Kreuzberg sowie in Tempelhof-Schöneberg. Stadtweit klärten die Angebotsmieten für sofort beziehbare Wohnungen um 7,8 Prozent auf durchschnittlich 6,59 Euro Kaltmiete je Quadratmeter. So steht es im gemeinsamen Marktbericht der größten Berliner Wohnungsbauvereine GSW und des Maklerhauses CBRE.

Für den jährlich erscheinenden „Wohnungsmarktbericht“ werteten die Forscher die Angaben zu mehr als 100.000 zur Miete angebotenen Wohnungen. Den-

nach blieb kein Berliner Bezirk vom Aufwind bei den Mieten verschont. In Randlagen der Stadt ist der Mietenanstieg aber nicht ganz so kräftig wie im Zentrum: In Marzahn-Hellersdorf lag das Plus mit 2,1 Prozent dennoch im Rahmen der allgemeinen Mieteringrate, in Spandau mit knapp fünf Prozent deutlich darüber.

Überraschend ist auch, dass Wohnungen im Trendbezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit einer Durchschnittsmiete von 8,02 Euro netto-kalt erstmals etwas teurer zu vermieten sind als im bisher am stärksten nachgefragten bürgerlichen Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (acht Euro je Quadratmeter). Am günstigsten wohnt es sich in Marzahn-Hellersdorf: 363 Euro für eine 100 Quadratmeter große Wohnung, das gibt es sonst nirgendwo in der

Stadt – und auch die Durchschnittsmiete von 4,79 Euro netto-kalt je Quadratmeter Wohnfläche wird von keinem anderen Bezirk unterboten.

Der Chef des Berliner Mietervereins Reiner Wild forderte, eine Beschränkung der Miethöhen bei Wiedervermietung auf maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Nach der Mikrozensus-Erhebung des statistischen Landesamtes Berlin-Brandenburg betrug die Mietbelastung von Berliner Haushalten bereits im Jahr 2006 mehr als 28 Prozent des Haushaltseinkommens. Heute liegt sie weit darüber, denn die Mieten stiegen in den vergangenen fünf Jahren stetig. Der neue Mikrozensus ist zurzeit in Arbeit.

Wegen des zunehmend angespannten Wohnungsmarktes verhandelt der Senat

zurzeit mit den landeseigenen Wohnungsbauvereinen über eine neue „Sozialmiete“ für Haushalte mit geringen Einkünften. Diese sollen von Mieterhöhungen künftig verschont bleiben, wenn sie belegen, dass sie damit finanziell unzumutbar stark belastet werden. Außerdem sollen die Wohnungsunternehmen durch den Erwerb oder den Bau neuer Mietwohnungen ihren Bestand um 30.000 auf insgesamt 300.000 erhöhen.

So will der Senat die „Entmischung“ Berlins aufhalten, die Stadtteile mit überlegentlich gut verdienenden Bewohnern im Zentrum und sozialen Brennpunkten im Randlagen erzeugt. Laut Marktbericht steigen die Mieten am langsamsten in Randlagen wie Reinickendorf, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf.

Streit um Übernahme der Mietkosten

Hartz-IV-Empfängern droht Verdrängung

Die steigenden Mieten in Berlin treffen auch jene Menschen, denen der Staat die Kosten der Unterkunft bezahlt. In fast 100.000 Hartz-IV-Haushalten lagen die Ausgaben für Miete und Heizung im Jahr 2011 über den amtlichen Richtwerten – vor allem in Mitte, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion hervor. Wenn es nicht gelingt, als Härtefall anerkannt zu werden oder die Miete zu senken, muss einen Teil der Kosten selbst übernehmen oder eine preiswertere Wohnung suchen. Das führt zu einer Verdrängung sozial schwacher Mieter aus der Innenstadt in Außenbezirke, in denen noch Wohnungen in einfacher, relativ billiger Wohnlage zu haben sind.

Eigentlich hätte der Senat das Problem längst lösen müssen. Die geltende „Ausführungsvorschrift Wohnen“ erfüllt seit 2009 nicht mehr die Vorgaben des Bundessozialgerichts. Außerdem ermächtigte der Bundesgesetzgeber im April 2011 die Länder, eigene, neue Rechtsvorschriften für die Wohnkosten von Hartz-IV-Empfängern zu erlassen. Aber

Rot-Roi konnte sich nicht mehr einigen, und nun tut sich auch Rot-Schwarz sehr schwer.

Manche plädieren für höhere Richtwerte in teureren Bezirken

Dem die Kosten, die dem Land entstehen, sind beträchtlich. Jährlich schlagen sie mit 1,4 Milliarden Euro zu Buche, der Bund übernimmt davon etwa ein Viertel. Während sich Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) bemüht, die Kosten zu dämpfen, stehen für Sozialsenator Mario Czaja (CDU) die Probleme der Hilfeeinrichter im Fokus. Einem Single-Haushalt werden momentan höchstens 378 Euro monatlich für Miete und Heizung erstattet. Ein Elternpaar mit zwei Kindern erhält maximal 619 Euro. Sozial- und Mieterverbände fordern höhere Richtwerte, die den ständig wachsenden Mieten besser entsprechen.

Senator Czaja bestätigte bisher nur, dass sich die neuen Richtwerte am Berliner Mietspiegel orientieren sollen. Strittig ist aber, ob Hartz-IV-Haushalte auch künftig nur einfache Wohnlagen in Anspruch nehmen dürfen. Sozialpolitiker der SPD wollen, ebenso wie die Linke, auch mittlere Wohnlagen in die Berechnungen für die Kosten der Unterkunft einbeziehen – zumindest in jenen Bezirken, in denen die Wohnungsnot besonders groß ist. Eine solche regionale Differenzierung der neuen Richtwerte fordern auch die Grünen. Die CDU ist nicht dagegen, verweist aber darauf, dass dies rechtlich sehr problematisch sei. Unstrittig ist, dass in Zukunft getrennte Richtwerte für die Bruttokaltmiete und die Heizkosten ausgewiesen werden müssen.

Czaja kündigte eine neue Rechtsverordnung bis zum Sommer an. Er wird sie in die laufenden Haushaltsberatungen für 2012/13 einspeisen müssen. Denn nicht nur der Finanzsenator, sondern auch die Koalitionsfraktionen und die Opposition wollen mitreden. Immerhin betrifft das Problem rund 590.000 Berliner, die von Hartz IV leben und eine bezahlbare Wohnung brauchen. **td**

Die Mieten steigen

Preise von Wohnungen, die 2011 angeboten wurden

Stadtbezirk	Anzahl Mietangebote	Mittleres Marktsegment ¹ Mietpreis in €/m ² /Monat					Unteres Marktsegment Mittelwert in €/m ² /Monat		Oberes Marktsegment Mittelwert in €/m ² /Monat		
		4	6	10	12	14	Mittelwert	Änderung zu 2010 in %	Mittelwert	Änderung zu 2010 in %	
Charlottenb. Wilmersdorf	11 374						6,02-12,19	5,65	2,7	14,25	8,1
Friedrichsh. Kreuzberg	7611						6,06-10,46	5,49	6,9	11,86	10,7
Lichtenberg	5035						4,84-8,19	4,52	2,7	8,60	5,6
Marzahn-Hellersdorf	7882						4,01-6,53	3,63	2,9	7,12	1,7
Mitte	14 027						5,13-13,08	4,84	7,6	15,00	8,9
Neukölln	6641						5,00-8,12	4,76	6,8	9,08	11,3
Pankow	13 034						5,71-11,12	5,39	6,5	13,00	12,7
Reinickendorf	7840						4,67-7,98	4,31	7,2	8,58	3,0
Spandau	9042						4,36-7,03	4,06	2,1	7,52	4,3
Steglitz-Zehlendorf	8764						5,62-10,00	5,15	4,0	11,08	4,4
Tempelhof-Schöneberg	8944						5,29-9,65	4,99	4,9	11,74	16,5
Treptow-Köpenick	7370						5,03-8,00	4,84	6,8	8,73	6,0
Berlin Durchschnitt	107 504						4,87-10,06	4,50	4,6	12,04	9,9

1) ohne Unteres und Oberes Zeitband der Angebote

Quelle: ICI Immobilien.CBRE TrendScan

RUHESTÖRUNG

Prozesse um Touristenwohnungen

Der Bundesgerichtshof (BGH) wird am Mittwoch prüfen, ob Mietzahlungen wegen häufiger Ruhestörung aus einer benachbarten Touristenwohnung gekürzt werden dürfen. Im Ausgangsverfahren hatten Mieter in Mitte ihre Zahlungen um 20 Prozent gekürzt, weil sie sich gestört fühlten. Der Vermieter klagte erfolgreich auf Räumung, das Landgericht Berlin urteilte, bei einem großen Haus im Zentrum Berlins handle es sich um normale Beeinträchtigungen. Nun verhandelt der BGH in letzter Instanz. Das Verwaltungsgericht Mitte hat im Januar die Nutzung von Wohnraum für Touristenunterkünfte für zulässig erklärt. Das Bezirksamt Mitte schloßerte dadurch mit seinem Versuch, diese zu untersagen. **dapd**

Zweite Hand Schnäppchenmarkt

Gültig bis 06.03.2012

Parma Schinken
aus Spanien
Mild-würziger Geschmack, mit einer ausstrahlenden Reifezeit von 14 Monaten

Parma Schinken 1,99

Pata Negra
Mestizo, Caballero
Die überaus gute Eichelzucht bedingt ein phantastisches leicht würziges Geschmacksprofil

Eichelschwein Carré 2,44

Gold Kalb
Natürliche Ernährung
Durch den ständigen Auslauf auf der Weide, bietet das Kalbfleisch eine sehr hohe Qualität an Fleisch und Geschmack

Gold-Kalbsfilet 2,99

Pommern Rind
aus Westfalen
Inhaltsstoff: Rindfleisch
Voraussetzung für saftige Steaks

Prime Rib - Entrecôte am Knochen 2,69

Salzwiesen Lamm
Lamm der Spitzengastronomie
Frische Nordseezucht und saftige Delikatessen - die ideale Voraussetzung für aromatisches Gammlet-Lamm

Frische Lammkeule 1,69

Neuzeller Bauernschwein
s. d. Naturpark Schlaubetal
Artgerechte bäuerliche Haltung mit großem Futter. Natur die man schmeckt, direkt vor den Toren Berlins

Schweine-Schnitzel 0,66

Asturisches Berggrind
Für Sie im Spanier entdeckt
Absolut neuartiges Geschmackserlebnis. Diese weiße zart-aufgeflachte Fleischspezialität wird Sie begeistern.

Saftiges Entrecôte 2,66

ZWEITE HAND VERLAG

Zweite Hand

Dick im Geschäft!

Neues Format. Alles drin.

Jeden Mittwoch als Beilage in „Der Tagesspiegel“ bei Ihrem Zeitschriftenhändler

Jeden Freitag aktuell bei Ihrem Zeitschriftenhändler

ZWEITE HAND. Ihr Anzeigenmarkt. Einfach besser.

Zehlendorf Brestgauer Straße 20 oder Argentinische Allee 221 Wilmersdorf Güntzelstraße 40 Telefon 86409106 www.delikatessendiscouter.de

„Die Mieten werden weiter steigen“

POLITIKWECHSEL Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) setzt sich von seiner Vorgängerin Ingeborg Junge-Reyer ab: Er will aktive Mietenpolitik betreiben. Die Mieterhöhungen der landeseigenen Wohnungsunternehmen hat er bereits gestoppt. Aber Müller sagt auch: Die künftige Entwicklung wird sich nur bremsen, nicht aufhalten lassen



„Als Wirtschaftsminister hätte ich es überschaubarer gehabt“: Seinen Job findet Stadtentwicklungssenator Michael Müller aber spannender. Foto: W. Born

INTERVIEW UWE RADA

taz: Herr Müller, wann sind Sie zuletzt Fahrrad gefahren?

Michael Müller: Im September. Wir sind als Familie zum neuen Park am Gleisdreieck geradelt. Da haben Sie sich wahrscheinlich rundum wohlgefühlt, weil die Berliner Autofahrer, wie Sie kürzlich im Interview gesagt haben, so rücksichtsvoll sind. Es gibt leider bei den Radfahrern wie bei den Autofahrern solche und solche. Wir wollen ein gutes Miteinander. Da muss jeder Rücksicht nehmen. Ein freundlicheres Signal haben Sie an die Mieterinnen und Mieter geschickt. Als erste Amtshandlung haben Sie die anstehenden Mieterhöhungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften gestoppt. Ist Rot-Schwarz für die Mieter besser als Rot-Rot?

Wir haben auch als rot-rote Koalition einiges gemacht, zum Beispiel weitere Privatisierungen im Wohnungsbereich gestoppt und den Schutz vor Eigenbedarfskündigungen verlängert. Daran knüpfen wir als neu gewählte Regierung an.

Ihre Vorgängerin Ingeborg Junge-Reyer erweckte oft den Eindruck, als herrsche in Berlin immer noch ein entspannter Wohnungsmarkt.

Wir haben nach wie vor keine dramatische Situation. Ich will aber auch nicht, dass die Situation dramatisch wird. Also müssen wir jetzt reagieren, um die Mietpreisentwicklung in den nächsten Jahren dämpfen zu können.

In dem Gesamtpaket, das der Senat mit den sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen anstrebt, wollen Sie weg von einheitlichen Mieten für alle Mieter in einem Haus. Vielmehr soll die Miete stärker an die individuellen Möglichkeiten der Mieter angepasst werden.

Wohl bei Neuvermietungen als auch im Bestand müssen wir kreativer werden. Es ist ja nicht so, dass es in Berlin keine Mieter mit utem Einkommen gäbe. Es gibt Mieter, die wollen, dass Bestände modernisiert werden, die akzeptieren, dass es entsprechende Mieterhöhungen gibt. Wir haben aber auch andere, die das nicht können, die schnell bei den nächsten Mieterhöhungen an ihren Grenzen kommen, die Angst

vor Verdrängung haben. Ich erwarte von den Geschäftsführern der Wohnungsbaugesellschaften, dass sie sich die soziale Struktur in ihren Beständen genau ansehen.

Der Verband Berlin Brandenburger Wohnungsunternehmen sagt: Die Wohnungsbaugesellschaften sind keine Wohnungssämter.

Ich erwarte von meinen Wohnungsunternehmen etwas anderes. Wenn wir Gesellschaften im Landesbesitz haben wollen, müssen sie anders agieren als private. Befürchten Sie nicht, dass die Gesellschaften wie die WBG handeln und sagen: Das Geld verdienen wir in Mitte, damit wir uns die billigeren Mieten in Spandau leisten können?

Wenn die Wohnungsbaugesellschaften weiterhin Mieten unter

erinnern, finde ich nicht schädlich.

Sie setzen zum ersten Mal auf das Instrument einer Zielvereinbarung. Wieso wurde das nicht früher gemacht?

Es gab Vereinbarungen, die sich hauptsächlich auf die finanzielle und wirtschaftliche Situation der Unternehmen beschränkt haben. Nun wollen wir einen nächsten Schritt machen. Jetzt geht es auch um Mieten und Baupolitik.

Haben Sie da bei den Geschäftsführern offene Türen eingemacht?

Die Geschäftsführer sehen, was in der Stadt debattiert wird. Auf der anderen Seite sagen sie aber auch: Ihr müsst als Politik sehen, was wir von all dem leisten können. Und ihr müsst uns dann auch unterstützen. Wenn sie jetzt

Neubau war für die Wohnungsbaugesellschaften bislang eher ein Fremdwort. Können die das überhaupt?

Ich denke, dass sie da gut darauf vorbereitet sind. Sie haben Flächenreserven. Und sie haben Modelle und Vorschläge, wie sie das bewerkstelligen wollen. Dazu gehört, dass natürlich auch beim Neubau die Mieten differenziert gestaltet werden können.

Also oben teuer, unten billiger. Zum Beispiel Man kann aber auch nach Ausstattung differenzieren oder unterschiedlich große Wohnungen anbieten. Eine der Forderungen der Gesellschaften lautet: Wir wollen landeseigene Grundstücke zum Nulltarif, sonst können wir nicht sozial bauen.

Das ist einer von mehreren Punkten. Allerdings macht der Grundstückspreis nur einen geringen Teil der Baukosten aus. Dennoch haben wir uns – auch mit dem Finanzsenator – verständigt, dass Liegenschaften nicht mehr nur nach dem Höchstpreis verkauft werden. Mindestens genauso wichtig ist aber auch die Flexibilität bei der Mietgestaltung.

Selbst wenn eine Wohnungsbaugesellschaft beim Neubau unterschiedliche Mieten verlangen kann, werden diese nicht unter acht Euro netto kalt liegen.

Erst mal freue ich mich über jede neue Wohnung. Auch weil es dann an anderer Stelle wieder eine Entlastung gibt. Aber sie haben schon recht: Wenn es um günstige Mieten geht, ist natürlich vor allem der Bestand gefragt. Auch hier müssen wir sorgsam agieren, damit nicht der Bestand zu einem Mietpreistreiber wird. Und dann gibt es noch die Genossenschaften.

Die ja, anders als die Wohnungsbaugesellschaften, bereits bauen.

Die Genossenschaften wollen wir als Senat besonders fördern. Da gibt es einen ersten Topf von rund 15 Millionen Euro, den wir den Genossenschaften angeboten haben. Es geht vor allem um den Bau von kleinen Wohnungen, auch in schwierigen sozialen Gebieten. Da wollen wir also mit Geld fördern, dass die Mieten entsprechend günstig sind.

Wenn Sie von der Entlastung durch den Neubau sprechen, spielen Sie auf den sogenannten Sickerereffekt an: Jemand, der

in eine teure Wohnung zieht, macht eine billige frei. Das ist die Theorie, die in der Praxis meist am Zuschlag für die Neuvermietung scheitert. Eine Möglichkeit wäre, dass die Wohnungsbaugesellschaften bei Umzügen in den eigenen Beständen auf diesen Zuschlag verzichten.

Auch das werden wir prüfen. Schließlich verändern sich auch die Lebenssituationen innerhalb der Mieterschaft. Da kann es sein, dass Mieter zwar ihre Wohnung nicht verlassen wollen. Da sollte es Angebote geben, ohne dass sich bei der Neuvermietung die Miete erhöht.

Mit Wohnungsneubau alleine werden Sie der steigenden Mieten aber nicht Herr werden. Mit welchen Instrumenten wollen Sie dem Druck sonst noch begegnen?

Man muss ehrlich sein: Alles, was wir machen und vorhaben, hilft. Aber es wird die Entwicklung auf dem Mietenmarkt nach oben nicht stoppen können. Auch 300.000 städtische Wohnungen sind nur ein kleiner Teil des Marktes. Was die Instrumente angeht, haben wir zwei im Auge. Zum einen unsere Bundestrategie, die die Mietsteigerungen und die Modernisierungsumlage begrenzen soll.

Da war Schwarz-Gelb bislang kein Freund der SPD.

Das liegt momentan im Bundesrat, weil es im Zusammenhang mit der Mietinitiative der Bundesregierung diskutiert werden soll. Tatsächlich ist leider nicht zu erkennen, dass wir von anderen Bundesländern viel Unterstützung bekommen. Wir bleiben aber aktiv, zumindest andere Städte haben ähnliche Probleme. Das Zweite ist die berühmte Zweckentfremdungsverordnung.

... bei der Ihr Koalitionspartner CDU auf die Bremse tritt.

Nein. Das Problem ist, dass die Gerichte ebendiese Verordnung in der Vergangenheit für nichtig erklärt haben. Die Begründung damals: Es gebe genug freien Wohnraum, der ein Zweckentfremdungsverbot unnötig mache. Wir prüfen nun, ob da angesichts des steigenden Drucks auf den Wohnungsmarkt eine Wiedereinführung möglich ist.

In Hamburg werden Eigentümer in Milieuschutzgebieten zu sozialen Zielen verpflichtet.

Kommen die Eigentümer dem nicht nach, kann die Kommune das entsprechende Grundstück selbst kaufen. Kann Berlin von Hamburg lernen?

Das ist so. Genauso wie wir auch von München lernen können, wo es bei Neubauprojekten die Auflage an Investoren gibt, für bestimmte Wohnungen eine Sozialbindung zu akzeptieren. Das alles sehen wir uns genau an.

Wird Ihnen manchmal angst und bange, wenn Sie sehen, wie die Mieten in Berlin steigen und wie wenig Instrumente Ihnen im Gegenzug da zur Verfügung stehen?

Die Mieten lassen sich nicht auf Knopfdruck stoppen. Die Instrumente, die da sind, will ich aber nutzen. Ich will die Mietenpolitik aktiv gestalten und nicht nur zuschauen. Trotzdem wird die Entwicklung in den kommenden Jahren so sein, dass die Mieten Schritt für Schritt steigen. Und oft geht damit ja eine Modernisierung des Bestandes einher. Das ist ja nichts Negatives. Wer zahlt schon gerne hohe Energiekosten? Gerade wegen einer Modernisierung sind Mietsteigerungen dann hoffentlich warmmietenneutral.

Als Wirtschaftsminister hätten Sie dafür sorgen können, dass nicht nur die Mieten steigen, sondern auch die Einkommen. Wäre das nicht der bessere Posten für Sie gewesen?

Als Wirtschaftsminister hätte ich es etwas überschaubarer gehabt. Spannender und interessanter ist dagegen die Aufgabe als Stadtentwicklungssenator.

Werden Sie die vollen fünf Jahre der Legislaturperiode im Amt bleiben?

Nun bin ich doch gerade erst angekommen, habe meine Kisten ausgepackt und lerne jeden Tag. Ich freu mich auf die nächsten fünf Jahre.

2013 könnte das Amt des Regierenden Bürgermeisters vakant werden.

Das ist nicht zu erkennen.

Michael Müller

Über elf Jahre lang war der 47-Jährige Tempelhofer Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Seit Dezember ist er Senator für Stadtentwicklung. Darüber hinaus ist er Landeschef der SPD. Müller gilt als möglicher Nachfolger von Klaus Wowereit als Regierender Bürgermeister.

Die Wohnungsbaugesellschaften haben einen speziellen Gemeinwohlauftrag. Daran müssen sie sich orientieren

dem Mietspiegelniveau anbieten, in ihre Bestände investieren und ihre Verschuldung zurückfahren sollen, dann muss ich ihnen auch die Chance geben, in einigen Beständen Geld zu verdienen.

Sie haben gerade sehr energisch gesagt: „meine Wohnungsbaugesellschaften“. Ist das etwas, was Sie betonen müssen, weil es in der Vergangenheit nicht immer selbstverständlich war, dass das Land der alleinige Gesellschafter der WBG, der Stadt und Land, der Gesobau, der Gewobag, der Howoge und der Degewo ist?

Ja. Es gibt aus gutem Grund städtische Unternehmen. Das sind ja nicht nur die Wohnungsbaugesellschaften, das ist auch Vivantes, die BVG oder die BSR. Wir wollen diese Unternehmen in Landesbesitz, weil sie einen elementaren Lebensbereich der Berlinerinnen und Berliner abdecken. Dann muss auch den Geschäftsführern der Wohnungsbaugesellschaften klar sein: Sie sind landeseigene Unternehmen mit einem speziellen Gemeinwohlauftrag. Daran haben sie sich zu orientieren, und sie tun das ja auch. Ab und zu daran zu

also auch noch bauen sollen, dann kann ich als Senator nicht sagen: Ihr dürft nie und nimmer Geld verdienen.

Das Thema Neubau nimmt im Koalitionsvertrag breiten Raum ein. Allerdings schwirren da auch unterschiedliche Zahlen durch den Raum. Zum einen wollen Sie 30.000 Wohnungen neu bauen. Zum anderen sollen die Bestände der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften von 270.000 auf 300.000 aufgestockt werden.

Wir wollen zum einen mindestens 30.000 zusätzliche Wohnungen haben.

... die bauen die Privaten, auch ohne dass es SPD und CDU in den Koalitionsvertrag schreiben.

Ein Selbstläufer ist das nicht. Wenn wir sagen, wir wollen 30.000 neue Wohnungen, dann können das private und städtische sein. Wir haben zweitens den Anspruch, dass die Gesellschaften ihre Bestände auf insgesamt 300.000 Wohnungen erhöhen. Dass muss nicht Neubau sein, das kann auch der Zukauf aus anderen Beständen sein. Da kann es also Schnittmengen geben, muss aber nicht

Der unverstandene Pate

Das Werk des Situationisten und Gesellschaftstheoretikers Guy Debord gilt als zentrale intellektuelle Inspiration der Occupy-Bewegung. Warum eigentlich?

Als sich der marxistische Philosoph und Künstler Guy Debord im November 1994 das Leben nahm, nach zehn Jahren eines zurückgezogenen, aber keineswegs stillen Lebens auf seinem Hof in der Auvergne, verwandelte er sich vollends in eine Figur der zeitgenössischen Kunst. Für ihre Geschichtsschreibung würde er zum letzten Helden einer ästhetischen Avantgarde, die nicht nur immer weiter nach vorn gedrängt zu haben, sondern sich auch in immer weiteren Sessungen verloren zu haben schien, bis sie, vermeintlich, in der absoluten Vereinzelung ankam. Von seinem philosophischen Werk blieben in dieser Metamorphose nur zwei Stichwörter übrig: die „dérive“, das wilde Streifen, das willentliche Sich-Verlieren in der (urbänen) Landschaft, und das „détournement“, die „Umkehrung“, eine Form des künstlerischen Umgangs mit den Bildern und Texten, die von der Warenkultur pausenlos hervorgebracht werden, in dem diese plötzlich eine Wahrheit über sich selbst offenbaren sollen.

Einem solchen „détournement“ fiel am Ende offenbar auch Guy Debord selbst, der im „Star“ die „spektakuläre Darstellung der lebendigen Menschen“ gesehen hatte, nach seinem Tod inheim, indem er nämlich selbst zu einem „Star“, zur „Star-Ware“ und also einem Spektakel wurde. So sehr, dass die französische Regierung seinen Nachlass 2009 zum nationalen Erbe Frankreichs erklärte und mit dieser Entscheidung einen Verkauf an die Yale University verhinderte.

In jüngster Zeit trulassen ist der politische Theoretiker Guy Debord zurückgekehrt. Aber er sieht blässer aus als je zuvor, weil nun auch seine Lehre als Star-Ware behandelt wird. Denn wiedergekommen ist er als immer nur kurz aufscheinende Referenz, als Name, den man aufruft wie eine feste Adresse, die jedem lebenden Menschen vertraut sein sollte – was er aber keineswegs ist. Ein Spuk ist



Keine Klagen: Guy Debord 1959 in München. Foto: AG/Electa/Leemage

Guy Debord geworden, ein geisthaft auftretender Pate einer ewig diffus bleibende Bereitschaft zur Revolte. Das war schon vor vier Jahren so, als die Begeisterung der Medien für den abstrakten Antikapitalismus des Manifests „Der kommende Aufstand“ des „unsichtbaren Komitees“ von lauter Hinweisen begleitet wurde, es habe seine Inspiration bei Guy Debord gefunden. Und schaut man sich die Literaturlisten für die Lehrveranstaltungen deutscher Kunstakademien an, entsteht der Eindruck, Guy Debord sei einer der gegenwärtig wichtigsten Theoretiker der Kunst.

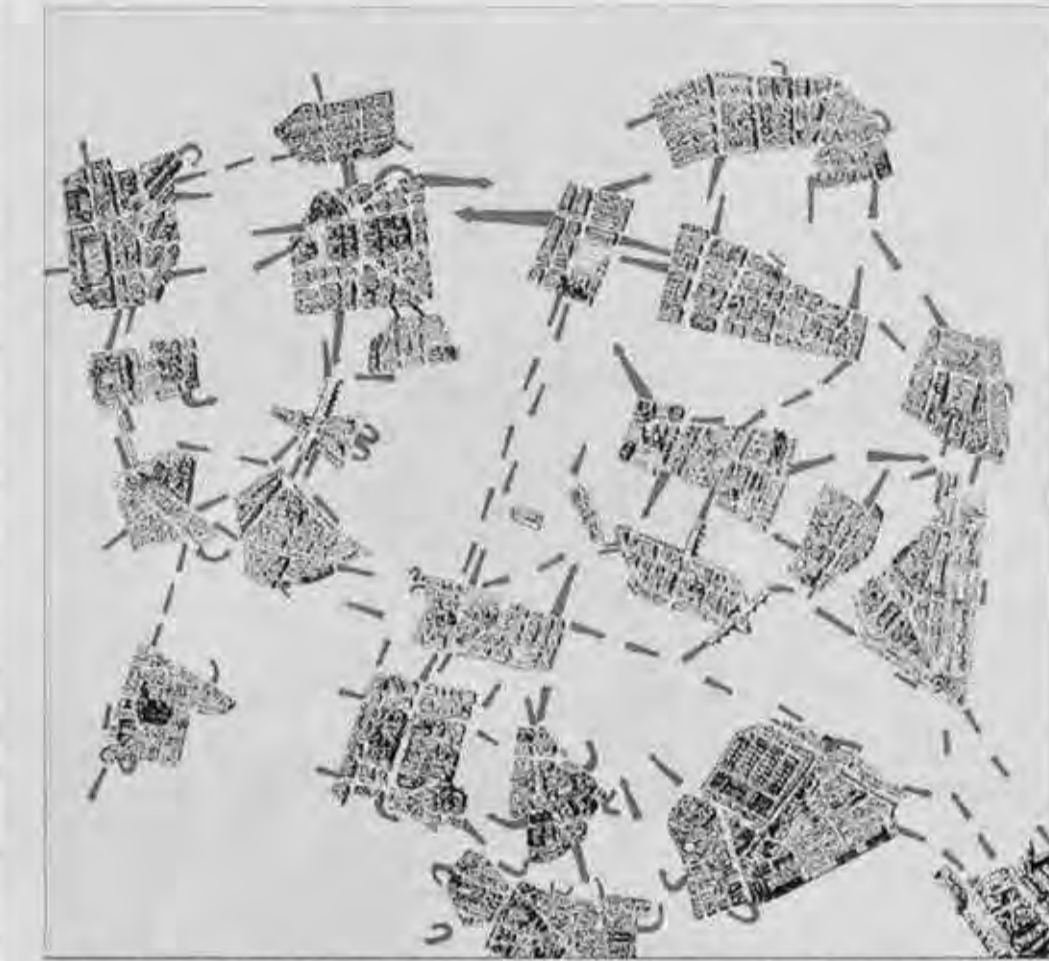
Bet Kalle Lasn, dem Kanadier, der im vergangenen Jahr die Bewegung „Occupy Wall Street“ erfunden haben soll, gilt er als Ahn des zeitgemäßen Widerstands gegen den Zustand der Welt. „Ich bin stark beeinflusst von Guy Debord und den Situationisten“, behauptet er in fast jedem seiner vielen Interviews, ohne je zu erklären, worin der Einfluss nun bestehen soll. Auch als sich der grüne Politiker Daniel Cohn-Bendit unlängst zu einem wütenden Gespräch mit dem kommunistischen Philosophen Slavoj Žižek und dem Schriftsteller Dietmar Dath traf, wurde selbstverständlich Guy Debord angerufen – und dann mit dem kennehrhaft herablassenden Hinweis erledigt, die Geschichte des Situationismus (der von Guy Debord begründeten Kunstrichtung) sei eine Geschichte des Scheiterns, so als gelte das nicht für alle Gruppenungen der ästhetischen Avantgarde seit dem Jahr 1919, als André Breton und Max Ernst den Surrealismus erfanden.

Aber steht Guy Debord für eine solche Inanspruchnahme? Das wichtigste theoretische Werk Guy Debords ist ein Taschenbuch im mittleren Format, das, in großen Lettern und auf nicht einmal zweihundert Seiten, die „Gesellschaft des Spektakels“ (1967) in 221 Thesen zu erklären trachtet. Dieses Buch ist in den vergangenen Jahren immer lieber beige geworden, aber es ist nicht leicht zu lesen. In

Ein genialer Einzelner ist es, der hier spricht, und er will als genialer Einzelner wahrgenommen werden

der 49. These heißt es: „Wenn das Geld als Vertretung der zentralen Äquivalenz, d. h. als Vertretung der Austauschbarkeit der vielfältigen Güter – deren Gebrauch unvergleichbar blieb – die Gesellschaft beherrscht hat, ist das Spektakel seine moderne, entwickelte Ergänzung, in der die Totalität der Warenwelt als allgemeine Äquivalenz mit all dem, was die Gesamtheit der Gesellschaft sein und tun kann, im Ganzen erscheint.“ Die Thesen sind nicht nur als Ableitung im philosophischen Sinne geschrieben, sie setzen nicht nur voraus, dass man mit den beweglichen Kategorien des Hegelschen Denkens vertraut ist, sondern sind auch in einer Art philosophischer Kurzschrift verfasst, die in ihrem zumeilen anmaßenden Duktus offenbar ebenso irritieren soll wie sie in ihrer Virtuosität beeindruckt. Ein genialer Einzelner ist es, der hier spricht, und er will als genialer Einzelner wahrgenommen werden.

Die „Gesellschaft des Spektakels“, so Guy Debord, sei über viele Jahrhunderte hinweg vorbereitet worden und schließlich mit dem „Überfluss“ den der entwickelte Kapitalismus schafft, in die Welt getreten: als totale Herrschaft des Abstrakten über die Welt. Dieses Abstrakte sei das Geld: eine „aus Materie übertragene Weltanschauung“ von unheimlicher Wirkungsmacht. Es verwandelt nämlich alles und jeden in eine Ware – und eine jede Ware sei eben nicht nur durch ihren praktischen oder ideellen Wert bestimmt, sondern zugleich ein magisches Bild, ein Fetisch, der nach unbedingter Aufmerksamkeit heische und alle anderen Warenbilder zu verdrängen trachte. Was daraus entstehe, sei also nicht nur die „völlige Besetzung des gesellschaftlichen Lebens“ durch die Ware, sondern auch ein massenmediales Spektakel, ein entfesselter Jahrmarkt, auf dem ein jedes Ding in einem fort „Nimm mich wahr!“ ruft. Der daraus entstehende universale



Die „Psychogeographische Karte“ von Paris, von Guy Debord 1957 angefertigt. Sie soll die Stadt so aufzeichnen, wie sie von einzelnen Besuchern tatsächlich erlebt wird – wider das Bild der Stadt. Foto: Archiv

Bildkult sei nun längst bis in die letzten Winkel des Alltags vordringen und habe das Innerste der Menschen ergriffen. Ökonomische Analyse und Geschichtsphilosophie, Bildtheorie und ästhetisches Manifest geben in diesem kleinen Werk ineinander. Dabei verbarft Guy Debord nie lange genug bei einem Gegenstand, als dass der Leser bei seinem Versuch, zu verstehen, was der Philosoph wie selbstverständlich voraussetzt, auf festen Grund kommen könnte.

Die „Organisation „Occupy Chicago“ rufi nun – wie viele andere Kapitel der Bewegung, und wie auch viele ihrer Sympathisanten – zur gemeinsamen Lektüre Guy Debords auf. „Wir werden unser Abenteuer von Diskussion und Ideologie leiten lassen, und unsere eigenen Erkundungen werden sich den strömungsartigen Bewegungen der Einkaufenden in ihrem Konsumwahn entgegensetzen.“ Doch hat ein solches Programm in der Sache mit einerseits mit dem selbstgefälligen „Stalinismus vergangener Tage, erkennen, in Anspruch auf „Abenteuer“ (das man ja nicht um eines objektiven Anliegens willen, sondern seiner selbst wegen sucht), mehr zu tun als mit der Theorie Guy Debords – ganz abgesehen davon, dass Guy Debord alle „Ideologie“ für einen kapitalen Fehler hielt. „Die revolutionäre Theorie ist jetzt jeder revolutionären Ideologie feind, und sie weiß, dass sie es ist.“ (These 124). Trotzdem buchstabierte das „Occupy“-Kapitel Chi-

cago nun, wie die gesamte Bewegung, die magischen Wörter „dérive“ und „détournement“ nach, und Kalle Lasn erklärt die „Umkehrung“ nach Guy Debord zu einem „big thing“, das dazu geeignet sei, selbst eine so große Firma wie Nike schnellfüßig „auf die Matte zu legen“.

Dennoch hat sich von der Theorie Guy Debords zumindest eine Ahnung durchgesetzt: nämlich die Vorstellung, die Welt habe sich verändert in einen unüberwindlichen Zusammenhang von falschen Dingen, in eine gigantische Lüge oder eine „Fatalität, die kein Mensch be-

Occupy hat mit selbstgefälligem Spontaneismus mehr zu tun als mit Debords Theorie

herrscht.“ Würde dieser Gedanke Guy Debords nach vor zehn Jahren (gegen ihren Sinn) dazu benutzt, die Macht der neuen Kommunikationstechniken anzuprangern, also die alte kulturkritische Idee von der Manipulation der Massen durch die modernen Medien wiederzubeleben, so ist er mittlerweile aufgegangen in einer die ganze Welt umgreifenden Verschwörungstheorie, in deren Mitte die Banken, die Hedgefonds oder der IWF stehen – oder eben die „Wall Street“ als der Ort, auf dem die lebenden Toten der Finanzwirtschaft vermeintlich ihr Unwesen treiben.

Dass Guy Debord selbst diese Fatalität begriffen zu haben behauptete, dass er das Ergebnis einer ökonomischen Ableitung ist, zu der auch eine Theorie der Zeit, eine Theorie der kommunikativen Bewegungen, eine Theorie des Raums sowie eine Theorie der Kunstepochen unter besonderer Berücksichtigung des Barock (weil das Barock die Welt in ein Theater verwandelt habe) gehören, und das alles in einem einzigen, rasenden Lauf der Gedanken – das alles weicht jetzt zurück gegenüber der einen Idee, man könne die Welt nur noch als totales „halluzinatorisches gesellschaftliches Faktum“ begreifen. Der Umstand, dass Guy Debords theoretische Anstrengungen nicht wahrgenommen werden (und dass seine grundsätzliche Feindschaft gegenüber „herrschenden Verhältnissen“ als Opposition missverstanden wird), erscheint so nicht nur als Folge einer intellektuellen Bequemlichkeit – oder des Unwillens, sich mit ihm theoretisch auseinanderzusetzen. Vielmehr drückt sich in diesem Desinteresse auch das Verlangen aus, sich die Welt so vorzustellen, als sei sie, in allen ihren Elementen, von einem bösen Geist verzaubert worden.

Guy Debord war nicht nur ein Philosoph, sondern auch ein Künstler. Oder genauer: Er war Philosoph, indem er auch Künstler war, und seine Kunst bestand in Versuchen, dem allgemeinen „Spektakel“ wenigstens ein Innerhalten abzurufen: Die sechs Filme, in denen er 24 Minu-

ten schwarzes Schwauen oder einfach nur seine Freunde zeigte, galten ihm als Notwehr gegen die Flut der spektakulären Bilder. Und die „dérive“, das wilde Durchstreifen der Stadt als Strategie einer neuen Urbanität, soll das Abstrakte wieder in etwas Konkretes verwandelt und im direkten Gegenüber von Erfahrung und Bild die Reflexion wieder freisetzen, die das Spektakel einst überwältigte. Der Kunst kam so nicht nur die Aufgabe zu, der Theorie eine Praxis zu verleihen, sondern sie sollte auch Vorgriff sein auf das, was mit und nach der Revolution Leben sein sollte: die „Nordwestpassage“ der Geographie des wahren Lebens.

Aber auch von dieser Kunst bleibt bei den jüngsten Anhängern Guy Debords allenfalls das Geiste, das Verlangen nach einem Signal, Gewiss, wenn sie, als Schauspieler eines wiedergekehrten Nomadentums, vor den großen Börsen der Welt ih-

Seine Kunst bestand darin, dem allgemeinen „Spektakel“ immerhin ein Innerhalten abzurufen

re Zeit aufschlagen, dann mag dieser Aktion eine Gedanke des Philosophen zugrunde liegen, dass nämlich der Nomade die Welt zurücklässt, wie er sie vorfindet, weil seine Zeit nicht geschichtlich, also voranschreitend, sondern zyklisch verfasst ist. Und die Masken der Demonstration mögen ein Zeichen der radikalen Fremdenhaft sein, die jedem Menschen durch die Warenform aufgezwingen wird. Guy Debord begriff sich indessen als Revolutionär, und der klagende Gestus der Occupy-Bewegung, der moralische Appell – an wen gerichtet? an die Banken? an die Politiker? – die Welt doch bitte nicht zugrunderzurichten, wäre ihm von Grund auf fremd gewesen. Dieser Appell mit seinem aggressiv-romantischen Gestus gehört zu einer eingebildeten Revolte, die von Jürgen Kautz in der FAZ zurecht schrieb, sie gehöre zu einer neuen Art „Jugendliteratur“.

Und von Grund auf zuwider wäre ihm der sich über alle Unterschiede und Widersprüche hinwegsetzende Eklektizismus der guten Sache gewesen, der seine Lehre ebenso naiv wie vereinnahmend neben das leere Pathos in Stéphane Hessel, „Empört euch“ stellt oder neben die Forderung des amerikanischen Literaturwissenschaftlers und Occupy-Aktivisten Mark Greif, niemand müsse mehr als hunderttausend Dollar im Jahr verdienen. Solche Kritik, schrieb Guy Debord in der 197. These der „Theorie des Spektakels“, beschreibe lediglich „eine Art von negativem Überschuss, (...) jene irrationale parasitäre Wachstums“. Zu dem Glauben, die Welt sei von einem bösen Geist verzaubert, gehört diese Art des Protests wie zum Zauber der Gegenzauber – in seiner ganzen Wahnhaltigkeit und in seiner ganzen Partisanenart, aus dem die Occupy-Bewegung im wesentlichen zu bestehen scheint, ist das Campen vor der Börse ein Akt des moralischen Exorzismus, mit die Gier und die Rücksichtslosigkeit der Finanzwirtschaft ausgetrieben werden soll. „Wer passiv sein täglich fremdes Schicksal erliden, wird daher zu einem Wahnsinn getrieben, der illusorisch auf dieses Schicksal reagiert, indem er sich mit magischen Techniken behilft.“ Am Moralisieren aber, schrieb Guy Debord im Jahr 1998 in den „Kommentaren zur Gesellschaft des Spektakels“, sei ihm nicht gelegen. Er begnüge sich damit zu zeigen, was sei. THOMAS STEINFELD

Schreiben sie erfolgreich Ihr erstes Buch!

Sie möchten einen Roman schreiben? Einen Krimi? Oder ein Kinderbuch? Erfüllen Sie sich Ihren Traum!



„Das Studium an der Schule des Schreibens hat mir einen Jugendtraum ermöglicht, ich wollte schon als Kind Autoren werden, inzwischen habe ich drei Bücher veröffentlicht und schreibe gerade an meinem nächsten Roman.“

Herta Blecher, Hage, Absolventin der Schule des Schreibens

Tun Sie jetzt den ersten Schritt!

Die Schule des Schreibens bietet Ihnen mit sieben Lehrgängen eine bisher im deutschen Sprachraum einzigartige Ausbildung in der Kunst und den Techniken des Schreibens. Sie werden umfassend ausgebildet, z. B. in folgenden Genres:

- Roman, Kurzgeschichte
- Krimi
- Kinder- oder Jugendbuch
- Sach- und Fachbuch
- Journalistisches Schreiben

Wir fördern Ihre individuellen Stärken
Das Handwerk des Schreibens werden Sie relativ leicht lernen, Schwieriger ist für die meisten Menschen die Frage: Welches Genre entspricht mir? Habe ich den langen Atem für einen Roman? Oder liegt mir die Kurzgeschichte? Wie finde ich mein Thema, wie zu meinem Stil? Die Schule des Schreibens unterstützt Sie in all diesen Fragen ganz individuell. Mit professioneller und persönlicher Betreuung durch erfahrene Autoren und Lektoren.

Roman-Werkstatt
Schreib Dein Buch!

Jetzt GRATIS testen!

Ihr GRATIS-Gutschein berechtigt Sie zum kostenlosen Test Ihres Wunschlehrgangs. Fordern Sie Ihr Infopaket heute noch an!

GRATIS-Gutschein

Für 4-teiliges GRATIS-Angebot für Süddeutsche Zeitung-Leser ab 18 Jahren

Schicken Sie mir bitte das Gratis-Infopaket der Schule des Schreibens zu.

Ich interessiere mich für

- Die Große Schule des Schreibens – eine umfassende Gesamtbildung
- Die Große Schule der Belletristik
- Die Roman-Werkstatt **Neu!**
- Belletristik
- Kinder- und Jugendliteratur
- Schreiben für Sach- und Fachmedien
- Journalismus

Alle Lehrgänge geben (mit Ausnahme von der Sachbuch- und Journalismus-Lehrgänge) ein kostenloses Leihpaket mit!



www.schule-des-schreibens.de

0800 242 0800 (gebührenfrei)

+49 (0) 658 09 72 (aus dem Ausland)
Fax: 040 658 09 33 · Postfach 601010 · Mail: S - 20104

Vorname: _____ Name: _____
 Straße/Hausnummer: _____
 Postleitzahl/Wohnort: _____

Schule des Schreibens · Döberner Weg 18 · 22143 Hamburg

www.schule-des-schreibens.de

Schule des Schreibens
Döberner Weg 18
22143 Hamburg

Die Hipster, die ich rief

In Berlin-Neukölln zeigt sich: Auf die Gentrifizierung schimpfen immer die am lautesten, die damit begonnen haben

Antje Borchardt denkt jetzt manchmal, dass ihre Gäste zu viel Geld haben. Sie bestellen mehr als sie essen können. Suppe, Pastagericht und dann noch den Apfelstrudel. Deswegen müssen Borchardts Mitarbeiter an einem Samstag wie diesem nahezu unberührte Speisen von den Telfern in den Mülltonnen kratzen. Borchardt ist genervt. Die meisten Gäste erwarten wohl nicht, dass die Portionen so groß sind, weil alles weniger als zehn Euro kostet. Die Gerichte im „Freien Neukölln“, Borchardts Lokal, sind billig verglichen mit den Preisen in München, Stockholm, Barcelona oder New York. „Unsere Preise sind für den Kiez gemacht“, sagt Borchardt. „Das sind Neuköllner Preise.“ Nur das „Freie Neukölln“ liegt zwar im Berliner Bezirk Neukölln, aber die Gäste sind keine Neuköllner, jedenfalls noch nicht lange.

Viele sind aus Spanien, Skandinavien oder den USA in die Stadt und den Bezirk der Stunde gezogen, manche sind auch bloß mit der U-Bahn aus Berlins Mitte gekommen oder mit dem Möbeltransporter aus „Süddeutschland“, wie Matthias Merkle sagt. Antje Borchardts Partner, geboren in Freiburg im Breisgau, aber seit acht Jahren in Neukölln zu Hause. Das Geld dieser Leute, an denen Borchardt und Merkle verdienen, ist im Problembezirk doppelt so viel wert. Deswegen ist der Problembezirk längst zum Freizeitpark des internationalen Hipsterturnus geworden.

Die Pioniere des Viertels schumpfen auf die Spanier, auf junge Eltern und auf die Hipster

Die einst tiefgraue Weserstraße, in der das „Freie Neukölln“ vor fünf Jahren die erste angesagte Lokalität war, ist die nächste beste Feiermeile Berlins. Das Stadtmagazin *top* fühlte sich schon genötigt, den Wandel Neuköllns mit den Achtziger Jahren in New Yorks Lower East Side zu vergleichen und sogar die *New York Times* schwärmte von einer „kreativen Welle“. Vor allem ründ um das „Freie Neukölln“, im Norden des Bezirks, wegen der Nähe zum etablierten Kreuzberg „Kreuzkölln“ genannt, reihen sich nun Bars, Galerien, Boutiquen und Bioläden aneinander.

Antje Borchardt und Matthias Merkle waren die Pioniere dieses sehr exemplarischen Gentrifizierungs-Prozesses, doch in einem Video-Essay, das der gelernte Filmemacher Merkle vor einiger Zeit auf seiner Plattform „Sender Freies Neukölln“ veröffentlicht hat, heißt es: „Es tut uns leid, dass wir diese beschlossene Bewegung losgetreten haben.“ In dem Filchen beschimpft Merkle in ruhendem Englisch seine Kunden als „internationales Pack“. „Ihr seid Touristen und werdet es immer bleiben.“ Die Aufregung war groß. Online warfen unzählige Kommentatoren Merkle vor, xenophobe Schreckgespenster zu beschwören.

Nun sitzt Merkle im verträuchten Hinterraum seiner Kneipe, die ebenso dunkel wie undekoriert ist. Er sagt: „Das war natürlich ironisch zugespitzt. Ich habe nichts gegen Spanier oder Amerikaner.“ Es geht ihm nur um die Ignoranz und Arroganz dieser Gruppen „super-globalisierter, von Mami und Papi finanziert“er Zugereister, die hier auf Englisch ihre Jägermeister-Runden bestellen und sich null für die Geschichte und die Besonderheiten von Neukölln interessieren.“

„Der Spanier“, wie er auch in Merkles Ausführungen immer wieder auftaucht, hat sich unter den vermeintlich weltgewandten und -offenen Anwohnern in der Gegend als Feindbild etabliert. Keiner nannte einen, sie würden bald niemanden mit spanischem Akzent bedienen. Bekannte erzählen, sie müssten sich ein neues Frühstückscafé suchen, weil im alten mittlerweile „zu viele Spanier“ verkehrten. Nachbarn rühmen sich damit, Wasserbomben auf die lärmenden „spanischen Horden“ unter dem Balkon zu werfen. „Irgendwelche kreativen Spanier“ seien es, die für ein paar Monate



Wenn das Hipster-Idyll entdeckt wird, folgt bald schon die Gentrifizierung – die Pannierstraße in Neukölln. Foto: Matthias Luedecke/totalfinder

ein paar Projekte nach Berlin ziehen und die Mietpreise hochtreiben, klagt eine Frau während sie sich mit hundert anderen Interessierten während einer Besichtigung durch eine freistehende Zwei-Zimmer-Wohnung drängt. Am Eingang eines sogenannten „Gallery Space“ in der Weserstraße war lange ein Aushang zu sehen, auf dem stand: „Sorry, no Entry for Hipsters from the US“. Und: „The capacity of spanish hipsters and tourists is almost overdoad.“

Der Leerstand und die soziale Not Neukölln hat in den letzten Jahren kreativen Freiraum ermöglicht. Die Läden und Wohnungsmieten waren niedrig und diverse Förderprogramme der Stadt ermöglichten es Kunstschaffenden und Hobby-Gastronomen, sich anzusiedeln. Doch jetzt, so droht ein Barbetreiber, der ungenannt bleiben will, „ist das Boot eben voll“. Es geht nicht um die Frage, wem die Stadt gehört, sondern darum, wer zuerst da war.

Die Hipster wollen sich von der Mehrheit abgrenzen, aber doch unter Gleichgesinnten leben

Teil der Gentrifizierung ist immer auch die Wut auf die Gentrifizierung. Nicht weil vom „Freien Neukölln“ prangt an inner Hauswand ein frisches und doch anachronistisches Graffiti „Yuppies go home“. Die Großstadtspezies der Yuppies ist freilich ausgestorben. In Nordneukölln sind es neben den Spaniern eigentlich zwei aktuellere Gruppen, auf die jene schimpfen, die wie Merkle dazu beigetragen haben, dass die Gegend hip wurde: Eltern mit teuren Kinderwagen und die „Hipster“, Menschen mit hoher Affinität zu sämtlichen Spielarten der Popkultur, großen Brillen, engen Ho-

sen und Second-Hand-Parkas. Diese Bevölkerungsgruppen prägen immer dann das Straßenbild, wenn die Aufwertung eines urbanen Gebiets abgeschlossen ist – und sie führen vermutlich den vor ihnen Zugereisten vor Augen, dass sie ersetzt sind (Hipster) oder dass ihr Lebensstil endlich ist (Eltern). Derzeit kursiert in den Blogs und sozialen Netzwerken ein neues Filmchen. „Der Berliner Hipster“ ist eine Parodie im Stile einer Dokumentation über exotische Tierarten. „Ausgewachsene Exemplare stellen ihren Status gerne durch einen Vollbart dar“, heißt es darin, „immer häufiger sieht man sie in locke-



Kein Einlass für US-Hipster - Schild am Gallery Space. Foto: GH

ren Verbänden durch Neukölln und Kreuzberg ziehen.“ Produziert hat den Clip das Künstlerkollektiv „Polyeyed Phantom“, das allem Anschein nach aus Berliner Hipster besteht. Aber wie heißt es in dem Werk so treffend: „Gmsö mehr ein Hipster in die Beschreibung passt, umso weniger wird er sich mit ihr identifizieren.“ Dieser Widerspruch des Hipsterdaseins, sich einerseits durch einen Wust an Distinktionsmerkmalen von jeder Mehrheit abgrenzen zu wollen und doch inmitten von Gleichgesinnten zu leben, sorgt in allen Hipstervierteln dieser Welt früher oder später für eine Art Selbsthass. Im Londoner Bezirk Hackney machten sich Hipster mit dem Fotoblog „Hackney Hipster Hate“ über Hipster lustig, in New York mit einem ähnlichen Blog namens „Loaf at this fucking hipster“.

Anfang Januar sitzen vier junge Männer in lehrigen Wollpullovern im „Freien Neukölln“ – in dem aus Prinz: „immer noch kein Latte Macchiato se.“ Immer noch kein Latte Macchiato se.“

Zwei der Männer tragen Baumwolltragetaschen mit dem Aufdruck des Edelkloos „Do you read me?“ in Berlin-Mitte bei sich. „Do you read me?“ hat sich mit einer gut sortierten Auswahl an Kunstmagazinen und Gegenwartslektüre einen Namen gemacht. Die Taschen sind zu einem Erkennungsmerkmal der anspruchsvollen Kreativen geworden – und man erkennt sich mittlerweile oft. Darauf angesprochen sagt einer der Männer, es sei schade, dass der Laden „so überannt“ werde, das sei früher anders gewesen. Der Mann ist vor zwei Jahren

aus Braunschweig nach Berlin gezogen. „Ich habe das Gefühl, „Do you read me?“ gehört jetzt zum Wochenendprogramm der Easyjet-Touristen aus Barcelona, sieht wahrscheinlich im Lonely Planet“, sagt der Mann.

zu Pablo gehört zu den Invasoren. Er ist zum ersten Mal in Berlin, er besucht Vicente, seinen Kumpel aus der Heimat Madrid. Vicente studiert für ein Erasmusjahr in Berlin, Geschichte, er lebt unweit vom „Freien Neukölln“. Es ist kurz nach eins, die Samstagnacht beginnt gerade, Pablo bestellt in einer dieser Bars in der Weserstraße, die aussehen, als betriebe sie ein Franchise-Unternehmen, weil die Wände immer gleich unverputzt sind,

Drei Studenten können für eine WG-Wohnung eben mehr bezahlen als eine Hartz-IV-Familie

noch einen Korn und noch ein Bier. Es sei nett hier, sagt Pablo, billig. Vicente hätte nicht zu viel versprochen. „Es sieht hier aus wie überall in coolen Städten, es ist international, man kann gut Party machen.“ Vicente weiß, dass es Leute gibt in Neukölln, die sich über die vielen Touristen und Zugereisten wie ihn beschwerten. „Was ist ihr Problem“, sagt er, „sollen sie doch froh sein, dass sie in einer Weltmetropole leben.“

Nach dem nächsten Korn schreit Vicente: „Vielleicht bastle ich mir einen gelben Spanier-Stern und nähe ihn nur an die Jacke. So macht ihr das doch in Deutschland!“ Später stehen Pablo und Vicente in einem dieser vielen Nachtclubs, die in Berlin „Späts“ heißen. Die meisten dieser „Späts“ gehören türkischstämmigen Betreibern. Ali, in Neukölln geboren, reicht Pablo den Tabak, er sagt: „Ich mag die Weserstraße wie sie jetzt ist, ich fühle

mich nachts sicherer, weil heutzutage immer was los ist.“ Das Anti-Spanier-Schild an dieser Galerie hat er auch gesehen, er findet es traurig und lustig zugleich. „Uns Türken würde von den Deutschen doch auch immer gesagt, dass wir uns benehmen sollen in Deutschland. Jetzt sind die armen Spanier dran.“

Antje Borchardt und Matthias Merkle konnten sich ihre Fabriketage in der nahe gelegenen Sonnenallee nicht mehr leisten, obwohl das „Freie Neukölln“ gut läuft, die Miete sollte um die Hälfte steigen, jetzt lebt das Paar am Potsdamer Platz. Sie hätten sich das ganz anders vorgestellt. Das „Freie Neukölln“ sollte ein Treffpunkt für alle sein, die Migranten, die Studenten, die Arbeitslosen. Aber die türkischen Männer blieben in ihren Vereinen und die Studenten setzten sich nicht zu den Arbeitslosen. Die letzten verbliebenen Arbeitslosen gehen ohnehin lieber in die letzte verbliebene Eckkneipe eine Querstraße weiter.

Warum muss die Party ausfern? Warum kommen danach sofort die Immobilienspekulanten?

In der Tat findet in Neukölln ein Verdrängungsprozess statt. Die Mietpreise stiegen zwischen 2007 und 2010 um 23 Prozent, mehr als in allen anderen Berliner Bezirken. Und auch, wenn die Gegend nach wie vor in erster Linie Studenten und Freiberufler anlockt und noch nicht wirklich zahlungskraftige Klientel auf der Suche nach Eigentumsimmobilien, so können drei Studenten für eine als WG genutzte Drei-Zimmer-Wohnung eben mehr zahlen als die dreiköpfige Familie, die von Hartz IV lebt. Außerdem werden viele Mietwohnungen mittlerweile als Ferienapartments genutzt.

Wegen solcher Entwicklungen in Neukölln und anderen Stadtgebieten beschloss der rot-schwarze Senat im neuen Koalitionsvertrag die Schaffung von 30 000 neuen Sozialwohnungen. Kritiker monieren, dass weiterhin hauptsächlich private Unternehmen für die Bereitstellung von Mietwohnungen verantwortlich sind und dafür von Land Berlin mit günstigen Krediten versorgt werden. Daten der Jobcenter belegen: Viele sozial bedürftige Menschen, Arbeitslose, Migranten, Mini-Jobber, müssen Neukölln verlassen und ziehen an den Stadtrand. Sie verschwinden einfach. Von ihnen bleiben keine ironischen Netzfilmchen.

Auf einer Tafel an der Wand, vor der Matthias Merkle im „Freien Neukölln“ sitzt, steht: „Occupy Berlin – jeden Samstag vor dem Reichstag“. Zu Beginn des vergangenen Jahres drehten Borchardt und Merkle den Spieß um und flogen nach Spanien, um die dortigen Jugendproteste zu filmen. Merkle ist einer, der schnell vom System spricht, vielleicht, weil er sich weniger schuldig fühlt, wenn das System die Hauptschuld trägt. „Solange wir in einer profitorientierten, ausbeuterischen Gesellschaft leben“, sagt Merkle, „wird es Quartieren wie Neukölln immer so ergehen. Natürlich freue ich mich über die neuen Kneipen hier, aber warum muss die Party sofort ausfern, warum müssen sofort die Immobilienspekulanten nachkommen?“

Dass sich jemand wie Matthias Merkle mit den sozial Schwachen solidarisiert, ist jetztlich nur die letzte Stufe der Gentrifizierung. Die Verdränger der ersten Stunde fühlen sich verdrängt und wollen einen Kiez schützen, in dem sie eigentlich nicht mehr geschaffen haben als eine weitere Parallelgesellschaft. Die Parallelgesellschaft der Hipster.

Bevor er seine eigene Kneipe verlässt, sagt Matthias Merkle: „Antje und ich sind hier einfach nichts. Besonderes mehr, vielleicht nervt auch das.“ Und ganz sicher ist dies der Hauptgrund, warum sich so viele Neu-Berliner momentan in Hass auf noch neuere Berliner flüchten: Weil sie erkennen, dass ihr avantgardistisches Leben bloß eine kleine Episode im ständigen Wandel einer großen Stadt war. PATRICK BAUER

Wilhelm Schmid

GLÜCK

Alles, was Sie darüber wissen müssen, und warum es nicht das Wichtigste im Leben ist

Insel

Geb. 79 S., € 7,- (D)

Philosophie-Preis 2012 für Wilhelm Schmid

Wilhelm Schmid auf Vortragsreise:

- 13. Januar SWR-Fernsehen, Nachtcafé
- 30. Januar Linz (A)
- 3. Februar Günzburg
- 7. März Gschwend
- 8. März Maastricht (NL)
- 9. März Aachen
- 19. März Feldkirch (A)
- 20. März St. Gallen (CH)
- 16.-20. April Lindau
- 25. April Freiburg

Nähere Informationen unter www.insel-verlag.de und www.lebenskunstphilosophie.de

Der Meckatzer-Philosophie-Preis wird von der Allgäuer Gemeinde Bad Hindelang für besondere Verdienste bei der Vermittlung von Philosophie vergeben. Die Preisverleihung findet am 13. Mai 2012 statt.

Insel www.insel-verlag.de

Wilhelm Schmid

Liebe

Warum sie so schwierig ist und wie sie dennoch gelingt

Insel

Geb. 92 S., € 7,- (D)

Berlin

POLIZEIREPORT

NACHBAR TÖTETE FRAU. Nach der Tötung einer 49 Jahre alten Frau in Hellersdorf hat sich ein Nachbar zu der Tat bekannt. Er stellte sich der Polizei und wurde festgenommen. Der 54 Jahre alte Mann ist wegen Vergewaltigung vorbestraft. Die Obduktion der Leiche soll ergeben haben, dass das Opfer vor seinem Tod vergewaltigt worden ist. Die Frau war am Montagvormittag in einer Wohnung in der Nossener Straße gefunden worden.

BRÜCKE BESCHÄDIGT. Ein 52-jähriger Mann ist am Dienstagabend mit seinem Lkw unter einer Bahnbrücke am Bahnhof Schöne-weide stecken geblieben. Deshalb kam es zu großen Behinderungen im Straßenverkehr. Der Lkw-Fahrer hatte versucht, mit seinem Tieflader, auf dem ein Bagger transportiert wurde, unter der Bahn hindurchzufahren. Bei dem Unfall wurde die Brücke ausgehoben und stark beschädigt. Ein Güterzuggleis in Richtung Königs Wusterhausen musste gesperrt werden.

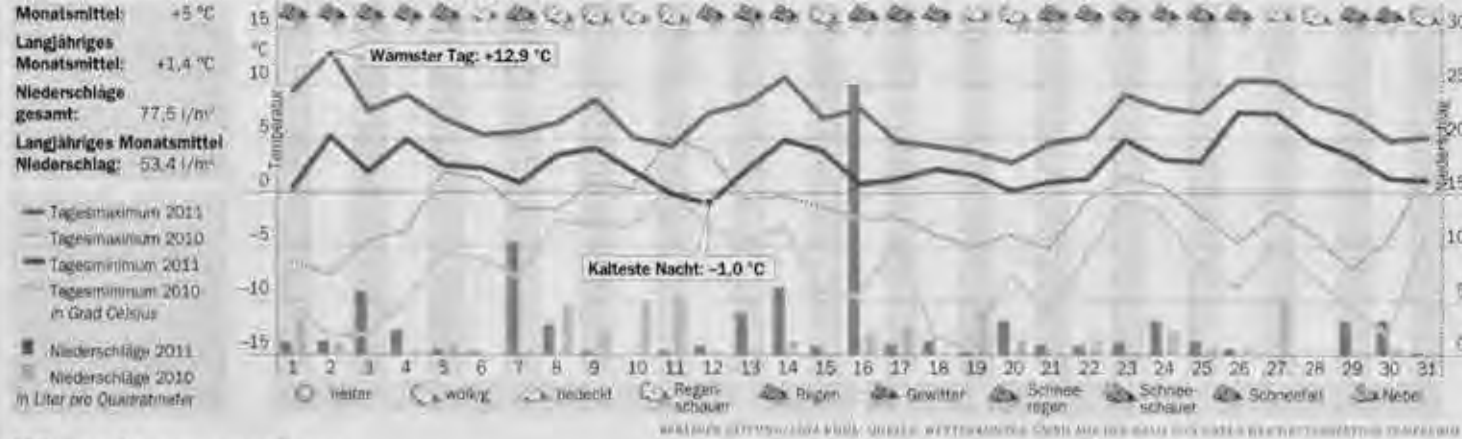
GASALARM. In der Togostraße in Wedding ist am Dienstag ein Mehrfamilienhaus evakuiert worden. Der Grund: Aus einer nicht ordnungsgemäß verschlossenen Flasche in einem Mieterkeller strömte Gas. Polizisten und Feuerwehrleute brachten gegen 18.30 Uhr mehrere Mieter in Sicherheit. Verletzt wurde niemand. Die Feuerwehr schloss die Flasche.

UNFALL MIT STREIFENWAGEN. Aus bislang ungeklärter Ursache geriet am Dienstag ein Polizeiauto in den Gegenverkehr und kollidierte mit einem Mercedes-Kleintransporter. Der Fahrer des mit Blaulicht und Martinshorn fahrenden Funkwagens hatte gegen 17.15 Uhr auf der stadteinwärts führenden Frankfurter Allee in Friedrichshagen einen Bordstein touchiert, dann den Mittelstreifen durchbrochen und war mit dem Transporter zusammengestoßen. Verletzt wurde niemand.

5 000 EURO BELOHNUNG. Die Staatsanwaltschaft hat im Mordfall Recep Aksu 5 000 Euro Belohnung ausgesetzt. Das Geld wird für Hinweise gezahlt, die zur Aufklärung des Verbrechens führen. Der 46-jährige türkische Geschäftsmann war am 17. Dezember in der Großbeerstraße in Kreuzberg erschossen worden.

BRAND IN WOHNUNG. Gleich mehrere Anrufer haben am Mittwochabend kurz nach 20 Uhr einen Brand in einem Haus in der Markgraf-Albrecht-Straße in Halensee gemeldet. Die Feuerwehr konnte das Feuer in dem Gebäude löschen, zwei Personen, darunter eine etwa 60 Jahre alte Frau, kamen mit Verdacht auf Rauchvergiftung ins Krankenhaus. (ls., pn.)

Das Berliner Wetter im Dezember 2011: wenig Sonne, viel Niederschlag



Winter ist was anderes

Nein, so haben wir ihn uns nicht vorgestellt – den Winter. Es müssen ja nicht gleich minus 16 Grad sein, aber gegen Schnee hätte sicher niemand etwas einzuwenden gehabt, erst recht nicht zu Weihnachten. Stattdessen gab es über die Feiertage leichten Regen und zweistellige Plusgrade. Mild fällt auch die Gesamt-Bilanz des Monats aus. Im Durchschnitt wurden fünf Grad gemessen und 3,6 Grad mehr als im Durchschnitt der Dezember-Monate 1961 bis 1990, die von Meteorologen stets zu Vergleichszwecken herangezogen werden. An keinem einzigen Tag im Dezem-

ber 2011 gab es tagsüber Frost, und in nur zwei Nächten sanken die Werte unter den Gefrierpunkt. „Das war schon ungewöhnlich“, sagt Meteorologe Stefan Zender vom privaten Wetterdienst Wetterkontor. Aufgewöhnlich sei so ein milder Dezember aber nicht. „Auch 2007 war ähnlich mild.“ Dass uns der vergangene Monat besonders mild vorkommt, liegt möglicherweise auch am Dezember 2010, der besonders eisig war. An 22 Tagen herrschte damals tagsüber Frost, und nur eine einzige Nacht blieb frostfrei. An 15 Tagen fiel Schnee. Den gab es im Dezember

2011 kaum. Nur vier Mal gab es Schneeregen, liegen blieb allerdings nichts – es regnete gleich wieder. Und nur an zwei Tagen blieb es trocken. Feucht geht es auch in den kommenden Tagen weiter. Orkanlief „Andrea“ beeinflusst Berlin am Donnerstag nur am Rande, aber die Sturm böen erreichen zwischen 80 und 90 Kilometer pro Stunde bei Werten bis sechs Grad. Am Freitag herrscht ein Wechsel aus Sonne und Wolken bei zwei bis vier Grad, das Wochenende wird erneut regnerisch bei fünf bis sieben Grad. Kommende Woche wird es sonniger, aber auch kälter. (ck.)

„Mit solidarischem Gruß“

Ein Polizist soll Hausbesetzer der Brunnenstraße vor der Räumung gewarnt haben. Nun steht er vor Gericht

VON JULIA HAAK

Die Warnung kam um 7.30 Uhr per E-Mail, und sie war in durchaus freundschaftlichem Ton gehalten. „Liebe Mitbewohner“, schrieb ein Unbekannter den Besetzern des Hauses in der Brunnenstraße 183 im November 2009. Am kommenden Tag werde ihr Haus polizeilich geräumt. „Ich bin Polizist, das ist kein Scherz“, so der Schreiber. Dann verriet er noch, wann und in welcher Stärke die Polizei anrücken würde, erklärte seine Sympathie mit den Besetzern und richtete solidarische Grüße aus.

Am Mittwoch wurde gegen den Polizeiobermeister Nils D. vor dem Amtsgericht Tiergarten der Prozess eröffnet. Denn er soll diese E-Mail verfasst und abgeschickt haben. Er bestreitet das, aber sein Netzbeurheber bestätigte der Staatsanwaltschaft, dass die Warnung von der IP-Adresse seines privaten Anschlusses aus versendet wurde.

Kurioser Weg

Nils D. ist 26 Jahre alt. Er ist Polizeibeamter in einer Einsatzhundertschaft, aber er wurde vom Dienst suspendiert. Schließlich wäre eine solche Warnung der Bewohner eines besetzten Hauses vor der bevorstehenden Räumung Geheimnisverrat. In dieser Beziehung versteht der Dienstherr von D. keinen Spaß.

Die elektronische Nachricht nahm einen kuriosen Weg. Sie gelangte nicht nur in die Hände der



November 2009: Die Polizei räumt das Haus Brunnenstraße 183.

Hausbesetzer, sondern auch in den geheimer eines Journalisten bei der Zeitung Junge Welt. Dieser leitete die E-Mail an die Pressestelle der Polizei weiter, um zu ergründen, was es damit wohl auf sich habe. Seine Quelle schützte er nicht.

Die Abteilung für Beamtendeckelung der Berliner Polizei ermittelte und beschlagnahmte bei Nils D. Laptop, PC und zwei Festplatten. Dann übernahm das Landeskriminalamt. Seitdem beschäftigen sich die Beamten viel damit aufzuklären,

wer innerhalb der Polizei wann von dem geheim gehaltenen Einsatzbefehl wusste.

Nils D. soll, so erklart vor Gericht unsicher eine Kollegin, Gerüchte gekannt, aber erst am Einsatztag Details erfahren haben. Im Gericht sitzt der Angeklagte stumm an der Seite seiner Anwältin, an diesem ersten Prozessstag sagt er zur Sache nicht aus. Dafür spricht seine ehemalige Lebensgefährtin, eine schicke junge Frau in Rock und Wolljäckchen. Sie stand an jenem Novembertag früh um 7 Uhr auf und frühstückte mit ihrem vierjährigen Sohn. Das Arbeitszimmer mit dem Computer habe sie ständig im Blick gehabt. Der Rechner sei nicht in Betrieb gewesen und ihr Freund habe an jenem Morgen keine E-Mails versendet. Er habe verschlafen, weil sie am Vorabend nach einem Konzertbesuch sehr spät ins Bett gekommen seien. Kurz vor halb acht sei er aufgestanden und wenig später bereits zum Dienst gegangen. „Am dem Morgen ist er nicht ins Arbeitszimmer gegangen“, sagt sie bestimmt. Sie hat ihn trotzdem gefragt, ob er die Mail geschickt hat. „Er hat das verneint und ich glaube ihm“, sagt sie. Im Übrigen sei er gern zur Arbeit gegangen, habe zum LKA gewollt und Freunde in der linken Szene habe, er nicht, jemand anderes, vielleicht Kollegen, müssten die E-Mail geschickt haben. Inwieweit das technisch möglich wäre, soll nun ein Gutachter erläutern. Der Prozess wird am 18. Januar fortgesetzt.

Besetzt, geräumt, verlassen

An der Brunnenstraße 183 in Mitte wird in den 90er-Jahren ein heruntergekommener Altbau mit Vorderhaus, Seitenflügel und Hinterhaus und 20 Wohnungen besetzt. Zeitweilig wohnen dort 35 Menschen aus 16 Nationen zwischen 17 und 81 Jahren.

Die Bewohner nehmen sich politisches, Kunst-, Sozial- und Wohnprojekt. Sie betreiben ein Aufnahmestudio für Musiker, eine Galerie und einen Umsonstladen, in dem Gegenstände und Kleidung abgegeben und an Bedürftige verschenkt werden.

Mit einer Erbgemeinschaft des einstigen Hauseigentümers vereinbarten die Besetzer mündlich Mietverträge. 2003 wird das Gebäude verkauft. Nach der Insolvenz der Firma kauft der Arzt Manfred Kronawitter das Haus und setzt auf Räumung.

Das Bezirksamt versucht, zu vermitteln und einen Ankauf des Hauses durch die Bewohner zu begleiten. Aber alle Verhandlungen scheitern. Ein erster Räumungstermin wird im Juni 2009 abgesagt.

Mit 600 Mann räumt die Berliner Polizei am 24. November 2009 das Haus. 50 Bewohner müssen ausziehen, gegen 15 werden Strafverfahren eingeleitet. Seitdem steht das Haus leer.

Im Jahr 2010 wird das Haus an Hamburger Unternehmer weiterverkauft, Mietwohnungen sollen entstehen. Bauarbeiten haben bisher nicht begonnen.

SERVICE

VERKEHR

S-Bahn: S 3: In den Nächten 9./10. bis 12./13. Januar jeweils 22.30 – 1.30 Uhr: Züge fahren nicht Rummelsburg – Ostkreuz. Zwischen Rummelsburg und Lichtenberg verkehren Ersatzbusse.

Regionalverkehr: RE 1, RE 7, RB 21: Bis 8. Dezember 2012 jeweils ganztägig Streckensperre nur Berlin-Wannsee – Berlin-Charlottenburg.

RE 1: Vom 6. Januar, 17.30 Uhr, bis 9. Januar, 3.45 Uhr: Zugausfall und Ersatzverbindung Frankfurt/Oder – Fürstenwalde; Zugausfall und Schienenersatzverkehr Frankfurt (Oder) – Püligram/Jacobsdorf (Mark).

Straßen: Treskowallee (Karlshorst) in beiden Richtungen zwischen Wandlitzstr. und Erlinghstr. Baustelle, Fahrbahn auf einen Fahrstreifen je Richtung verengt, Staugefahr (bis Mitte 2012).

Skalitzer Str. (Kreuzberg) Richtung Friedrichshagen vor Kottbusser Tor Baustelle, rechter Fahrstreifen gesperrt (bis Ende 03/12).

Str. der Pariser Kommune (Friedrichshagen) Richtung Ostbahnhof zwischen Hildegard-Jadomowitz Str. und Lange Str. Bauarbeiten, ein Fahrstreifen gesperrt (bis Mitte 01/12).

Kurfürstendamm (Charlottenburg-Wilmersdorf) stadteinwärts zwischen Westfälische Str. und Joachim-Friedrich-Str. Baustelle, Fahrbahn auf einen Fahrstreifen verengt (bis Ende 04./2012).

Lahnstr. (Neukölln) Richtung Neuköllnische Allee zwischen Karl-Marx-Str. und Neuburger Str. Baustelle, Fahrtrichtung gesperrt, eine Umleitung ist eingerichtet (bis Mitte 2012).

Kurfürstendamm (Charlottenburg) Richtung Adenauerplatz vor Joachimsthaler Str. Bauarbeiten, Fahrbehinderung, Staugefahr (bis 03/2012).

Mehringdamm (Kreuzberg) in beiden Richtungen zwischen Gneisenaustr. und Blücherstr. Baustelle, Fahrstreifen gesperrt (bis ca. Herbst 2012).

Aktuelle Stauwarnungen im Internet: www.vnz-info.de

GEWINNZAHLEN

Mittwoch-Lotto: 3, 18, 24, 29, 36, 46, Zz. 39, 52, 1
Spiel 77: 3-5-0-5-2-7-8
Landeslotterie Super 6: 6-4-5-8-0-4

KENO-ZAHLEN

2, 3, 5, 12, 15, 21, 23, 24, 26, 28, 36, 37, 38, 39, 50, 53, 55, 59, 66, 68
plus 5-Gewinnzahl: 2-4-5-7-3

Alle Angaben ohne Gewähr!

NOTRUF

- Polizei: 110
- Feuerwehr: 112
- einheitliche Behördenrufnummer: 115
- Bürgertelefon der Polizei: 46 64 46 64
- Kassenärztl. Bereitschaftsdienst: 31 00 31
- Zahnärztl. Notdienst: 89 00 43 33
- Tierärztl. Notdienst: 83 22 90 00 und 83 22 90 58
- Giftnotruf: 192 40
- Apothekennotdienst: 0800-002 28 33
- Telefonseelsorge: 0800-111 01 11 und 0800-111 02 22 (kirchlich)
- Kindernotdienst: 61 00 61
- Jugendnotdienst: 61 00 62
- Berliner Krisendienst: 390 65-10 (-20, 30 bis -90)
- Krisen- und Beratungszentrum für vergewaltigte Frauen: 216 88 88
- Opfer-Hilfe: 395 28 67
- Aids-Hilfe: 194 11
- Schwulen-Hilfe: 194 46
- Drogennotruf: 192 37
- Anonyme Alkoholiker: 192 95
- Schuldnerberatung: 0180-575 02 50
- Bahnaukunf: 0800-1507090 (kostenlos)
- Straßenbeleuchtung: 0800-110 20 10 (kostenlos)
- Vattenfall-Notruf: 0180-211 25 25
- Gasag-Notruf: 78 72 72
- Wasserbetriebe-Notruf: 0800-292 75 87

TICKET-HOTLINE (030) 312 70 41

6. Januar, 20 Uhr Philharmonie (Herbert-v.-Karajan-Str. 1)
7. Januar, 15.30 Uhr Philharmonie (Herbert-v.-Karajan-Str. 1)
Zwei Monumente der Klassik in einem Programm
Tschechische Symphoniker Prag - Prager Opernchor
Orff: CARMINA BURANA
Beethoven: IX. SYMPHONIE
7. Januar, 15.30 und 20 Uhr, Kammernusiksaal/Philharmonie
TSCHJECHISCHE KAMMERPHILHARMONIE PRAG
15.30 Uhr **JUWELEN DER KLASSIK** Werke v. Mozart, Handel, Bizet u.a.
20 Uhr **MOZART-GALA** Die schönsten Melodien von W.A. Mozart
Karten Kasse Philharmonie und Vorverkaufsstellen

KAUFEN & VERKAUFEN

ANTIQUITÄTEN/KUNST ANKAUFE 4010
Alles Alto gesucht, zahle gut: Möbel, Bronzen, Besteck, Gemälde, Porzellan, Tel. 949 50 01

6,-€ f. Ansichtskarten vor 45. nur Sammlungen T. 0355/28916423

SONSTIGE ANKAUFE 4300

Kaufe alte Brillen, Brillengestelle und vieles mehr 01577 327 43 82 o. 01520 748 32 16

Zu groß zu schmal, zu hoch, zu wichtig, zu flach, zu dunkel... statt sofort runzuzurennen, machen Sie es sich doch lieber gemütlich und lesen Sie in Ruhe die Angebote in der Berliner Zeitung durch.

GESUNDHEIT IST EIN MENSCHENRECHT
Deshalb hilft Ärzte ohne Grenzen in rund 60 Ländern Menschen in Not - ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion oder politischen Überzeugung.

HELFE SIE MIT!
KREIZ OHNE GRENZEN e.V.
Am Hohenhofen Park 9 - 10115 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 01001
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 250 200 00

Berliner Adressen

Orient Teppich Palast Seit 50 Jahren Meisterbetrieb
Bei uns sind Sie in besten Händen!

Unsere Dienstleistungen für Sie:
♦ Fachmännische Chlorfrei-Bio-Wäsche und Fleckenentfernung auf pflanzlicher Basis ohne Farbverluste
♦ Rückfettung und Imprägnierung
♦ Reparatur und Restaurierung
♦ Wasser- und Brandschädenbeseitigung
♦ Abhol- und Lieferservice kostenfrei (bis 70 km)
7,50 €/m²

Bei Abgabe von 2 Teppichen zur Reparatur/Wäsche 10% Rabatt auf den Gesamtpreis. Die ersten 15 Anrufer täglich erhalten auf die Gesamtsumme 10% Extra-Rabatt! Bei Kauf eines neuen Teppichs nehmen wir Ihren alten in Zahlung.

Sternsdamm 106 • 12487 Berlin
☎ (030) 63 90 28 50 u. 0151/51012159
Mo-Fr 10-18 Uhr
Sa 10-16 Uhr

Gutschein
Über 50 € Bio-Wäsche einlösen beim Kauf, Reparatur oder Reinigung eines Teppichs.
Gültig vom 05.01.-11.01.2012

Heydemann Ihr Schmuck Ihr Gold
Ihr Silber EURO ???
WERTGUTACHTEN

Telefonische Anzeigenannahme: (030) 25 27 50

JUWELIER EDMUND ARNOLD

SOFORT BARGELD Berlin: Königsberger Str. 46
Berlin: Storkwinkel 4

GOLD ANKAUF SILBER ANKAUF Brillant und Diamantankauf
WIR SUCHEN DRINGEND DIAMANTEN UND SCHMUCK! COTTBUS: Altmarkt 14

LUXUSUHREN Wir bewerten Ihre Erbstücke kostenlos!

Einkaufswelt. Berliner Zeitung BERLINS GRÖSSTE ABONNEMENT ZEITUNG
Anzeigenannahme: ☎ 030 23 27 50

JUWELIER SARO GOLD&SILBER
Allen Kunden ein festes neues Jahr

NEUJAHRSAKTION BEI JUWELIER SARO
*50€ EXTRA FÜR JEDEN KUNDEN
Rheinstraße 34 Berlin-Steglitz bestgoldankauf.de
Otto-Suhr-Allee 87 Berlin-Charl. Tel.: 030/ 8517751

Fischer

Malermesterbetrieb GmbH
Kl. freundl. Ost-Malerfachb.

renov. presov v A-Z, sig. Tap./Tepp. Lamnat. Möbelerücken & Einlinspeth 10% Rabatt f. Senioren/Lehrwig

Malgel.de Maler und Lackierkunst
Mainzer Straße 26 • 10247 Berlin ☎ (030) 290 480 80

Geliebt werden

Lebenshilfe
Die Vereinigung für Menschen mit geistiger Behinderung

Mitglied werden, online spenden, Infos www.lebenshilfe.de

Berlin

SERVICE

VERKEHR

Regionalverkehr: RE 1, RE 7, RB 21: Bis 8. Dezember 2012 jeweils ganztägig Streckensperre Berlin-Wannsee - Berlin-Charlottenburg.

- Straßen:**
- Treskowallee** (Karlsruher) in beiden Richtungen zwischen Wandlitzstr. und Ehrlichstr. Baustelle, Fahrbahn auf einen Fahrstreifen je Richtung verengt, Staugefahr (bis Mitte 2012).
 - Hohenzollerndamm** (Wilmersdorf) stadteinwärts zwischen Württembergische Str. und Sächsische Str. Baustelle, Fahrstreifenverengung (bis Ende 04/12).
 - Schnellerstr.** (Treptow) stadteinwärts zwischen Spreest. und Karlshorster Str. Baustelle, Fahrbahn auf zwei Fahrstreifen verengt, Staugefahr (bis Ende 02/12).
 - Skaltitzer Str.** (Kreuzberg) Richtung Friedrichshain vor Kottbuser Tor Baustelle, rechter Fahrstreifen gesperrt (bis Ende 03/12).
 - Mehringdamm** (Kreuzberg) in beiden Richtungen zwischen Gieselerstr. und Blücherstr. Baustelle, Fahrstreifen gesperrt (bis ca. Herbst 2012).

Aktuelle Stauwarnungen im Internet: www.vnz-info.de

KENO-ZAHLEN

3, 5, 9, 12, 15, 16, 19, 20, 23, 25, 29, 30, 34, 37, 43, 48, 55, 58, 59, 61, plus 5-Gewinnzahl: 9-0-0-4

Alle Angaben ohne Gewähr!

NOTRUF

- Polizei: 110
- Feuerwehr: 112
- einheitliche Behördennummer: 115
- Bürgerhotline der Polizei: 46 64 46 64
- Kassenärztl. Bereitschaftsdienst: 31 09 31
- Zahnärztl. Notdienst: 89 00 43 33
- Tierärztl. Notdienst: 83 22 90 00 und 83 22 90 58
- Giftnotruf: 192 40
- Apothekennotdienst: 0800-002 28 33
- Telefon-Auskunft: 118 33
- Telefonseelsorge: 0800-111 01 11 und 0800-111 02 22 (kirchlich)
- Kindernotdienst: 61 00 61
- Jugendnotdienst: 61 00 62
- Berliner Krisendienst: 390 63-10 (20, 30 bis 90)
- Krisen- und Beratungszentrum für vergewaltigte Frauen: 216 88 88
- Opfer-Hilfe: 395 28 67
- Schwulen-Hilfe: 194 46
- Drogennotruf: 192 37
- Anonyme Alkoholiker: 192 95
- Schuldenberatung: 0180-675 02 50
- Bahnauskunft: 0800-1507090 (kostenlos)
- Straßenbeleuchtung: 0800-110 20 10 (kostenlos)
- Vattenfall-Notruf: 0180-211 25 25
- Gasag-Notruf: 78 72 72
- Wasserbetriebe-Notruf: 0800-292 75 87

WIR GRATULIEREN

Am 4. Januar wird in Treptow Irmgard Wöhler 87 Jahre und in Lichtenberg Hildegard Wrobel 80 Jahre alt.



Mehrfach demonstrieren Anwohner, wie hier im Sommer 2010, gegen die Baupläne in der Mediaspree. Sie fürchten Monokultur und soziale Verdrängung.

„Ein Schlag ins Gesicht der Bürger“

Initiative „Mediaspree versenken!“ kritisiert Grundstücksverkauf. Neues Netzwerk strebt Volksbegehren an

VON KARIN SCHMIDT

Die Forderung ist unmissverständlich: „Alle Grundstücksverkäufe müssen sofort gestoppt werden, damit der Ausverkauf der Stadt nicht weitergeht“, sagt Carsten Joost von der Initiative „Mediaspree versenken!“. Joost gehört einem neuen Netzwerk an, das bereits mehr als 350 Unterzeichner hat.

BERLINER-ZEITUNG.DE
Die Chronologie des Protests gegen Mediaspree in Bildern unter berliner-zeitung.de/mediaspree

Vertreter von Projekten und Parteien gehören dazu, ebenso Künstler, Architekten und Stadtplaner. Das Netzwerk heißt „Stadt Neudenken“ und verlangt eine völlige Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik in Berlin. „Grundstücke dürfen nicht länger nur an Investoren verkauft werden, die Höchstpreise bieten“, so Joost. Vielmehr müsse Stadtpolitik endlich im Interesse der Bürger gestaltet werden.

Joost geht es aktuell um ein ganz spezielles Grundstück, um dessen Entwicklung er und weitere Aktivisten sich engagieren: das 41 Hektar große Gelände rund um den Viktoriaspeicher an der Köpenicker Straße in Kreuzberg. Die Berliner, Hafen- und Lagerhausgesellschaft Behala verkauft das Areal am Spreeufer gerade an einen Investor. „Es ist ein Skandal, dass der Verkauf heimlich geschah“, kritisiert Joost. Tatsächlich wurde der Vertrag im Oktober unterzeichnet, kurz nach der Wahl, als der neue Senat noch nicht im Amt war. Aber heimlich war dabei nichts, sagt Behala-Manager Michael Reimann: „Wir handeln im Auftrag der Politik, der Senat wusste zu jeder Zeit Bescheid und hat dem Geschäft zugestimmt.“

Das Grundstück um den denkmalgeschützten Speicher gehört zur Mediaspree, jenem Ufer zwischen Elsen- und Jannowitzbrücke, an dem sich vorrangig Medienunternehmen und andere kreative Firmen ansiedeln sollen. Nach knapp zwei Krisenjahren drängt es, wie berichtet, die Investoren wieder verstärkt dorthin. An etlichen Stellen



Was am Viktoriaspeicher am Spreeufer passiert, bewegt die Gemüter.

werden Bauprojekte neu geplant. Baukräne drehen sich. Der Neustart wird von der Initiative „Mediaspree versenken!“ mit Unbehagen beobachtet: Sollte der Aufschwung durch Maximal-Verwertung der Grundstücke und ohne Einbeziehung der Anwohner geschehen, wäre das ein „Schlag ins Gesicht der Bürgerschaft“, so Joost. Schließlich hatten die Anwohner der Mediaspree in Friedrichshain-Kreuzberg 2008 mit

einem Bürgerentscheid, mehrheitlich gegen die Planungen votiert. Statt Bürotürme und Hotels wollen sie mehr Raum für Grünflächen, soziale Projekte und preisgünstige Wohnungen. Die Mediaspree-Versenker fordern jetzt die Auflösung des Vertrages mit dem Kaufinteressenten des Viktoriaspeichers: „Eine Kiezverträgliche Entwicklung mit neuem sozialen Wohnungsbau ist wichtiger als noch mehr Büros“, sagt Joost. Allerdings weiß derzeit noch niemand, was der potenzielle Käufer dort plant.

Das neue Netzwerk „Stadt Neudenken“ bezieht sich auch auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU, wie der Mitunterzeichner Enrico Schönberg sagt: „Dort ist verankert, dass die Liegenschaftspolitik soziale, kulturelle und ökologische Ziele stärker verfolgen will.“ Deshalb sollte jetzt mit Grundstücksverkäufen erst mal innegehalten werden. Ziel ist ein Volksbegehren zum Thema. Eine Möglichkeit zur Debatte besteht am 12. Januar. Dann trifft sich das Netzwerk um 19 Uhr in der Forum Factory, Kesselstraße 13, in Kreuzberg.

NACHRICHTEN

Polizeipräsidentensuche bringt Henkel Kritik ein

Nach den Grünen haben auch die Linken das Verfahren zur Ernennung des Polizeipräsidenten gerügt. Innensenator Frank Henkel (CDU) will den Posten ohne Ausschreibung besetzen. „Damit verletzt er das Landesgleichstellungsgesetz“, sagte die frauenpolitische Sprecherin der Linken, Evrim Sommer. (dpa/sab)

Silvesterknaller verletzt drei Jungen

Drei Jungen im Alter von 10, 11 und 14 Jahren haben in Neu-Hohenschönhausen einen Silvesterknaller angezündet und sich dabei verletzt. Die Kinder entdeckten den Böller am Dienstag auf einem Spielplatz in der Zingster Straße. Der Älteste zündete die Kugel an, die in seiner Hand detonierte und dort ein Taubheitsgefühl verursachte. Zudem klagten die drei über Augenreizung sowie vorübergehende Taubheit. Sie wurden ambulant behandelt. (dapl)

49-Jährige in Hellersdorfer Wohnung getötet

Eine am Montag in einer Wohnung in Hellersdorf gefundene tote Frau ist Opfer eines Gewaltverbrechens geworden. Das bestätigte nach Angaben der Polizei die Obduktion. Die Leiche der 49-Jährigen ist am Montag um kurz nach 11 Uhr in einer Wohnung in der Nossener Straße gefunden worden. (dpa)

Kartenverkauf für Lange Nacht der Museen gestartet

Für die 30. Lange Nacht der Museen hat der Vorverkauf begonnen. Insgesamt sind am 28. Januar rund 70 Museen und Ausstellungshäuser nachts geöffnet. Tickets gibt es in den beteiligten Museen und an den Theaterkassen. (dpa)

Betrunkener prallt mit dem Kopf gegen die U-Bahn

Ein betrunkenen Mann ist am Montagnachmittag in Kreuzberg gegen eine U-Bahn geprallt. Im Bahnhof Mehringdamm stolperte der 28-jährige und stürzte gegen eine einfahrende Bahn. Dabei erlitt er schwere Kopfverletzungen. (dapl)

Berliner Adressen

MÜNZEN AM ZOO LEIHHAUS

HEIER SIND SIE GOLD RICHTIG

ANKAUF, VERKAUF & BERATUNG
www.muenzen-am-zoo.de
Tel. 530 1 69 77 69 99
Johanniskirchweg 34/40 • 10923 Berlin

GEGENÜBER KRANZENBERG • Mi - Sa, 10 - 18 Uhr

Generation 50+ aufgepasst!

Malern, Tapezieren, Fliesen, Montieren und Entsorgen Ihrer alten Küche - alles aus einer Hand. Einbauküchen mit Vollservice

SZKÜCHEN
Die gute, preisgünstige

Markgrafendamm 24 • Haus 16 • 10245 Berlin • Tel. 030-29 66 54 72
Frankfurter Allee 35-37 • 10247 Berlin • Tel. 030-42 02 92 64
NEU: Dorfstraße 25 • 13050 Berlin • Tel. 030-291 26 50

Zahnersatz zu teuer? ... nicht bei uns!

Wir nennen Ihnen erfahrene Fachzahnärzte, die günstigen und hochwertigen Zahnersatz anbieten. Vergleichen Sie uns mit der Konkurrenz und Sie werden den Unterschied erkennen.

Bionik-Dental
Hathofen (am St. Franziskus Krankenhaus)
0800 024 66 45
oder von Berlin: 030/789 53 644
Mehringplatz 12, 10969 Berlin, www.bionik-dental.de

JUWELIER SARO GOLD&SILBER

Allen Kunden ein frohes neues Jahr

NEUJAHRSAKTION BEI JUWELIER SARO
*50€ EXTRA FÜR JEDEN KUNDEN

Rheinstraße 34 Berlin-Steglitz bestgoldankauf.de
Otto-Suhr-Allee 87 Berlin-Charl. Tel. 030/ 8517751

GOLDANKAUF
Silber & Diamanten

- bis 41 €/Gramm Filigran
- Centgenaue Kalkulation
- kostenlose Beratung

15%
SARA Juweller
■ EASTGATE 1, OG
■ Märzdahner Promenade 1a
■ Potsdamer Platz Arkaden 1, OG
■ Sonnenallee 3 (Hermannplatz)

wohlfahrtsmarken.de
Kauten, Kleben, Helfen.

AUTOMOBIL

◆ SKODA
Skoda - alle Typen! Neuwagen unglaublich günstig! Wunschbestellung oder sofort! Neuwagen zu Gebrauchtwagenpreisen! Alle Fabrikate! Tel. 85 73 34 44 www.sommer-automobile.de

◆ VW
VW Golf/Golf Plus/Touran/Passat ab Lager unglaublich günstig! Wunschbestellung oder sofort! Neuwagen zu Gebrauchtwagenpreisen! Alle Fabrikate! Tel. 85 73 34 44. www.sommer-automobile.de

TICKET-HOTLINE (030) 312 70 41

6. Januar, 20 Uhr Philharmonie (Herbert-v.-Karajan-Str. 1)
7. Januar, 15.30 Uhr Philharmonie (Herbert-v.-Karajan-Str. 1)
Zwei Monumente der Klassik in einem Programm
Tschechische Symphoniker Prag · Prager Opernchor
Orff: CARMINA BURANA
Beethoven: IX. SYMPHONIE

7. Januar, 15.30 und 20 Uhr, Kammermusiksaal/Philharmonie
TSCHJECHISCHE KAMMERPHILHARMONIE PRAG
15.30 Uhr **JUWELEN DER KLASSIK** Werke v. Mozart, Handel, Bizet u.a.
20 Uhr **MOZART-GALA** Die schönsten Melodien von W.A. Mozart.
Karten Kasse Philharmonie und Vorverkaufsstellen

Kreuzgitter

Die Lösungswörter sind unabhängig von der Reihenfolge in die Figur einzutragen

1. Hänge- schiff	2. N	3. H	4. T	5. F	6. A	7. O	8. E
9. C	10. S	11. E	12. E	13. S	14. E	15. O	16. H
17. K	18. N	19. O	20. I	21. B	22. W		
23. C	24. K	25. D	26. U	27. N	28. R	29. I	30. W
31. A	32. H	33. A	34. U	35. E			
36. K	37. H	38. U	39. A				
40. M							

Auflösung von gestern

F S B G H B U
T E N O V E L A A P E L
Y N L M N O B I M
K A L I D A S A K T E
E U C H E E R I
K N E I P A L F U S P A
I O P E R E I S B E I N
L O E W E P R U N K S G
B A L D I T A G A L E
A U G E M I L
R R O S A
C A M P G I N
H R A K O S I
E N D E N B O X
E T I T A N E

Einkaufswelt.

Anzeigenannahme: ☎ 030 23 27 50

Berliner Zeitung

Telefonische Anzeigenannahme: (030) 25 27 50

Der Occupy-Besetzerzauber

PROTEST Occupy ist tot. Warum die Bewegung trotzdem erfolgreich war, und was sie Berlin gebracht hat

VON KAREN GRASS

Occupy ist tot. Es lebe die Bewegung! Was unter dem Namen „Occupy Berlin“ vor zwei Monaten begann, lässt sich inzwischen mit diesem altbackenen Slogan trefflich beschreiben: Nach etlichen Besetzungen, Diskussionen, Streitigkeiten, Spaltungen und Wiederfindungsversuchen ist vom mitreißenden Besetzergeist – von Occupy im wörtlichen Sinne – nicht mehr viel zu erkennen. Die Bewegung, an der nach wie vor Menschen verschiedenster Gesinnung und Herkunft arbeiten, ist dagegen sehr aktiv. Sie konsolidiert sich auf einen unaufgeregten, eher konventionellen Kern politischer Aktivität. Der allerdings könnte es in sich haben und Berlin bereichern.

„Ideen verbreiten sich, wenn sie gut sind“, sagt Florian Hauschild. „Denn dann verbinden sie die verschiedensten Menschen und verändern langsam das System.“ Hauschild steht Anfang November mit 300 Aktivisten auf der Reichstagswiese und wohnt einem faszinierenden Schauspiel bei: In dreistündiger, konzentrierter Arbeit verabschiedet die Asamblee genannte Vollversammlung einen offenen Brief an den Senat. Occupy Berlin, bisher im Kirchhof der St. Mariengemeinde in Mitte versteckt, fordert ein Camp auf einem zentralen Platz in der so toleranten, weltoffenen Stadt. Wie die meisten Aktivisten hält Hauschild ein gut ausgerüstetes Lager zu diesem Zeitpunkt für ein entscheidendes Moment der Bewegung.

Echte Aufbruchsstimmung
Der Blogger Hauschild schreibt seit einigen Jahren unter den Pseudonymen „the babyshambler“ und „le bohemien“ über Geldwertschöpfung und Zinssystem, davon könne er leben, sagt er. Seit es Mitte Oktober auch in Berlin dem lössing, was die Medien der Einfachheit halber „Occupy“ betitelten, kämpft der studierte Politikwissenschaftler nicht mehr allein:



Neue Formen der Protest- und Kommunikationskultur: Occupy-Aktivisten im Camp Foto: Rolf Zöllner

„Ganz normale Bürger reden wieder über Probleme wie die Ursachen der Finanzkrise, die sie lange verdrängt hatten“

FLORIAN HAUSCHILD, BLOGGER

„Ganz normale Bürger reden wieder über Probleme wie die Ursachen der Finanzkrise, die sie lange verdrängt hatten.“ Im Oktober herrscht Aufbruchsstimmung, viele gute Ideen schwirren jungfräulich durch die Luft.

Die dringendste Frage der Medienvertreter – wann werden diese Ideen umgesetzt? – bleibt indes unbeantwortet. Die Aktivisten begreifen sich als Ansammlung von Einzelpersonen. Nur in dieser einen Frage besteht Übereinstimmung: „Es ist zu früh für konkrete Forderungen. Wir sind kein Block, wir sind Individuen in einem Lernprozess. Ihr werdet schon sehen.“

Ähnlich große Freiräume nehmen sich höchstens die Piraten nach ihrem erstmaligen Einzug ins Abgeordnetenhaus kurz zuvor im September heraus: Erst-

mal wird alles von Grund auf hinterfragt. Gleichzeitig haben einige Occupy-Aktivisten hehre Ansprüche. „Wir wollen alle mitnehmen“, sagt Saskia Koch. Für die Gründerin der Arbeitsgruppe Camp, die zu den treibenden Kräften der Bewegung im Kampf um öffentlichen Raum gehört, steht im Vordergrund, „auch solche Leute einzubeziehen, die von der Gesellschaft nach ganz unten abgedrängt wurden und jetzt Hilfe brauchen“. Obdachlose, die eine Bleibe suchen. Sie sollten das Camp am einstigen Bundespressestrand mit aufbauen und hier den Weg zurück in die Gesellschaft finden.

Diese Position teilen nicht alle. „Das hier ist kein politisches Forum mehr“, sagt Roman Asriel Anfang Dezember. Der 35-Jährige steht auf der Sandtabelle, auf dem einige Aktivisten seit einem Monat campen und denkt wehmütig an die Anfänge der Bewegung vor knapp zwei Monaten zurück. Viele der 50 Zelte stehen an diesem windigen Nachmittag leer, einzelne Obdachlose haben sich in die großen Aufenthaltszelte, die für Technik und Arbeitsplätze vorgesehen sind, einquartiert. Sie machen seit den Anti-Castor-Protesten, für die

viele Aktivisten ins Wendland gefahren sind, einen Großteil des Campers aus. Viele bringen sich konstruktiv bei Aufgaben wie Koch- und Spüldienst ein. Doch Asriel glaubt, dass die inhaltlichen Ziele der Bewegung sie wenig interessieren. Deshalb sei das Camp gekippt. Und damit eine der Grundlagen von Occupy.

Für jeden offen

Im Camp wollten die Occupy-Aktivisten ihre Vision von einer undefinierten, für jeden offenen Bewegung realisieren. Doch weil ihnen anfangs kein zentraler Platz zur Verfügung stand und der Aufenthalt am Bundespressestrand ständig gefährdet schien, ging es lange nur um die Platzfrage. Mit den guten Ideen, die laut Blogger Florian Hauschild die Menschen hätten verbinden können, beschäftigten sich die Aktivisten zu wenig. Für diesen Versuch grenzenloser Offenheit stand in Berlin der Begriff Occupy. Weil dennoch viele Einzelinteressen unausgesprochen im Raum hingen, ist er gescheitert. Occupy ist tot. Das neu erwachte politische Bewusstsein bei vielen Aktivisten nicht.

Für die Arbeitslosen und Selbstständigen, alleinerziehenden

Väter und Studentinnen, die die Bewegung ausmachen, geht es nicht um den sofortigen Umstoß des Wirtschaftssystems, sondern darum, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge erst zu verstehen und dann möglichst vielen Menschen weiterzuerzählen – damit Stück für Stück die viel zitierten „99 Prozent“ entstehen. Dieser Grundgedanke für sich betrachtet ist die nachhaltigste Arbeit an einer gesellschaftlichen Veränderung, die man sich vorstellen kann.

Ingvar Bogdahn leistet seinen Beitrag, damit sie konkret wird. Er organisiert Workshops zum Thema Geldwertschöpfung in öffentlicher Hand, genannt Monetaive. Sein Ziel: „Wir sollten uns da einarbeiten und dann bald Konsensforderungen dazu verabschieden“, sagt er in der Asamblee am 10. Dezember. Der Student ist einer der Aktivisten, die weiterhin regelmäßig zu den Versammlungen kommen, in denen es jetzt wieder um „Weltthemen“ gehen soll. Er steht momentan im Kontakt zu Doktoranden und Personen wie den Wirtschaftswissenschaftlern Bernd Senf und Joseph Hubner – die Art von Intellektuellen, die die Themen der Bewegung auf akademi-

scher Ebene schon lange behandeln. Bogdahn, der Biologie studiert, arbeitet sich in wirtschaftswissenschaftliche Texte ein. Als sein Querschnittsthema ergibt sich daraus der Einfluss des Wirtschaftssystems auf den Klimawandel. Die Inhalte will er nun in die Bewegung tragen, mit Workshops, ganz konventionell in beheizten Räumen mit Stromanschluss und Bestuhlung.

Ein Kern von Aktivisten besinnt sich also auf recht konventionelle politische Arbeitsformen. Occupy samt Camp war eine wichtige Phase auf ihrem Weg dort hin, dabei haben sie neue Formen der Protest- und Kommunikationskultur entwickelt. Das ist es, was Berlin aus zwei Monaten Occupy-Besetzerzauber mitnimmt.

Alle auf Augenhöhe

Johannes Ponader bringt ganz andere Interessen als Bogdahn in die Bewegung mit. Der Münchener Theaterpädagoge hat sich Mitte Oktober entschlossen, seine Arbeit in einem Schultheaterprojekt aufzugeben und das nächste halbe Jahr an Occupy zu arbeiten. Von Anfang an war der 34-Jährige eine treibende Kraft der Bewegung, vor allem die Asambleen hält er hoch. „Kommunikation verschiedenster Menschen auf Augenhöhe, das ist es, worum es hier geht“, sagt Ponader. Er hat in den vergangenen zehn Wochen immer wieder versucht, sie weiter in die Gesellschaft zu tragen. Teilweise mit Erfolg: Die Bewegung wird in den Transparenzausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte eingeladen, Polizisten sagen feixend: „Ihr seid doch ein Studienkreis, oder?“, um eine unangemeldete Versammlung nicht auflösen zu müssen; ein Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums sorgt dafür, dass das Camp zwischen den Jahren gesichertes Asyl auf dem Bundespressestrand bekommt. Denkt man Bogdahns wissenschaftliches Interesse und Ponaaders Kreativität zusammen, zeigt sich das ganze Potenzial der neuen Bewegung.

Zum Abschluss der Asamblee am 10. Dezember weist Bogdahn die Aktivisten auf Workshops einer anderen Gruppe hin, weil keine eigenen Aktionen anstehen sollen. „Ich fand's cool, wenn da einige von uns hingehen und später drüber diskutieren. Kommt bestimmt was bei rum“, sagt er. Frei nach dem Motto: Eine Idee verbreitet sich, wenn sie gut ist – egal, ob sie von uns ist oder nicht.

SPORTPLATZ

Fettnäpfchen in der neuen Heimat

1. FUSSBALL-LIGA Warum Herthas neuer Coach Michael Skibbe ganz schnell Berliner werden muss

Ob das reicht? Michael Skibbe, der neue Trainer von Hertha BSC, findet: „Berlin ist eine tolle Stadt.“ Er habe sie oft bereist. Es ist ein erstes, noch nicht gerade überschwängliches Bekenntnis zu der Stadt, die seine neue Heimat werden soll. Immerhin hat Skibbe versprochen, sich möglichst bald eine Wohnung in Berlin zu sichern. Er weiß, woran sein Vorgänger gescheitert ist: Markus Babbel hat es nie geschafft, glaubhaft zu machen, dass er gern in Berlin ist. Nicht einmal ein Hertha-Tattoo, das sich der Bayer hat stechen lassen, hat ihm geholfen. Er wurde nie Berliner. Und wahrscheinlich

wundert er sich bis heute, warum man das von ihm in der Hauptstadt verlangt hat.

War er nicht geholt worden, weil er ein geborener Gewinner ist? Ein solcher ist Skibbe gewiss nicht. Seine bisherigen Trainerstationen lassen eher vermuten, dass er über ein Verlierer-Gen verfügt. Auch wenn er 2008 mit Galatasaray Istanbul den türkischen Supercup gewonnen hat, der ähnlich wie hierzulande nicht viel mehr ist als ein Blumentopf, verkörpert er das Mittelmaß. Seinen größten Erfolg erzielte er abseits des Platzes. Sein Satz: „Weniger als kein Tor kann man nicht schießen“ ist längst sprichwörtlich.

Aber auf sportliche Erfolge kommt es bei Hertha in diesen Tagen eben nur in zweiter Linie

an. Hört man Manager und Präsidenten reden hat man den Eindruck, die Saison, die gerade Halbzeitpause macht, sei schon zu Ende. Stolz ist man da auf einen Platz im gesicherten Mittelfeld und vergisst dabei offenbar, in der Tabelle nach hinten zu schauen. Mit 20 gewonnenen Punkten liegt der Aufsteiger nur fünf Punkte vor einem Abstiegsplatz. Immerhin hat Skibbe erkannt: „Der Kontakt nach unten ist noch nicht abgebrochen.“

Den Größenwahn erkannt

Doch das scheint ihn nicht sonderlich aufzuregen. Er denkt schon an die Saison nach dieser Saison. Ein Platz im oberen Drittel der Tabelle soll her. Dass eine derartige Platzierung in Berlin erwartet wird, wusste auch Markus Babbel und hat das doch im

Wissen um die Vereinsfinanzen der Hertha nie so richtig ernst genommen. Völlig zurecht meinte er im August in einem Interview mit den *Stuttgarter Nachrichten*: „Der Berliner an sich neigt ja tendenziell gerne mal zu Größenwahn.“

Das hätte er nicht sagen dürfen. Denn die Berliner, die Herthaner unter ihnen sowieso, wissen zwar, dass sie großwahnsinnig sind – nur sagen darf man es ihnen nicht. Es soll ja Menschen gegeben haben, die nach Herthas Sieg beim Deutschen Meister Borussia Dortmund am 5. Spieltag ernsthaft geglaubt haben, die Mannschaft sei reif für den Titel.

Und so begann Markus Babels Abstieg in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mit einer der zahlreichen Heimpleiten,

sondern mit einer Analyse der Berliner Charakters. In Berlin gibt es eben Sätze, die darf man nicht aussprechen. Als Frank Steffel 2001 das Rote Rathaus für die CDU erobern wollte, rutschte ihm auf einer Bayernreise – die Maß Bier in der Hand – raus, dass München die schönste Stadt Deutschlands sei. Er löste einen Skandal aus, der für den heutigen Bundestagsabgeordneten viel folgenreicher war, als die Affäre Bimbo, in deren Verlauf Steffel zugegeben hat, als Schüler Schwarze als Bimbos und Behinderte als Mongos bezeichnet zu haben.

Michael Skibbe, dessen Arbeit morgen mit dem ersten Training im neuen Jahr so richtig beginnt, muss also auf der Hut sein. Er sollte beim Standesamt überprüfen lassen, ob es möglich ist, den

Geburtsort nachträglich ändern zu lassen. Bis jetzt ist Skibbe noch in Gelsenkirchen geboren. Spätestens bis zum 7. Januar, wenn die Hertha zum Trainingslager ins türkische Belek fliegt, sollte der 46-Jährige das geändert haben. **ANDREAS RÜTTENAUER**

LOKALPRÄRIE

SONSTIGES

■ Beilagen, Umzüge, Umzugsmaterial, BRD-weit, Standby, sofort umzugsbahnhof, zapf.de 0800 61 61 612

Kleinanzeigen online aufgeben?

■ www.taz.de

Berliner Zeitung Berlin



STADTBILD

Viel zu tun für den neuen Senator

ULRICH PAUL
sorgt sich um den sozialen Zusammenhalt der Stadt.

Eine bessere Vorlage für den neuen Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) hätte es kaum geben können. Der am Dienstag vorgestellte Marktmonitor des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen beschreibt auf 185 Seiten recht treffend, wo die aktuellen Probleme der Stadt liegen. Eines der größten ist, dass der soziale Zusammenhalt der Stadt auf dem Spiel steht. Die Mieten in begehrten Wohnlagen steigen immer weiter an, ohne dass die Einkommen der dort lebenden Bewohner damit Schritt halten. Das führt zu Verdrängung. Manch ein Vertreter der Wohnungswirtschaft mag das böse Wort kaum in den Mund nehmen. Aber damit ist niemandem geholfen. Lösungen sind gefragt.

Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass sich Haushalte mit geringen Einkommen in bestimmten Gebieten Berlins konzentrieren. Zum Beispiel in Wedding, Moabit, in Teilen von Reinickendorf, Neukölln, Charlottenburg-Nord sowie in den Großsiedlungen in Spandau und in Marzahn-Hellersdorf. Nötig ist eine Strategie, um zu verhindern, dass hier soziale Ghettos entstehen.

Am sinnvollsten ist, zunächst dafür zu sorgen, dass die Nachschubwege für die Problemgebiete abgeschnitten werden. Es gilt deswegen alles Erdenkliche dafür zu tun, um Haushalte mit niedrigen Einkommen in ihren bisherigen Wohngebieten zu halten. Etwa dadurch, dass der Senat endlich die Mietrichtwerte für Haushalte erhöht, die Arbeitslosengeld II beziehen. Das würde immerhin verhindern, dass sich Mieter eine neue Wohnung suchen müssen, nur weil die Richtwerte nicht an die Mietsteigerungen angepasst wurden. Das kostet Geld, aber dieses Geld ist gut angelegt. Es ist am Ende sehr viel teurer, die sozialen Folgekosten einer Ghettoisierung zu tragen.

Feuerwehrmann ausgeraubt

Opfer mit Messer bedroht

Feuerwehrmann David B. ist immer noch schockiert. Als er am Montagmorgen mit der S-Bahn nach Hause fuhr, wurde der 30-Jährige von drei Männern überfallen. Sie waren am Bahnhof Schöne-weide in die Bahn gestiegen und stürzten sich auf den uniformierten Mann. Die Täter hielten dem angehenden Brandmeister ein Messer an die Kehle, schlugen ihm ins Gesicht und forderten seine Wertsachen. Mit dem Geld und dem Handy des Feuerwehrmannes flüchteten sie aus der Bahn, bevor sie wieder losfuhr. Der Raubüberfall habe maximal zwanzig Sekunden gedauert, sagte David B. am Dienstag. Es seien abgebrühte Profis gewesen, so der 30-Jährige. In solch einem Moment sei es einem egal, wie viel Geld einem abgenommen wird, sagte der muskulöse und durchtrainierte Mann. Am nächsten Bahnhof stieg er aus der Bahn und alarmierte die Polizei. Zwar klagte er über leichte Schmerzen im Gesicht, aber eine Behandlung lehnte er vorerst ab. Eine Spur zu den Tätern hat die Polizei noch nicht, die wegen gemeinschaftlich schwerer räuberischer Erpressung ermittelt.

David B. ist noch in der Ausbildung zum Feuerwehrmann. Er kam von der Bundeswehr und diente unter anderem in Afghanistan. (ls.)



Wandspüherei an einem Feinkostladen in Kreuzberg: Do not feed Yuppies - füttere keine Yuppies. In den Stadtteil ziehen zunehmend Besserverdienende.

Die Preisdämpfer kassieren jetzt selbst ab

Unternehmen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen erhöhen Mieten

VON ULRICH PAUL

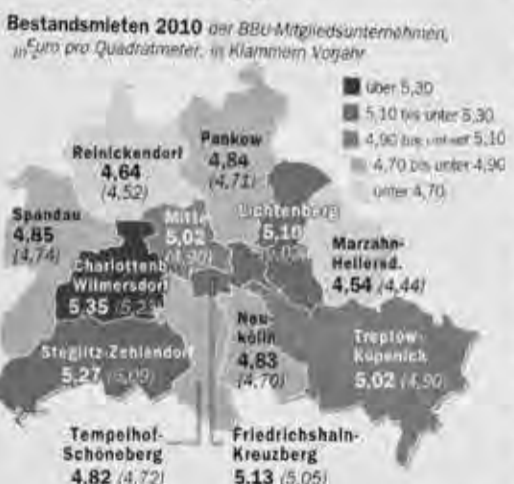
Die Mieten steigen jetzt selbst bei jenen Vermietern immer schneller, die bislang für eine eher moderate Preispolitik bekannt waren: bei den Mitgliedsunternehmen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU). Sie ver erhöhen rund 40 Prozent der Berliner Mietwohnungen, darunter viele gesellschafterliche und die landesweitigen Wohnungen. Während die BBU-Unternehmen im Jahr 2009 die Mieten gegenüber dem Vorjahr nur um 1,9 Prozent erhöhten, setzen sie diese im vergangenen Jahr bereits um 2,3 Prozent hinauf.

Das geht aus dem am Dienstag vorgestellten BBU-Marktmonitor 2011 hervor. BBU-Chefin Maren Kern bezeichnete die Steigerung zwar als „moderat“, doch bewegt sich diese bereits über der allgemeinen Inflationsrate von 1,3 Prozent. Im Durchschnitt zahlen die Mieter in Wohnungen der BBU-Mitglieder nun 4,92 Euro je Quadratmeter Wohnfläche über dem Mittelwert des Mietspiegels. Rechtlich ist das zulässig, weil die Vermieter beim Abschluss eines Mietvertrages nicht an den Mietspiegel gebunden sind. Die Neuvetragmieten der BBU-Mitgliedsunternehmen zogen gegenüber dem Vorjahr ebenfalls stärker an. Während sie sich 2009 um rund 3,5 Prozent verteuerten, erhöhten sie sich im Jahr 2010 um rund vier Prozent.

Auffällig ist, dass sich der Preisauftrieb in Friedrichshain-Kreuzberg fortsetzt. In dem Bezirk mit dem immer noch niedrigsten durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen in Berlin sind die Mieten bei bestehenden Verträgen bereits die drithöchsten in der Stadt. Bei den neu abgeschlossenen Verträgen ist Friedrichshain-Kreuzberg nach Charlottenburg-Wilmersdorf mittlerweile sogar am teuersten. Wer ein niedriges Einkommen hat, dürfte es folglich schwer haben, in dem Bezirk eine neue Wohnung zu finden, falls er umziehen muss. Auch Pankow und Lichtenberg sind teuer.

So verwundert es nicht, dass in Friedrichshain-Kreuzberg, dem nördlichen Neukölln, Pankow (mit Prenzlauer Berg) und Lichtenberg die Einkommen der Bewohner überdurchschnittlich gestiegen sind und die Zahl der ALG-II-Haushalte überdurchschnittlich

Friedrichshain-Kreuzberg wird teuer



Entwicklung der mittleren Haushaltsnettoeinkommen in Euro

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Berlin	1.475	1.500	1.475	1.475	1.500	1.475	1.500	1.525	1.550	1.575
Mitte	1.350	1.375	1.300	1.275	1.350	1.400	1.425	1.400	1.425	1.475
Friedrichshain-Kreuzberg	1.225	1.275	1.225	1.200	1.175	1.175	1.175	1.200	1.300	1.400
Pankow	1.375	1.375	1.400	1.400	1.450	1.475	1.525	1.550	1.575	1.600
Charlottenburg-Wilmersdorf	1.575	1.575	1.625	1.625	1.575	1.600	1.575	1.600	1.550	1.675
Spandau	1.500	1.525	1.600	1.500	1.550	1.525	1.550	1.550	1.550	1.575
Steglitz-Zehlendorf	1.925	1.975	1.900	1.800	1.775	1.850	1.825	1.875	1.925	1.925
Tempelhof-Schöneberg	1.500	1.525	1.500	1.500	1.550	1.575	1.575	1.600	1.600	1.675
Neukölln	1.325	1.375	1.300	1.325	1.325	1.300	1.350	1.400	1.375	1.425
Treptow-Köpenick	1.600	1.675	1.625	1.600	1.625	1.550	1.625	1.625	1.625	1.650
Marzahn-Hellersdorf	1.650	1.650	1.600	1.550	1.550	1.500	1.525	1.500	1.600	1.525
Lichtenberg	1.475	1.475	1.475	1.475	1.475	1.425	1.450	1.450	1.475	1.550
Reinickendorf	1.625	1.725	1.625	1.700	1.725	1.675	1.675	1.650	1.700	1.675

zurückgegangen ist. Dies deutet darauf hin, dass die einkommensschwächeren Haushalte dort weniger passende Wohnungen finden als früher und wegziehen. Haushalte mit besserem Einkommen folgen nach. Laut dem BBU-Marktmonitor ist deutlich zu erkennen, dass sich die Haushalte mit niedrigen Einkommen zunehmend räumlich konzentrieren, vor allem am Rande der Innenstadt, aber auch in einigen Großsiedlungen. BBU-Chefin Maren Kern versuchte bei der

Vorstellung des Marktmonitors zwar den Begriff der Verdrängung zu vermeiden, räumte dann aber ein, „es findet eine Verdrängung statt“, sie würde nur nicht zwangsläufig von Verdrängung sprechen wollen. Kern sagte, der BBU fordert vom Senat, die Mietrichtwerte für ALG-II-Haushalte zu erhöhen. Dadurch soll den Betroffenen ermöglicht werden, in ihren Wohnungen zu bleiben, auch wenn die Mieten steigen.

Der Berliner Mieterverein (BMV) kritisierte, dass es beim Ab-

schluss neuer Mietverträge bisher keinen ausreichenden Mieterschutz gebe. Die Situation werde „oft schamlos ausgenutzt“. Es müsse deswegen eine Regelung geben, dass die neu vereinbarte Miete die ortsübliche Miete um nicht mehr als zehn Prozent übersteigen darf. „Wir haben kein Verständnis dafür, dass in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU ein verbesserter Mieterschutz bei neuen Mietverträgen gar nicht vorkommt“, kritisierte BMV-Geschäftsführer Reiner Wild.

NACHRICHTEN

In Berlin fällt jedes fünfte Auto beim TÜV durch

In Berlin haben 21,2 Prozent der Fahrzeuge die Hauptuntersuchung beim TÜV Rheinland im vergangenen Jahr nicht im ersten Anlauf geschafft – wegen erheblicher Mängel. Das teilte das Unternehmen am Dienstag mit. Die Qualität der Pkw sei in Berlin schlechter als im Bundesdurchschnitt (19,7 Prozent). Die am häufigsten festgestellten Defekte betrafen die Beleuchtung, Bremsen, Achsen, Räder, Reifen und den Auspuff. Bei älteren Autos werde in Deutschland an Wartung und Instandhaltung gespart, hieß es. (pn.)

Wildfleisch aus Berliner Wäldern frisch auf den Tisch

Für ihr Weihnachtessen können Besucher im Forstamt Grünwald frisches Wildfleisch aus Berliner Wäldern erstehen. Am Sonntag von 11 bis 16 Uhr wird an der Koenigsallee 80 Fleisch von heimischen Wildschweinen und Rehen für 15 bis 25 Euro verkauft, wie die Forsten mitteilten. Auch Wildfleisch, das nicht aus dem Grünwald stammt, wird angeboten. Auf dem benachbarten Sägewerksgelände gibt es von 11 bis 18 Uhr ein Adventsfest. (dapd)

Weitere Staatssekretäre berufen

Der Senat hat am gestrigen Dienstag weitere Staatssekretäre berufen. Die türkischstämmige CDU-Abgeordnete Emine Demirbüken-Wegner wird Staatssekretärin für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja (CDU). Den Bereich Soziales übernimmt der bisherige Stadtrat und CDU-Kreisvorsitzende in Neukölln, Michael Büge. Die neue Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat (SPD), bekommt zwei Staatssekretäre an die Seite gestellt. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Barbara Loth übernimmt den Bereich Frauen. Für Arbeit und Integration ist der iranstämmige Farhad Dilmaghani-Marand zuständig. Der 40-Jährige ist Bereichsleiter für Kommunikation und Marketing in der European School of Management and Technology, Berlin. (dpa)

Piraten engagieren Konfliktschlichter

Nach den Grünen will mir den Piraten eine zweite Fraktion im Abgeordnetenhaus einen professionellen Schlichter engagieren. „Eine Mediation wurde beschlossen“, sagte Piraten-Sprecher Ben de Biel am Dienstag. Er bestritt jedoch, dass es darum gehe, interne Streitigkeiten beizulegen. „Es gibt keine konkreten Konflikte“, sagte de Biel. Die Fraktion wolle sich professionell beraten lassen, um „von Anfang an alles richtig zu machen“. (dpa)

Fans des 1. FC Union haben schon 4 000 Aktien gekauft

Drei Werktage nach Beginn der Zeichnungsfrist für Aktien des Stadions „Alte Försterei“ sind bereits mehr als 4 000 Anteilsscheine gezeichnet worden. Das bedeutet eine gezeichnete Kapitalerhöhung von zwei Millionen Euro, teilte der Berliner Fußball-Zweitligist 1. FC Union mit. Vom 1. bis 31. Dezember werden Mitgliedern und Sponsoren des Vereins bis zu 10 000 Aktien im Wert von jeweils 500 Euro angeboten. Die Einnahmen sollen in den Bau der Haupttribüne fließen. (dpa)

Lange Haft für Drahtzieher des Pokerraubs gefordert

Ein Drahtzieher des Berliner Pokerraubs soll nach dem Willen der Staatsanwaltschaft sechs Jahre und vier Monate in Haft. Der 30-Jährige „hatte eine Führungsrolle und hielt die Fäden bis zum Schluss in der Hand“, sagte Staatsanwalt Sjors Kamstra am Dienstag in seinem Plädoyer am Landgericht. Bei dem Überfall auf Deutschlands größtes Pokerturnier 2010 hatte der Angeklagte die Rüber, die 242 000 Euro erbeuteten, instruiert und das Fluchtauto gesteuert. Die vier damals 19- bis 21-jährigen Räuber wurden schon verurteilt. (dpa)

In Nicolas Wackerbarths Langfilm debüt „Unten Mitte Kinn“ geht es um Macht und Machtmissbrauch an einer Schauspielschule SEITE 28



Tiefkühl-Fertigpizza in Bioqualität: Der Großhändler Okofrost hat das Undenkbare mit viel Überzeugungsarbeit geschafft SEITE 23

Foto: Julia Bauer

KOMMENTAR

VON KRISTINA PEZZEI

Verdrängung zu leugnen ist grotesk



Vermieter denken zu kurzfristig

Pressekonferenzen beim Wohnungsunternehmerverband sind traditionell ein großer Spaß. Obwohl längst bekannt ist, dass bezahlbarer Wohnraum knapp wird, leugnet dies die Verbandschefin unverdrossen. Das Spiel aus Frage und Antworten wird so zum beherzten Boxkampf. „Verdrängung“ ist für den Verband ein politisch verbrämter Begriff – schließlich betrachtet sich das Bündnis als die „Guten“ am Markt. Viele ehemals städtische und landeseigene Gesellschaften sind dort organisiert. Auch sie profitieren von den steigenden Mieten und der Bereitschaft von Zuzüglern, viel Geld für eine Wohnung im Trendkiez hinzulegen. Verdrängung einzugestehen hieße, sich als Mitspieler zu bekennen.

Doch der Verband zeigt damit, dass seine Mitglieder genau so kurz denken wie private Immobilienhändler: Wer Verdrängung leugnet, kann nicht gegen sie anheizen. Wer nicht gegen Segregation angeht, wird dies teuer bezahlen. Mischung und Vielfalt in einem Viertel sind der beste Garant für gleiche Bildungschancen und das wirksamste Mittel gegen Kriminalität und Verwahrlosung.

Segregation ist teuer

Soziale Brennpunkte hingegen schmälern die Gewinne von Wohnungsunternehmen. Konkret in den betreffenden Vierteln, letztlich indes für alle Akteure in der Stadt: Die Gesamtkosten einer verfehlten Stadtentwicklung kommen Staat und Unternehmen teuer zu stehen. Wer langfristig und strategisch denkt, wird sich hinstellen und sagen: Ja, es gibt Verdrängung. Ja, wir gehen jetzt gemeinsam dagegen vor – solange wir es noch können.

Arme an den Rand gedrängt

WOHNEN & LEBEN Die Innenstadt wird zum Refugium für Betuchte, sozial Schwache müssen abwandern. Das belegen aktuelle Zahlen des Verbands der Wohnungsunternehmen BBU



Hier lebt's sich so billig wie schlecht: Plattenristesse am Stadtrand Foto: Stenach/Imago

VON KRISTINA PEZZEI

Wer arm ist, muss sich aus attraktiven Innenstadtlagen verabschieden – diese viel diskutierte These ist jetzt mit umfassenden Daten zu Einkommen, Mietpreisen und Armut belegt. Ausgerechnet der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), der stets vor Panikmache auf dem Wohnungsmarkt warnt, veröffentlichte am Dienstag entsprechendes Zahlenmaterial auf der Basis von 900.000 Mietverträgen. Daraus geht hervor, dass die Zahl der Hartz-IV-Empfänger in Stadtrandlagen steigt, während sie in Bezirken wie Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg abnimmt. Gleichzeitig erreichen die Neuvermietungspreise in Friedrichshain-Kreuzberg Rekordwerte und liegen mit 6 Euro/qm an zweithöchster Stelle in Berlin.

Trotzdem vermeidet der BBU, der 359 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften vertritt, hartnäckig den Begriff „Verdrängung“. Lediglich „Such-

bewegungen“ will der Vermieterverband erkennen. Das sieht der Chef des Berliner Mietervereins, Reiner Wild, anders: „Arbeitslosengeld-II-Empfänger finden keine Wohnungen mehr. Wer da nicht von Verdrängung spricht, betreibt Schönfärberei“, sagte er der taz. Zwischen 2006 und 2010 sank die Zahl der Hartz-IV-Haushalte in den Trendkiezen Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Kreuzberg und Nord-Neukölln teils um mehr als drei Prozent. In der Köllnischen Heide und im Märkischen Viertel, aber auch in Reinickendorf, Charlottenburg-Nord, Siemensstadt und am nordöstlichen Stadtrand stieg diese Zahl.

Am billigsten: Marzahn

Die höchsten Neuvertragsmieten erzielten die BBU-Mitgliedsunternehmen 2010 in Charlottenburg-Wilmersdorf, dort wurden im Schnitt 6,21 Euro/qm fällig (+3,8 Prozent). Nach Friedrichshain-Kreuzberg mit 6 Euro (+4,5 Prozent) folgten Steglitz-Zehlendorf (5,83 Euro) und Pankow (5,82 Euro). Am billigsten

„Wer nicht von Verdrängung spricht, betreibt Schönfärberei“

MIETERVEREIN-CHEF REINER WILD

wohnten Umzügler in Marzahn-Hellersdorf mit 4,78 Euro/qm. Im Berliner Durchschnitt stiegen die Neuvermietungspreise um 4,2 Prozent auf 5,48 Euro/qm, das liegt über dem Mietspiegel. Die Bestandsmieten legten berlinweit um 2,3 Prozent zu – sie lagen mit 4,92 Euro/qm 29 Cent unter dem Mietspiegel.

Dabei haben die Menschen gerade dort am wenigsten Geld, wo Wohnungen bei Neuvermietung mit am teuersten geworden sind: in Friedrichshain-Kreuzberg. Das mittlere monatliche Haushaltsnettoeinkommen lag 2010 bei 1.400 Euro – die Steglitz-Zehlendorfer bekamen über 500 Euro mehr auf ihr Konto. Auf diese Diskrepanz angesprochen, wich die BBU-Vorsitzende Maren Kern aus. Sie verwies darauf, dass Sanierungen eben deutlich höhere

Mieten nach sich zögen. „Anders ist das nicht zu machen.“

Überhaupt bewertete Kern die Daten als nicht alarmierend. Sie sieht genügend Trends, die einer großflächigen Verdrängung widersprechen. So sei erwiesen, dass Familien ins Grüne zögen – nicht nur in die klassischen Gegenden, sondern auch nach Marzahn-Hellersdorf. Kern bewertete den vom Land angekündigten Stadtentwicklungsplan Wohnen positiv. Er zeige, dass der Senat das Thema ernst nehme. Gleichzeitig forderte die BBU-Chefin das Land erneut auf, die Wohnungszahlungen und -beschränkungen für Hartz-IV-Empfänger nach oben anzupassen.

In diesem Punkt stimmt der Mieterverein zu. Allerdings warnt sein Vorsitzender Wild den BBU davor, Verdrängung zu verharmlosen. In Lichtenberg etwa zeige sich schon, dass früher günstige Wohngegenden aufgewertet und ärmere Menschen abgedrängt wurden. „Wenn sich das fortsetzt, gibt es auch in den jetzigen Zufluchtsorten bald keine Wohnungen mehr.“

Weniger neue Schulden

HAUSHALT Finanzsenator Nußbaum präsentiert Zahlen. Schuldenabbau angemahnt

Berlin kommt in diesem Jahr mit weit weniger neuen Schulden aus als in seinem 22 Milliarden Euro schweren Haushaltsplan vorgesehen. Nach Zahlen des parteilosen Finanzsenators Ulrich Nußbaum reicht eine knappe Milliarde, um die Landesfinanzen auszugleichen – geplant waren 2,7 Milliarden Euro. Nußbaum berichtete zudem nicht ohne Stolz, dass sein Finanzprogramm vom Stabilitätsrat des Bundes „gewogen und für gut befunden“ wurde. Damit soll auch der Weg für 80 Millionen Euro Sanierungshilfen für das Land frei sein. Wegen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse darf Berlin wie alle anderen Bundesländer ab 2020 keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Das Land will dieses Ziel allerdings schon vorher erreichen.

Die geringere Neuverschuldung war laut Nußbaum wegen geringerer Personal- und Sozialausgaben möglich. Einen Beitrag leistete auch die gute wirtschaftliche Entwicklung mit Steuermehreinnahmen von rund 260 Millionen Euro in diesem Jahr. „Berlin ist finanziell unabhängiger geworden“, sagte der Senator. Das erlaube dem Land aber keine neuen Ausgaben. Es sei ja immer von neuen Kita-Plätzen und anderem die Rede, bloß vom Thema Verschuldung würden wenig sprechen.

Nußbaum gab als klare Marschroute aus, dass alle Einsparungen dem Schuldenabbau dienen sollten. „Die Uhr tickt“, sagte Nußbaum auch mit Blick auf die Verschuldung der Bundesrepublik. „Ich glaube nicht, dass wir noch zehn Jahre haben, auch nicht in Deutschland.“

Berlin ist derzeit mit 63 Milliarden Euro verschuldet, jährlich muss das Land 2,3 Milliarden allein für die Zinsen dieses Schuldenbergs zahlen – getilgt ist damit noch kein einziger Cent. STA

Erinnerungen an den Westberliner Sumpf

SCHROTTIMMOBILIEN Den Senator für Justiz und Verbraucherschutz, Michael Braun (CDU), erwarten wegen seiner Tätigkeit als mutmaßlicher „Mitternachtsnotar“ unangenehme Fragen im Rechtsausschuss

Gemütlich wird es für den neuen Justiz- und Verbraucherschutzsenator Michael Braun (CDU) nicht, wenn der Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses heute zum ersten Mal in der neuen Legislaturperiode zusammenkommt. Unangenehme Fragen erwarten das Regierungsmitglied – zumindest aus den Reihen der Grünen.

Noch keine Woche im Amt, ist Braun wegen seiner Tätigkeit als mutmaßlicher „Mitternachtsnotar“ schwer angeschlagen. Ihm wird vorgeworfen, als Notar Kaufangebote von Schrottimmobilen beglaubigt zu haben, bei denen kleine Leute von dubiosen Unternehmen über den Tisch gezogen worden sind. „Es besteht Aufklärungsbedarf“,

kündigte der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Dirk Behrendt, an. Er werde Braun mit einem Bündel von Fragen konfrontieren. In den letzten Tagen habe er viele Gespräche mit Betroffenen sowie deren Anwälten geführt, so Behrendt. „Wie viele solcher Verträge hat Braun überhaupt beglaubigt?“, möchte Behrendt wissen. Tatsächlich kursieren in den Medien sehr unterschiedliche Zahlen. Nach Informationen des Finanznachrichtendienstes Gomopa sollen Braun und sein Kanzleipartner Uwe Lehmann-Brauns in den vergangenen drei Jahren über 100 Immobilien-Kaufangebote beglaubigt haben, die einwandfrei aus der Schrottimobilien-Szene kamen.

Lehmann-Brauns wird als Notar in einem Prospekt des Bauträgers Gruezi auf der Referenzliste erwähnt. Gruezi kauft für wenig Geld blockweise Immobilien. Über sogenannte Strukturvertriebe, die schnell entstehen und wieder vergehen, werden die Schrottimobilien weit über Wert an einfache Leute verkauft. „Gruezi ist die Spinne im Netz“, sagt Behrendt. Er spricht von „Überrumpfungsgeschäften“. Erst würden die Leute „schwindlig gequatscht und dann schwuppdiwupp, auch nachts und am Wochenende zur Beurkundung des Kaufangebots zum Notar geschleppt“.

Laut Bundesnotarordnung soll ein Vertragsentwurf den Beteiligten in der Regel zwei Wo-

chen vor Beurkundung zur Prüfung zur Verfügung gestellt werden. Wie Braun es mit dieser Frist hielt – auch das will Dirk Behrendt im Ausschuss erfragen.

Der Präsident des Landgerichts, Bernd Pickel, teilte am Dienstag mit, er habe bislang keine Erkenntnisse darüber, dass Braun als Notar seine Amtspflichten verletzt habe. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) schweigt zu den Vorwürfen. Sein Sprecher sagte, Wowereit äußere sich „selbstverständlich nicht“, weil es sich um eine Angelegenheit der privaten Berufstätigkeit Brauns handle. Aus SPD-Kreisen verlautete, man fühle sich mit Unbehagen an den „alten Westberliner Sumpf“ erinnert. PLUTONIA PLARRE

ANZEIGE

ALLES ODER NICHTS

EIN BERLINER SPEKTAKEL MIT VIEL MUSIK

von Birger Heymann dem Komponisten von *Wald*

www.allesodernuescht.de

Berlin

Luxus neben Brechts Theater

Ein Schweizer Unternehmen errichtet an der Spree die teuersten Wohnungen der Stadt. Pool und Fitnessstudio gehören zum Standard

VON UWE ADLICH

Die einen finden die Ausstattung überwältigend, die anderen möchten um keinen Preis so wohnen. Über Geschmack lässt sich streiten, und auf die Frage, was Luxus ist, geben die Manager des Unternehmens Peach Property aus der Schweiz auch eher ausweichende Antworten. Sie definieren Luxus vor allem über Qualität der Materialien, über hotelähnlichen Service, aber vor allem über einen hervorragenden Standort, der mitten in der City liegen muss. Dieser Ort ist ihrer Ansicht nach das Grundstück gleich neben Bertolt Brechts Theater, dem Berliner Ensemble. Nur wenige Meter von der Spree entfernt errichtet Peach Property jetzt ein Luxuswohnhaus mit insgesamt 87 Wohnungen. Am Donnerstag wurde dort der Grundstein gelegt.

Weiß dominiert

Die Schweizer sehen ihre Wohnungen im „gehobenen Luxusbereich“. Und sie sind stolz darauf, dass sie für die Gestaltung den Star-Designer Philippe Starck gewinnen konnten. Starck hat unter dem Namen „Yoo“ große und helle Räume mit sehr großen und raumhohen Fenstern entworfen. Breite Durchgänge verbinden die Wohnflächen miteinander. Die Käufer können die Räume, in denen die Farbe Weiß dominiert, aber individuell unterteilen. Zum Luxus gehört auch ein privater Wellness- und Fitness-Bereich samt zwölf Meter langem Pool und Bar, ebenso ein Café und eine Lobby, in der es einen Concierge-Dienst gibt – von der Paketannahme bis zum Reinigungsservice für die Wohnungen ist alles dabei. Alles ist speziell von Starck für den Neubau designt, den der Berliner Architekt Eike Becker entworfen hat. „Alles ist sorgfältig geplant: Jede Fußleiste, jede Schraube, jedes Fassadenele-



Blick auf die Spree – so soll der Neubau mit Luxuswohnungen aussehen. Der Investor gestaltet auch den Bertolt-Brecht-Platz um, die Bäume bleiben stehen.



Große Wohnflächen, helle Räume – das Konzept stammt von Star-Designer Philippe Starck.



Nur ein Vorschlag – Möbel wählt der Käufer selbst aus.

ment, jedes Detail ist genau bestimmt“, sagt Becker. Dieser Luxus hat seinen Preis. Ein Penthouse mit Blick auf den Bertolt-Brecht-Platz hat ein Käufer bereits für 12.500 Euro pro Quadratmeter erworben – derzeit ein Spitzenwert in Berlin. Ähnliche Preise

will die Firma Diamona & Harnisch (Choriner Höhe) im Diplomatenviertel in Tiergarten erzielen. Luxuswohnungen in Berlin werden derzeit aber meist zwischen 5.000 und 7.500 Euro pro Quadratmeter angeboten, am Hausvogteiplatz etwa oder am früheren Mauerstreifen.

Am Brechtplatz liegt schon der Einstiegspreis für die Wohnungen, die zwischen 62 und 339 Quadratmeter groß sind, bei 4.100 Euro je Quadratmeter. Laut Steinbauer sind 40 Prozent der Wohnungen verkauft. Die Kundschaft ist meist 40 bis 50 Jahre alt, die Hälfte der Käufer

kommt aus dem Ausland, drei aus New York, drei aus Hongkong, aus England, Italien und der Schweiz. Peach Property wird den gut 30 Meter hohen Neubau für rund 140 Millionen Euro errichten. Außer Luxuswohnungen entsteht in dem Komplex auch ein Vier-Sterne-Hotel

Erst Zirkus, dann Theater

Auf dem Grundstück Am Zirkus 1 wurde 1867 von Friedrich Hitzig die erste Markthalle errichtet, sie schloss nach einem halben Jahr wieder. 1873 wurde das Haus zum Zirkus mit rund 4.500 Sitzplätzen umgebaut, 1918 kaufte es die National-Theater AG mit Regisseur Max Reinhardt.

Als Variété wurde das Gebäude ab 1947 genutzt. Der Friedrichstadtpalast musste aber 1990 geschlossen werden, weil die Pfahlgründung nicht mehr standfest war. Das Gebäude wurde 1988 abgerissen.

Der Neubau steht wegen des schwierigen Baugrundes jetzt auf 198 Pfählen aus Beton und Stahl, die bis zu 40 Meter tief in den Boden reichen. Architekt Eike Becker will mit dem Gebäude eine Verbindung zwischen Tradition und Moderne herstellen. Die Fassade besteht aus großen Metallrahmen und viel Glas.



Die Trockenzeit ist vorbei

Im Stadtbad Oderberger soll wieder Wasser fließen

VON STEFAN STRAUSS

In der früheren Volksbadeanstalt in der Oderberger Straße können nach fast 30 Jahren Trockenzeit bald wieder Anwohner und Gäste schwimmen gehen. Im Frühjahr 2015 soll das leerstehende und marode Gebäude als Hotel mit integriertem öffentlichen Schwimmbad eröffnet werden. Das verspricht Barbara Jaeschke, Geschäftsführerin der GLS-Sprachenschule in der Kastanienallee. Sie verhandelt zurzeit mit der derzeitigen Eigentümerin des Gebäudes, der Stiftung Denkmalschutz Berlin, über einen Kaufvertrag. Stiftungs-Vorstand Christian Melcher sagte der Berliner Zeitung am Donnerstag: „Wir gehen davon aus, dass wir spätestens nächste Woche zu einem positiven Ergebnis kommen.“

Barbara Jaeschke will das Stadtbad zum Erweiterungsbau für ihre Sprachschule umfunktionieren, die sich gleich um die Ecke befindet. Die internationalen Sprachkurse sind dort so begehrt, dass die Schule neue Hotelzimmer und Seminarräume für ihre Kursteilnehmer braucht. 70 Hotelzimmer und 12 Seminarräume soll es im sanierten Stadtbad dann geben. Anwohner und Besucher können das sanierte

Haus mit Schwimmhalle und Sauna zu Preisen nutzen, die sich an denen der Berliner Bäderbetriebe orientieren. Vier Euro kostet dort der Eintritt, 2,50 Euro mit Ermäßigung. „Wir bauen ein Schwimmbad und keinen Wellness-Tempel“, sagt Barbara Jaeschke. Wohl auch deshalb liegen die Sanierungskosten mit etwa zwölf Millionen Euro weit unter den Kostenberechnungen früherer Kaufinteressenten.

Mehrere Jahre lang hatte sich Barbara Jaeschke um den Kauf des 1902 errichteten Stadtbades Oderberger Straße bemüht. Die Gespräche mit der Stiftung Denkmalschutz Berlin waren jedoch gescheitert, weil diese Investoren bevorzugte, die aus dem Bad ein Wellness-Hotel machen wollten. Das aber hatte der Bezirk Pankow abgelehnt. Die Sanierungsziele des Bezirks im Gebiet Teutoburger Platz, zu dem auch die Oderberger Straße gehört, legen ein öffentliches Schwimmbad fest.

Für die Stiftung Denkmalschutz ist das Stadtbad eine Geschichte des Scheiterns. Im Laufe von vier Jahren war es den Denkmalschützern nicht gelungen, das Haus zu sanieren. Die Stiftung hatte das Gebäude im Jahr 2007 vom Liegenschaftsfonds Berlin übernommen mit der Verpflichtung, es bis Ende 2012 zu sanieren.



Charme des Verfallenen: Zurzeit ist das Stadtbad Ort für Partys und Filmdrehen.

SERVICE

VERKEHR

S-Bahn: S 2: Vom 25. November, 22.00 Uhr, bis 28. November, 01.30 Uhr: Züge fahren nicht Pankow – Bernau. Zwischen Blankenburg und Bernau fahren Ersatzbusse.
S 3: Vom 25. November, 22.00 Uhr, bis 28. November, 01.30 Uhr: Züge fahren nicht Rummelsburg – Spandau, Zwischen Rummelsburg und Köpenick fahren Ersatzbusse.
S 5: In den Nächten 28./29. und 29./30. November, jeweils 22.00–01.30 Uhr: Ersatzbusse Strausberg/Leud. – Hoppegarten.
S 8: Vom 25. November, 22.00 Uhr, bis 28. November, 01.30 Uhr: Züge fahren nicht Schönhauser Allee – Birkenwerder. Zwischen Blankenburg und Hohen Neuenndorf fahren Ersatzbusse.

Aktuelle Stauwarnungen im Internet: www.vnz.info/de

KENO-ZAHLEN

2, 7, 19, 21, 22, 23, 27, 37, 43, 44, 46, 49, 50, 54, 58, 60, 65, 66, 68, 70
 plus 5-Gewinnzahl: 3 x 0000000000

LOTTO-QUOTEN

Mittwoch-Lotto:
 1:10-23-30-38-39, Zr. 11, Sz. 4

QUOTEN

Klasse 1: unbesetzt
 Jackpot: ca. 9 Millionen Euro
 Klasse 2: 4 x 240.823,70 Euro
 Klasse 3: 10 x 60.205,90 Euro
 Klasse 4: 476 x 3.288,50 Euro
 Klasse 5: 1.827 x 131,80 Euro
 Klasse 6: 26.059 x 46,10 Euro
 Klasse 7: 50.207 x 19,10 Euro
 Klasse 8: 525.932 x 10,00 Euro

Alle Angaben ohne Gewähr

NOTRUF

Polizei: 110
 Feuerwehr: 112
 einheitliche Behördenrufnummer: 115
 Bürgertelefon der Polizei: 46 64 46 64
 Kassenzahl. Bereitschaftsdienst: 31 00 31
 Zahnärztl. Notdienst: 89 00 43 33
 Tierärztl. Notdienst: 83 22 90 00 und 83 22 90 58
 Giftnotruf: 192 40
 Apothekennotdienst: 0800-002 28 33
 Telefonseelsorge: 0800-111 01 11 und 0800-111 02 22 (Kirchlich)
 Kindernotdienst: 61 00 61
 Jugendnotdienst: 61 00 62
 Berliner Krisendienst: 390 63-10 (20, 30 bis 90)
 Krisen- und Beratungszentrum für vergewaltigte Frauen: 216 88 88
 Opfer-Hilfe: 395 28 67
 AIDS-Hilfe: 194 11
 Schwulen-Hilfe: 194 46
 Drogennotruf: 192 37
 Anonyme Alkoholiker: 192 95
 Schuldnerberatung: 0180-575 02 50
 Bahnankunft: 0800-1507090 (kostenlos)
 Straßenbeleuchtung: 0800-110 20 10 (kostenlos)
 Vattenfall-Notruf: 0180-211 25 25
 Gasag-Notruf: 78 72 72
 Wasserbetriebe-Notruf: 0800 292 75 87

Berlin

Mehr Personal käme Kunden teuer zu stehen

BVG-Monatskarte müsste zehn Euro teurer werden

Auch wenn Fahrgäste dies for-
dern: Die Berliner Verkehrsbe-
triebe (BVG) wollen ihre U-Bahn-
höfe nicht mit Personal besetzen.
Denn um dies zu finanzieren, müs-
sen die Tarife drastisch steigen – das
aber würde dazu führen, dass viele
Fahrgäste abwandern. Das geht aus
der Antwort des Senats auf eine An-
frage des fraktionslosen Abgeordne-
ten René Stadtkewitz hervor.

„Eine 24-Stunden-Personalbeset-
zung der U-Bahnhöfe erfordert
einen Personalmehraufwand von
jährlich rund 70 Millionen Euro“,
teilte die BVG mit. Ein Aufschlag von
20 Cent auf den Preis des Einzelfahr-
scheins, wie er bislang diskutiert
wurde, reiche als Ausgleich nicht
aus. Selbst wenn auch Tages- und
Kurzstreckenkarten teurer würden,
bliebe eine Finanzierungslücke.
Eine Erhöhung der Zeitkartenpreise
um durchschnittlich rund 14 Pro-
zent müsste dann noch dazukom-
men, so die BVG. Eine Monatskarte
für das Berliner Stadtgebiet würde
dann statt 74 zirka 84 Euro kosten.

Mit diesen Verteuerungen be-
käme die BVG das Geld für das zu-
sätzliche Personal wieder herein. Al-
lerdings müsste sie im Gegenzug auf
Fahrgeld verzichten – 146 Millionen
Euro pro Jahr. Eine Umfrage habe
ergeben, dass 29 Prozent der Fahr-
gäste schon einen 20-Cent-Auf-
schlag nicht akzeptieren würden.
Sie würden weniger oder gar nicht
mehr mit der BVG fahren. Unterm
Strich bliebe ein Einnahmeverlust
von 84 Millionen Euro. Stadtkewitz,
Chef der Partei „Die Freiheit“, for-
derte mehr Polizeipräsenz und
Drehkreuze in U-Bahnhöfen. Berlin
sollte von New York lernen und in-
vestieren, forderte er. (p/n.)



Zukunftsvision: So wie auf diesem Bild könnten die Gebäude am Humboldtthafen aussehen. Zum Verkauf stehen die Grundstücke für die beiden Häuser rechts.

In der City gibt es Platz für Wohnungen

Die Nachfrage nach Bauflächen steigt. Liegenschaftsfonds bietet Grundstücke in bester Lage an

VON ULRICH PAUL

Wohnen in der Stadt wird immer
beliebter – darauf reagiert nun
auch der Liegenschaftsfonds des
Landes Berlin. Er bietet verstärkt
landeseigene Grundstücke für den
Wohnungsneubau an. Prominen-
testes Beispiel ist der Humboldtthafen
in Mitte. Ganz in der Nähe von
Hauptbahnhof und Regierungsviertel
stehen zwei 2 800 und 4 300 Qua-
dratmeter große Areale zum Ver-
kauf. Hier soll ein „modernes und
mondänes Hafenviertel“ entste-
hen, kündigte der Liegenschafts-
fonds am Mittwoch an. Der Flä-
chenanteil für Wohnungen würde
von zunächst 40 auf nunmehr
70 Prozent erhöht. Etwa 300 Woh-
nungen könnten am Humboldtthafen
entstehen, schätzt der Geschäfts-
führer des Liegenschafts-

fonds, Holger Lippmann. Ab dem
4. Oktober beginnt das Verkaufsver-
fahren für die Grundstücke – pünkt-
lich zur internationalen Immobili-
messe Expo Real in München.

Das Phänomen Sickerereffekt

Die Mieten in den Wohnungen am
Humboldtthafen dürften sich im
oberen Preissegment bewegen,
doch entlastet auch der Bau teurer
Wohnungen den Markt. Wenn näm-
lich Mieter mit gutem Einkommen
aus einer preisgünstigen Wohnung
in eine teurere Wohnung ziehen, gibt es für
Haushalte mit niedrigen Einkom-
men eine bezahlbare Wohnung
mehr. „Sickerereffekt“ sagen die Fach-
leute zu diesem Phänomen.

Außer den Flächen am Hum-
boldtthafen stehen noch weitere
Grundstücke zum Verkauf. Im Orts-
teil Hessewinkel im südlichen

Rahnsdorf offeriert der Liegen-
schaftsfonds ein 5,1 Hektar großes
ehemaliges Kasernengelände. Dort
sollen bis zu 300 Einfamilienhäuser,
Reihen- und Doppelhäuser entste-
hen. Weitere 80 bis 100 Wohnungen
können auf dem Grundstück Sese-
heimer Straße 3 in Charlottenburg,
unweit der Wilmersdorfer Straße,
gebaut werden. Hier läuft bereits ein
Verkaufsverfahren.

Nicht nur um Wohnungen geht
es im Gebiet um den früheren Blu-
mengroßmarkt in Kreuzberg. Unter
dem Namen „Checkpoint 37“ ist
dort auf 12 700 Quadratmeter ein
Areal geplant, das kulturell genutz
werden soll. Gesucht werden Inves-
toren mit kultur- und kreativwirt-
schaftlichen Konzepten. Bis zum
15. November nimmt der Liegen-
schaftsfonds Vorschläge entgegen.
In diesem Fall erhält nicht automa-

tisch derjenige den Zuschlag, der
das höchste Gebot einreicht. Es
gehe zugleich um ein überzeugendes
Konzept, sagte Liegenschafts-
fonds-Prokuristin Susanne Klabe.

Ein ausgefallenes Grundstück
hat der Liegenschaftsfonds für die
Messe Expo Real noch im Angebot:
Das Areal Gertraudenstraße
1-7/Am Petriplatz in Mitte. Die Flä-
che liegt im historischen Stadtkern.
Wer das Grundstück bebauen will,
muss die erhalten gebliebenen Keller
und Fundamente des ehemali-
gen Cöllnischen Rathauses integrieren.
Vermarktungsstart ist auch hier
am 4. Oktober.

Das Jahr 2011 läuft für den Lie-
genschaftsfonds gut. Aus Grund-
stücksverkäufen konnten bis jetzt
130 Millionen Euro an den Finanz-
senator abgeführt werden. Geplant
war ein Betrag von 126 Millionen.

POLIZEIREPORT

DROGENBANDE GEFASST: Zoll-
fahnder und Polizisten haben am
Dienstagmittag in Schöneberg,
Mitte und Wilmersdorf insgesamt
zwölf mutmaßliche Drogendealer
gefasst. Sie beschlagnahmten bei
den Verdächtigen im Alter zwischen
19 und 50 Jahren insgesamt 750
Gramm Drogen, darunter Heroin
und Kokain, sowie Bargeld. Mehrere
Männer wurden am Mittwoch ein-
em Haftrichter vorgeführt.

AUTOS ANGEZÜNDET: Unbe-
kannte haben am Dienstagabend in
Spandau zwei Autos angezündet.
Ein Anwohner sah gegen 21.45 Uhr
Flammen an einem Opel Vectra und
an einem VW Golf, die an einem Au-
tohandel in der Rauchstraße abge-
stellt waren. Gemeinsam mit dem
Mitarbeiter des Geschäftes gelang
es ihm, die Brände zu löschen. Die
beiden Autos waren alt und nicht
zugelassen. Ein politisches Tatmotiv
sieht die Polizei nicht.

RADFÄHRER GETÖTET: Bei einem
Verkehrsunfall in Mitte ist am Mit-
twoch ein Fahrradfahrer ums Leben
gekommen. Ein Lkw-Fahrer wollte
auf die Leipziger Straße abbiegen
und übersah dabei den etwa 60
Jahre alten Radfahrer. Dieser wurde
beim Aufprall schwer verletzt, wie
die Polizei mitteilte. Trotz Reanima-
tionsversuchen starb er noch am
Unfallort.

RÄUBER GEFASST: Polizisten ha-
ben am Dienstagabend in der Spän-
dauer Wilhelmstadt vier Männer
festgenommen, die im Verdacht ste-
hen, eine Frau überfallen zu haben.
Die 53-Jährige war gegen 21 Uhr von
Männern in einem Durchgang von
der Adam-zur-Weißburger-Straße
umringt, geschlagen und getreten
worden. Ein Täter entritt ihr die Tas-
sche. Polizisten suchten danach die
Umgebung ab und nahmen in der
Nähe die Verdächtigen im Alter von
23, 24, 25 und 30 Jahren fest. (kop.)

LIDL

Lidl lohnt sich.

Bananen
kg-Preis

Aktion!
-,69*

Chicoree
Deutschland/
Frankreich/Holland
Klasse I
500-g-Packung
1 kg =
1,18

Aktion!
-,59*

Zucchini
Deutschland/
Spanien
Klasse I
kg-Preis

Aktion!
-,79*

Do, 29.9. bis Sa, 1.10. Sparpreise fürs Wochenende!

Volvic
Naturelle
• Natürliches Mineralwasser
• Je 1,5-l-Flasche zzgl. -25 Pfand
• 1 l = -,40

Aktion!
-,59*

Del. Kochhinterschinken
• Spitzenqualität
• Je 200-g-Packung
• 100 g = -,56

-13%!
1,29 1,11

Landjunker Frische Putenschnitzel
• Aus der Putenbrust geschnitten
• 500-g-Packung
• 1 kg = 5,98

-11%!
3,39 2,99*

Wochen-WOCHEN

+500 ml GRATIS
1,42

doussy Weichspüler
• Blue Touch oder Fresh Flowers
• 3-l-Flasche
• 1 l = -,50

3 Liter XXL
1,49

2er-Pack Duschpflege/ Duschgel/ Duschcreme
• In den Sorten Joghurt Aloe Vera, Men Speedster u.a.
• Je 2x 250-ml-Flasche
• 1 l = 3,38

Doppelpack!
1,69*

SAINT ALBRAY
• Saint Albray in verschiedenen Sorten
• Je 200-g-/180-g-Packung
• 100 g = 1,-/1,11

-26%!
2,89 1,99

Landjunker Frische Gefüllte Kohl-/ Wirsingrouladen
• Mit einer Füllung aus durchgegarter Schweine- und Rindfleisch-Hackfleischmasse
• 400-g-Packung
• 1 kg = 6,73

Aktion!
2,69*

Landjunker Frische Hähnchen-Knusperbrust
• Hähnchenbrust mit Haut und Knochen, gewürzt
• Mit Kräuterbutter- oder Knoblauchcreme-Topping
• 550-g-Packung
• 1 kg = 5,26

Aktion!
2,89*

Floralys Toilettenpapier, soft 3-lagig • Je 20x 200-Blatt

20 Rollen XXL
4,75

*Dieser Artikel kann aufgrund begrenzter Vorratsmenge bereits im Laufe des ersten Angebotstages ausverkauft sein. Alle Preise ohne Deko. Für Druckfehler keine Haftung. Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, Rinsdler 30, 74186 Neckarsulm

Alles Schmu!

MIETENPOLITIK Das Thema Gentrifizierung ist nicht nur im Wahlkampf angekommen, sondern auch in den Wahlprogrammen der Parteien. Doch wie glaubwürdig sind Senat und Opposition wirklich?

VON UWE RADA
UND CHRISTIAN WYREMBEK

Wohnungsneubau

Ups, es fehlen Wohnungen! Wundern kann sich über diese späte Erkenntnis nur, wer Ingeborg Junge-Reyer (SPD) Glauben schenkte. Die Stadtentwicklungssenatorin hat bis zuletzt auf den Leerstand von 100.000 Wohnungen hingewiesen und von einem entspannten Wohnungsmarkt gesprochen. So verging viel Zeit, in der man neue Konzepte für eine soziale Neubaupolitik hätte entwickeln können.

Stattdessen hat der Senat das Thema Neubau den Investoren überlassen – und die bauen, wenn überhaupt, Luxuswohnungen. Nun aber sollen plötzlich 6.000 Wohnungen pro Jahr her, auch für Bedürftige und Mittelschichten. Das ist der Wunsch.

Und so sieht die Realität aus: In Pankow will die Gesobau nächstes Jahr mit dem Bau von 270 Wohnungen beginnen. Die Durchschnittsmiete soll 9 bis 10 Euro pro Quadratmeter netto kalt betragen.

Sieht so das neue soziale Bauen aus? Ja, wenn man nur auf die landeseigenen Gesellschaften setzt. Warum aber soll es nicht auch verbilligte oder kostenlose Grundstücke für Baugesellschaften und Genossenschaften geben? Warum experimentiert man nicht mit Quersubventionierungen? Nötig wäre die Neuerfindung des Mietshauses des 19. Jahrhunderts, in dem alle Schichten der Bevölkerung leben.

Fazit des Senats: Wer Neubaumieten von 10 Euro sozial nennt, hat den Blick auf die Realität verloren.

Opposition: Die Grünen wollen mehr Initiative von unten.

Wohnungsgesellschaften

Für Rot-Rot sind die sechs landeseigenen Gesellschaften mit ihren 270.000 Wohnungen das wichtigste Instrument der Wohnungspolitik. Der Wunsch: Durch eine kluge und zurückhaltende Preispolitik sollen Degewo und Co. dämpfend auf die Mietpreisentwicklung einwirken. Das soll nicht nur bei Bestandsmietern gelten, sondern auch im Fall von Neuvermietungen.

Und das ist die Wirklichkeit: Ende August überraschten die Wohnungsbaugesellschaften mit der Ankündigung, die Mieten in 19.000 Wohnungen um durchschnittlich 2 Prozent erhöhen zu wollen. Natürlich war die SPD verärgert.

Nur: Mit bloßen Appellen, das hat zuletzt der Howoge-Ausschuss gezeigt, kommt man bei den landeseigenen Gesellschaften nicht weiter. Gefragt sind klare Anweisungen. Doch dazu müsste der Senat erst einmal definieren, was er unter einer „mietdämpfenden Praxis“ versteht.

Und noch etwas könnte man den landeseigenen Gesellschaften an die Hand geben: Wenn sie schon auf billigen Senatgrundstücken neu und teuer bauen dürfen, muss der sogenannte Sicker-Effekt sichergestellt sein. Wenn also eine günstige Wohnung frei wird, weil sich der Mie-

ter eine neue Wohnung der gleichen Gesellschaft leisten kann, dann darf es bei der günstigen Wohnung keinen Neuvermietungszuschlag geben.

Fazit des Senats: Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen es richten. Mehr als Staat können die Sozialdemokraten bis heute nicht.

Opposition: Die Grünen wollen künftig am Stadtrand mehr Bedürftige in den landeseigenen Gesellschaften unterbringen. Die sollen dafür in der Innenstadt mehr zulangen dürfen. Damit würde aber die Armut weiter an den Rand gedrängt.

Zweckentfremdung

Keiner weiß, wie viele Ferienwohnungen es in Berlin tatsächlich gibt, aber jeder Tourist weiß, wie er eine mieten kann. Das ist gut für die Berlinbesucher und schlecht für die Berlinerinnen und Berliner. Und es war lange Zeit kein Thema für den Senat.

Noch 2009 antwortete die Stadtentwicklungsverwaltung auf eine kleine Anfrage der CDU: „Der Senat sieht kaum Möglichkeiten, die Entwicklung durch Rechtsnormen zu kanalisieren.“

Einem Zweckentfremdungsverbot, wie es die Grünen seit Langem fordern, erteilt Senatorin Junge-Reyer bis heute eine Absage. Sie verweist dabei auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes, das ein ähnliches Verbot kassiert hatte, weil in Berlin kein Wohnungsmangel mehr bestehe.

Dass der Wohnungsmarkt in Berlin aber in viele Quartieren angespannt ist, hat den Senat bis heute nicht zum Umlenken gebracht. Dabei müsste man nur den Wohnungsmarkt in Teilräume aufteilen und für die besonders betroffenen Stadtteile eine angespannte Wohnungssituation feststellen.

Fazit des Senats: Die SPD duckt sich weg, die Linken tun, als wären sie in der Opposition und nicht im Senat.

Opposition: Die Grünen fordern seit Langem die Wiedereinführung der sogenannten Zweckentfremdungsverbotverordnung. Andere Städte wie Hamburg unter Schwarz-Grün haben vorgemacht, dass es geht.

Neuvermietungen

Okay, nicht für alles kann man dem Senat die Schuld geben. Dass die Mieten vor allem bei der Neuvermietung explodieren, ist die Schuld der Bundespolitik. Mietrecht ist Bundesrecht, und in diesem Mietrecht fehlt bislang eine Kappung der sogenannten Neuvermietungen. Geregelt ist nur die Mietentwicklung bei bestehenden Mietverhältnissen: Sie dürfen innerhalb von drei Jahren um 20 Prozent steigen – wenn der Mietspiegel das zulässt.

Nun verweist der Senat gern auf eine Bundesratsinitiative, die das ändern soll. Allerdings steht Schwarz-Gelb im Bund nicht im Verdacht, besonders mieterfreundlich zu sein.

So wird sich also nichts an der Preisspirale ändern. Bereits von 2009 bis 2011 sind die Mieten um 7,9 Prozent gestiegen. Bei Neuvermietungen sind inzwischen 10 Euro pro Quadratmeter keine Seltenheit mehr. Diese Mieten-



Die Sorge über steigende Mieten geht um: bei der Mietenstopp-Demo Anfang September. Foto: Stefan Boness/Ipan

explosion wird sich auch im nächsten Mietspiegel niederschlagen.

Fazit des Senats: Rot-Rot verkauft eine Bundesratsinitiative als Erfolg, die keinen Erfolg haben wird. Das grenzt an Wählervergummung.

Opposition: aufseiten des Senats. Der grüne Abgeordnete Otto fordert die Berliner auf, im Zweifel auf einen Umzug zu verzichten.

Umwandlung

Nicht nur mit steigenden Mieten werden Bewohner vertrieben, sondern auch durch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Hier hat der Senat kurz vor der Wahl reagiert. Eine alte Verordnung, die den Schutz vor Eigenbedarfskündigungen von drei auf sieben Jahre verlängerte, wurde von vier auf sechs Bezirke ausgeweitet.

Das Ganze hat die SPD dann noch als Großtat verkauft, dabei sind andere Städte längst weiter. Dort gilt die Schutzfrist zehn Jahre. Doch die von der SPD geführte Stadtentwicklungsverwaltung hat, wie immer, Angst vor den Gerichten. Lieber einen Schritt zu wenig als einen zu viel, lautet die Devise. Das gilt auch für ein weiteres Instrument, das in anderen Städten erprobt wird: den Genehmigungsvorbehalt bei Umwandlung in bestimmten Quartieren mit Wohnungsnot.

Fazit des Senats: Gut ist die SPD nur darin, das Mindeste als soziale Wohltat zu verkaufen. Die Linke wäre gerne weiter gegangen.

Opposition: Die Grünen würden gern den ganzen Instrumentenkasten auspacken. Zumindest sagen sie es als Oppositionspartei.

Wohnraum für Hartz IV

Auch die Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger haben es schwer. Erst im Juli wurde durch Statistiken belegt, was lange zuvor bereits vermutet worden war: Sie werden wegen steigender Mieten aus den Innenstadtbereichen in die Randbezirke verdrängt. Zunehmend müssen sie von Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Mitte nach Spandau und Marzahn-Hellersdorf ziehen.

Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) hatte deshalb eine Erhöhung der Kosten der Unterkunft gefordert. Richtwerte legen dabei den maximalen Zuschuss zur Miete fest.

Diese Richtwerte waren für Einpersonenhaushalte seit 2008, für Mehrpersonenhaushalte so-

gar seit 2005 nicht angepasst worden. Laut Bluhm sollte für „Menschen in Einpersonenhaushalten der Richtwert von 378 Euro auf 390 Euro steigen. Die SPD-geführten Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Finan-

zen berechneten den neuen Richtwert anders. Sie wollten ihn sogar auf 370 Euro absenken und erst ab Dreipersonenhaushalten ansteigen lassen.

Fazit des Senats: Kurz vor der Wahl wollte die Linke doch end-

lich mal aktiv werden. Doch die SPD wollte nicht einmal Stellung beziehen.

Opposition: Die Grünen fordern, die Richtwerte regionalisiert nach Bezirken und nach Sanierungsstand zu erhöhen.

ANZEIGE



Für klare Verhältnisse: am Sonntag SPD wählen!

Für neue Arbeitsplätze

In Berlin entstehen immer mehr Arbeitsplätze und die Wirtschaft wächst. Wir fördern das weiterhin – auch mit einer guten Infrastruktur. Allein der neue Flughafen bringt 40.000 Arbeitsplätze.

Für gebührenfreie Bildung

Mit uns bleibt Bildung von der Kita bis zur Uni gebührenfrei. Wir haben bereits über 16.000 neue Kita-Plätze geschaffen und wir werden dafür arbeiten, dass noch mehr Plätze entstehen.

Für bezahlbare Mieten

Mit 30.000 weiteren Wohnungen bei landeseigenen Gesellschaften schaffen wir zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum und entspannen die Situation auf dem Mietwohnungsmarkt.

BERLIN. Wäre Berlin eine einzelne Person, müsste man von wohl einem Glückspilz sprechen. Die Stadt hat in den letzten 25 Jahren so viel Glück gehabt, dass sogar den Urberlinern das Meckern vergangen ist, weshalb sie sich wiederum ein wenig fremd fühlen in ihrer Stadt. Wenigstens das, sonst wäre die Sache schon unheimlich.

Jetzt kurz vor der Wahl hat man das Gefühl, noch nie habe Berlin so gut getan. Politiker, die in Berlin auf Veränderung drängen, haben jedenfalls schlechte Karten. Mit Veränderung werben nur die Konservativen und die Piraten, beide chancenlos. Ausgerechnet das breite linke Spektrum will dagegen, dass bleibt, was ist, und die Mehrheit der Bürger fühlt genau so. Von der Zukunft möchte man vor allem eins: von ihr verschont bleiben. Milieuschutz, Bestandsschutz, Mieterschutz, Quartierschutz sind Berliner Lieblingsvokabeln. So beschleicht einen der Eindruck, dass Berlin, hätte es wirklich die Wahl, den Stillstand wählen würde. Genau hier, auf dem gefühlten Scheitelpunkt einer Übergangszeit, würde die Stadt Halt machen wollen und in Ruhe ihren Umbruch genießen.

In einem Grundsatzpapier einer Bürgervereinigung, die sich „Stiftung Zukunft Berlin“ nennt, heißt es: „Wenn Berlin bleiben soll, wie es ist, muss es sich verändern.“ Solche Paradoxa liebt die Stadt, sie mokiert sich darin mit Stolz und Behagen.

Das Glück Berlins hat sich weltweit herumgesprochen. Reisten früher die Besucher mit einem gewissen Schauer in die Stadt, um sich die Wunden der Geschichte anzuschauen und soviel Tristesse zu schlürfen, dass es für die nächsten zehn Jahre reicht, kommt man jetzt hierher, um möglichst viele gute Tage zu haben. Das Zweitwohnungsgeschäft blüht. Ganz so, als gäbe es hier einen Strand. Und den gibt es ja auch. In den Kneipen südlich der Kreuzberger Admiralsbrücke herrscht am Nachmittag eine Stimmung wie früher in den Strandbars auf Gomera, wo sich die Kreuzberger Mütter trafen. Wegfliegen müssen sie nicht mehr. Nur das Meer fehlt.

Aber, Berlin ist keine einzelne Person. Es sind 3 Millionen, 468 Tausend und 993 einzelne Menschen. Jeder von ihnen tickt anders. Was sie zusammenhält, was sie zu Berlinern macht, ob und wie sie das Glück der Stadt teilen, ist schwer zu sagen. Man kann in dieser Stadt ein paar Minuten U-Bahn fahren und taucht in einer anderen Welt wieder auf. Vom zerzausten Wedding kommend fühlt man sich am Ludwigsplatz in Wilmersdorf wie in einer einer französischen Sommerkomödie – ist das noch Berlin? Wo ist es überhaupt, das typische Berlin? An der Spree, deren endlich wieder weite Ufer noch immer brach liegen zwischen den hier gestrandeten Medienhäusern? Offene Räume, wüste Flächen, die mitten in der Stadt auf eine noch kommende Generation warten – in welcher anderen Großstadt gibt es das noch?

Aktenkenner mit Trümmerkindseele

Was diese Stadt in ihrem Wesen ausmacht, ist umso schwerer zu sagen, je schneller sie ihren alten Rollen als Stadt der Geschichte, der Teilung und Vereinigung entweicht. Berlin entgleitet seinen angestammten Zuschreibungen, den selbst getroffenen und den von außen stammenden. Berlin rückt hinaus aus der faszinierenden historischen Nische, in der die Stadt jahrzehntelang uninteressant war für die großen Ströme des Kapitals, und normalisiert sich. Bislang haben die meisten Berliner von diesem Prozess profitiert, nun aber fürchten sie mit Recht, die Stadt könne ihren Charakter verlieren.

Daher dieser absurde Hass auf die Schwaben, den ein paar anonyme Identitätsbewahrer auf Plakaten in Prenzlauer Berg und Kreuzberg austoben. Daher der Konservatismus selbst der autonomen Stadteilhaber. Und daher ruht auch der Erfolg von Klaus Wowereits Wahlkampf, der auf nichts anderes ausgerichtet ist als auf die Parole „Berlin verstehen“.

Berlin verstehen – das ist für eine politische Agenda skandalös wenig, aber als Leitidee fast ein Heilsversprechen. Der Slogan zielt auf Identität, auf das Vermögen, uns alle unter einen Hut zu bekommen, zu verstehen, was diese Stadt ausmacht, und ihr Wesen zu retten auch in Zeiten wachsender Prosperität, steigender Mieten und globaler Investments.

Der Bürgermeister als oberster Einwohnervertreter – in dieser eher passiven Rolle wäre der Selbstdarsteller Wowereit freilich eine glatte Fehlbesetzung. Als Identitätsversprechen funktioniert er, weil er die Stadt verkörpert in ihren soliden wie ihren spielerischen Zügen. Wowereit ist die ideale Projektionsfigur – offen für alles und doch ein unverwechselbarer Charakter. Inbild des knetbaren Berliners, der sich dank seiner Schnauze in Sekunden immer wieder neu zum Original formen kann. Es ist, als hätte

es Franz Biberkopf aus Alfred Döblins Roman „Berlin Alexanderplatz“ doch noch geschafft; er ist in seinem zweiten Leben in die Politik gegangen und Regierender geworden. So ist der Bürgermeister dieser schlagfertige, tanzende Aktenkenner mit Trümmerkindseele zu einem Maskottchen der Berliner Identität geworden. Und er weiß es. Als Wahlkämpfer schmeißt er sogenannte Wowibären ins Publikum, die die Menschen statt seiner drücken können. Und statt wirksamer politischer Konzepte. Auf jenem Wahlplakat, auf dem ein Kind ihm das Krokodil Schnappi ins Gesicht drückt, küsst also gewissermaßen ein Stofftier das andere. Das ist die derzeit subtilste Form des Berliner Humors.

Spricht man vom Glück Berlins, kommt man sofort auf die Kultur. Sie hat sich von einer finanziellen Bürde für die Stadt zu einem ökonomisch hoch geschätzten Faktor auf der Habenseite entwickelt, der immer mehr Menschen anzieht. Die Industrie starb, dafür kam noch mehr Kunst. Und mit ihr die ansehnliche Freibeuterschar der sogenannten Kreativwirtschaft aus Mode, Design und irgendwas mit neuen Medien. Allein die Clubszene der Stadt gibt 8 000 Berlinern Arbeit. Nach Schätzungen des Senats leben hier 5 000 bildende Künstler, 1 200



Noch immer wohnen hier Reich und Arm nah beieinander, noch immer mischen sich die Milieus in vielen Bezirken derart, dass sie nicht an sich selbst überdrüssig werden. Die Vielfalt macht nicht nur Berlin aus, sondern die ganze Inspirationskraft der Stadt.

Das prekäre Glück Berlins

Ach, könnte alles bleiben, wie es ist, würde die Stadt den Stillstand wählen. Von der Zukunft möchte man vor allem eins: von ihr verschont bleiben

VON HARALD JÄHNER

Berlin rückt hinaus aus der faszinierenden historischen Nische, in der die Stadt jahrzehntelang uninteressant war für die großen Ströme des Kapitals, und normalisiert sich. Bislang haben die meisten Berliner von diesem Prozess profitiert, nun aber fürchten sie mit Recht, die Stadt könne ihren Charakter verlieren.

Schriftsteller, 500 Jazzmusiker. Es gibt 1 500 Popgruppen und ebenso viele Chöre, 100 Orchester, 300 Theatergruppen und 1 000 Tänzer. Wer das alles lesen, hören und ansehen soll, wissen die Götter nicht und nicht die Museen. Das Durchschnittseinkommen der freischaffenden Künstler beträgt etwa 1 000 Euro monatlich, optimistisch gerechnet. Das ist steuerlich irrelevant, mehr aber den Ruf der Stadt, die dadurch unaufhörlich weitere kreative junge Menschen anzieht, welche vom Leben mehr verlangen als ein Butterbrot.

Das Glück Berlins ist auch in der Zehdenicker Straße zu Hause. Zieht man den Kopf tief ein und geht direkt von der Straße die enge Treppe hinunter ins Souterrain, befindet man sich in der Agentur Mashup Communications. Es ist eine von jungen Frauen betriebene PR-Agentur, die ausschließlich für neugegründete Unternehmen tätig ist, für sogenannte Start-ups. Die vor zweieinhalb Jahren gegründete Agentur ist also ein Indikator für den neuen Unternehmerteil. Mit den Berliner Start-ups läuft es so gut, dass die beiden Cheffrauen inzwischen fünf Mitarbeiterinnen einstellen konnten. Ihre Kunden sind fast ausschließlich im Internet zugange; die Web-Plattform wimdu beispielsweise vermittelt Privatunterkünfte für

Reisende weltweit in elf Sprachen. Oder Storytude: Die mehrfache ausgezeichnete Smartphone-App, entwickelt von drei jungen Berliner Designern, bietet Stadtführungen auf dem Handy. Die Anwendung reagiert auf den Standort, an dem man sich gerade befindet, und liefert passende Erläuterungen und Geschichten. Oder Panfu, die Website für Kinder, in Berlin gegründet von der heute 32-jährigen Verena Delius, die es zuvor schon mit Sushi und Salatbars versucht hat und mittlerweile 60 Mitarbeiter beschäftigt.

Nora Feist, 33, Mitinhaberin von Mashup Communications und Mutter eines zweieinhalbjährigen Sohnes, hat eine einleuchtende Begründung, warum Berlin so viele Gründertalente hervorbringt und anzieht: „Hier hält dich niemand für verrückt, wenn du erzählst, dass du einen Blog betreibst und demnächst davon leben willst. Niemand zieht dich runter, keiner lacht dich aus. Und wenn du schließlich im Bademantel auf dem Sofa sitzend dein Geschäft betreibst – das Ende muss das noch lange nicht sein.“

Sogenannte Business Angels beobachten die Berliner Gründerszene auf der Suche nach Leuten ohne Geld, aber mit guten Ideen, die sich in den von Apple und Microsoft gespannten Netzen bewähren könnten. Es sind Investoren, die Starthilfe geben gegen die Aussicht, am späteren Erfolg beteiligt zu werden. Ein riskantes Geschäft, aber im inspirativen Berlin durchaus lohnend.

Diese besondere Liberalität

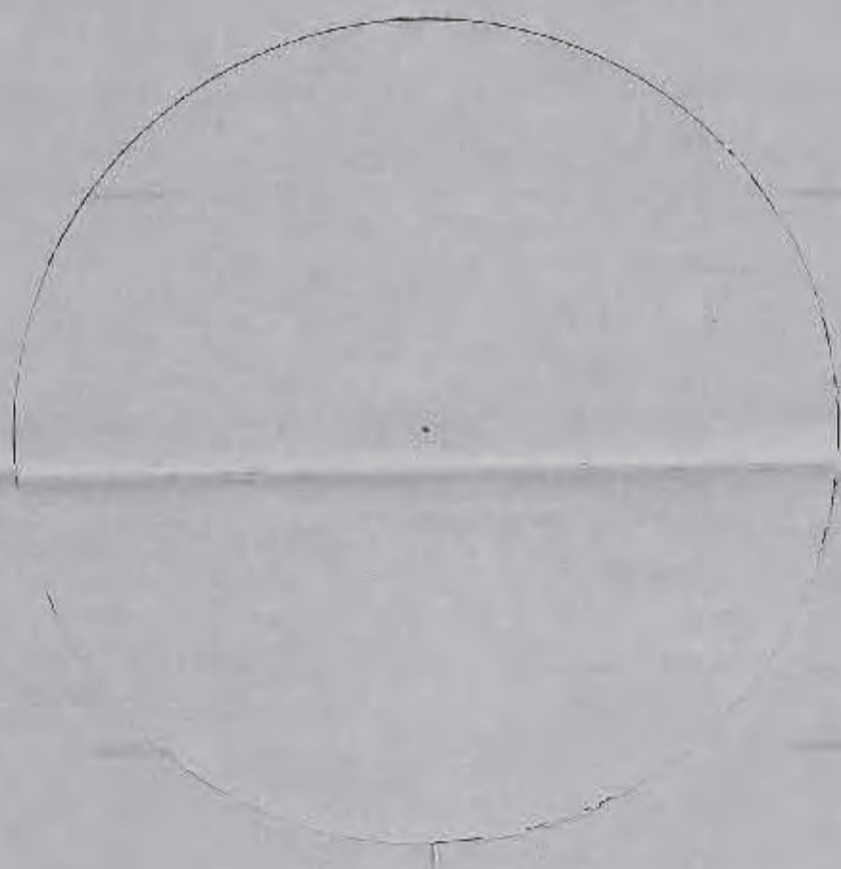
Noch Denn das Drama Berlins besteht darin, dass der kulturelle und kreative Reichtum der Stadt verschwistert ist mit ihrer ökonomischen Armut. Die Blüte der Stadt hat ihre banale Basis in den billigen Mieten. Studios, Fabriketagen und Wohnungen sind im internationalen Vergleich noch immer zu Traumpreisen zu bekommen. Aufgegebene Industrieflächen rufen zwecks Zwischennutzung nach neuen Ideen, nach Kunst und Kultur. Natürlich kommen die jungen Entrepreneurs auch wegen der anregenden Atmosphäre Berlins. Aber auch sie entspringt der Tatsache, dass das große Geld diese Stadt nicht so erbarmungslos verändern konnte wie vergleichbare Metropolen. Noch immer wohnen hier Reich und Arm nah beieinander, noch immer mischen sich die Milieus in vielen Bezirken derart, dass sie nicht an sich selbst überdrüssig werden. Dass Eingewanderte und Urberliner, Jung und Alt, Singles und Familien, Nonkonformisten und Traditionenservessene, Modefreaks und Jogginghosen-träger, Gebildete und Ungebildete im selben Quartier wohnen, macht nicht nur den Charme Berlins aus, sondern die ganze Inspirationskraft der Stadt. Diese Vielfalt ist ihr größter ökonomischer Faktor, ihr entspringt die besondere Liberalität der Stadt, ihre Gelassenheit, ihr Erfolg, kurzum: ihr ganzes Glück.

Unübersehbar sind jedoch die Zeichen, dass die Stadt, je mehr sie prosperiert, eben jenen Charme verliert, der sie erfolgreich macht. Gentrifizierung ist dafür noch ein viel zu harmloser Ausdruck. Denn wenn die soziale Entmischung der Stadtteile voranschreitet, die Mieten übermäßig steigen und die gepflegte Langeweile homogener Quartiere die Oberhand gewinnt, sind die kreativen Schichten, mobil wie sie nun mal sind, schneller weg, als sie gekommen sind. Ebenso deutlich ist aber, dass das Land Berlin keine wirksamen Konzepte zum Gegensteuern entwickelt hat und sich viel zu langsam des Problems bewusst wird. „Arm aber sexy“ – mit diesem Slogan hat Wowereit der Stadt ein griffiges, schmeichehaftes Identifikationsangebot gemacht. Reich werden und sexy bleiben, das ist ein Programm, für das weder er noch die Opposition bislang ein erfolversprechendes Konzept hat. Und es ist viel zu spät ein Wahlkampfthema geworden.

Schräg gegenüber von Mashup Communications liegt die Baustelle der Choriner Höfe, eine trutzige Wohnburg für Reiche mit Sinn für Stil und Ökologie. Geheizt wird mit Erdwärme. Die 4-Zimmer-Wohnung kostet dort 750 000 Euro. 80 Prozent der Wohnungen sind angeblich bereits vermietet. Es ist eines von vielen Projekten für luxuriöses Wohnen in Berlin. Der teure Wohnungsbau entsteht überall dort in der Stadt, wo das Leben schön schräg, hoffnungsvoll, abwechslungsreich und vielfältig ist. Die Preise für neu gebaute Wohnungen stiegen innerhalb von fünf Jahren in Kreuzberg um 30 Prozent, in Mitte um 15 Prozent, in Hohenschönhausen fielen sie um zehn. Wer in die Choriner Höfe einzieht, wird dies nicht ohne Melancholie tun, wenn er offenen Sinnes ist. Es ist wie beim Flug in die Sonne. Wir verpesten die Luft, die wir zu finden hoffen. Und wer in die Choriner Höfe zieht, wird selbst ein Interesse daran haben, dass die Stadt alles tut, um die Nachbarschaft erschwänglich zu halten. Denn in Berlin zu leben heißt, nicht allein gelassen zu werden mit seinesgleichen.

MEHR BERLIN

VIER SEITEN KUNST, POLITIK UND STADTGEFÜHL



DER KÜNSTLER



Arno Brandhuber (geboren 1954) ist Grafiker und Inhaber des Berliner Architekturbüros brandhuber+. Er ist Professor für Architektur- und Stadtentwicklung an der Akademie der Bildenden Künste Nürnberg sowie Gründer des öffentlichen Samikars „Akademie L+V“. Dessen Veranstaltungen beschäftigen sich hauptsächlich mit der „Raumproduktion der Berliner Republik“. Architektur versteht der Künstler als „Ordnung von sozialen Beziehungen durch Gestaltung“.

— Der Staat ist Kunst. An dieser Stelle stellen wir Berliner Künstler eine Plattform für die Webk. Jede Woche.

DAS PROJEKT

„RGB 165/36/36, CMYK 14/46/90/30“ – der Titel von Arno Brandhubers Projekt besteht aus den Farbcodes für den Jahr abgestimmten Branding, einer Mischung der Signaturfarben von SPD, Grünen, CDU, Linke und FDP in gleichen Teilen. Mit dieser „Signaturfarbe politischer Entscheidung“ protestiert der Künstler gegen die Verschiebung der Wahlprogramme, speziell in der Stadtentwicklungspolitik und im Umgang mit öffentlichen Liegenschaften. Info unter <http://vg34889636.net>, Am Sonntag, 11. September, lädt Brandhuber um 11 Uhr bei KOW Berlin in der Oranienstraße 5 zur Wahlkampfsignatur 2011.

Alles eine Soße?

Sie ist mit den Grünen Fahrrad gefahren und hat mit der CDU-Kandidatin Tee getrunken. Sie hat Parteiprogramme studiert, Infostände besucht und Experten befragt. Wochenlang machte unsere Autorin sich fit für die Abgeordnetenhauswahl. Am Ende hat sie sich selbst überrascht

VON VERENA FRIDERIKE HASEL

Die erste Wahl meines Lebens habe ich in einem Bild festgehalten. Es war das Jahr 1983, ich war fünf Jahre alt, und der Bundestag wurde neu gewählt. Meine Mutter nahm mich mit in ein Gebäude, das ich nicht kannte, und verschwand hinter einer Stellwand. Am nächsten Tag sollten wir im Kinderladen malen, was wir am Wochenende erlebt hatten. Die anderen malten Pferde, Bälle und Wiesen, ich malte einen großen, schwarzen Kasten, unter dem rote Schuhe hervorschauten.

Heute, mehr als 20 Jahre später, ist Politik für mich immer noch eine Black Box. Ich bin, wie sagt man so schön, politisch unbedarft. Gerade von Lokalpolitik, die mich als gebürtige Berlinerin interessieren müsste, habe ich lange wenig Ahnung gehabt. Vor kurzem noch hätte ich die Wörter JUL und OBS beim Scrabble niemandem durchgehen lassen, dabei lasse ich Abkürzungen gelten, aber diese waren mir nicht geläufig. Die Berliner Politik erschien mir nie wichtig genug, und wenn ich mich mal über etwas ärgerte, wie den Abriss des Palasts der Republik, erfuhr ich, das sei keine Ländersache, sondern Entscheidung des Bundes – und mein Interesse erlahmte.

Nun konnte ich einfach sagen, dass Politik mich nicht schert. Und am 18. September zu Hause bleiben. Viele Leute werden das tun. Ich habe aber noch nie eine Wahl verpasst. Obwohl ich bislang keine Ahnung hatte, hatte ich immer eine Überzeugung. Oder vielleicht sollte ich sagen: Ich hatte ein Gefühl. Ich meinte zu wissen, wer die Guten und wer die Bösen sind, und wo ich hingehöre, und das war eher links als rechts.

Dass man in der Politik nicht nur nach Gefühl gehen soll, war mir natürlich auch klar. Immer wieder habe ich mir, wenn Wahlen anstanden, vorgenommen, alle Parteiprogramme zu lesen. Genau wie ich mir mit Freunden vornahm, Silvester auf einer Hütte zu feiern, und

Der Selbstversuch beginnt, als meine Freundin Ayelet aus Israel zu Besuch ist. Gleich unsere zweite Verabredung muss ich der Politik wegen absagen. Dafür hat eine Israelin natürlich Verständnis, mehr noch: Ayelet will bei der Radtour der Grünen vorbeischaun. Sie erscheint auf dem Alexanderplatz, als wir gerade dabei sind, grüne Luftballons aufzupusten und an die Fahrräder zu binden. Ayelet schaut kurz zu, sagt: „Aha, so wird in Deutschland Politik gemacht“, und verabschiedet sich.

Vielleicht ist es ein Glück, dass sie nicht mehr mitbekommt, wie hierzulande sogar das Pinkeln politisch interpretiert wird. Als eine Grüne sieht, dass ein Passant an einen Baum urinert, sagt

kommt nicht einmal die FDP, so dass ich alleine brunchen muss.

Meist ist das Desinteresse von Vorteil für mich, denn so bekomme ich eine Eins-zu-eins-Betreuung. Als ich die CDU-Direktkandidatin aus meinem Wahlkreis anrufe und ihr sage, ich sei eine interessierte Bürgerin, fällt sie mir fast ins Wort: „Ich komme gern bei Ihnen zu Hause vorbei!“ Nachdem sie da war, schreibe ich einer Freundin, dass ich ganz durcheinander sei. „Bist du etwa wieder schwanger?“, schreibt sie zurück. „Nein“, antworte ich, „ich hatte die CDU-Direktkandidatin zu Besuch. Und fand sie richtig gut.“

Es wäre einfacher für mich gewesen, wenn sie meinen Vorurteilen entspro-

chen hätte. Die CDU war ein Feindbild für mich, das hat mit meinem Elternhaus zu tun. Mein Vater ist 1936 geboren, sein Vater war in der NSDAP. Später, in den Nachkriegsjahren, haben sich die beiden gestritten. Wie konnte ihr das zulassen, fragte mein Vater, und was hast du gewusst? Ich bewundere meinen Vater dafür, dass er die Auseinandersetzung gesucht hat, und bestimmt ist er auch deshalb Sozialdemokrat geworden. Eine Partei wie die CDU, in der Altnazis wie Hans Globke Karriere machen konnten, damit, wie Konrad Adenauer sagte, die Maschine weiterlaufe, war nichts für ihn. Ich habe die politische Gesinnung von meinem Vater geerbt, genau wie seine Locken, und habe in den bildungsbürgerlichen Kreisen, in denen ich mitten in West-Berlin aufwuchs, nie eine Veranlassung gesehen, sie infrage zu stellen. Meinen Freunden ging es ähnlich.

Und nun sitzt die CDU-Direktkandidatin in meiner Küche, trinkt Kamillentee und taugt überhaupt nicht zum Feindbild. Sie ist blond, jung und sportlich, macht trotz Kindern Karriere, hat aus Überzeugung kein Auto. Beim Thema Umwelt frage ich nach, und sie sagt, die Green Economy sei fest verankert im Programm der CDU, Berlin solle Standort der Elektromobilität werden. Das ist vage, klar. Um Automobilhersteller nach Berlin zu locken, braucht es Investitionen, und dafür benötigt die Stadt Geld. Doch ist die Vorstellung der Grünen, Arbeitsplätze durch Ökotourismus zu schaffen, nicht genauso schwammig?

Tatsächlich frage ich mich, als ich die Wahlprogramme lese, ein paar Mal, ob mir die Seiten nicht vielleicht durcheinandergeraten sind, so ähnlich klingen die Aussagen der Parteien. Gegen Hundekot, Diskriminierung und die Brache am Hauptbahnhof haben sie alle was, gut fänden sie dagegen mehr Arbeitsplätze und Umweltschutz – und am besten eine Kombination von beidem, nämlich Jobs, die die Umwelt schützen. Wer würde sich schon gegen die Green Economy wehren, wenn sie denn käme?

Eine israelische Freundin kommt dazu, als wir gerade Luftballons aufpusten. Sie schaut kurz zu und sagt: „Aha, so wird in Deutschland Politik gemacht“

wir es dann doch nie getan haben. Dieses Mal habe ich Ernst gemacht. Ich war im Wahlkampf unterwegs, habe die SPD in Lichterfelde und die Linke in Pankow besucht, mit der Piratenpartei habe ich gefrühstückt, bei der FDP war ich zum Brunch, mit der CDU habe ich Tee getrunken und mit den Grünen bin ich Fahrrad gefahren. Die Wahlprogramme kenne ich inzwischen so gut, dass ich sie öffentlich rezitieren oder singen könnte – und am Ende des Jahres werde ich hoffentlich sagen, dass es mit der Hütte zu Silvester leider wieder nicht geklappt hat, ich aber eine mündige Bürgerin geworden bin.

Weil ich einigen Politikern, die ich getroffen habe, nicht gesagt habe, dass ich über sie schreiben will, werde ich sie nicht mit Namen nennen. Ich selbst fühle mich durch diesen Artikel seltsam nackt. Ich will kompetent erscheinen, und nun werden alle wissen, wie ignorant ich bisher war, und jeder wird meine politische Haltung kennen. Aber sei's drum.

Einkauf von Bio-Lebensmitteln erschöpfe, haben die Grünen auf dieser Tour durch Mitte nichts gemein. Sie sind ernsthaft, unkorruptierbar und weitaus fremd im besten aller Sinne. Das Einzige, was man ihnen vorwerfen kann, ist ihr Fahrstil. Auf den Straßen sind sie die Cowboys, und wären ihre Fahrräder Pferde, würden sie sich aufbauen und die Autos wütend anwiehern. In der Linienstraße bleibt die Direktkandidatin auf der Fahrbahn stehen und nickt nur minimal beiseite, als ein schwarzer Wagen mit Hamburger Kennzeichen auf sie zukommt. „Das ist eine Fahrradstraße“, sagt sie und klärt uns auf, dass nur Anwohner hier Auto fahren dürfen. Die anderen wissen das wahrscheinlich längst. Auf dieser Radtour bin ich allein unter Grünen, die 15 restlichen Personen sind Politiker und Entourage.

Auch anderswo findet dieser Wahlkampf ohne Wähler statt. Nach einem Vortrag vom SPD-Innensenator Ehrhart Körting in Lichterfelde stehen eine Frau von den Grünen und eine CDU-Politikerin auf und stellen kritische Fragen. Dann, endlich, eine Bürgerin: Sie sei zu spät gekommen, sagt sie, ob sich die Vortragenden noch mal vorstellen könnten. Zum FDP-Brunch in einem Café in Moabit

Die Mischung der Parteifarben im Verhältnis der letzten Umfragen ergibt einen dunkleren Brauntönen. Er heißt „CMYK 14/45/71/25“.

Mir liegt das Thema Umwelt auch nahe. Die Naturzerstörung ist für meine Generation das, was der Weltkrieg für die meines Vaters war. Die drohende Klimakatastrophe ist unsere größte gemeinsame Angst und unser kleinster gemeinsamer Nenner, und längst ist Sorge um die Umwelt kein parteiliches Alleinstellungsmerkmal mehr.

In einer umweltpolitischen Frage grenzen sich die Grünen jedoch klar von CDU und SPD ab: Sie sind gegen den Weiterbau der A 100, die zunächst das Dreieck Neukölln mit dem Treptower Park verbinden und in einem zweiten Schritt womöglich bis zur Frankfurter Allee verlängert wird. Als ich die Argumente der Befürworter und Gegner lese, passiert das, was Politik so frustrierend macht: Jede Aussage verkehrt sich ins Gegenteil, jedes Gutachten erzeugt ein Gegengutachten. Ich bin einigermaßen verzweifelt, als ich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung anrufe.

„Ich brauche Ihre Hilfe“, sage ich, und Burkhard Horn sagt: „Kommen Sie vorbei.“ Horn hat die Akte A 100 seit dreieinhalb Jahren auf seinem Schreibtisch, in den 45 Minuten, die ich bei ihm bin, möchte er am liebsten all sein Wissen unterbringen. Detailliert erklärt er mir, warum man mit der A 100 nicht neuen Verkehr erzeugen, sondern bestehenden bündeln werde, zeigt, welche anderen Streckenverläufe geprüft und verworfen worden seien. Aber es geht mir nicht nur darum. Ich will nicht der neue A 100-Experte werden, ich will sichergehen, dass der A 100-Experte, den es bereits gibt, vertrauenswürdig ist. Und Horn ist sehr vertrauenswürdig, nicht nur wegen seiner Sachkompetenz. An seiner Wand hängt ein Lebkuchenherz mit einem Fahrrad aus Zuckerguss. Ein Auto besitzt er nicht. Bei seinem Umzug nach Berlin hat Horn seine Wohnung auch danach ausgesucht, dass er bequem mit dem Rad zur Arbeit kommt. Von einem passionierten Radfahrer, der die A 100 für die vernünftigste Alternative hält, lasse ich mich gern überzeugen.

Aber was bedeutet das für meine Wahlentscheidung? Kann ich die Grünen noch wählen? Verunsichert wende ich mich der Bildung zu. Davon glaube ich etwas zu verstehen, so geht es vielen, schließlich sind wir alle mal zur Schule gegangen. Aus der Ferne meines heutigen Lebens erscheint mir die rot-rote Bildungspolitik sinnvoll und richtig, Integration und Chancengleichheit sind schließlich etwas Wunderbares, denke ich. Bis ich mit einem Lehrer von einer Kreuzberger Gesamtschule spreche. In der dortigen Mittelstufe unterrichtet er Kinder mit durchschnittlichen Leistungen, Kinder mit Leistungen auf Grundschulniveau und Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten. Gerechtfertigt werde er allen nur, wenn er die Unterrichtsmaterialien dreifach vorbereite, das dauere oft bis spät in die Nacht. Noch gehe das, sagt er, noch habe er selbst keine Kinder. Zumindest unterstützt ihn in manchen Stunden neuerdings eine Sonderpädagogin. Oft sieht sie jedoch keine andere Möglichkeit, als mit den lernschwachen Schülern in einem separaten Raum zu arbeiten.

Ich fühle mich wie ein Trottel. So habe ich mir Integration nicht vorgestellt. Kann ich die SPD noch wählen? Ich gehe zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Bildung und bin nach kurzer Zeit erschöpft. Zum einen setzt mir an diesem Sommertag die Hitze zu, zum anderen die Tatsache, dass mir ausgerechnet Mieke Senftleben von der FDP gefällt. Trotz der Temperaturen tut sie alles mit großer Energie, ob Kopfschütteln, Luftzufächeln oder Reden. Zu Hause lese ich im FDP-Programm wei-

ter zum Thema und finde folgenden Satz: „Im Alter von drei Jahren wollen wir einen ersten verbindlichen Sprachstandtest durchführen. Defizite sollen in einer verbindlichen START-Klasse bis zum Schulanfang behoben werden.“

Für mich ist das der erste Paukenschlag im Wahlkampfgetöse. Die gängige Meinung in Deutschland ist immer noch, dass Kinder bei ihren Eltern besser aufgehoben sind als im Kindergarten oder bei einer Tagesmutter. Aber dem ist nicht immer so. Einige Kinder könnten in Betreuungseinrichtungen das bekommen, was es bei ihnen zu Hause nicht gibt. Einen geregelten Tagesablauf zum Beispiel. Jemanden, der sich mit ihnen ein Bilderbuch anschaut. Die Möglichkeit, Deutsch zu sprechen. Nicht schon zum Frühstück Fanta. Und keine Gewalt. Ich glaube, für diese Kinder könnten einige Stunden am Tag außerhalb der Familie eine kleine Rettung sein, doch dafür müsste Berlin den Kita-Besuch unter bestimmten Voraussetzungen zur Pflicht machen. Ausgerechnet die liberale FDP sieht das ähnlich. Die Grünen dagegen haben einen laschen Vorschlag: Sie glauben, sie könnten die Akzeptanz für Kitas erhöhen, indem sie die Betreuungsgutscheine in Zukunft ohne weitere Formalien verschicken.

Doch als ich im FDP-Programm weiterlese, kommen mir Zweifel. Zum einen stört mich, dass es der FDP bei ihrer START-Klasse nur um Sprachschwierigkeiten geht. Zum anderen ist da vom freien Wettbewerb der Schulen die Rede. Ich frage den Kreuzberger Lehrer: Braucht ihr das? Nein, sagt er, dann kämen wir unter die Räder. Ich gehe zu einem FDP-Stand in Kreuzberg, um sie damit zu konfrontieren. Der Mann, der dort steht, wohnt in der Nähe, schickt seine Tochter aber anderswo zur Schule. Sonst, sagt er, nähme sie womöglich dauerhaft Schaden. Ich frage ihn, was aus Kindern werde, deren Eltern sich nicht so kümmern. „Die sitzen die Schulzeit eben irgendwo ab“, antwortet er und bläst den Zigarettenrauch heraus, obwohl ich mit meiner kleinen Tochter vor ihm stehe. Zumindest ist das konsequent: Das Nichtraucherschutzgesetz, das ich selbst zu Zeiten, in denen ich rauchte, für die beste Erfindung seit dem Feuerzeug hielt, nennt die FDP in ihrem Programm eine „unnötig hohe Einschränkung der Eigenverantwortung“.

Ich gehe mit meiner Freundin Ayelet in mein Lieblingsrestaurant, aber heute tue ich mich selbst mit der Wahl eines Gerichts schwer. Ayelet spricht, wie oft, von Politik. Sie hat ihrem Sohn gerade die Reste der Berliner Mauer gezeigt und sagt, es sei nun Zeit, dass er auch die Mauer sehe, die Israels und Palästinenser trennt. „Ist von deinen Freunden in Israel eigentlich niemand unpolitisch?“, frage ich sie. „Meinst du damit Leute, die nicht auf die Straßen gehen und demonstrieren?“, fragt sie zurück. „Nein, ich meine Leute, die nicht zur Wahl gehen, weil sie nicht wissen, wen sie wählen sollen“, sage ich. Ayelet macht runde Augen. „That would be wild“, erwidert sie dann. Als sie merkt, wie verzweifelt ich bin, wird sie mit einem Mal sehr sanft. „Was ist denn das größte Problem von Berlin?“, fragt sie. Und da habe ich eine Idee.

Yorckstraße 4-11, 3. Stock, ein Raum am Ende des Gangs. Mein Herz klopfte, als ich hineingehing, die Frau drinnen lächelt mich ermutigend an. „Na,

dann wollen wir mal“, sagt sie, und ich öffne die Mappe, die ich mitgebracht habe. „Name: Berlin“, steht da und darunter: „Einnahmen 2010/2011: 19,2 Milliarden, Ausgaben: 21,9 Milliarden, insgesamt etwa 62 Milliarden Euro Schulden.“ Die Frau nickt. „So geordnete Unterlagen sind schon mal gut.“ Susanne Wilkening ist Schuldnerberaterin, ich bin heute im Namen des Landes Berlin bei ihr, vor uns hatte sie fünf andere Klienten. Als Ayelet mich fragte, was Berlins Problem sei, fiel mir auf, dass ich mir die Frage so noch nie gestellt hatte. Ich hatte darüber nachgedacht, was Berlin für Umwelt und Bildung tun könnte, nicht aber darüber, was man für Berlin tun müsse. Als ich mir dann den Haushaltsplan der Stadt ansah, wurde mir klar: Berlin braucht professionelle Hilfe.

Zuerst, sagt Wilkening, müsse man bei einer Verschuldung die Ursachen ermitteln. Dann müsse man überlegen, ob man Ausgaben verringern, Einnahmen erhöhen und Vermögen veräußern könne, und schließlich, und das klinge banal, sei aber das Schwierigste, müsse man die Entscheidung treffen, sich auf das Lebensnotwendige zu konzentrieren: Essen, Miete und Strom. „Wer bei mir sitzt, muss eins verstehen“, sagt Wilkening und spricht in Großbuchstaben weiter: „KEINE UNNÖTIGEN AUSGABEN!“ Ich nicke ergeben und stehe auf. „Viel Glück“, sagt Susanne Wilkening.

Die Ursachenforschung ist bei Berlin einfach. Vor dem Mauerfall wurden

gramm finde ich nur Vorschläge für Ausgaben, keine Einnahmemöglichkeiten. Wollen sie denn gar nicht sparen?

Ich besuche einen Infostand der Linken in Pankow und frage nach. „Doch, wir wollen sparen“, sagt die zierliche Frau. „Wir wollen ja die privatisierten Unternehmen zurückkaufen.“ Ich glaube, sie hat meine Frage nicht verstanden. „Aber das verursacht doch Ausgaben“, sage ich. „Ja, aber langfristig spart man damit“, erwidert die Frau. Sie und ich schauen uns eine Weile an, dann beschleße ich, das Thema zu wechseln und frage, warum die Kitagebühren gestrichen worden seien. „Weil alle ein Recht auf Bildung haben“, sagt die Politikerin. Ja, sage ich, natürlich, aber die Besserverdienenden könnten sich die Gebühren doch leisten, man müsse die Gebühren nur den Gehältern anpassen. „Nein“, sagt die Frau, „so etwas ist ungerecht.“ Wieder schauen wir uns an, meine Tochter zupft mich am Bein. „Weg, weg“, sagt sie, und wir fahren auf dem Fahrrad nach Hause. Dagegen sind die Piraten, die ich im Parkcafé am Fehrbelliner Platz treffe, eine Wohltat. Sie geben meiner Tochter Kekse und machen keine Versprechungen. Mitunter sagen sie sogar offen: „Das haben wir uns noch nicht genau überlegt.“ Sie denken einfach laut nach über Politik und laden jeden ein mitzumachen.

Ich lade stattdessen zur Wahlparty. Wir trinken Wein und essen Fleischsuppe, vor einer Schautafel erkläre ich meinen

Als ich die Wahlprogramme lese, frage ich mich, ob mir die Seiten durcheinandergeraten sind. Alle sind gegen Hundekot und Diskriminierung – und für Arbeitsplätze und Umweltschutz

beide Teile der Stadt wie zwei Kinder ausgestattet, mit denen man vor verhassten Verwandten angeben will. Nun haben sich die Verwandten ausgesöhnt, im ganzen Streit hat aber keins der Kinder etwas Ordentliches gelernt (zum Beispiel Industrie) und beide wollen ihre kostspieligen Hobbys (drei Opernhäuser, zwei Zoos) behalten.

Die nächsten Punkte, die Frage nach Einnahmen und Ausgaben, sind schwieriger, ich nehme die Wahlprogramme zur Hand. SPD und Grüne wollen die Einnahmen durch eine City Tax erhöhen, FDP und CDU dagegen wollen sparen, indem sie den öffentlichen Beschäftigungssektor abschaffen. Die FDP will die Grunderwerbsteuer senken, die Grünen wollen sie erhöhen. Weder muss ich an Frau Wilkening denken, die mit einer hölzernen Waage in Schulen geht und Kindern zeigt, wie sich Einnahmen und Ausgaben ausbalancieren müssen. Sollte Wilkening in Zukunft auch mal das Abgeordnetenhaus besuchen? Dann könnte sie erzählen, dass sich gerade Mütter schwer damit täten zu sparen, weil sie ihren Kindern alles geben wollten. Den Berliner Politikern scheint es ähnlich zu gehen. Sie muten ihren Wählern keine Wahrheit zu, dabei täte das in Zeiten der Finanzkrise not. Besonders trifft das auf die Linkspartei zu, finde ich. In ihrem Pro-

gramm finde ich nur Vorschläge für Ausgaben, keine Einnahmemöglichkeiten. Wollen sie denn gar nicht sparen?

Am Ende veranstalten wir eine geheime Wahl. Von allen überlege ich am längsten, bevor ich meinen Wahlzettel abgebe, denn ich treffe keine Gefühlsentscheidung mehr. Auf meiner Tour durch den Wahlkampf habe ich die Parteien nicht länger als ideologische Blöcke erlebt, am liebsten würde ich bereichsweise wählen. Hier am Kuchentisch ist es noch schwerer als im Wahllokal – jeder von uns hat nur eine Stimme. Nachdem mein Mann sie ausgezählt hat, gibt es Jubel. Renate Kunast wird mit überwältigender Mehrheit die neue Bürgermeisterin. Nur bei einer Stimme sind meine Freunde überrascht. Es ist meine.

ZDF-Politbarometer vom 9.9.2011



NOCH MEHR

Reading BERLIN

An jeder Ecke sieht man Menschen, die in Büchern lesen. Auch im Sommer fragt sie, was darin gerade passiert



Seite 42

An einem eigentlich normalen Mittwochnachmittag glaubte ich dem heiteren Himmel nicht mehr, sondern: es lag der Gehirnwusch der Gorythromelungen aus dem Radio. Plötzlich schien sieher, dass dies der letzte Tag des Sommers war. Ich dachte nur noch an Slogans. *Make the most of now*. Auch wenn das für den zu schreibenden Roman bedeutete: *Make the most of later*.

Kurz darauf land ich mich am Weißen See wieder, an dem so schön die Tram vorbeifährt und der mit seinem alten Strandlauf wie aus der Zeit gefallen zu sein scheint. Am letzten schönen Tag wollte ich eine schöne Leserin fotografieren. (Dazu fiel mir ein Zitat des Philosophen Hans Blumenberg ein: Dass Bücher färschig und kurzfristig machen, und über die staubige Luft der Bibliotheken die Unrast oder Panik, ein Leben in ihnen verborgen zu müssen.)

Als Erstes fragte ich ein hübsches Mädchen, das genervt von ihrem Buch aufblühte. Fotschuldigung, ich mache eine Serie über Lesen in Berlin. – Oh nein, da habe ich heute wohl keine Lust drauf! Sie sagte es mit der Routine von jemandem, der vermutlich oft angesprochen wird.

Ich merkte auch, wie unpassend es war, einen nur halb bekleideten Menschen anzusprechen, wenn man selbst angezogen war.

Ich ging erst mal schwimmen und sprach die nächste Leserin dann etwas entspannter, aber nur unwesentlich seriöser, weil man sich selbst in Badelose, an die Frau lag sehr schön mit Tattoo, Sonnenbrille und Roger Willemson auf einem Handtuch in der Sonne. Mit der Idee, mir einen Satz aus „Die Kunden der Welt“ zu verlesen und sich fotografieren zu lassen, war sie umgehend einverstanden. Weil ich den See mit braunhüben wollte, wurde es ein eher diskretes Foto. Wenn man nicht genau hinguckt, könnte man sogar denken, die schöne Frau sei ein Mann. Gut so.

Dann warnte sie mich. Der Satz, den sie gerade gelesen hatte, sei lang. „Wenn du willst, kannst du dir einen kürzeren aussuchen.“ Ich sagte, lange Sätze finde ich bevorzugen. Dann schrieb ich mir in aller Ruhe, Handtuch über der Schulter, halb im Liegen, Roger Willemsons Satz von Seite 42 unten bis Seite 43 oben ab.

Manchmal, wenn ich oftmals bin oder über den Atem nicht mehr rüngen oder verträutet braun mich wünsche, dann sehe ich so ein Ehepaar, das vielleicht seit zehn oder zwanzig Jahren zusammen ist, und ihre Blicke sind nicht mal kalt oder ermüdet, sondern interesslos.

Sicherheitshalter sagte mir die Frau noch, dass sie das Buch von ihrem Partner habe, der bei einem Vortrag von Roger Willemson gewesen wäre. Er habe es ihr daraufhin beipflichtet zum Lesen gegeben. Beiher fände sie es ganz okay. Ich bestellte mich und setzte mich zum Trost auf eine Parkbank, trank einen Eiskaffee, rauchte ein American Spirit und ließ mich von den Müllern stechen. Zufrieden lieh ich das Ende des Sommers hin.

ANGEZEITELT

3176 NICHT VOGEL FÜTTERN

Tierfreund? Vegetarier? Konkreter Poet? Gescheh in Schönberg. Die ganze Galerie Berliner Zettel finden Sie unter www.tagesspiegel.de/berlin

Liebt diese Stadt!

...denn wer tut es sonst? Busse, Bahnen, Baustellen: Berlin wird regiert von einer allmächtigen Unzuständigkeit. Die Bürger sind den Behörden meist lastig – aber wenn es brenzlig wird, sollen sie mitmachen. Und das sollten sie auch.

VON LORENZ MAROLDT

Und wer vorher getrunken hat und dann für andere gefährlich wird, in den führt seit langem schon Paragraf 8 Absatz 2 zum Ausschluss der Beförderung. Eigentlich. Aber wir sind in Berlin, da gehört das, amtlich beglaubigt, zum Lifestyle, die Flasche Bier oder anderes eben. So wie Schienenersatzverkehr und unfreundliche Busfahrer.

Keine Berliner Seltsamkeit lebt ohne ihren direkten Widerspruch. Im Fall der BVG zum Verhalten in ihrem Hoheitsgebiet besteht der in einem Brief ihres Sprechers an den Tagesspiegel, in dem dieser eine „reißerische Behinderung“ zu einem Bericht über die Opfer von Schlägern beklagt. Dadurch, so heißt es weiter, werde der falsche Eindruck des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs als Hort der Gewalt erweckt. Um den Eindruck geht es also, das vor allem. Und dann folgt, in belehrendem Ton, der aufklärerische Hinweis: „Und noch dieses: Ihr Haus hat sich für die Fotos keine Genehmigung bei uns eingeholt. Bekanntlich sind Fahrzeuge und Anlagen der BVG keine Orte, an denen Bildreporter arbeiten können, sondern sie unterliegen unserem Hausrecht.“ Bei bestimmten Dingen muss Ordnung eben sein.

Manchmal sind die Widersprüche Berlins aber manchmal lustig, mal sind sie verblüffend, mal komisch, an vieles gewöhnt man sich. Und einiges ist nur schwer zu ertragen. Die harsche Erwidrerung des Regierenden Bürgermeisters bei der Erörterung von Problemen – wenn es hier nicht passe, müsse ja nicht hier wohnen – gehört sicher dazu. In der Literatur finden sich dutzendfach Dichter und Denker, die mit dieser Stadt heftigst hadern: Fontane, Tucholsky, Hoffmann, Roth, Polgar, Scheffler, Einstein, Kleist, es nimmt gar kein Ende, die Themen sind stets dieselben, alles ist ruppig, großmütig, ungemächlich, ist schmutzig, achlos, anarchisch, selbst Rosa Luxemburg, gerade angekommen, erklärte: „Na, ich weiß nicht, woher das Märchen von der reinlichen deutschen Hausfrau stammt, ich habe hier noch keine einzige gesehen.“

Bis heute gehen Berlin-Bashing-Bücher bestens. Fast allen gemein ist – etwas Widersprüchliches. Wie bei einem Magneten mit Nordpol und Südpol wirkt hier das eine abstoßend, das andere anziehend, und beides scheint zusammenzuwirken. Den scheinbaren Berlinhassern wohnt deshalb oft eine Liebe inne, die Wowerreit verkennt. Denn mit den Widersprüchen zu leben, bedeutet nicht, sich abzufinden mit ihnen.

Zu den Absonderlichkeiten, an die man sich nie gewöhnen mag, ist die unfassbare Unzuständigkeit. Nahezu jedes Problem kommt der Bürokratenapparat aus Senat, Bezirken, Behörden, Ämtern und Institutionen mit einem anderen, noch größeren Problem: der Handlungsunfähigkeit. Irgendwer findet immer irgendeinen Paragrafen, aus dem sich angeblich ableiten lässt, dass eine andere Institution, ein anderes Amt, eine andere Behörde, der Bezirk oder der Senat zuständig ist, und dort einmal angekommen, wird das Problem nach einem entarteten Subsidiaritätsgedanken wieder nach unten delegiert. Der Bürger mit seinem Problem verzweifelt erst am praktizierten Kaskaismus, dann reißt er an den Parteien und am Ende an sich selbst: Warum, so fragt man sich, lassen sich die Leute das gefallen? Andererseits: Was sollen sie tun?

Wenn es nach Wowerreit geht: Mal den Schnee selber wegschippen („Wir sind hier nicht in Haiti“), mal ein waches Auge auf die Autobrandstifter haben. Im Prinzip hat er recht. Bürgerschaftliches Engagement, das mit Respekt und Rücksicht beginnt, das mit Verantwortungsbewusstsein und Aufmerksamkeit zu tun hat und bis zur selbstorganisierten Pflege des öffentlichen Raums (und bedürftiger Bürger) gehen kann, ist hier unterentwickelt. Andererseits wird es auch von



„Bürgerschaftliches Engagement, das mit Respekt und Rücksicht beginnt, ist hier unterentwickelt.“

der Politik nicht gefördert. Wenn gerade kein Schnee fällt und die Autos nicht brennen, sind bemühte Bürger den Behörden meist lästig, und das lassen sie diese auch spüren. So reiben viele sich ein in die allmächtige Unzuständigkeit dieser Stadt – mal amüsiert, mal verärgert, zunehmend fatalistisch.

Gegenüber fahren die ersten Gäste in den 17. Stock. Sie können die Baustelle, vor der sich auch heute die Autos stauten, auf der auch heute keine Schippe märkischen Sandes bewegt worden ist, von oben nicht sehen, jedenfalls nicht für die nächsten paar Stunden.

FÜNF MINUTEN STADT

Spatzen und Katzen

Ein Hochhaus in Kreuzberg. Der Fahrstuhl fährt abwärts. Darin zwei blauhaarige Greisinnen, in Sorge um ihre Katzen: In einem unbeaufsichtigten Moment könnten sie vom Balkon stürzen. Wenn der Vertreter klingelt, wenn die Kartoffeln kochen, wenn die Wollwäsche schleudert. „Oder jetzt, kurz zu Kaiser's, und schon...“ Die Aussicht ist ja schön, die Stadt da unten, der Himmel obendrüber, gerade jetzt, wo der Sommer doch noch mal zurückkommt. Aber die Höhe! Man traut sich kaum noch, ans Telefon zu gehen. „Wenn die Katze einen Spatz sieht, springt sie ihm hinterher.“ Aber haben Katzen nicht sieben Leben? Oder nur eines, wie Greisinnen? Der Fahrstuhl rast in den bodenlosen Abgrund. Siebzehn Stockwerke. Wann kommt mal wieder Besuch? Wann ruft der Sohn mal wieder an? Ist die Rente wirklich sicher? „Ich hab den Balkon verrammelt.“ – „Ja.“ – „Jetzt können wir nicht mehr draußen sitzen.“ Es gibt keine Bremse, nirgends eine Bremse, der Fahrstuhl fällt, die Greisinnen rüsten ihre Einkaufswägelchen. Dann öffnet sich die Tür. Das Licht im Erdgeschoss. „Ach, wissen Sie was? Wer seine Katze liebt, der schafft sich besser gar keine an.“

DIRK GIESELMANN

ABGEDICHTET

Laut Wahlomat bist du es nicht, bist kein Pirat, bist Avantgarde maximal von vorgestern – mit deiner DKP.

LEGAL ILLEGAL

Kampfrufe von den Plakatwänden, Werbeslogans, Wahllogans, Grimbacken und Märtschreier. Die Stadt als Kundenhit. So sehr wir – zumindest einige von uns – manchmal diejenigen bewundern, die dieses laute Rauschen mit Graffiti stören, so sehr wir auch oft wahr schmunzeln, wenn ein Plakatgesicht mit schwarzer Farbe ein Zahn ausgeschlagen wird – selbst täten wir so was hier. Den öffentlichen Raum verunstalten? In der Watzkahn!

„Greifen? Lieber nicht. Deshalb freuen wir uns, dass wir nichts riskieren, wenn wir in dieser Ausgabe von Mehl Berlin die Farbfächer des Künstlers Arno Brandhuber präsentieren. Und dabei nicht Gefahr laufen, am nächsten Morgen in einer Pressemitteilung der Berliner Polizei vorzukommen, gemeinsam mit anderen Schmierern, Schabern und Vandalen. Wie die fünf Kiebereien, die mit Brandhuber-Farbfächern am Abend des 3. August... Aber lesen und sehen Sie selbst.“

„Die Polizei hat in der vergangenen Nacht zehn Personen auf fischer Tat beim Zerstören von Wahlplakaten ertappt. Die Personalien wurden festgestellt und Strafverfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet.“

In der Chausseestraße in Wannsee haben Polizeibeamte gegen 19 Uhr sieben 17-Jährigen gestellt, als er gerade ein Wahlplakat von einer Laterne herunterriß. Drei Männer im Alter von 29, 33 und 50 Jahren und zwei Frauen im Alter von 27 und 42 Jahren haben in der Jorkstraße in Mitte mehrere Wahlplakate überlebt und behaupteten, als sie gegen 21 Uhr 35 von der Polizei gestoppt wurden, so handelte sich um eine Kunstaktion.



Wildkult in Wild-Gat. Foto: Pankow

PRO TEST

In Berlin gehen ständig Menschen auf die Straße. Wir stellen jede Woche einen Demonstranten vor.



WILFRIED HENZE, 69, RENTNER, PANKOW

WOGEGEN? „Protest zur Abschaffung des Berliner Straßenbaubauhaftsengesetzes“

WANN? 6. September, 18 bis 20-30 Uhr

WO? Platz vor der Kirche in Französisch-Buchholz, Pankow

WIE VIELE? 600 Protestler, 1 Polizeistau

WARUM? „Ich soll 15 000 Euro für Banarbeit in meiner Straße zahlen. Dabei wird die viel mehr vom Durchgangsverkehr genutzt als von Anwohnern.“

WAS NOCH? Die CDU nutzt die Demo für einen Infostand.

WIRKSAM? Zumindest ist der Termin kurz vor der Wahl gut gewählt.

Mithy Bymil in dieser Ausgabe water beteiligt. Lisa Dammann, Markus Wesselschmidt, Delfin, Inhabersbesitz, Lisa Rügge, Johannes Schmeider und Blum Zeefling

Klangrausch

Das Philadelphia Orchestra eröffnete mit Berlioz' „Symphonie fantastique“ fulminant das Musikfest 2011. SEITE 28

TAZPLAN & PROGRAMM



Jüdische Heimat

Gilly Kugelmann ist seit zehn Jahren Programmdirektorin des Jüdischen Museums. „Heimatkunde“ heißt ihre Jubiläumsschau. SEITE 24

Foto: Stefan Boness

KOMMENTAR

VON GEREON ASMUTH
Grüne sacken hinter die CDU



Die zwei Fehler der Grünen

Mittlerweile kann einem Renate Künast fast leidtun. Je mehr sie rackert und ackert und kämpft, desto weniger kommt sie an bei den Wählern. Laut Umfragen hat sie zwei Wochen vor der Wahl nicht den Hauch einer Chance. Regierende Bürgermeisterin von Berlin zu werden. Und selbst das zweite Ziel – die Stärkung ihrer Position im parteiinternen Machtkampf mit Jürgen Trittin, ihrem Kovorsitzenden in der Bundestagsfraktion – wird sie kaum noch erreichen.

Dabei hatten die Grünen anfangs durchaus Chancen. Sie hatten ihre wohl prominenteste Kandidatin ins Rennen geschickt, der – und das war das Wichtigste – die Berliner tatsächlich zutrauten, den Amtsinhaber Klaus Wowereit schlagen zu können. Diese Attraktion, diese Aussicht auf den Sieges-Parteiabsis und Wählerschaft.

Die klaren Positionen

Dann aber unterliefen den Grünen zwei entscheidende Fehler. Zum einen ist bis heute keinerlei Strategie für den erwartbaren Fall erkennbar, dass der Kandidatin die Strahlkraft verloren geht – und damit ihr Potenzial, die gesamte Partei und die Wählerschaft hinter sich zu scharen. Schlimmer aber noch: Ausgerechnet die Grünen haben vergessen, ihre Mission „Grün regiert Rotes Rathaus“ an Inhalte zu knüpfen. An unverrückbare Positionen, die der Wähler mit einer grünen Bürgermeisterin verwirklicht sehen darf, ganz egal ob in einer Koalition mit der SPD oder in einer mit der CDU. Dabei war unübersehbar, dass Letzteres dem linken Parteiflügel hatte schmackhaft gemacht werden müssen. Die Grünen haben ihre große Chance verspielt. Berichte SEITE 22

WAHLKAMPFKEULE

Piraten entern Springer
Umfragen sind vor Wahlen bekanntlich der größte Hit. Manche sollen sogar repräsentativ sein. Bei anderen heißt es eher: Dabei sein ist alles. Die Kollegen von morgenpost.de zum Beispiel ließen am Sonntag ihre Leser abstimmen, welche Partei sie wählen würden, wenn heute Wahl in Berlin wäre. Mit einem eindeutigen Ergebnis durfte auf einer Internetplattform des Springer Verlags durchaus gerechnet werden. Aber so eindeutig? Laut Hochrechnung um 18 Uhr gab es folgendes Ergebnis: SPD: 11 Prozent, CDU: 12, Grüne: 7, Linke: 6, FDP: 2, Und Piratenpartei: 31 Prozent!!! Wahlkampfkeule analysiert: Nur Piraten klicken durch.
■ Noch 13 Tage bis zur Wahl



Wütend auf Politiker und Vermieter, aber trotzdem kreativ: auf der Mietendemo am Samstag. Foto: Amélie Losiel

Die Wut wohnt in ganz Berlin

MIETEN I Tausende haben am Samstag friedlich gegen Mietsteigerungen protestiert

VON JULIA FIEDLER

Es knallt. Sieben schwarz verkleidete Personen stehen auf einem Dach am Hermannplatz, über ihren Köpfen explodieren Feuerwerkskörper. Sie entrollen ein riesiges Transparent: „Mieten sind so gar nicht Punk Rock“ steht darauf. Die Menge pfeift begeistert.

Die „Wutmieter“ sind unterwegs am Samstag, sie demonstrieren gegen Mietsteigerungen in Berlin. Mit Plakaten und Trillerpfeifen laufen sie durch Kreuzberg und Neukölln. Auf selbst gemalten Straßenschildern steht, woher sie kommen: Moabit und Treptow, Zehlendorf und Lichtenberg, Schöneberg und Neukölln. Die Veranstalter, ein Bündnis aus Stadtteilinitiativen, zählen 6.000 Teilnehmerinnen, die Polizei zählt 2.500.

„Wenn die Mieten weiter steigen, muss ich ausziehen“, sagt

Michael K. Der Künstler wohnt seit 22 Jahren am Stuttgarter Platz in Charlottenburg. Er hält ein Plakat hoch: „Ich hab noch einen Koffer in Berlin, mehr nicht.“ Seit einem Jahr gehört das Haus am Stuttgarter Platz einem neuen Besitzer. Im Mai stieg die Miete regulär um 20 Prozent. „Jetzt sollen noch 10 Prozent wegen Modernisierungsarbeiten hinzukommen.“ Der 51-jährige ist dem Aufruf der Veranstalter gefolgt, seinen Stimmzettel ungültig zu machen. Demonstrativ klebt sein Briefwahlzettel auf einer Pappe – durchgestrichen.

Auch die 72-jährige Christa Holdt aus der Angerburger Allee in Charlottenburg kann nichts mehr mit den großen Parteien anfangen. Früher hat sie die SPD gewählt, jetzt hält sie ein Bild von Klaus Wowereit in der Hand. Sein Lächeln wurde mit dem Computer in ein übergroßes Grinsen

verwandelt. „In acht Jahren 150.000 Wohnungen privatisiert – Sozialabbau Partei Deutschland“ steht darauf. „Wowereit geht nur noch auf Partys“, sagt Holdt, schwingt die Hüften und ballt eine Hand zur Faust. Deshalb wolle sie jetzt eine Splitterpartei wählen. „Ich dachte, ich hätte gut vorgesorgt“, sagt die ehemalige Stewardess, die von betrieblicher und privater Altersvorsorge lebt. Aber eine noch höhere Miete könne sie nicht bezahlen. „Ich bin bereit, wieder auf die Straße zu gehen.“

Die Demonstranten, die durch Kreuzberg und Neukölln ziehen, sind bunt gemischt. Linke und Alternative sind dabei, aber auch Studenten, Familien und Rentner. Parteifahren sind nicht erwünscht. Dem zweijährigen Manolin ist die Demo nicht so wichtig. Er schläft, während ein paar Meter weiter Musik vom Demo-

wagen dröhnt. Ein Pappschild klemmt an seinem Buggy: „35 Euro im Monat für eine Klingel hat keine Mutter.“ Paco Höller, Manolins Vater, grinst, wenn man ihn fragt, was das bedeutet. „Wir wohnen seit ein paar Monaten im Schillerkiez und haben noch keine Klingel.“ Jetzt habe der Vermieter angeboten, für 35 Euro im Monat eine Klingel mit Sprechanlage zu installieren.

Kurz vor Ende der Demonstration mischt sich am Kottbusser Tor eine neue Gruppe in die Menge. „I don't love Miete“ steht auf den Plakaten. Die rund 50 Demonstranten gehören zur Mietergemeinschaft „Kotti & Co“, die meisten von ihnen sind türkischstämmig. Innerhalb von drei Jahren seien die Mieten zum Teil um 250 Euro gestiegen, sagt Asiye A., die seit 13 Jahren hier wohnt. Der Staat müsse handeln. „Wir wollen nicht verdrängt werden.“

ANZEIGE

Der rote Salon
West/Ost - Ost/West
Zwei linke Biografien
Die Gäste: Heidi Knake-Werner *Im roten Salon*, Andrej Hermlin *My Way - Ein Leben zwischen den Weltens*. Moderation: Klaus Lederer. Speisen und Getränke. Eintritt frei.
Freitag, 9. September 2011, 20.00 Uhr, Kavalierhaus, Breite Straße 45, Berlin-Pankow
DIE LINKE.
Bezirksverband Berlin-Pankow

Behörde war eingeschaltet

WEDDING Doppelmörder wollte nicht abgeschoben werden

Mit dem späteren Doppelmörder aus Wedding war auch schon die Härtefallkommission des Senats befasst. Der 25-jährige hatte die Kommission im Frühsommer angerufen, um seine Abschiebung zu verhindern, berichtet der Spiegel. Zu einer Entscheidung kam es nicht mehr. Der 25-jährige schoss am 4. August in das Auto seiner Frau und tötete deren Mutter und Schwester. Als Motiv vermutet die Familie der Opfer Rache für die Scheidung. Die Frau überlebte den Kugelhagel. Von der Ehe mit ihr hatte laut Spiegel die Aufenthaltsgenehmigung des 25-jährigen abhängig gemacht. Der Kurde war illegal aus der Türkei nach Deutschland gekommen, ein Asylantrag wurde abgelehnt. (dpa)

17.000-mal mehr Miete

MIETEN II Von wegen „mietdämpfend“: Zwei Wochen vor der Wahl bringen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Rot-Rot in die Bredouille

Nicht nur die „Wutmieter“ setzen den rot-roten Senat beim Thema Wohnungspolitik unter Druck, sondern auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Am Wochenende wurde bekannt, dass 17.000 Haushalte der städtischen Gesellschaften künftig mehr Miete zahlen sollen. Sowohl die SPD als auch ihr Koalitionspartner Linke gehen nun auf Distanz.

SPD-Landeschef Michael Müller sagte der Berliner Zeitung, die Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaften seien Angestellte des Landes Berlin. „Da erwarte ich, dass sie auch wissen, was ihr Arbeitgeber diskutiert.“ Müller spielte damit auf die Forderung der SPD an, die Gesellschaften sollten „dämpfend“ auf den Wohnungsmarkt wirken.

Deutliche Worte fand auch Linken-Spitzenkandidat Harald Wolf. Er kündigte an, dass eine mögliche Neuauflage von Rot-Rot nur infrage komme, wenn es eine „sichtbare Veränderung“ in der Mietpolitik gebe.

Bekannt gegeben hatte die jüngsten Mieterhöhungen der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen BBU: Bislang hatte sich nur die Gesobau zu den Erhöhungen bekannt. So müssten die Mieter von 6.000 Wohnungen ab Oktober im Schnitt 13,74 Euro mehr zahlen.

Unterdessen fordert die SPD-Linke mehr als nur Lippenbekenntnisse. „Die Mieterhöhungen sind absolut nicht nachvollziehbar“, kritisierte die Abgeordnete Ulker Radziwill. Sie forderte die Wohnungsbaugesellschaften nicht nur auf, die Erhöhungen zurückzunehmen. Im neuen Parlament will sie sich auch für eine stärkere Kontrolle der Gesellschaften einsetzen. „Im Gegenzug muss der Senat weniger Rendite von den Wohnungsunternehmen verlangen“, sagte Radziwill der taz.

Das dürfte allerdings nicht einfach werden. So zeigte sich im Untersuchungsausschuss zur Howoge, was die Gesellschaften

in der Regel von Aufforderungen seitens der Politik gehalten haben – nämlich nichts. Selbst ein Rundschreiben der Stadtentwicklungsverwaltung zum Thema Vergabepaxis war damals ignoriert worden. „Die einzige Sprache, die die verstehen, sind Gesellschafteranweisungen des Finanzsenators“, sagte damals ein Abgeordneter.

Im Klartext: Ohne Androhung von Konsequenzen sind die Forderungen des Senats nach einer mietpreisdämpfenden Funktion der sechs Gesellschaften mit ihren 270.000 Wohnungen das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

Indes warf die Grünen-Spitzenkandidatin Renate Künast dem Senat vor, die Mieter im Stich zu lassen. Als Beispiel nannte sie den Verkauf der GSW durch Rot-Rot. SPD-Chef Müller konterte: „Schließlich war es die Grünen-Fraktion, die vom Senat verlangt hat, weitere 100.000 Wohnungen zu verkaufen.“

UWE RADA

MachtWorte!
Zeit für eine neue Streitkultur?
Zum Verhältnis von Politik und Sprache
mit Bas Böttcher (Slam-Poet) und Hella Dunger-Löper (Staatssekretärin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung)
Freitag, 9. September 2011
Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Eintritt frei. InfosAnmeldung unter: http://www.fes.de/lnk/1w oder Tel. 030-269357303

LÄCHELN, LÄCHELN, ANGEMECKERT WERDEN, LÄCHELN.
Ochsentour: Der lange Weg ins Abgeordnetenhaus. Begleiten Sie fünf Kandidaten durch den Wahlkampf. Mehr auf Inforadio.de.
93,1 Inforadio
Alles, was Sie wissen müssen. Alle 20 Minuten.

REGIERENDER BÜRGERMEISTER Klaus Wowereit hält die Debatte über Gentrifizierung für fatal. Er will über ein adäquates Wohnungsangebot für Mittel- und Gutverdiener eine soziale Mischung in den Stadtvierteln erreichen. Und er geht davon aus, dass die Grünen bei Koalitionsverhandlungen in zentralen Punkten klein beigegeben werden

„Die Veränderung von Kiezen ist kein Teufelszeug“

INTERVIEW STEFAN ALBERTI UND GEREON ASMUTH FOTOS ANJA WEBER

taz: Herr Wowereit, ich hätte am Anfang eine persönliche Bitte: Können Sie mir mal die Hand auf den Rücken legen?

Klaus Wowereit lässt seine Hand auf die Schulter des taz-Redakteur klatschen.

Ich spüre keinen Effekt, schade. Ich habe mir nämlich jüngst einen üblen Hexenschuss geholt, ausgerechnet nach einem rot-grünen Streitgespräch.

Klaus Wowereit: Und ich sollte das nun lockern oder verstärken?

Man hat durch die jüngste Presseberichterstattung den Eindruck, dass Sie allein durch Handauflegen sämtliche Probleme lösen könnten.

Und das Gefühl haben Sie jetzt nicht mehr? Dann hätte ich die Hand besser anders aufgelegt.

Der Wahlkampf wird als inhaltslos wahrgenommen. Die SPD macht einen sehr emotionalen, sehr auf Sie zugeschnittenen Wahlkampf. Sie sind doch Sozialdemokrat...

Das ist schon mal nicht zu bestreiten.

... Sie haben, unterstellen wir mal, inhaltliche Positionen. Kommt Ihnen das nicht etwas albern vor, bloß als „Wowi“ die Wahlen zu gewinnen?

Erst mal warten wir das Wahlergebnis ab. Zweitens: Der Wahlkampf besteht ja nicht nur aus Plakaten, sondern aus vielen Komponenten. Wir haben lange programmatisch unser Wahlprogramm erarbeitet, auch in Rückkopplung mit unserer Mitgliedschaft. Ich bin bei zig Veranstaltungen, gehe bewusst dahin, wo die Menschen direkt mit mir sprechen können. Gerade komme ich zum Beispiel aus einem Oberstufenzentrum, wo ich anderthalb Stunden mit den Schülerinnen und Schülern über die Detailthemen der Berliner Politik diskutiert habe. Man darf die Plakate nicht mit dem Wahlkampf gleichsetzen, das ist nur ein Aspekt.

Es sind ja nicht nur die Plakate. Vom Spiegel bis zu den Springer-Medien schreiben alle: Der Wowi ist ein toller Typ, und genau deshalb gewinnt er die Wahl. Da steht nicht: weil er die bessere Politik macht.

Erstens muss ich ja wohl gegen das, was Sie da mit dem tollen Typ zitieren, nichts einwenden. Und zweitens stehe ich selbstverständlich für Inhalte, und diese Inhalte sind doch deutlich erkennbar: Ich habe zehn Jahre lang erfolgreich Politik in dieser Stadt gemacht, darüber hat auch die taz ausführlich geschrieben. Da muss also schon was gewesen sein.



Schlüssel zum Erfolg? Berliner Bär an Wowereits Schlüsselbund

Klaus Wowereit

Der Politiker: Klaus Wowereit ist Berliner und Sozialdemokrat, beides von der Pike auf. Er kam 1953 in Tempelhof zur Welt, trat schon als Schüler in die SPD ein, hat an der Freien Universität Jura studiert und wurde 1984 Stadtrat für Volksbildung im Bezirk Tempelhof. 1995 wechselte er ins Abgeordnetenhaus. Seit 2001 ist er Regierender Bürgermeister von Berlin.

Der Menschenverstehender: Während der Fotosession für dieses Interview auf der Rudi-Dutschke-Straße fragt ihn eine Passantin, ob Politiker eigentlich nachdenken, bevor sie etwas entscheiden. Etwa beim EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien. Da sei doch klar gewesen, dass nun die Sinti und Roma herkämen, meint die Dame. Wowereit nimmt sich Zeit, erklärt ihr, dass die Sinti und Roma in den beiden Ländern verfolgt wurden und man selbstverständlich über die Konsequenzen der EU-Erweiterung nachgedacht hätte. Ob denn auch George W. Bush nachgedacht hätte, bevor er die US-Truppen nach Afghanistan geschickt habe, will die Frau dann noch wissen. „Der wohl nicht“, sagt Wowereit und reicht der nun zufriedenen Frau die Hand.

Der Handaufleger: Wunderkräfte hat Wowereit nicht. Trotz Handauflegen sind die Rückenschmerzen des taz-Redakteurs nicht verschwunden.

„Kulturstaatsminister? Das wäre kein Äquivalent zu dieser wunderbaren Aufgabe, in Berlin Regierender Bürgermeister zu sein“

Sie regieren seit zehn Jahren, und doch fällt in den Schulen der Putz von den Wänden.

Die rot-rote Regierung hat in den vergangenen fünf Jahren 860 Millionen Euro mehr für Bildung ausgegeben. Und die Situation an den Schulen, auch die bauliche, hat sich deutlich verbessert. Aber es gibt natürlich immer noch Investitionsbedarf. Bildung wird auch in der nächsten Wahlperiode deshalb ein großer roter Schwerpunkt bleiben.

Berlin gibt mehr als andere Länder für die Bildung aus, es kommt bloß nicht so viel dabei heraus. Sachsen ist mit 5,500 Euro pro Schüler Spitzenreiter im Bundesländervergleich, Berlin trotz 6.100 Euro pro Kopf Schlusslicht.

Die taz gehört doch zu denen, die differenzieren können. Wer genauer hinsieht bei dieser von Ihnen angesprochenen kürzlich veröffentlichten Studie, der sieht, dass Berlin in vielen Einzelpositionen gut dasteht oder sogar führend ist. Wir haben zum Beispiel die höchste Zahl an Abiturienten, die höchste Zahl der Studienabschlüsse und bei der Betreuungssituation Platz 3, nicht Platz 16.

Das bedeutet: Wenn Berlin in diesen Punkten so gut ist und trotzdem insgesamt nur der letzte Platz rauskommt, muss es in den anderen Feldern unterirdisch schlecht sein.

bleiben Sie kritisch, gerade gegenüber solchen Studien. Es ist immer auch die Frage, wie bewertet wird. Zum Beispiel: wie man Integration gewichtet. Was sagt es uns, wenn etwa Sachsen bei diesem Kriterium vorne liegt, aber tatsächlich kaum Zuwanderer zu integrieren hat? Berlin hat im Bildungsbereich gute Fortschritte gemacht, das zeigt auch die Studie. Aber ohne Frage ist die soziale Situation in Berlin oft deutlich schwieriger als in manchen Flächenländern.

In manchen Kiezen gibt es das Gegenteil von Integration: Immer mehr Eltern bringen ihre Kinder an Privatschulen. Da kann im öffentlichen Schulsystem etwas nicht stimmen.

Das sehe ich anders. Ich beobachte, dass die soziale Vielfalt in vielen Kiezen heute wieder größer wird, auch dank des gezielten Quartiersmanagements. Wir sehen, dass in Schulen häufig wieder eine bessere Mischung möglich ist als noch vor Kurzem, als Menschen mit regelmäßigem Einkommen bewusst aus bestimmten Kiezen weggezogen. Hier vollzieht sich also eine positive Veränderung, und das ist auch gut und richtig so. Manche bekämpfen es unter dem falsch verstandenen Schimpfwort Gentrifizierung.

Was ist daran falsch?

Falsch verstanden ist, dass Veränderung als Teufelszeug betrachtet wird. Wenn heute wieder mehr Mischung stattfindet, wenn Familien zuziehen, die ihre Miete selbst bezahlen können, dann kann das nicht falsch sein.

Es wird doch nicht kritisiert, dass Familien in bestimmte Kieze ziehen, sondern dass ärmere Leute dort nicht mehr wohnen können, weil die Mieten zu hoch werden.

Aber wie wollen Sie eine Mischung hinbekommen, wenn nicht investiert wird auch für Menschen, die einen bestimmten Wohnstandard erwarten? Insofern muss ein Angebot für Menschen mit mittleren und guten Einkommen da sein. Sonst gehen die in andere Quartiere und das bedeutet dann soziales Auseinanderdriften zwischen den Stadtteilen. Es ist schon eine fatale Debatte, die da manchmal aufgemacht wird. Und dass ich Ihnen hier so deutlich widerspreche, hat nichts damit zu tun, dass nicht gleichzeitig hohe Sensibilität für die Probleme von Geringverdienern nötig ist.

Angebote für Wohlhabende gibt es zuhauf. Wer aber eine günstige Wohnung sucht, hat ein großes Problem. Das macht vielen Berlinern richtig Sorge.

Deshalb muss an diesem Punkt auch gegengesteuert werden. Aber nicht in der Weise, dass wir sagen, bestimmte Quartiere dürfen sich nicht verändern. Sondern dadurch, dass in bestimmten Bereichen mit hohem Bedarf, vor allem bei Ein- und Zweizimmerwohnungen, ein preisdämpfendes Element geschaffen wird, etwa durch Neubauten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Und auch dadurch, dass wir die maximal zulässigen Mietsteigerungen nach Modernisierungen enger begrenzen wollen, auf neun statt bisher elf Prozent. Der Senat hat gerade für sechs Bezirke beschlossen, dass Eigenbedarfskündigungen erst nach sieben Jahren möglich sind statt nach drei. Das ist sehr konkrete Politik, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen oder zu erhalten.

Warum erst jetzt? Ganz einfach: Wir hatten mehr als 150.000 leer stehende Wohnungen in der Stadt.

Das ist längst nicht mehr so. Auch heute gibt es noch an die 100.000 davon.

Von denen die Hälfte gerade saniert wird oder nicht bewohnbar ist. Eine kleine Zahl davon ist nicht vermietbar oder wird nicht auf den Markt gebracht. Diese Wohnungen sind da.

Seit mehr als zwei Jahren rumpelt die S-Bahn vor sich hin.



„Es muss ein Angebot für Menschen mit mittleren und guten Einkommen da sein.“

Man hat den Eindruck, der Regierende Bürgermeister ist ziemlich machtlos, daran etwas zu ändern.

Der Regierende Bürgermeister hat sich um das Thema gekümmert, und zwar nicht nur einmal, sondern permanent.

Wie denn?

Durch viele Gespräche, auf allen Ebenen. Die Situation hat sich inzwischen auch wieder verbessert, zurzeit ist sie einigermaßen entspannt. Aber es muss Vorsorge getroffen werden, dass nicht wieder alles stillsteht, wenn die erste Schneeflocke fällt.

Entspannt? Dass sagen Sie mal den Leuten, die sich im Berufsverkehr etwa in der Linie 1 zusammenpressen. Wie dem auch sei: Selbst nach zwei Jahren Rumperei sagt die SPD immer noch nicht klar, wie es mit der S-Bahn weiter gehen soll: Ausschreiben? Ganz? Teilweise? Der BVG geben?

Die SPD hat im November 2010 beschlossen, dass eine Privatisierung und eine Ausschreibung nicht in Frage kommen.

Was soll es stattdessen geben? Die Entscheidung, wie es mit der S-Bahn weitergeht, wird in den Koalitionsverhandlungen zu treffen sein.

Dann gibt es noch den Polizeipräsidenten. Sie haben zugelassen, dass Ihr Innensenator kurz vor der Wahl einen hoch umstrittenen Kandidaten einsetzte, der dann auch noch per Gericht gestoppt wurde.

Das Gericht hat nicht den Kandidaten auf Eis gelegt, sondern nur kritisiert, dass es keine persönliche Anhörung gegeben hat. Das hatte ein anderes Verwaltungsgericht in einem ähnlich gelagerten Fall vorher völlig anders entschieden.

Genau deshalb hätten Sie zum Oberverwaltungsgericht gehen und diesen Widerspruch klären können – oder sogar müssen, wenn Sie der Meinung sind, alles richtig gemacht zu haben.

Die Frage war, ob man weiter prozessiert oder beim Auswahlverfahren korrigiert. Das lässt sich im laufenden Verfahren tun, und das geht schneller als eine langfristige juristische Auseinandersetzung. Die persönliche Anhörung wird nachgeholt, und dann wird es eine Auswahlentscheidung geben.

Noch vor der Wahl?

Das wird zeitlich nicht mehr funktionieren.

Was anderes wird auch nach der Wahl nicht funktionieren: der



„Das Einkommen da sein. Sonst gehen die in andere Quartiere, und das bedeutet dann soziales Auseinanderdriften zwischen den Stadtteilen“: Klaus Wowereit auf der Rudi-Dutschke-Straße in Kreuzberg

Weiterbau der A100. Den können Sie, wenn Sie nicht mit der CDU koalieren wollen, abschreiben. Warum denn?

„Weil Grüne und Linkspartei da nicht mitmachen wollen. Renate Künast sagt: ‚Wir werden einem Weiterbau der A100 keinesfalls zustimmen.‘ Wir werden ja sehen, ob das, was die grüne Spitzenkandidatin da sagt, auch nach der Wahl noch Bestand hat.“

Sonst würde sie ja lügen.

„Das hat mit lügen nichts zu tun. Warten wir erst mal ab, ob sie überhaupt selbst Koalitionsverhandlungen führt. Ich glaube nicht, dass die Grünen eine rot-grüne Koalition an der A100 scheitern lassen.“

Was macht Sie da so sicher?

„Wir haben doch gesehen, wie die Grünen in Hamburg und Bremen Infrastrukturprojekte, die sie zuvor kräftig bekämpften, letztlich akzeptiert haben. In einer Koalition muss man immer Dinge akzeptieren, die man eigentlich so nicht wollte, sonst gibt es keine Koalition.“

Die Grünen haben gerade ein Problem mit Stammwählern, die eine Koalition mit der CDU

befürchten. Was sagen Sie langjährigen SPD-Wählern, die alles wollen, nur keine Koalition mit den Christdemokraten?

„SPD wählen, sage ich denen. Außerdem haben wir anderswo ja erlebt, dass es wenig bringt, wenn Parteien vor Wahlen etwas apodiktisch ausschließen. Das trägt nicht zur Glaubwürdigkeit bei. Insofern werde ich nicht den Fehler machen zu sagen, eine Koalition mit der CDU ist theoretisch völlig ausgeschlossen, auch wenn sie für mich und die SPD nur schwer vorstellbar ist. Es ist ein Unterschied, ob ich das auf diese Art und Weise sage oder durch jede Bemerkung durchtriefen lasse, dass ich gern eine Koalition mit der CDU hätte.“

Auf wen spielen Sie gerade an?

„Frau Künast sagt eindeutig, sie habe dort eine Machtopion. Tatsächlich hat sie nur mit der CDU

eine Chance, Regierende Bürgermeisterin zu werden. Und wenn ich sie richtig verstehe, wird sie diese Chance, wenn sie sie bekommt, auch nutzen.“

Renate Künast hat am Samstag im RBB deutlich gesagt, sie hätte am liebsten, dass die Grünen mit der SPD eine Regierung bilden. Sie wolle nun von Klaus Wowereit wissen, ob er denn wollen würde. Wollen Sie?

„Von deutlich kann keine Rede sein. Sie hat auch in diesem Interview immer unterstellt, dass die Grünen stärkste Kraft werden. Und sie ist der Frage ausgewichen, was sie tut, wenn sie – wie es alle Umfragen zeigen – allenfalls zusammen mit der CDU Regierende Bürgermeisterin werden könnte.“

Künast wirft Ihnen vor, einer inhaltlichen Diskussion auszu-

weichen. Das neue grüne 10-Punkte-Programm gebe Ihnen die große Chance, so ihre Worte, „sich zu positionieren, statt zu schwadronieren“. Nehmen Sie dieses Angebot an?

„Ich brauche nicht die zehn Punkte von Frau Künast, um unsere inhaltlichen Positionen deutlich zu machen – die sind formuliert. Sie ist es, die mal erklären muss, wie diese Punkte im Einklang mit ihrem Wahlprogramm stehen. Sie hat da locker Mehrausgaben von einer Milliarde drin. Wie will sie die finanzieren und gleichzeitig die Schuldenbremse einhalten, worauf die Grünen doch sonst so sehr Wert legen? Die Grünen sollten sich mal selbst mit ihren 10 Punkten beschäftigen.“

Sie wollen von den Berlinern für weitere fünf Jahre ins Rote Rathaus gewählt werden. Ge-

ben Sie umgekehrt den Berlinern definitiv diese fünf Jahre, wenn Sie gewählt werden? Ich kandidiere für die volle Legislaturperiode und beabsichtige, sie auch zu beenden.

Beabsichtigen kann man viel, aber 2013 ist eine Bundestagswahl ...

„Das soll so sein.“

... da könnte die SPD einen Kanzlerkandidaten gebrauchen. Können Sie einen Ämterwechsel ausschließen?

„Ich kandidiere am 18. September hier in Berlin und will auch die nächsten fünf Jahre Regierender Bürgermeister sein.“

Kulturstaatsminister könnten Sie auch werden, Kultursenator sind Sie schon. Wäre doch auch eine reizvolle Aufgabe?

„Ich glaube nicht, dass das ein Äquivalent wäre zu dieser wunderbaren Aufgabe, in Berlin Regierender Bürgermeister zu sein. Das können Sie vergessen.“

Wir haben doch noch ein paar SPD-Plakate mit Inhalt gefunden. Da steht ‚Hertha und Union‘ drauf. Sie sagen, sie verstehen Berlin – und werden deshalb verstehen, dass jeder Berliner sich entscheiden muss: Hertha oder Union?

„Das ist für mich gar nicht notwendig. Ich bin Mitglied bei Hertha, auch ein Fan von Hertha, schon aus der Zeit, als ich nicht Regierender Bürgermeister war. Dazu stehe ich, das weiß auch jeder, und trotzdem gehe ich gern zu Spielen bei Union. Wenn die weiter erfolgreich sind, würde ich mich auch freuen – erst recht, wenn wir bald zwei Erstligaklubs hätten.“

Auf einem anderen SPD-Plakat steht ‚Kotti und Ku’damm‘. Wofür entscheiden Sie sich? Da entscheide ich mich fürs „und“.

Es gibt noch eins: „Köfte und Klopse“.

„Das habe ich nicht gesehen.“

Das ist ja auch von den Grünen. Sie haben mich reinlegen wollen.

Noch eins? „Techno und Tristan“.

„Das ist auch nicht meins. Egal: In meinem Alter doch eher die Oper. Aber ich habe als jüngerer Mensch auch gern nach Techno-Musik getanzt.“

Techno-Musik? Gab’s die da schon?

„Die gab’s schon. Ich hab ja gesagt: als jüngerer Mensch, nicht als Jüngling.“

Über das Nein von Renate Künast zur A100:

„Wir werden ja sehen, ob das, was die grüne Spitzenkandidatin da sagt, auch nach der Wahl noch Bestand hat. In einer Koalition muss man immer Dinge akzeptieren, die man eigentlich so nicht wollte“

Berlin

Am 18. September wird in Berlin gewählt. Im Wahlkampf sind die steigenden Mieten kein großes Thema. Für viele Berliner schon

Wahlen in Berlin

■ **Die Umfragewerte:** In der letzten Umfrage (Infratest dimap vom am 10. August) liegt die SPD bei 31 Prozent (2006: 30,8 Prozent). CDU und Grüne kommen jeweils auf 22 Prozent (2006: 21,3 bzw. 13,1). Die Linke liegt bei 12 Prozent (2006: 13,4), die FDP bei 4 Prozent (2006: 7,6).

■ **Die Entwicklung:** Zwischenzeitlich war die SPD hinter die Grünen zurückgefallen, doch seit Anfang April (26 Prozent) weisen ihre Umfragewerte nach oben. Seit Mitte Juni (17 Prozent) gehen auch die Werte für die CDU hoch. Dafür haben die Grünen seit ihrem Spitzenwert von Mitte Mai (31 Prozent) stark verloren. Die Werte für die Linken haben sich zuletzt bei um die 12 Prozent eingependelt, lagen Ende vorigen Jahres aber noch bei 17 Prozent. Die FDP hat sich seit dem Tiefstwert Mitte Mai (2 Prozent) wieder hochgearbeitet.

■ **Die Aussichten:** Um Regierende Bürgermeisterin zu werden, bleibt der grünen Spitzenkandidatin Renate Künast nur ein Bündnis mit der CDU, die bereits Verhandlungsbereitschaft bekundet hat. Aber auch die SPD könnte die CDU als Juniorpartnerin engagieren. Rot-Grün hingegen würde bedeuten, dass Künast in der Bundespolitik bleibt. Sie will nur Bürgermeisterin werden, sonst nichts. (dzy)



Umzug nach Neukölln: Früher hätten junge Leute wie sie gegen Gentrification protestiert, heute tragen sie den Plunder nach oben. Foto: Karsten Thielker

Arm, aber Miete

WAHLKAMPF Um fast 8 Prozent sind die Mieten in Berlin binnen zwei Jahren gestiegen. Dennoch spielt das Thema im Wahlkampf keine große Rolle – auch deshalb, weil größere Proteste bislang ausgeblieben sind

AUS BERLIN UWE RADA

War es eine ernst zu nehmende Warnung oder nur eine Fußnote im ohnehin lahmen Berliner Wahlkampf? Als Gregor Gysi vor Kurzem eine Wahlkampfveranstaltung besuchte, waren auch ungebundene Gäste da. Eine Handvoll Hausbesetzer und Mieten-Aktivistinnen bildete ein Spalier und kritisierte die Bilanz der Linkspartei im rot-roten Senat. Auf einem Plakat stand: „In 8 Jahren 35 Sozialwohnungen gebaut DIE LINKEN uns“

Zumindest die linke Szene in Berlin hat ihr Wahlkampfthema gefunden. „Damit noch was zum Leben bleibt“, heißt das Motto, unter dem ein Bündnis für den 3. September zu einer „Mietenstopp“-Demo aufruft. Auch die Zahl der abgebrannten Autos steigt, je näher der Wahltermin am 18. September rückt. Und sie sorgen für größere Aufmerksamkeit als eine andere Zahl: Nahezu ein Drittel der Berliner Mieter ist wegen zu hohen Mieten bereits umgezogen oder denkt darüber nach, wie eine Umfrage von infratest dimap ergab.

„An den Wahlständen“, sagte vor kurzem ein Grüner, „gibt es nur ein Thema: Mieten, Mieten, Mieten.“ Umso überraschender ist es, dass die Parteien das Thema bislang eher als Pflichtübung behandeln. Klaus Wowereit und seine SPD werben mit dem nichtssagenden Slogan „Mieter und Schutz“. Die Grünen sind hin- und hergerissen zwischen dem Sozialthema Mieterhöhungen und dem Ökothema energetische Sanierung.

Und die Linkspartei, die von der eigenen Basis in Treptow-Köpenick in die Pflicht genommen wird? Deren Spitzenkandidat Harald Wolf fällt nichts anderes ein als ein tiefer Griff in die Stereotypenkiste: „Mieter vor Wild-

West schützen“, lautet die Parole auf den Wahlplakaten, als wäre die Linke in Berlin nicht seit zehn Jahren Regierungspartei, sondern eine ostdeutsche Oppositionsbewegung.

Es ist schon ein seltsamer Wahlkampf. Lange Zeit gab es kein anderes Thema als das Duell zwischen Klaus Wowereit und seiner grünen Herausforderin Renate Künast. Nach dem Amtsinhaber diesen Zweikampf gewonnen zu haben scheint, gibt es gar keins mehr. Entsprechend inhaltsleer sind die Parolen auf den Plakaten. „Berlin verstehen“ (SPD) oder „Renate kämpft“ (Grüne). Wer auch immer künftig regieren mag, lautet die Botschaft, wird vieles anders machen. Aber ändern wird sich wenig.

Namentlich die selbst ernannte Mieterpartei SPD befindet sich damit im Dilemma. Im Vergleich mit anderen Städten haben wir noch einen entspannten Wohnungsmarkt, sagt Landes- und Fraktionschef Michael Müller. „Nur nützt das den Menschen nicht viel, weil sie spüren, was sich hier verändert.“ Für die SPD sei das eine Gratwanderung: „Wir wollen, dass investiert wird und Arbeitsplätze geschaffen werden. Leider geht wirtschaftlicher Aufschwung auch mit Mietsteigerungen einher.“

Vielleicht ist es dieser politische Stillstand, der die Stadt derzeit für Immobilieninvestoren so attraktiv macht. „Sexy wohnen in ‚arm‘ Duitsland“ lautete unlängst die Schlagzeile einer holländischen Nachrichtenagentur. Porträtiert wurde Harry van Caem, ein Geschäftsmann, der in Berlin-Mitte gerade mit dem Bau der Luxuswohnanlage „Fellini-Residences“ begonnen hat.

Neubau ist in der Hauptstadt wieder en vogue – wenn er sich im gehobenen Segment bewegt. Mausestot dagegen ist der soziale

Wohnungsbau. Die Folge: Die Mieten steigen.

Der neue Mietspiegel verzeichnete im August einen Anstieg gegenüber 2009 um fast 8 Prozent. Nicht eingerechnet sind dabei die Mieten bei Neuvermietung, die keinerlei Preisbegrenzung unterliegen. Wer in Berlin derzeit auf Wohnungssuche ist, muss mit Mietpreisen ab 8 Euro pro Quadratmeter rechnen. Ganz nüchtern kommentierte Berlins parteiloser Finanzsenator Ulrich Nußbaum den Trend: „Ich glaube, die Berlinerinnen und Berliner werden sich daran gewöhnen müssen, dass die Preise mit den Jahren langsam steigen.“

Die Investoren auf dem Berliner Immobilienmarkt können sich freuen. Brennende Autos und eine Mieterdemonstration verhaseln ihnen das Geschäft nicht. Und von einer Protestbewegung wie der in Tel Aviv ist Berlin derzeit so weit entfernt wie die Politik von ihren Wählerinnen und Wählern.

Inhaltsleerer Wahlkampf, abwartende Wählerschaft. Für Reiner Wild, den Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, gibt es dafür auch eine sachliche Begründung. „Die Wählerinnen und Wähler wissen, dass für das Mietrecht nicht der Senat zuständig ist, sondern die Bundesregierung.“ Dem Senat blieben daher nur begrenzte Instrumente zur Verfügung. Auch da seien die Wähler realistisch: „Keiner erwartet, dass man mit einer Zweckentfremdungsverbotverordnung alle Probleme löst.“

Und noch etwas hat der Lobbyist der Mieter ausgemacht: Das Mietenthema ist in Berlin ähnlich segregiert wie der Wohnungsmarkt. Am Montag hat der Mieterverein gefordert, dass die Richtsätze für die Kostenübernahme der Mieten von Hartz-IV-

Mieten in Berlin

■ **Bestandsmieten:** Laut dem im August vorgelegten Mietspiegel betrug die durchschnittliche Nettomiete 5,21 Euro pro Quadratmeter – eine Steigerung von 7,9 Prozent zu 4,83 Euro im Jahr 2009.

■ **Neuvermietungen:** Stärker ist die Preissteigerung bei Neuvermietungen. Der Immobilienverband Deutschland hat bei seinem Marktspiegel für Berlin eine Durchschnittsmiete von 5,20 Euro pro Quadratmeter errechnet. Die Steigerung gegenüber 2009 betrug 7 Prozent. Die Neumieten liegen somit rund 20 Prozent über den Werten für Bestandswohnungen.

■ **Viertel:** Bei „Standardwohnlagern“ sind die Mieten am meisten im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg (14,3 Prozent) und in Neukölln (13,7 Prozent) gestiegen, im östlichen Plattenbauviertel Marzahn-Hellersdorf gab es nur einen Anstieg von 0,9 Prozent, im Westberliner Spandau gar keinen. Bei „Vorzugswohnlagern“ führen Mitte (14,4) und Friedrichshain-Kreuzberg (13,1), ganz hinten liegen Spandau (1,5) und Charlottenburg-Wilmersdorf (1,2). (wera)

„Die Berlinerinnen und Berliner werden sich daran gewöhnen müssen, dass die Preise langsam steigen“

ULRICH NUSSBAUM, FINANZSENIOR

Empfängern angehoben werden. Das Echo blieb gering. „Für dieses Thema gibt es keine Lobby“, sagt Wild und fügt hinzu: „Für die meisten ist die Not noch nicht so groß, dass sie auf die Straße getrieben werden.“

Der Stadtsoziologe Andrej Holm weiß dafür eine einfache Erklärung. „Für Politiker ist Wohnungspolitik kein Gewinnerthema.“ Zu kompliziert sei die Materie, einfache Lösungen gebe es nicht. Wenn in Berlin immer mehr Hartz-IV-Empfänger aus den Innenstadtbezirken nach Spandau oder Marzahn ziehen, interessiert das die Politik nicht, weil es keinen Protest gibt.

Doch das könnte sich bald ändern, meint Holm und verweist auf das Beispiel Hamburg. „Dort können sich selbst Leute aus der Mittelschicht nicht mehr den Kiez leisten, in dem sie gerne wohnen. Das schafft Aufmerksamkeit für das Thema. Auch bei den Journalisten, die ja auch zur Mittelschicht gehören.“

Dafür suchen immer mehr Berliner nach privaten Lösungen. „Wenn sich die Mieten auf die 10 Euro zubewegen, ist Wohneigentum eine Alternative“, sagt ein Architekt, für den eine Baugruppe mit Eigentumswohnungen bislang nie in Frage gekommen war. Nun aber heiße es, sich rechtzeitig vorzubereiten. „In zwei Jahren sind nicht nur die Mieten gestiegen, sondern auch die Bodenpreise.“

Der wohnungspolitische Sprecher der Berliner Grünen, Andreas Otto, hingegen empfiehlt: „Wer will, dass die Mieten nicht noch schneller steigen, sollte in seiner Wohnung bleiben.“ So würden zumindest die Zuschläge für Neuvermietung nicht in den Mietspiegel fließen.

So sinnfrei der Berliner Wahlkampf sein mag. Er kann auch ehrlich sein.

Berliner Zeitung

Feuilleton

WAHLKAMPF

Wowereits Kreative

VON KITO NEDO

Was ist nur los mit dem einstigen Partybürgermeister Klaus Wowereit? Wohin der ganze joviale Esprit? Stattdessen: große Langeweile. Diesen Eindruck vermittelte der Regierende am Montagabend in der Kulturbrauerei: auf einer SPD-Veranstaltung mit dem unsäglichen Titel „Kreativ Macht Berlin - Reich werden, Sexy bleiben“. Berlin, so Wowereit, sei „eine Stadt der Kreativen“. Doch dieser Satz klingt bei ihm nur routiniert und phrasenhaft. Was bedeutet er? Ist die Stadt der Kreativen auch eine „kreative Stadt“? Und was hat sozialdemokratische Politik damit zu tun? Wowereit gab sich nicht einmal im Ansatz die Mühe einer Erklärung.

Die internationale Kreativszene, die sich angeblich in der Stadt versammelt, ließ sich lieber gar nicht erst blicken. Sie meidet offensichtlich die SPD. Stattdessen saß das selbstgefällige deutsche Elend neben dem Regierenden, in Gestalt von Kirmestechno-DJ Paul van Dyk und dem Tchibo-Moderner Michael Michalsky. Gute Ideen waren da nicht zu erwarten.

Der Techno-Unternehmer van Dyk etwa riet den Kreativen, nicht nach Subventionen zu fragen, sondern „Produkte und Projekte“ anzubieten, „die auch ein Publikum finden“. Dann komme es auf den Ort gar nicht an. Dem Easyjetset-Partyvolk sei es „Wurst“, ob es von Schönfeld nach Marzahn oder Mitte fahre. Aha, nur die Immobilienwirtschaft kennt also die feinen Unterschiede? Ja, in der Baubranche, so van Dyk, werde es in Berlin gerade spannend. Es wirkte, als versuchte ein Bockwurstverkäufer von raffinierten Rezepten zu erzählen.

Konkreter war die Kritik von Leonie Baumann, Rektorin der Kunsthochschule Weißensee. Sie forderte von Wowereit eine Reform der städtischen Liegenschaftspolitik. Mit der geschickten Vergabe von städtischen Immobilien an Nutzer aus der Kultur ließen sich Quartiere langfristig entwickeln: „Man könnte viel tun, ohne viel Geld auszugeben.“ Bei kommerziellen Mit-Wettbewerbern können aber Kultur-Initiativen meist nicht mehr mithalten. Als negatives Beispiel nannte Baumann die Vorgänge um die Blumenhoffmarkthalle, deren Umfeld der Liegenschaftsfonds unlängst entgegen vorheriger Absprachen mit lokalen Gruppen und dem Bezirk in einer Nacht- und Nebelaktion im Höchstbieterverfahren auf den Markt brachte.

So machte Leonie Baumann dem Regierenden vor, wie es geht: leidenschaftliches, kreatives Denken, dass sich durchaus in selbstbewusste Politik umsetzen ließe. Steuern lässt sich aber nur, wenn man die Steuerungsmöglichkeiten nicht aus der Hand gibt. Wo also ist die kreative Politik, die zu dieser Stadt passt? Bei den Sozialdemokraten war sie an diesem Abend nicht.



Der Pavillon am Bahnhof Friedrichstraße hieß Tränenpalast, weil hier zu DDR-Zeiten Abschied genommen wurde von den West-Besuchern.

Berliner Geschenke

Die öffentliche Hand verschleudert erst das Spreedreieck und mietet nun den Tränenpalast teuer zurück

VON BIRGIT WALTER

Dies wird ein Text voll von großer Bewunderung, Bewunderung für einen raffinierten, starken, vermögenden Bau-Investor, der mit dem Erfolg an der Seite durch das Leben schlendert, der Segelregatten gewinnt, immer einen Parkplatz findet und der Häuser dorthin baut, wo es ihm gefällt. Natürlich gefällt ihm das Schönste am besten - der Unternehmer Harm Müller-Spreer aus Hamburg baut wirklich gern in Berlin. Im Moment steht er in der Spur, um das Tacheles in der Oranienburger Straße zu erobern. Ihm gehören schon vorzüglich gelegene Grundstücke in Berlins Mitte, aber das Beste ist fraglos das Spreedreieck am Bahnhof Friedrichstraße mit diesem markerschütternden Hässling von Neubau darauf.

Gut, das Haus Schwarzenberg, letzter unsanierter Flecken am Hackeschen Markt, das bekam der Hamburger nicht, da hat sich die öffentliche Hand mit Lottomitteln dazwischen geworfen und ihm das Geschäft versaut. Aber das war die Ausnahme. Ansonsten breitet ihm der Berliner Senat nur flauschige Verhandlungsteppiche aus und wirft ihm Millionen nach.

In der Kulturwelt ist der Herr Müller-Spreer gar nicht gut gelitten, aber ist das fair, wenn einer sein Geschäft so prima versteht? Einen Coup wie mit dem Spreedreieck, den muss man erst mal stemmen. Bevor dort am 14. September im Tränenpalast eine Dauerausstellung über den Alltag von Grenze und Teilung öffnet, sei hier noch einmal an diesen historisch aufgeladenen Bau erinnert und wie er plötzlich vom Land verhöckert wurde. Und zwar nicht etwa im Überschwang der Wende, als Politiker wie besinnungslos die Zerstörung aller Mauer-Reste zu-

ließen, ohne ein Stück Erinnerung zu lassen. Nein, Müller-Spreer erwarb den Tränenpalast erst vor fünf Jahren. Da hatte das Klagen über die Mauerreste-Schleifung gerade einen Höhepunkt erreicht der Verkäufer wusste, was er tat.

Der lichte Pavillon neben dem Bahnhof entstand 1964 als Aus- und Einreisehalle. Mit seiner Modernität sollte es den West-Besuchern beeindrucken und Warteschlangen verbergen. Bald bewältigte er die Menschenmassen nicht mehr und wurde zur reinen Einreisehalle in den Westen, die Einreise erfolgte im Bahnhof. 1990 brachte den Pavillon keiner mehr. 1991 war er ein ruhmloses verfallenes Gebäude mit eingeschlagenen Fenstern, das der Unternehmer Marcus Herold mietete, vor dem Abriss bewahrte, als Denkmal anmeldete und als Veranstaltungsort bekannt machte. 15 Jahre betriebe er ihn subventioniert, bereicherte die Kulturszene, bot eine Bühne für Unbekannte und Berühmtheiten wie Prince, Nina Hagen, Jimmy Somerville. Natürlich hätte ihm Berlin ein bisschen dankbar sein können für alles. Aber sind Berliner Stadtentwickler und Finanzbehörden dankbar? Oder auch nur besonnen und weitsichtig? Nein.

Der Berliner erwartet ja schon nicht, dass sich Beamte acht, neun Jahre nach der Änderung der Besitzverhältnisse in ihrer Stadt mit Alt-Eigentümern so wichtiger Orte wie dem Berliner Ensemble und dem Deutschen Theater in Verbindung setzen, um die Häuser für ihre Stadt zu retten, ach. Das erledigen Leute wie Rolf Hochhuth und Harm Müller-Spreer. Aber wenn dann Müller-Spreer seinen

Coup präsentiert und für das DTErbe ein Ausweichgrundstück will, natürlich ein schickes, ist das Land nicht mal imstande, einen öffentlichen Kaufvertrag zu schließen.

In diesem Fall bot es das Dreieck zwischen Friedrichstraße, Spree und Bahnhof, also allererste Lage. Leider verkaufte Berlin gleich noch einen unterirdischen S-Bahnhof mit, der ihm nicht gehörte, sondern der Bahn. Allerdings - selbst wenn der Bahnhof Landeseigentum gewesen wäre, sollte der dann eigentlich geschützt werden? Der Skandal beschäftigte über Jahre die Gerichte, das Parlament, einen Untersuchungsausschuss. Schließlich musste Berlin dem Investor für das

17 Millionen Euro teure Grundstück einen Preisnachlass von knapp 9 Millionen Euro gewähren. Überdies erlaubte es Müller-Spreer eine höhere Bebauung. Dagegen klagte das Hotel, vis-à-vis, worauf Berlin noch einmal 2 Millionen Euro Schadenersatz zahlte.

Müller-Spreer wird vor Lachen nicht in den Schlaf gefunden haben. Versteht irgend jemand, warum ihm auch noch der Tränenpalast nachgeworfen wurde? Der Betreiber Herold wollte ja auch kaufen. Ihn hatte das Land mit Klauseln im Kaufangebot gedemütigt, nach denen er jahrelang Dreck, Lärm und jede Sperre von Müller-Spreers Baustelle hätte in Kauf nehmen müssen - der sichere Ruin für einen Kulturunternehmer. Immer war klar, dass Müller-Spreer den Tränenpalast haben sollte. Der Mann, über den der frühere Senatsbaudirektor Stimmann 2001 vermerkt hatte: „Wir haben es hier mit einem Spekulanten schlimmster Art zu tun.“

Och. Als Steuerzahler wünschte man sich so ein Cleverle schon auch mal in der Verwaltung, nicht nur auf der anderen Seite der Barrikade. Einen, der auf das Steuergeld aufpasst, statt es zu verschleudern. Wozu brauchte Müller-Spreer den Pavillon eigentlich? Er sagte: „Ich will ihn haben“. Bald ließ er den Vorbau abreißen. Den Ort, wo die Tränen flossen, wo Verwandte und Freunde Abschied nahmen. In den Glaspavillon durfte der DDR-Bürger ja nicht rein. Die Dramen spielten sich in dem schäbigen Vorbau ab - hier zeigte sich die Perfidie des DDR-Systems, wie es seine eigenen Bürger behandelte.

Bald wurde klar, warum Müller-Spreer das Denkmal wollte: Es war schon vor dem Verkauf 2006 Teil des Berliner Gedenkstättenkonzeptes geworden. Ein sicheres Geschäft, denn natürlich muss die öffentliche Hand die Gedenkstätte betreiben. So wurde es gemacht. Müller-Spreer kaufte den Tränenpalast, sicherte sich Baufreiheit, baute einen Mini-Verwaltungsstrakt an, sanierte das Gebäude von außen und vermietet nun an das Haus der Geschichte Bonn: für 300 000 Euro jährlich, Kaufpreis: 915 000 Euro. Müller-Spreer spricht von 240 000 Euro Miete, rechnet offenbar den Verwaltungsanbau raus. Es bleibt ein grandioses Geschenk der Stadt an einen Immobilien-Millionär. Er hat die Investition in vier Jahren wieder drin, der Vertrag aber läuft erstmal über 20 Jahre. 5 Millionen Euro Gewinn allein bis dahin, wenn er nicht die Miete erhöht. Die kleine Ausstellung im Tränenpalast wird also teuer. Harm Müller-Spreer hat Berlin nach allen der Regeln der Kunst vorgeführt und dann dazu gebracht, ihm noch etwas Gutes zu tun. Wie soll man ihn dafür nicht bewundern.

Der Spekulant hat Berlin vorgeführt. Nun wird der Bund bei ihm Mieter, wohl auf ewig.

NACHRICHTEN

Alice Schwarzer reagiert auf Roches „Schoßgebete“

KÖLN. Die Feministin Alice Schwarzer hat Charlotte Roches neues Buch „Schoßgebete“ eine „verrückte Heimatschulze“ genannt. In einem selbstredend offenen Brief auf ihrer Website mit dem Titel „Hallo Charlotte“ rügte Schwarzer am Montag die Autorin, die sich selbst zu den Feministinnen zählt. Roche scheine es wohl den „letzten Kick“ zu geben, wider den Feminismus“ zu sündigen, schreibt Schwarzer. Die Masse an Sexszenen halte sie jedoch für einen Verkaufstrick. Roche hatte in einem Interview gesagt, sie sei „komplett geirrigewaschen“ von der Erziehung ihrer Mutter und dem 70er-Jahre-Feminismus. Schwarzer warf ihr nun vor, sich in Reaktion auf ihre Mutter wieder wie ihre Großmutter zu verhalten - und sich dem eigenen Ehemann zu opfern. „Wollen wir Frauen diesen Teufelskreis denn nie durchbrechen?“, fragt Schwarzer. (dpa)

Amazon tauscht gebrauchte Bücher ein

LUXEMBURG. Der Internethandelkonzern Amazon hat für den privaten Verkauf gebrauchter Bücher einen neuen Dienst gestartet. Über den „Trade-In“-Service können Kunden ihre gebrauchten Bücher einschicken und erhalten eine Gutschrift in Höhe eines vorgegebenen Festpreises. Voraussetzung sei allerdings, dass die Bücher in gutem Zustand sind und nur wenige Gebrauchsspuren aufweisen. Mit dem neuen „Trade-In“-Service macht der Online-Einzelhändler Dienstleistungen wie etwa Momox.de Konkurrenz, die gebrauchte Bücher, aber auch CDs und DVDs sowie Spiele und Handys kaufen. Der Amazon-Service konkurriert aber auch mit existierenden Angeboten von Händlern, die über die Amazon-Plattform ihre Bücher verkaufen. (dpa)

Kulturschaffende wollen einen Kultursenator

BERLIN. Eine Initiative von Künstlern und Kulturmanagern hat die Berliner Stadtentwicklungspolitik als beliebig kritisiert und eine neue Ressortaufteilung im Senat gefordert. „Wir brauchen ein Senatsressort für Kultur und Stadtentwicklung“, heißt es in einer von der Stiftung „Zukunft Berlin“ am Dienstag verbreiteten Erklärung. Unterschrieben wurde sie unter anderem vom Direktor des Martin-Gropius-Baus, Gereon Sieverich, und dem Club-Gründer Dimitri Hegemann („Tresor“). Eine initiativlose Kulturpolitik verliere ihre Bedeutung und drohe angesichts immer knapper öffentlicher Mittel marginalisiert zu werden, kritisieren die Unterzeichner. Die Kultur ist derzeit beim Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) angesiedelt. (dpa)

BERLIN-PLANER: POP heute auf Seite 21

U S N I T R E I R C M H

MINIDRAMA

Danksagung eines Gehweg-Radlers

VON PHILIPP LÖRLE

liebe Mitbürger, liebe Mitmenschen. Ich weiß, ich stehe hier allein. Ich weiß, ich bin allein. Ich meine damit ich BIN allein. Mein Ich ist eingeschlossen in diesem Körper, den ihr hier seht und in diesem Körper ist nur mein Ich und nicht noch ein zweites und auch kein Du und kein Er oder Sie. Deshalb, sage ich, ich bin allein. So, Wenn ich aber, liebe Mitbürger, liebe Mitmenschen, auf diese eben beschriebene Weise allein bin, wie kann ich dann sicher sein, dass ich überhaupt bin? Ist es vielleicht nur

Einbildung, dass ich existiere? Ist es vielleicht eine Laune dieses Ichs in diesem Körper, das mir das Gefühl gibt, zu sein?

Moment, Moment, sagt ihr, ich sehe doch mit meinen eigenen Augen, das alles hier um mich herum, wie soll denn das alles sein, wenn ich nicht bin? Na ja, im Kino sehe ich ja auch Welten, die es nicht gibt, antworte ich euch. Aber, liebe Mitbürger, liebe Mitmenschen, es gibt etwas, das mich sicher sein lässt zu sein, obwohl ich doch allein bin, und das - ihr ahnt es vielleicht schon - seid ihr. Jawohl, ihr, meine Mitmenschen.

Es macht mir nämlich überhaupt nichts aus allein zu sein, manchmal genieße ich es fast. Natürlich fühlt es sich komisch an, wenn mich Kollegen fragen, ob ich denn ganz allein sei und ich nicht kurz, Blick zu Boden, ja, das fühlt sich komisch an, aber das sind kleine Momente, die

gehen auch wieder vorbei. Und selbst in diesem Nicken und während dieses Nickens, weiß ich doch, ich bin nicht ganz allein: ich habe ja noch euch!

Ihr wisst es vielleicht gar nicht, wie sehr ihr mir helft, indem ihr meine Mitmenschen seid, indem ihr mich nicht allein lasst, indem ihr mir durch die Reflexion, dass ihr mich wahrnehmt, die Bestätigung gebt zu existieren. Nicht nur nicht allein zu sein, sondern viel mehr: Überhaupt zu sein.

Manchmal, und es kann zu jeder Tageszeit passieren, da habe ich das Verlangen zu spüren, dass ich bin, und zu spüren, dass ich nicht allein



bin, und dann helfst ihr mir. Und das ist wundervoll. Ich verlasse dann meine kleine Wohnung im siebten Stock und laufe die Treppe runter. Ich laufe an all diesen Wohnungstüren vorbei, von all diesen Menschen, die mit mir hier wohnen, die ich aber nie sehe, weil sich alle verstecken. Menschen, die ihre Türen ohne Namensschilder lassen, damit man nicht herausfinden kann wie die Leute hinter den Türen heißen, damit der Eindruck entsteht hinter diesen Türen gäbe es gar keine Menschen.

An all diesen Türen versteckter Menschen laufe ich vorbei, laufe selbst im Erdgeschoss noch weiter

und lande im Keller, wo mein Fahrrad steht. Ich fahre eigentlich nie Rad, ich fahre immer mit der Bahn, sitze dann auf dem grauen Polster, vermeide Blickkontakt durch Lektüre und Hörkontakt durch Ohrstöpsel, aber wenn ich spüren will, dass es mich gibt, dann nehme ich mein Fahrrad. Ich bezeichne es auch nicht als Fahrrad, ich nenne es Mein Instrument.

Und ich nehme das Instrument aus dem Keller, trage es ins Erdgeschoss, schiebe es zur Haustür und setze mich, wenn es dann auf der Straße auf dem Gehweg steht und funkelt, auf den weichen Gel-Sattel, den ich mir extra dazu gekauft habe. Und dann fange ich an auf dem Instrument zu spielen.

Und das geht so: Ich fahre in mäßigem Tempo entweder auf dem Gehweg, oder auf dem Radweg in falscher Richtung, und schon prasseln Töne jeglicher Couleur, Laut-

stärke und Dynamik auf mich ein. Ihr! Ihr seid diese Töne und es ist wundervoll, es ist meine Lieblingsmusik. „Iskenradwech!“, ruft ihr mir zu. „kamsenichuffpassn!“, raunt ihr mich an. „Gaistafahradawatt!“ pfeift ihr mit entgegen. Oder ihr gebt mir sogar einen kleinen Klaps auf die Schulter oder den Kopf und ruft „gippschnich!“. „Hassckenlicht!“ trällert es bei den von mir sehr geschätzten Nachtfahrten. „Bissockenkindmea“ heißt es manchmal und vielleicht gibt's dazu sogar einen kleinen Trift gegen mein Hinterrad oder eine flache Hand in die Nierengegend.

Ich danke euch! Wirklich! Ich möchte euch, liebe Mitmenschen, einfach einmal etwas zurückgeben dafür, dass ihr mich spüren lasst, dass es mich gibt, und das ist mein Dank. Vielen Dank, liebe Mitmenschen und Mitbürger, vielen Dank, dass ihr mich Sein lasst.

Eine Unterforderung

Im Berliner Wahlkampf fehlt ein großes Thema. Warum wird nicht über die Stadtentwicklung gestritten?

Seit gut einer Woche wird die Hauptstadt wieder mit Wahlplakaten dekoriert. Der Regierende Bürgermeister wagt damit, dass er Berlin versteht. Seine Herausforderin, Renate Künast, meint, dass die Grünen da „ran müssen“. Die Linke, die schon zehn Jahre mitregiert, will Mieter vor „Wild-West“ schützen, was immer damit gemeint sein mag. Die CDU verspricht 100 Lösungen für 100 Probleme, während es die Liberalen mit Lockerungsübungen versuchen. Ist die FDP eine Arbeiterpartei oder die Partei der Besserverdienenden? – Wir möchten, dass man mit Arbeit besser verdient als ohne. Als ob darüber im Berliner Abgeordnetenhaus entschieden würde.

Nun sind Wahlplakate nicht der Ort für ausgefüllte, abwägende Argumente, aber so diskutiert wie in diesem Wahlkampf sind die politischen Absichten selten formuliert worden. Der Architekt Arno Brandhuber hat daher ein eigenes Plakat entworfen: eine orange-braune Farbfläche ohne Schrift (brandhuber.com). Das kommt heraus, wenn man die Partifarben von SPD, CDU, FDP, den Grünen und der Linken mischt. Das sei der „Durchschnitts-Farbcode“. Die Fahne der politischen Indifferenz müsste also orange-braun sein. Er herrsche, so die Unterstellung dieser Kunstaktion, ein Zustand der programmatischen Ununterscheidbarkeit.

Die Mieten und Immobilienpreise steigen, das Schreckensszenario heißt „Gentrifizierung“

Das Urteil ist ungerecht. Wer sich einen regnerischen Sommertag lang in die Wahlprogramme der Parteien vertieft, die am 18. September gewählt werden wollen, der findet Unterschiede in der Sache wie im Stil. Der eine will die Autobahn A 100 bauen, der andere nicht, der eine wünscht lange gemeinsame Schulzeiten für alle Kinder, der andere verteilt Gymnasien gegen den Trend zur Einzelschule. Die Grünen überlegen, wie man Luxusmodernisierungen verhindern kann, die Liberalen machen Front gegen die grüne „Gentrifizierungspolitik“. Aber Wohlfühlkriterien – Stadt für alle, Berlin voran – verdecken die Gegensätze, und ein grundsätzlicher Streit über die Entwicklung der Stadt in den kommenden fünf bis zehn Jahren lässt auf sich warten. Dem Wahlkampf fehlt ein zentrales Thema, wie es – an anderen Zeiten oder an anderen Orten – der Bankenskandal, Hartz IV, die Schulreform oder Skulptur 21 gewesen sind.

Da kommt das Protestplakat von Arno Brandhuber gerade recht. Er artikuliert ein Unbehagen, das in der Berliner Mittelschicht, in der Hauptstadt-Bohème und der Kunstszene weit verbreitet ist. Man fühlt sich von den Parteien der Stadt nicht ernst genommen, von ihren Programmen intellektuell und moralisch unterfordert. Diese ähneln in der Teilhabeplakaten und dem berühmten Kleingedruckten. Weder scheinen die Probleme angemessen beschrieben noch die Lösungsvorschläge so formuliert zu sein, dass man sich zur Entscheidung aufgerufen fühlt. Der Unwille, sich mit der Alternative Wählerstimme-Kunst zu beschäftigen oder bloß taktisch zu wählen, um die wahrscheinlich siegreichen Sozialdemokraten in diese oder jene Koalition zu zwingen, hat mit Politikverdrossenheit, der resignierten Abkehr von denen „da oben“, wenig zu tun. Im Gegenteil: Verlangt wird politischer Streit auf der Höhe der Zeit, ein Wettkampf nicht mit doktrinären Restbeständen, sondern mit Ideen.

Nun ließe sich einiges gegen diese Erwartung einwenden. Berlin sind die großen Visionen, „Werkstatt der Einheit“ oder „Drehscheibe zwischen Ost und West“ – nie besonders gut bekommen. Meist fehlten dabei das Augenmaß für die Wirklichkeit der Stadt und ein realitätsnaher Blick auf ihre Möglichkeiten. Die größte Leistung des Senats unter dem seit 2001 regierenden Klaus Wowereit bestand darin, dass er von Traumereien Abstand nahm und der Stadt eine Sanierungsverordnung erließ, ohne dass es zu dramatischen Verwerfungen kam. Wohl erst jetzt, mit Blick auf Griechenland und die USA, kann man diesen Erfolg richtig würdigen. Trotz der gewaltigen Verschuldung und der Sparprogramme wurde eine politische Polarisierung vermieden.

Selbst aus dem Unterschied zwischen Ost und West lässt sich heute kaum noch Kapital schlagen. Dass drei „linke“ Parteien die Mehrheit der Wähler hinter sich wissen, hat die programmatische Konkurrenz kaum befördert.

Daher wird auch über das Thema, das die Berliner seit Monaten am meisten beschäftigt, nur wenig und ziemlich einseitig gestritten. Es geht um die Stadtentwicklung, nachdem die Mieten und Wohnungspreise deutlich zu steigen begonnen haben. Befördert durch die Angst vor Inflation, beflügelt durch das neue Interesse von Investoren, vorangetrieben durch Zuzug und die Berlin-Liebe der Touristen boomt der vor einigen Jahren noch vergleichsweise entspannte Immobilienmarkt. Selbst Makler wundern sich derzeit, wie gut die Geschäfte laufen. Der Verweis auf die stärker zugelebte Situation in München, Hamburg, Paris oder London beruhigt da wenig. Er ist nur geeignet, die Angst vor Verdrängung zu schüren. Erst kommen, so die Furcht, die Studenten und die Kreativen, die „urban pioneers“, dann die Gutverdienenden, dann werden die Wohnungen teuer. Wer sie sich nicht leisten kann, muss an den Stadtrand ziehen. Auf diese Weise entstehen homogene, sozial segregierte Viertel. So sieht, etwas vereinfacht, das Schreckensszenario namens „Gentrifizierung“ aus. Die Warnungen davor haben regelmäßig etwas hysterisches. Aber die Ängste sind real, sie verdienen politische Aufmerksamkeit. Da reicht es nicht aus, wie etwa CDU und Linke es tun, den Bau einiger tausend Wohnungen zu versprechen oder – wie die Grünen – in bürokratischen Kontrollphantasien zu schwelgen. Es hilft auch wenig, immer wieder Gespenster an die Wand zu malen. Nicht „Wild-West“, sondern ein straff reguliertes Marktgeschehen bestimmt die Stadtentwicklung.

Das Nebeneinander unterschiedlicher Schichten und Milieus zeichnet Berlin seit Jahrzehnten aus. Viele sehen die gute Mischung bedroht und geben doch zu, dass die Zeit der lange sprichwörtlich niedrigen Berliner Mieten einmal zu Ende gehen musste. Was aber ist dann das politische Ziel? Die Erhaltung des Status quo, solange es eben geht? Oder ungezielte Entwicklung, kante es, was es wolle? Die Stadt hat den sozialen Wohnungsbau im Jahr 2002 eingestellt. Und wohl niemand wünscht sich die teure, ineffektive, zur Vorteilnahme einladende und oft Ghettoisierung begünstigende Forderpolitik von einst zurück. Eine klare Linie ist gegenwärtig nicht zu erkennen. Auf der einen Seite sollen Mieterhöhungen begrenzt werden, auf der anderen Seite provoziert die Stadt durch Grundsteuer und allerlei Abgaben höhere Kosten. Oberdrien wurden Grundstücke im städtischen Besitz hektisch verschertelt. Liegenschaften vermarktet. Aus der großen Chance, die der Hochbau an Brachflächen bot und bietet, hat man wenig gemacht, weder für das Spreetfer noch für den stillgelegten Flughafen Tempelhof eine überzeugende Lösung gefunden.

Man könnte über eine Stadt der Eigentümer diskutieren, in der Bewohner als Bauherren fungieren

Den wirklich Bedrängten könnte man leicht über höheres Wohngeld helfen. Nur wären diese Mittel für die Stadt verloren und zugleich eine Einladung an Geschäftstüchtige, verkommenen Wohnraum zu vermieten und weiter verkommen zu lassen – solange das Amt zahlt. Und die anderen ziehen sich in die innerstädtischen Vorstädte der Wohnparks und „hochwertigen“ Siedlungen zurück. Will man eine Stadt der Geforderten und Kontrollierten oder eine Stadt der Investoren? Will man den Markt fesseln, was nie lange gutgeht, oder als Akteur auftreten? Theoretisch bietet sich der Ausweg einer Stadt der Eigentümer an. In der Bewohner als Bauherren fungieren. Es gibt kaum Vorbilder, wie dies politisch zu erreichen wäre. Aber darüber, über die dazu nötigen Finanzierungsmodelle und architektonischen Formen, wäre zu diskutieren. Ein Wahlkampf in Orange-Braun wird dazu nicht reichen. Es gibt den städtebürgerlichen Willen, einen Berliner Weg jenseits der gleich miserablen Alternativen zu finden. Er findet in der hauptstädtischen Politik gegenwärtig keinen Resonanzraum. JENS HISKY



„The Eyes of Lapa Arch“: Hier hat JR sein aufwandsreiches Arcos da Lapa in Rio de Janeiro mit seinen Porträts tapeziert. Foto: Giuseppe Bizzari / Dumottz/Corbis

Personenkult mit Eimer und Pinsel

Der französische Straßenkünstler JR klebt Städten ein menschliches Gesicht an – auch in Tunesien nach der Revolution

Es gibt sicherlich kaum einen künstlerischen Ansatz, der so popkulturell auf der Höhe wäre, wie die Wucht eines Gebäudes für eine Fotoinstallation zu nutzen, um einen ähnlichen Effekt zu schaffen wie der Surfer, der auf der Kraft einer Sturmfront dem Strand entgegengleitet. Street Art nutzt meist die Nischen der Städte. Die Arbeiten von JR nutzen allerdings die gesamten Fronten der Brücken, Häuser und Zwickelbauten, um einen eingezeichneten Effekt zu erzielen. Mächtig begehen da die Gesichter seiner überdimensionalen Schwarz-Weiß-Porträts über die Stadtlandschaft, die Kontraste in der Nachbearbeitung deutlich verschärfen, um die plakative Wirkung noch zu verstärken.

Man darf Street Art nicht mit kunstgeschichtlichen Interpretationen überfrachten. Dazu steht sie zu sehr in der Tradition einer urbanen Folklore, die keine Analyse erfordert, sondern ihre Wirkung in erster Linie um ihrer selbst willen entwickelt. Und doch hat JR mit dem anachronistischen Material des Leimkübel und der Technik des Digitaldruckes einen Spagat zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert geschafft, der den Pop des 20. Jahrhunderts mit Spraydose und Plakattafel außen vor lässt und Neues schafft.

Die Botschaft dieser Arbeiten ist einfach – es ist eine Art visuelle Ermächtigungsförmel für den Menschen an sich, dem JR als unbesetzte Einheit in den mit Botschaften und Signalen überladenen Stadtpanoramen mittels Größe eine überzogene Bedeutung verleiht. Nicht alle seine Arbeiten sind so direkt. Im schwedischen Vevey beklebte JR die Brauchmauer eines Mietshauses mit dem lebensgroßen Abbild des Bauhauses in Dessau. Für seine Arbeit in der Favela Morro da Providencia in Rio beklebte er Baracken mit überdimensionalen Augenpaaren, die dem Stummfilm in eine wesensähnliche Skulptur verwandelt.

Niemand kennt den bürgerlichen Namen von JR, kaum jemand weiß, wo sich sein geheimes Studio in Paris befindet. Das hat ihm schon den Ruf als „Banksy von Paris“ eingebracht. Die Großen der Street Art haben ihn längst als einen der Ihren gekürt. So sagte der amerikanische Street Artist Shepard Fairey, der mit seinen ikonischen Bildern von Barack Obama

berühmt wurde: „JR ist der ehrgeizigste Straßenkünstler unserer Zeit.“ In Edinburgh tauchte er vor einigen Wochen auf dem Ideenfestival Ted-Prize bekommen hätte, der seine Arbeit mit 100 000 US-Dollar unterstützte. Die Malcolm-X-Sonnenbrille, den Vollbart und den kurzgekropften Strohhalm trägt er nicht zuletzt auch deshalb, weil er damit ein austauschbares Bild des Hipsters abgibt, der ohne die Mode-Insignien nicht wiedererkennbar wäre.

Kürzel und Maske sind keineswegs Pose oder Botschaft. Anonymität ist im Genre der Street Art kein Stilmittel, sondern Notwendigkeit. Wer die Stadt an sich angreift, der ohne die Gesetze und wird sich auf Dauer nicht um Gesetze und Vorschriften scheren können, egal, ob er vor-



„Der Banksy von Paris“: Straßenkünstler JR. Foto: Mohamed Nabbay/oh

ein Filzstiftkurzel auf das Fenster einer U-Bahn setzt oder ein ehrgeiziges, weltweites Kunstwerk schafft wie JR.

Sein Prinzip ist so einfach wie wirkungsvoll. Der 27-jährige JR sammelt über das Internet und auf den Straßen Porträtfotos, die er mittels Computer und Digitaldrucker in großformatige Plakate mit einer weitgehend genormten Schwarzweiß-Ästhetik verwandelt. Ein

zige Vorgabe an seine Modelle – sie sollen einen starken Ausdruck im Gesicht haben, egal ob Grimasse oder Blick. Und sie müssen Unbekannte sein. Mit diesen Plakaten, Leimkübeln und Tapezierpinseln ziehen JR und seine Mitarbeiter dann los und schaffen ihre Installationen.

Angefangen hat er in den Banlieues von Paris. Der Legende nach war er als Sprayer unterwegs, als er in der Metro eine Sammlung-Kamera fand und seine ersten Aufnahmen machte, die er in den Werbekästen der U-Bahn und auf Wänden in den Hochhausvierteln am Stadtrand platzierte. „Portraits of a generation“ nannte er 2007 das Projekt, das als illegale Aktion begann, bevor es die Stadtverwaltung von Paris als Kunst am Bau aufnahm.

Für JR brachte der Erfolg erst die Erkenntnis, dass er eine neue Form gefunden hatte. Die Street Art auf einen neuen Ebene hebt. „Graffiti und Tags sprechen zu einer Subkultur“, sagte er einmal. „Fotografie kann jeder entschlüsseln.“

Ob in den Favelas von Rio oder den Slums von Neu-Delhi, überall hängen JRs Schwarzweiß-Porträts

Es folgten Fotoinstallationen auf der Trennwand zwischen Israel und den Palästinensergebieten, in den Favelas von Rio, den Slums von Neu-Delhi, Sierra Leone und zuletzt, gleich nach der Jasmintrevolution, in den Straßen von Tunesien. Überall prangten die riesigen schwarz-weißen Porträts im Stadtbild, in ihrer rohen, altmodischen Bildsprache ein Fremdkörper, egal ob zwischen Stumbauten oder den Werbetafeln der Metropolen.

Die Kunstwelt entdeckte JRs Potential sofort. 2007 stellte er schon auf der Biennale in Venedig aus, 2008 folgte die Tate Modern, 2010 die Kunstbiennale in Shanghai. – Ist das Graffiti, das seinen Ursprung im Stadtbild hat, im White Cube einer Galerie noch authentisch oder schon die Kopie seiner selbst? Die Frage beinhaltet das klassische Dilemma der Street Art.

JR entgeht ihr, indem er die Museen und Galerien nutzt, um Kontext zu schaffen, zu dokumentieren statt zu kreieren. Jedes seiner Projekte wird mit Video und

Fotos aufgezeichnet. So entstand auch der Film über seine bisher komplexeste Arbeit, die tunesische Variante seines Weltprojekts „Inside Out“.

Ursprünglich war die Idee, über eine Webseite (www.insideoutproject.net/) Porträts zu sammeln, sie aufzublasen und sie an die Einsender zurückzuschieken, damit sie diese an ihrem Heimatort selbst plakattieren. Mehr als 9000 Bilder kamen so in Umlauf. Bis sich eine Gruppe junger Dissidenten aus Tunesien meldete. Da reiste JR mit einem kleinen Team persönlich an.

Es war dann auf den Straßen von Tunesien, auf denen sich die komplexen Ebenen seiner vermeintlich doch einfachen Arbeit zeigten. Französische Künstler und tunesische Aktivisten streifen in der Filmdokumentation durch die Straßen und kleben ihre Plakate auf Mauern, Zäune, Gebäude und Denkmäler (www.youtube.com/theinsideoutchannel). „Wir leben in einem Land, in dem es fünfzig Jahre lang nur ein einziges Porträt auf den Straßen gab“, sagt einer der Aktivisten. Gemeint ist das Porträt des Diktators Zine el-Abidine Ben Ali. Dessen Konterfei war nicht nur allgegenwärtig, es belegte auch die prominentesten und sichtbarsten Stellen der Stadt. Und es sind gerade die Propagandatafeln, die JR und die Aktivisten mit den schwarz-weißen Gesichtern der tunesischen Normalbürger tapezieren.

Es sind dann allerdings nicht die Behörden und die Staatsmacht, die dagegen einschreiten. Es ist das revolutionäre Volk selbst, das die Plakate wieder abreiht. „Wir wollen keinen Personenkult mehr“, sagt eine Passantin. Und ein Anrufer schimpft, man hätte die Leute aus dem Volk doch fragen sollen, ob sie so ein Kunstwerk überhaupt wollen.

Rationalisiert auf beiden Seiten macht sich breit, es kommt fast zu Handgreiflichkeiten. Aus dieser Rationalität aber entsteht genau der Dialog, den JR mit seiner Arbeit beabsichtigt. Es ist die Frage nach der Identität der namenlosen Masse. Es ist die Suche nach dem „Wir“ im revolutionären „Wir sind das Volk“. Eine Frage, die JR nicht beantwortet, sondern in den öffentlichen Raum stellt, auf dass sich dort die wahre Kraft seines Werks entwickle. ANDRIAN KREYE

Alte Rollenspiele – neu abgefeiert

Salzburger Festspiele: Claus Guth geht auch in seiner überarbeiteten Inszenierung von Mozarts „Cosi fan tutte“ der Kernfrage aus dem Weg

Die Schauplätze haben sich gewandelt. Aus dem öffentlichen Caféhaus ist eine moderne Privatvilla geworden, aus dem See, über den der Kahn mit weich einflügelnder Bläsermusik die ganz und gar nicht erwarteten Helmschreier bringt, ein Wald. Und der gewitzte, aufgeklärte Don Alfonso, der den von sexuellem Verlangen vernebelten jungen Menschen die Augen öffnen will? Der steht da als un-menschlich starrer, schwarzgekleideter Todeskengel. Regisseur Claus Guth und Kostümbildnerin Anns Sofie Tuma konnten sich auch die großen schwarzen Flügel nicht verkneifen.

Damit war bald klar, dass die Festspiel-Wiederaufnahme von Wolfgang Amadeus Mozarts „Cosi fan tutte“ im Salzburger „Haus für Mozart“ zwar einige Veränderungen, aber keine grundlegende neuen Erkenntnisse bringen würde. Im Grunde folgt Guth der unseligen Tra-

dition, die „Cosi“ als die kleinere Schwester des „Figaro“ zu behandeln, sie als harmlose Verwechslungskomödie. Fast operettenthaft unverblüht dahinträumen zu lassen. Natürlich aufwendiger bebildert mit kühl-weißen Treppen, gläsernen Brüstungen und stählernen Geländern auch fern allen Kitsches.

Aber jene unverschnorkelte Klarheit und Sachlichkeit, die im Bühnenbild Raum greift, konzentriert nun gerade nicht mit einer ebenso objektiven Regie-sprache, die uns die grausame Komödie von der menschlichen Verführbarkeit und der Begrenztheit des freien Willens vorführt. Im Gegenteil: Als müsse man die kahlen Wände nun umso wild-lebendiger bespielen, wird den Sängerinnen und Sängern alles abverlangt, was die sozipsitische Schauspielkunst auf Lager hat. Man will mal wieder alles in Salzburg, eine moderne Regie, die nismam-

dem weh tut, großartige Sänger, die ebenso gut schauspielern wie singen, und ein bisschen Inhalt, den man aber kennt und über den man nicht neu nachdenken muss.

Es ist klar, dass die Regie das nicht halten kann und dass sich die Musik nicht entsprechend lenken und unterordnen lässt. Marc Minkowski setzte mit seinen Musicians du Louvre von Anfang an starke Akzente, auch wenn die traumhaftesten Arien wie etwa „un' aura amorosa“ hinter den Erwartungen blieben (Alek Shrader als Ferrando). Minkowsky aber begnügte sich nicht damit, Akzente zu setzen und etwa das historische Hammerklavier ironisch überdreht dazwischenfahren zu lassen oder Arien differenziert und plastisch zu begleiten, sondern er zeigte dem unwiderstehlichen Drang, das ganze Geschehen vor Anfang bis Ende musikalisch zu bestimmen. Was ihm mit

dem Instrumentalensemble auch weitestgehend gelang. Man verfolgte das sich sanft wandelnde Bühnenbild aus dem Bewusstsein des Gehörten heraus. So storte es dann gar nicht so sehr, dass die Hörer und Klarinetten aus dem tiefen Kiefernwald schallten und nicht über einen wiedersehensfreudig glänzenden, nebulos überwölkten See tonten. Dass dann so wohl Shrader als auch Christopher Maltman als Guglielmo ein wenig hinter ihren Möglichkeiten blieben – punktuell blitzen die edlen Stimmpotentialle durch aus – tat dieser wie anderen Szenen keinen grundsätzlichen Abbruch.

Erstens zeigten sich Maria Benntsson als Fiordiligi und Michèle Losier als Dorabella den stimmlichen und schauspielerischen Herausforderungen mehr als gewachsen, zum anderen verströmte Bo Skovhus jene charaktergebundene Wärme und gezügelte Leidenschaft, die ihn

nicht nur als extraordinären Liedsänger auszeichnet, sondern er gab der Figur des Don Alfonso ein wenig von dessen intelligenter Menschlichkeit zurück, die in ihn abhandlungskommt, wenn er nur als dunkle Gestalt im Hintergrund die Fäden zieht.

Er ist doch keine grausame graue Eminenz aus Zeiten der Inquisition, sondern ein Aufklärer. Schade deshalb, dass die beiden Frauen ihre Fehlritte wie vorge-sehen zerknirscht eingestehen, aber über den eigentlichen Punkt nicht klar werden. Inwieweit sie tatsächlich aus freien Stücken und inwiefern sie gegen sich selbst gehandelt haben? Guth lässt sie zwar zunächst erfrischend selbstbewusst auftreten, aber dann fallen sie doch zerknirscht in sich zusammen und feiern frohlich die konventionellen Rollenmodelle. Und so ähnlich ist das mit der Regie auch. HELMUT MAURÖ

HEUTE

FEUILLETON
Das Gesicht aus der Masse
Preisgekröntes Pflichtlingsdrama „Der Albaner“ von Johannes Naber Seite 13

LITERATUR
Der Amerikaner
Wie Thomas Mann in den USA zum modernen Demokraten wurde Seite 14

MEDIEN
Ein Netzwerk, 19 Sprachen
Global Voices setzt Standards in Bürgerjournalismus Seite 15

DAS POLITISCHE BUCH
Monstrum und Mahnmahl
50 Jahre Mauerbau. Warum wurde die Mauer gebaut? Wofür steht sie? Seite 8

INTERVIEW NINA APIN
UND GEREON ASMUTH

taz: Herr Brandlhuber, am Wochenende plakatieren die Parteien ihre Wahlwerbung. Auch Sie stellen Plakate bereit: eine orange-braune Farbfläche, ohne Botschaft. Was wollen Sie damit sagen?

Arno Brandlhuber: Die Wahlausagen zeigen bei zahlreichen Themen und insbesondere zur Stadtentwicklung kaum mehr programmatische Unterschiede und blenden relevante Inhalte aus. Und wo Unterschiede bestehen, scheinen sie sich in der Praxis aufzulösen. Diese Farbe, der Durchschnittsfarbcode aus allen momentan im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, CMYK 14/40/80/20 beziehungsweise RGB 165/96/36, steht für das Fehlen politischer Differenz. Diese Farbe soll überall dort auftauchen, wo das Fehlen dieser politischen Differenz offensichtlich wird: Wenn irgendwo steht „Berlin verstehen“

... wie auf den aktuellen Wahlplakaten der SPD ...

... dann werden hier bewusst konkrete Aussagen ausgespart. Ein Fall fehlender politischer Farbbestimmung, ein Fall für die Durchschnittsfarbe. Wenn zum Beispiel ein Tafel-Empfänger feststellt, dass in keinem Programm die Forderung auftaucht, die Essenstafeln zugunsten einer echten Sozialpolitik abzuschaffen, dann darf er sich vernachlässigt sehen. Selbst die Verwendung dieser Plakate als Packpapier äußert sich in den öffentlichen Raum. Das Braun soll sagen: „Ich vermisse hier eine politische Aussage in einem Bereich, der mich betrifft.“

Was wollen Sie bewirken?

Eine Debatte über Unklarheiten im politischen Farbspektrum. Lassen sich noch konkrete Aussagen auffinden, die dem Einzelnen eine Wahl zwischen inhaltlichen Alternativen lassen? Als Stadtplaner will ich bis zum 18. September wenigstens einen der Spitzenkandidaten zu einem Bekenntnis bewegen. Ich stehe dafür, dass öffentliche Liegenschaften in Berlin nicht weiter privatisiert werden. Das Grundeigentum Berlins und die damit verbundenen Gestaltungsfreiräume werden nicht weiter reduziert. Solche konkrete Forderungen fehlen mir in diesem Wahlkampf. Während es auf Bundesebene um Positionen zum Atomausstieg oder Rüstungsexporten geht, setzt man in Berlin auf emotionalisierende, personalisierte Slogans.

Was fehlt Ihnen genau?

Ich stelle fest, dass es zu dem Thema, das mich bewegt – Stadtentwicklung –, kaum belastbare Aussagen gibt. Man muss ja nicht zu jedem Thema künstliche Differenzen aufbauen. Dass alle Parteien sich für Schrebergärten oder Elektromobilität einsetzen, ist in Ordnung, weil es einen breiten gesellschaftlichen Konsens dafür gibt. Aber wenn die SPD im Wahlprogramm sagt: „Gerechtigkeit bedarf der Freiheit und Freiheit der Gleichheit der Lebensverhältnisse in der ganzen Stadt“, dann hört sich das zwar überzeugend an. Aber es fehlt jede Aussage dazu, wie diese Gleichheit hergestellt wird. Bei der Linken gibt es das Problem, dass das Parteiprogramm ganz deutlich vom Regierungshandeln abweicht.

Alle Parteien, außer die FDP, wollen einen neuen Umgang mit Liegenschaften. Also die Privatisierung von öffentlichem Grund und Boden stoppen. Was ist daran auszusetzen? Keiner will die Privatisierung stoppen. SPD und Linke hatten auch schon im letzten Wahlkampf einen anderen Umgang



„Ich wünsche mir überhaupt den Willen zur Lösung“: Arno Brandlhuber in seinem Büro. Fotos: Sonja Trabandt

„Eine Politik zum Reinhauen“

STADTENTWICKLUNG Arno Brandlhuber ist Architekt, Stadtplaner und extrem unzufrieden mit der Immobilienpolitik des Senats. Für den Wahlkampf hat er eigene Plakate entworfen. Ohne Botschaft – um auf das Fehlen von Inhalten bei den Parteien hinzuweisen



Die Mischung bei Licht besehen: Arno Brandlhuber zeigt ganz praktisch, was passiert, wenn man Rot und Grün übereinander legt

formuliert. De facto ist das Gegenteil passiert: Berlin hat in zentralen Bereichen fast alles an öffentlichen Liegenschaften aufgegeben, was vermarktbar war. Dass das in vielen Fällen auch wirtschaftlich ein Fehler war, ist bekannt. Aber trotzdem sagt keine einzige Partei, keiner ihrer Spitzenkandidaten, jetzt. Eine weitere Reduzierung dieses öffentlichen Eigentums wird es mit uns nicht geben.

Vielleicht der Haushaltslage wegen: Berlin hat ja kein Geld! Gerade ein schwach finanziertes Land braucht Grundbesitz, über den man verfügen kann, um soziale, kulturelle und nachhaltig wirtschaftliche Ziele durchzusetzen. Nachhaltig, weil nicht nur eine einmalige Einnahme realisiert wird. Die Handlungsmöglichkeiten auch einer Kommune hängen ganz wesentlich an der Eigentumsfrage. Wer Eigentum hat, kann darüber verfügen. Und selbst steuern.

Warum ist das so wichtig für eine Stadt?

Eigentumsrechte bewaffnen immer die, die sie sich leisten können. Und schließen die aus, die sie sich nicht leisten können. Wenn man für Berlin weiterhin eine soziale Mischung wünscht, gibt es nur einen Weg: Die Eigentumsfrage darf nicht allein entscheidend sein für den Zugang zu Wohnen, Bauen und Planen. Man kann dazu bestimmte Grundstücke und Liegenschaften dem Markt entziehen, wie das Rotaprint-Gelände im Wedding und etliche mehr. Oder Nutzungsformen fördern wie das Erbbaurecht oder Kleingewerkschaften, die sich nicht nur der Eigentumsbildung verpflichten. Das Erbbaurecht ermöglicht Berlin, Nutzungen zu etablieren, ohne öffentliche Liegenschaften zu privatisieren. Eigentum in öffentlicher Hand stellt Handlungsfreiräume sicher. Das gilt insbesondere für Wohnungsbau-Gesellschaften.

Was sieht Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer (SPD) anders: Sie betont stets die „entspannte“ Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt

... und bemüht damit für die Mieter hier einen wirklichkeitsfremden Vergleich auf anderer Ebene. Die Mieten in Berlin sind tatsächlich noch niedriger als in München oder Zürich. Aber es zeichnen sich deutliche Verschiebungs- und Verdrängungsmechanismen ab, zu denen sich die Politik positionieren muss. Es kann nicht sein, dass ungewollte Verdrängungen an den Stadtrand geduldet und durch Ausblendung unterstützt werden.

Woran liegt es, dass sich in Berlin keine Partei an den Immobilienmarkt traut?

Berlin ist immer noch die niedrigpreisigste Hauptstadt Europas. Und weil in der Vergangenheit immer noch genug Zwischenräume vorhanden waren, stand das Thema lange nicht auf der Agenda. Aber jetzt sind die Leerräume in zentralen Lagen stark reduziert, die Mieten steigen. Was auch mit einer Wegentwicklung von der polyzentrischen Stadtstruktur Berlins hin zu einer stärkeren Ausrichtung auf die Mitte zusammenhängt. Während sich alles auf den innersten Kreis konzentriert, vermehren sich in anschließenden Bereichen strukturelle Probleme. Und an der Peripherie findet unter anderem der stärkste Zugang von Hartz-IV-Haushalten statt, die an den Rand gedrängt werden. Das heißt, die vielzitierte Berliner Mischung wird zu Gunsten einer homogenen Lagenbildung verschoben. Ein gravierendes Problem. Als Neu-Berliner konnte ich verfolgen, wie rasant diese Entwicklung in den letzten fünf Jahren war. Jetzt

wird für viele sehr deutlich, dass hier gegenzusteuern ist.

Zurück zum Wahlkampf: Sie wünschen sich bessere Lösungsvorschläge von den Parteien?

Ich wünsche mir überhaupt den Willen zur Lösung.

In anderen Bereichen gibt es durchaus konträre Positionen: etwa der Bau der Autobahn A100 oder der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor. Ist es nicht etwas ungerecht, den Parteien Ununterscheidbarkeit zu unterstellen, weil sie bei der Stadtentwicklung schwächeln? Es läuft auf die Frage nach den Differenzen hinaus, die sich derzeit ausmachen lassen oder eben nicht. Zur A100 kann sich der Wähler an konkreten Aussagen orientieren, in Fragen der Stadtentwicklung nicht. Stadtentwicklung wie Architektur ist das Ordnen von sozialen Beziehungen durch Gebautes. Wie wichtig diese Frage für unser Zusammenleben ist, dringt zurzeit immer deutlicher ins allgemeine Bewusstsein.

Wo stehen Sie politisch? Wenn man Sie reden hört, hat man fast den Eindruck, nicht mit einem Architekten, sondern einem radikalen Gentrifizierungsgegner zu sprechen.

Ich gehöre keiner Partei an, keiner organisierten Initiative. Meine Sympathie für aktive Formen der Teilhabe wächst. Gerade hinsichtlich der Bewahrung einer gemischten Stadt, kulturell wie sozial. Und ich bin noch nicht bereit, hier die Politik aus der Verantwortung zu lassen, wie dies etwa bei den Tafeln geschieht. Zum anderen gibt es in Berlin eine Expertise, sich auf bestimmte Art und Weise zu organisieren: von den Instandbesetzungen bis zu Bewegungen gegen Stadtflächenabriss und für behutsame Stadterneuerung. Ein spezifisches Potenzial an Engagement und Erfahrung, das maßgeblich zur kulturellen Identität Berlins beiträgt und an Orten wie Stuttgart erst ad hoc gebildet werden muss. Diese Kultur der Mitbestimmung findet immer weniger Weg in die Organisation politischen Handelns. Erstaunlich – wo es hier eine Dreiviertelmehrheit für ein linkes Milieu gibt. Das im Wahlkampf die Mitte sucht und dabei seine Kernthemen vernachlässigt.

Das heißt, die drei linken Parteien sind in Berlin so stark, dass sie nicht mehr links sind?

Ja, aus stadtentwicklungspolitischer Sicht inhaltlich belegbar. Die Linke ist zwar im Lippenbekenntnis linksorientiert, aber im Regierungshandeln nicht. Es ist doch zum Reinhauen, dass Gemeineigentum aus einer linken Perspektive aufgegeben wird. Die Grünen wollen diesen Bereich offensichtlich nicht angehen, um sich in der Mitte zwischen Rot, Rot und Schwarz zu positionieren, möglichen Koalitionen geschuldet.

Wahltaktisch ist das doch klug. Wahltaktik interessiert mich überhaupt nicht! Gerade in einem Wahlkampf, in dem nicht klar ist, welche Koalition am Ende sich bildet, geht es doch um Aussagen! Belastbare. Damit man weiß, wer welche Positionen mit in die Verhandlungen nimmt. Plakate wie die der SPD erklären den Wähler für unmündig. Weil man sich nur noch aus einer gelenkten Emotionalität heraus entscheiden kann. Gegen diese fehlenden Inhalte richtet sich die Farbe der Entdifferenzierung.

Wen wählen Sie am 18. September?

Ich will zunächst deutliche Alternativen in den Aussagen. Dann werde ich die Partei wählen, die mir für die Stadtentwicklung das überzeugendste Angebot macht.

Die Protestfarbe

■ Was passiert, wenn man die Parteifarben von SPD, Grünen, CDU, Linke und FDP zu gleichen Teilen mischt? Das Ergebnis ist ein ockerbrauner Farbton, der durch die Farbcodes CMYK 14/40/80/20 oder RGB 165/96/36 ausgedrückt werden kann.

■ Die politische Einheitsfarbe steht stellvertretend für die Empörung einer Gruppe um den Architekten Arno Brandlhuber. Der fragt: Wieso fordert niemand: Schluss mit der Privatisierung öffentlichen Eigentums, kein Verkauf öffentlicher Grundstücke?

■ Überall, wo es an konkreten politischen Aussagen fehlt, soll das Plakat auftauchen. Es liegt nächste Woche zum Mitnehmen bereit, etwa im Hamburger Bahnhof, dem Haus der Kulturen der Welt und der Neuen Nationalgalerie. Dann kann unter www.rgb1659636.de die Farbe auch runtergeladen werden. (taz)



Alle machen es

Ulrich Gutmar lebte einen Monat im Kreuzberger Exil. Und verglich mit Mitte. Eine Unterscheidung liegt im Duzen. **SEITE 48**

TAZPLAN & PROGRAMM

Zone Traumzeit
+Shine on

5./6. Aug.
Autokino
Zempow

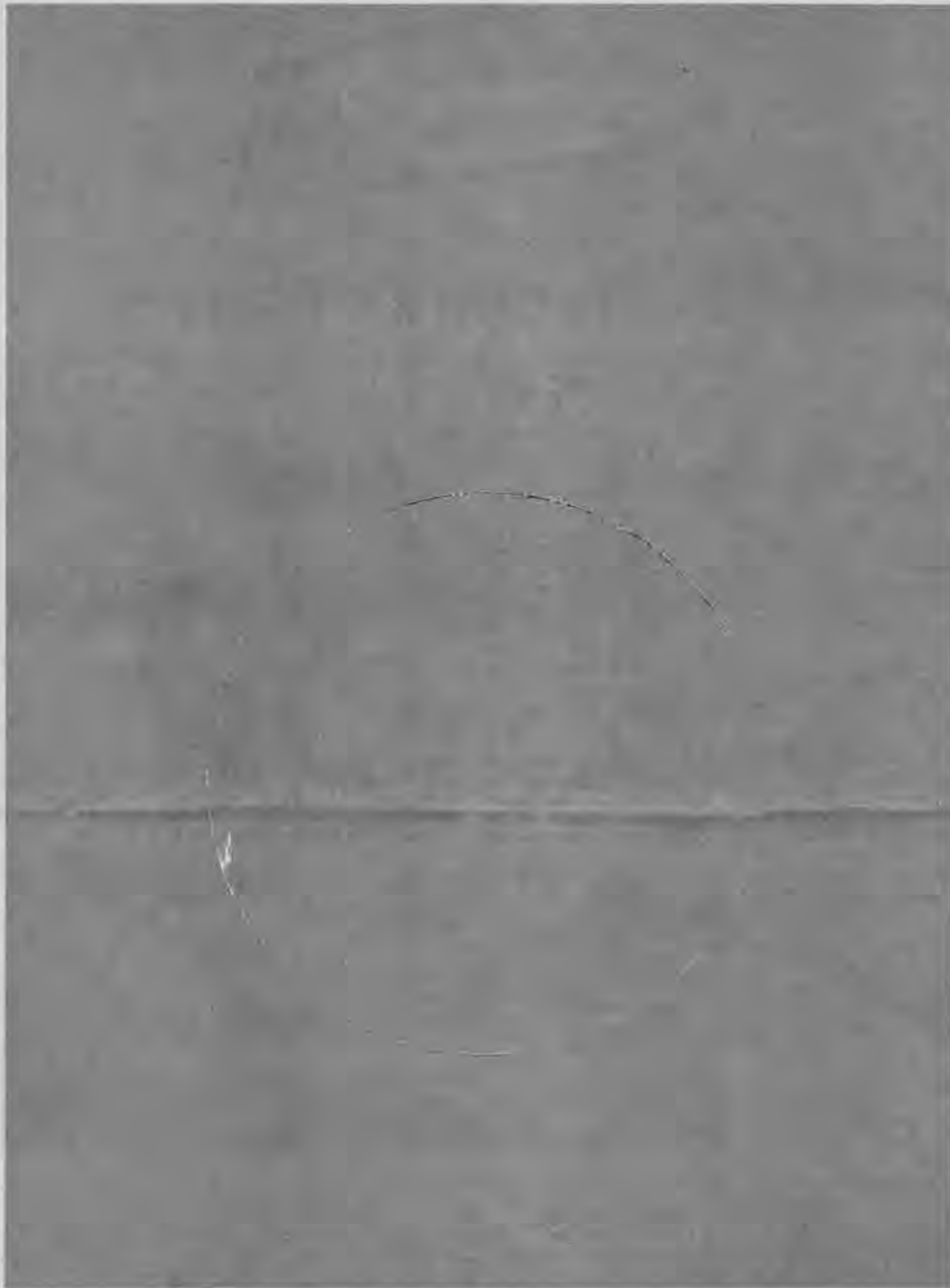
www.landmade.org

landmade.

Das Plakat zur Wahl

WAHLKAMPF An diesem Wochenende hängen die Parteien ihre Plakate zur Berlin-Wahl auf. Sie versuchen sich mit Kandidatenfotos und Slogans zu unterscheiden. Und dann gibt es noch dieses ocker-orangebraune, wortlose Plakat. Dahinter steckt keine Partei. Der Architekt Arno Brandhuber erklärt, worum es geht. Und was ihn am Wahlkampf so wütend macht

• Interview SEITE 43



WAHLKAMPFKEULE

RUMHÄNGENDE PIRATEN

Am Freitag hat auch die Piratenpartei ihre Plakate zur Wahl vorgestellt. Standesgemäß im Internet. Und wenn es einen Preis für ehrliche Kandidatenfotos gäbe, hätten ihn die Piraten schon gewonnen. Alle zwölf Abgeordneten sehen so aus, als ob sie deutlich zu große Anteile ihrer Lebenszeit vorm Computer gehockt hätten – und nur mal kurz zum Shooting in den Fotoautomaten getapert wären. Den Vogel aber schießt ein unrasierter, zottelhaarer Brillen-Nerd ab. Der posiert unter dem Slogan: „Warum häng ich hier eigentlich, ihr geht ja eh nicht wählen.“ So kann man das auch sagen. ■ Noch 50 Tage bis zur Wahl

Echte Homo-Ehe gefordert

GLEICHSTELLUNG Zehn Jahre nach Einführung der Homo-Ehe plädieren SPD, Linkspartei und Grüne für eine rechtliche Anpassung an die Hetero-Ehe

Zehn Jahre nach dem Start des Lebenspartnerschaftsgesetzes für Homosexuelle fordern Berliner Politiker und Parteien für Lesben und Schwule das Recht auf eine bürgerliche Ehe. „Es ist an der Zeit, dass wir die Lebenspartnerschaft endlich der Ehe gleichstellen, um eine vollständige Gleichberechtigung zu erzielen“, sagte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) am Freitag. Auch Sozialsenatorin Carola Bluhm (Linke) und die Grünen-Fraktion sprechen sich für eine Homosexuellen-Ehe aus.

Das Lebenspartnerschaftsgesetz trat am 1. August 2001 unter der rot-grünen Bundesregierung in Kraft. Es ermöglichte Homosexuellen erstmals, im Standesamt zu heiraten. In Berlin haben sich seither mehr als 9.000 Lesben- und Schwulenpaaren „verpartnern“ lassen, bundesweit waren es mehr als 23.000.

Rechtlich blieb die Lebenspartnerschaft aber hinter der Hetero-Ehe zurück. Homosexuelle dürfen zum Beispiel gemeinsam keine Kinder adoptieren, auch das Steuerrecht macht feine Unterschiede. So gilt zum Beispiel das Ehegattensplitting nicht für gleichgeschlechtliche Paare, auch im Bundesbeamtenrecht gelten andere Ansprüche.

„In den letzten Jahren ist ein gesellschaftlicher Wandel eingetreten, die Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert die Homo-Ehe“,

sagte Bluhm am Freitag. Der Bund dürfe sich nicht länger dieser Entwicklung verschließen, Deutschland hinke der internationalen Entwicklung hinterher. In Europa erkennen inzwischen sieben Staaten die „echte“ Homo-Ehe an, elf Länder haben ähnliche Regelungen wie Deutschland.

Für die Grünen ist das Jubiläum erst einmal ein Grund zum Feiern. Ziel auf Bundesebene sei aber die Öffnung der Ehe mit allen Rechten für Lesben und Schwule. Das wäre nach Ansicht der Partei „gerecht und unbürokratisch“, sagten die lesbien- und schwulenpolitischen SprecherInnen der Fraktion, Anja Kolbinger und Thomas Birk. (dpa, taz)

froschrad

...einfach abfahren!



SWIMMERANGEBOT
RESTPOSTEN 2010

WIENER STR. 15
BERLIN-KREUZBERG
T 030 611 83 68
FROTSCHRAD.DE

radioeins™

Freiluftkino Friedrichshain



SA. 30. JULI, 21:30 UHR

www.radioeins.de / www.freiluftkino-berlin.de

Erneut mehrere Brandstiftungen

Auch in der Nacht zum Freitag sind wieder Autos in Berlin angezündet worden. Dabei beschädigten die Brandstifter in der Ansbacher Straße/Kurfürstenstraße in Schöneberg fünf Autos, wie die Polizei mitteilte. Die Feuerwehr hatte zunächst von vier Fahrzeugen gesprochen. Verletzt wurde niemand. Nähere Einzelheiten und ob es sich um ein politisches Motiv handelt, waren noch nicht bekannt. Erst am Mittwochabend und in der Nacht zum Donnerstag hatte es mehrere Brandstiftungen in der Hauptstadt gegeben. In einer Autovermietung in Niederschöneweide waren 19 Autos und zwei Wohnwagen teilweise schwer beschädigt worden. Außerdem gab es zwei Brandstiftungen an Fahrzeugen in Lichtenrade und eine in Friedenau. (dpa)

Die NEUE Herbstkollektion ist da

Gudrun Sjödén's Konzeptladen Berlin
Markgrafenstraße 32/am Gendarmenmarkt
www.gudrunsjodens.de



Alles analog

Das Duo Xeno and Oaklander gehört zur Spießspitze des New Yorker Minimal-Wave-Revivals SEITE 24

TAZ PLAN & PROGRAMM



Die Sommerschule

In Neukölln können Romakinder in den Sommerferien Deutsch lernen. Mit dem Angebot will der Bezirk die Schulen entlasten SEITE 19

Nicht so einfach Foto: ap

KOMMENTAR

VON UWE RADA

Erstmals fordert die SPD einen bezirklichen Finanzausgleich



Recht auf Innenstadt

Die Prophezeiung erfüllt sich spät, aber sie erfüllt sich. Kurz vor seiner Ermordung durch eine Briefbombe hatte Hanno Klein, seinerseits Investorenbeauftragter des Senats, darüber spekuliert, wie das Berlin der Zukunft aussieht. Die Alt-eingesessenen in Prenzlauer Berg, sagte Klein 1991 dem Spiegel, müssten in die „Staubsauger von Hellersdorf und Marzahn“ weichen. Schließlich brauche Berlin eine „Gründerzeit von Marzahn und Brutalität“.

Neue Ghettos

Das mit der Gründerzeit hat sich nicht erfüllt, doch die Staubsauger gibt es inzwischen, wie die neuesten Zahlen der Arbeitsagentur belegen, die der taz vorliegen. Sie entsprechen weitgehend den Großsiedlungen in Marzahn und Hellersdorf, aber auch in Lichtenberg, Spandau und Reinickendorf.

Was bedeutet das für eine Stadt, die viel länger als andere Metropolen das Leitbild einer „sozial gemischten Stadt“ verteidigt hat? Und wie kann man einer Entmischung begegnen?

Die erste Frage ist weniger schwierig. Je mehr ALG-II-Empfänger die Innenstadt verlassen müssen, desto mehr Ghettos entstehen: Armenghettos am Stadtrand, Reichenghettos in der Innenstadt. Im schlimmsten Fall verlieren die Berliner das Zusammenleben, das doch gerade eine Stadt ausmacht.

Und was tun? Die SPD-Abgeordnete Ulker Radziwill denkt inzwischen über gestaffelte Zuschüsse nach. Die Botschaft lautet: Es gibt auch für Alt-eingesessene ein Recht auf Innenstadt.

Das ist ebenso mutig, wie der Ausgang der Debatte offen ist. Bislang hat noch nie eine Partei in Berlin einen Finanzausgleich auf Bezirksebene gefordert.

WAHLKAMPFKEULE

Grün gegen sich selbst

Probleme sollen die jetzt vorgestellten Wahlplakate der Grünen aufzeigen. Probleme, die die Grünen im Senat natürlich lösen würden. „Da müssen wir ran!“, steht in einer Art Sprechblase, die mit einer Spitze auf die jeweilige Misere hinweist.

Um Schulausfall geht es etwa, um das Chaos bei der S-Bahn, Mangel an bezahlbaren Wohnungen, um Atomstrom und Fehlen von Arbeitsplätzen. Und dann gibt es in der Reihe dieser Problemlakate ein sechstes. Abgebildet ist: eine Frau Mitte 50, die wie Renate Künast aussieht. Oder ist sie es? Kann kaum sein – wer plakatiert schon die eigene Spitzenkandidatin als Problem? Denn auch da heißt es: „Da müssen wir ran!“

■ Noch 66 Tage bis zur Wahl

Die Berliner Mischung kippt

MIETEN Erstmals gibt es Zahlen, die belegen, dass Hartz-IV-Empfänger in die Randbezirke verdrängt werden. SPD und Grüne fordern unterschiedliche Mietzuschüsse je nach Bezirk

VON MANUELA HEIM

Lang garte die Vermutung, die nun erstmals durch Zahlen belegt ist: Mieter, die wenig bezahlen können, werden aus den Innenstadtlagen in die Randbezirke verdrängt. Das gilt zuallererst für Hartz-IV-Empfänger und ihre seit Jahren gleich gebliebenen Zuschüsse für die Unterkunft.

378 Euro Mietzuschuss gibt es vom Jobcenter für einen Einpersonenhaushalt. Für solche Preise öffnen Vermieter allenfalls die Presspantüren zu den Wohnsiedlungen am Stadtrand. Genau dorthin, das belegen nun die von der Arbeitsagentur zusammengestellten Statistiken, ziehen Hartz-IV-Empfänger zu Hunderten. So sind 2011 nach Marzahn-Hellersdorf 776 mehr Hartz-IV-Empfänger gezogen, als den Bezirk verlassen haben. Ein deutlicher Trend: Noch im Jahr 2008 stagnierte die Anzahl der Hartz-IV-Empfängerinnen im Bezirk. Ähnliches lässt sich für Spandau, Reinickendorf und Lichtenberg beobachten. Auffällig ist: Die Auszügler kommen vor allem aus Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow.

„Das gesamte innerstädtische Sozialgefüge gerät in eine nie mehr zu korrigierende Schieflage“, sagt Diakoniedirektorin Susanne Kahl-Passoth und warn vor ghettolähnlichen Zuständen in den Randbezirken. DGB-Vorsitzende Doro Zinke prangert die Zwangsumzüge an, bei denen Menschen ungewollt aus ihrem Lebensumfeld gerissen werden. Denn wer trotz amtlicher Aufforderung bleiben will, muss in der Regel die Differenz zwischen Miete und Zuschuss selbst zahlen – von dem Geld, das eigentlich für die Lebenserhaltung gedacht ist. „Es wird am Essen gespart, um die Wohnung zu halten“, so Zinke.

Spätestens seit dem Erscheinen des Mietspiegels Ende Mai wird auch im Senat um Lösungen für die steigenden Mietkosten gerungen. Ulker Radziwill, sozialpolitische Sprecherin der

Verdrängung von Hartz-IV-Empfängern



SPD-Fraktion, fordert eine Regionalisierung der Zuschüsse je nach Stadtgebiet. Seit einem neuen Urteil des Bundessozialgerichts könnten innerhalb einer kreisfreien Stadt verschiedene Richtwerte angesetzt werden. „Nur da, wo es Engpässe gibt, müssen die Richtwerte erhöht werden“, sagt Radziwill. Also in den Bezirken wie Mitte, Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg. „Zwei müsste man die Menschen vor Zwangsumzügen bewahren, würden in der ganzen Stadt mehr Unterkünfte erhalten“, so Zinke.

So sieht es auch der Spandauer Sozialstadtrat Martin Matz (SPD), dessen Bezirk zu den Verlierern der Gentrifizierung gehört. „Bei uns stagnieren die Mieten für einfache Wohnungen seit Jahren, während sie in den Innenstadtlagen um bis zu 10 Prozent gestiegen sind“, so

„Eine pauschale Erhöhung wäre rausgeschmissenes Geld“

SOZIALSTADTRAT MARTIN MATZ (SPD)

Matz. Kein Wunder also, dass sich in Spandau im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der Hartz-IV-Empfängerinnen durch Zuzüge um 809 erhöht hat. Wie ziehen vor allem in Gebiete wie West-Staaken und Falkenheimer Feld, wo es billigen Wohnraum gibt.

Aber dort liegt der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Transferleistungen ohnehin schon bei 50 bis 65 Prozent“, sagt Matz. 108 Millionen Euro fielen jährlich in seinem Bezirk für die Zuschüsse zu Unterkunftskosten an, in ganz Berlin seien es 1,5 Milliarden Euro. „Eine pauschale Erhöhung der Zuschüsse für die Unterkunftskosten wäre rausgeschmissenes Geld“, so der Stadtrat.

Auch die Grünen wollen bei den Richtwerten für die Unterkunftskosten Unterschiede machen, und zwar nicht nur nach Bezirken, sondern auch nach dem Sanierungsstand. „Auch Hartz-IV-Empfänger sollen Zugang zu energetisch sanierten Wohnungen haben“, sagt Fraktionsvorsitzende Ramona Pop. Außerdem müsse es mehr Neubauten geben. „Aber bislang hat der Senat da nichts erreicht, und bis zur Wahl passiert da auch nicht mehr“, wahlkämpft Pop.

Zumindest hat man in der für die Unterkunftskosten zuständigen Senatsarbeitsverwaltung eine Arbeitsgruppe für die Überarbeitung der Richtwerte gebildet, die noch im Sommer Ergebnisse liefern soll. Eine Sprecherin von Senatorin Carola Bluhm (Die Linke) ließ vorab schon einmal wissen: Die Richtwerte werden angehoben, aber „eine Unterscheidung nach Bezirken wird mit Sicherheit nicht passieren“.

Autonome wollen autonom demonstrieren

PROTEST Kreuzberg erwartet brisante Samstagnacht: Linke wollen an die Erschießung eines G-8-Gegners vor zehn Jahren erinnern – mit einer unangemeldeten Demo. Die Polizei befürchtet Ausschreitungen

Kreuzberg steht ein unruhiges Wochenende bevor: Autonome wollen am späten Samstagabend vom Lausitzer Platz durch den Stadtteil demonstrieren, in Gedenken an einen italienischen Globalisierungskritiker, der vor zehn Jahren bei Anti-G-8-Protesten in Genua erschossen wurde. Allerdings: Der Demozug wurde nicht bei der Polizei angemeldet. Die Szene bewirbt das offensiv als Teil des Konzepts.

„Rache für Carlo“, so ist ein Aufruf zu der Demo überschrieben, der auf linken Internetportalen kursiert. 2001 war der 23-jährige Carlo Giuliani bei gewalttätigen Protesten gegen den G-8-Gipfel im italienischen Genua von einem Polizisten erschossen worden. Die Demo will daran er-

innern. Sie soll um 22 Uhr vom Lausitzer Platz zum Nordzipfel des Mariannenplatzes führen, wo Linke am 1. Mai einen „Carlo-Giuliani-Park“ ausgerufen hatten.

Auf Nachfrage der taz heißt es in einer Stellungnahme, dass man nicht diejenigen um Erlaubnis zum Demonstrieren bitten werde, „die direkt oder indirekt am Tod Giulianis und den massiven menschenfeindlichen Repressalien in Genua 2001 (mit)verantwortlich sind“. In diesem Kontext wäre eine „Mitbestimmung der Bullen“ unerträglich. Ein „Eskalieren“ liege aber nicht im Interesse der Demo.

Im Internet wird dagegen zu „wütendem Protest“ und „entschlossenem Widerstand gegen

jegliche Polizeigewalt“ aufgerufen. Die Szene rechnet mit einigen hundert Teilnehmern, auch aus anderen Städten. Bereits seit Tagen bewerben Plakate und Graffiti in der Stadt den Aufzug.

Die Polizei hält sich zu ihrer Einsatztaktik bedeckt. Man werde „mit angemessenem Aufwand alle erforderlichen Maßnahmen treffen“, sagte ein Sprecher nur. Dass die Demonstration nicht bei der Versammlungsbehörde angemeldet wurde, lasse aber vermuten, dass Straftaten geplant sein könnten. Eine Verfassungsschutzsprecherin nannte das Vorgehen einen „bewussten Versuch, die Sicherheitsbehörden vorzuführen“.

In der linken Szene wird spekuliert, dass die Polizei im Vor-

feld den Lausitzer Platz abriegeln könnte, um die Demo zu verhindern. Für diesen Fall werde es „einen Plan B“ geben, heißt es im Internet. Weitergeleitet über Personen, „die ihr für sicher haltet“. Auf eine spontane Demoanmeldung vor Ort werde man sich „zu keinem Zeitpunkt“ einlassen, so Mitorganisatoren zur taz.

Bereits in der Nacht zu Mittwoch verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein LKA-Gebäude in Niederschönhausen. An zwei Eingangstüren wurde Feuer gelegt, auch an der Fassade entstanden Brandschäden. Die Feuerwehr löschte die Flammen. Im Haus befanden sich keine Personen. An der Wand prangte ein Schriftzug: „Für Carlo, 20.7.2001. RIP.“

KONRAD LITSCHKO

„Wir können das nicht aus eigener Kraft stemmen“

RENATE KÜNAST (GRÜNE)

gedachte Schwimm- und Sprunghalle Landsberger Allee.

Auch führende Sportpolitiker äußerten sich skeptisch zu Wowerits Vorstoß. Der Chef des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB), Thomas Bach, sagte, man wolle eine erneute Bewerbung „sorgfältig und ohne Zeitdruck“ prüfen. Eine Kandidatur für die Sommerspiele 2020 sei hingegen wegen der Ende des Monats endenden Abgabefrist ausgeschlossen.

DOSB-Generaldirektor Michael Vesper, als früherer Grünen-Landesminister in Nordrhein-Westfalen selbst politikerfahren, hielt Wowerit indirekt vor, Sportbegeisterung mit Blick auf die Abgeordnetenhauswahl im September politisch auszunutzen. Im Deutschlandradio Kultur sagte er: „Olympia gehört nicht in Wahlkämpfe.“

STEFAN ALBERTI

